

Die Auswirkungen der Wirtschaftskrisen auf die lateinamerikanische Demokratie

Dissertation

zur Erlangung des Grades des Doktors der Philosophie
im Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Hamburg

vorgelegt von

Pedro Aravena Lavín

aus Santiago-Chile

Hamburg

2012

Erstgutachter: Prof. Dr. Detlef Nolte

Zweitgutachter: Prof. Dr. Kai-Uwe Schnapp

Tag der mündlichen Prüfung: 15/02/2013

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	vii
KAPITEL I: DEMOKRATISCHE LEGITIMITÄT UND WIRTSCHAFTSKRISE1	
1.- Wie definieren sich demokratische Legitimität und Wirtschaftskrise?.....	5
2.- Wie werden demokratische Legitimität und Wirtschaftskrise gemessen?	11
3.- Bestimmende Faktoren für demokratische Legitimität: Vier anschauliche Faktoren	15
4.- Fragestellung der Untersuchung und Hypothese.....	44
5.- Methodologie und Technik der Untersuchung	45
6.- Gliederung der Dissertation.....	48
KAPITEL II: SIND DIE WIRTSCHAFTSKRISEN VERANTWORTLICH FÜR DEN GERINGEN RÜCKHALT DER DEMOKRATIE IN LATEINAMERIKA?..... 50	
1.- Zusammenfassung	50
2.- Einleitung	50
3.- Fragestellung der Untersuchung und Hypothese.....	54
4.- Methodologie.....	54
5.- Ergebnisse	57
6.- Schlussfolgerung	72
KAPITEL III: WELCHER ZUSAMMENHANG BESTEHT ZWISCHEN WACHSTUM UND DEMOKRATIE IN LATEINAMERIKA? DIE WIRTSCHAFTSKRISEN ALS BESTIMMENDER FAKTOR77	
1.- Zusammenfassung	77
2.- Einleitung	77
3.- Fragestellung der Untersuchung und Hypothese.....	82
4.- Methodologie.....	83
5.- Ergebnisse	87

6.- Schlussfolgerung	101
----------------------------	-----

KAPITEL IV: REICHT WIRTSCHAFTSWACHSTUM AUS, UM DEMOKRATISCHEN RÜCKHALT ZU SCHAFFEN? LEHREN AUS DEM CHILENISCHEN FALL

1.- Zusammenfassung	104
2.- Einleitung	104
3.- Frage der Untersuchung und Hypothese	109
4.- Methodologie.....	109
5.- Ergebnisse	110
6.- Schlussfolgerung	119

KAPITEL V: HATTEN DIE WIRTSCHAFTSKRISEN AUSWIRKUNGEN AUF DIE DEMOKRATISCHE LEGITIMITÄT IN ARGENTINIEN? EMPIRISCHE BETRACHTUNGEN

1.- Zusammenfassung	122
2.- Die Problemstellung	122
3.- Frage der Untersuchung und Hypothese	127
4.- Methodologie.....	127
5.- Ergebnisse	129
6.- Schlussfolgerung	145

KAPITEL VI: DER CHILENISCHE UND ARGENTINISCHE FALL IN VERGLEICHENDER PERSPEKTIVE.....

1.- Zusammenfassung	149
2.- Die Problemstellung	150
3.- Fragestellung der Untersuchung und Hypothese.....	152
4.- Methodologie.....	152
5.- Ergebnisse	154
6.- Schlussfolgerung	165

KAPITEL VII: ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE UND FINALE BETRACHTUNGEN	168
ANHANG	177
BIBLIOGRAPHIE	203

Grafiken

Grafik 1.1: Index des Rückhaltes der Demokratie in Lateinamerika	1
Grafik 2.1: Verhältnis zwischen dem Wachstum des BIP pro Kopf und dem Index des Rückhaltes der Demokratie während der Wirtschaftskrise. Durchschnittswerte für die Jahre 1996 – 2003.....	58
Grafik 2.2: Verhältnis zwischen dem Wachstum des BIP pro Kopf und dem Index des Rückhaltes der Demokratie in Jahren ohne Wirtschaftskrise. Durchschnittswerte für die Jahre 2004 – 2007.....	59
Grafik 3.1: Verhältnis zwischen dem Wachstum des BIP pro Kopf und dem Index des Rückhaltes der Demokratie in Lateinamerika	80
Grafik 3.2:Verhältnis zwischen dem Durchschnittswachstum des BIP pro Kopf und dem Rückhalt der Demokratie in Lateinamerika während der Jahre 1996 – 2008	88
Grafik 3.3: Durchschnitt, Minimum und Maximum des Wachstums des BIP pro Kopf im Zeitraum 1996 – 2007 in Lateinamerika	90
Grafik 3.4: Verhältnis zwischen dem Wachstum des BIP pro Kopf und dem Rückhalt der Demokratie in den Jahren 1996 – 2007 in Argentinien.....	93
Grafik 3.5: Verhältnis zwischen dem Wachstum des BIP pro Kopf und dem Rückhalt der Demokratie in den Jahren 1996 – 2007 in Uruguay.....	93
Grafik 3.6: Verhältnis zwischen dem Wachstum des BIP pro Kopf und dem Rückhalt der Demokratie in den Jahren 1996 – 2007 in Venezuela.....	94
Grafik 4.1: Durchschnittliche Variierung des BIP pro Kopf und dem Rückhalt der Demokratie im Zeitraum 1996 – 2008 in Lateinamerika	105
Grafik 4.2: Verhältnis zwischen dem Index des Rückhaltes der Demokratie und den Variierungen des BIP pro Kopf in Chile	107
Grafik 5.1: Verhältnis zwischen dem Index des Rückhaltes der Demokratie und dem Wachstum des BIP pro Kopf in Argentinien.....	125
Grafik 5.2: Grad des Vertrauens in die politischen Parteien (Durchschnitt der Jahre 2001 und 2002).....	142
Grafik 5.3: Grad des Vertrauens in die Jurisdiktion (Durchschnittswert des Jahres 2001).....	143
Grafik 5.4: Grad des Vertrauens in den Kongress (Durchschnittswert des Jahres 2001)	144

Grafik 6.1: Wachstum des BIP pro Kopf in Chile und Argentinien in vergleichender Perspektive (Werte in Prozent).....	154
Grafik 6.2: Historische Entwicklung des Wachstums des BIP pro Kopf in Chile und Argentinien in vergleichender Perspektive (Werte in Prozent).....	156
Grafik 6.3: Interpersonelles Vertrauen (angegebene Werte in Prozent)	159

Tabellen

Tabelle 1.1: Demokratische Legitimität, demokratische Effizienz und politischer Rückhalt	6
Tabelle 1.2: Wirtschaftliche Entwicklung Lateinamerikas und der Schwellenländer: 1982-2009	10
Tabelle 1.3: Länder in der Wirtschaftskrise	14
Tabelle 1.4: Bestimmende Faktoren bezüglich der Einstellung zur Demokratie	15
Tabelle 2.1: Zusammenhang zwischen Legitimität und demokratischer Effizienz.....	53
Tabelle 3.1: Prädiktoren der Präferenz für die Demokratie.....	96
Tabelle 3.2: Prädiktoren der Wahrnehmung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation.....	98
Tabelle 3.3: Prädiktoren der Wahrnehmung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation in Zeiten der Wirtschaftskrise und ohne Wirtschaftskrise.....	99
Tabelle 5.1: Auswirkungen der Wirtschaftskrise von 2001 auf die politischen, wirtschaftlichen und institutionellen Variablen (Werte in Prozent).....	126
Tabelle 5.2: Argentinien: Makroökonomische Auswirkungen der Krise von 2001	130
Tabelle 5.3: Bivariate Korrelation des Jahres 2001	131

Zusammenfassung

Diese Dissertation untersucht die Auswirkungen der Wirtschaftskrisen auf die Legitimität und Effizienz der Demokratie in Lateinamerika. Darauf aufbauend werden der Rückhalt der Demokratie und die Zufriedenheit mit derselben als abhängige Variablen und vor allem eine Reihe von unabhängigen Variablen mit wirtschaftlichen, sozioökonomischen, institutionellen und politischen Aspekten in Zusammenhang gebracht.

Es wurden drei methodologische Untersuchungstechniken angewandt: Die theoretische Analyse, der empirische Beweis sowie die Anwendung regressiver Statistiken. Es wurde entschieden, die Daten der Umfragen des Latinobarometers zu benutzen, da dieses die vollständigste Zusammenstellung von Interviews für die quantitative Forschung der politischen Wissenschaft in Lateinamerika darstellt. Weitere unabhängige Variablen wurden durch verschiedene weitere Datenbanken, besonders für Zeitreihen Querschnitte, erworben. Im Bereich der statistischen Methodologie werden Multilevelmodelle mit Paneldaten und Modelle auf individueller Ebene durch ordered logit (individual Level) benutzt. Ziel dieser Methodologie ist es, folgende Fragen zu beantworten: (1) ob die Wirtschaftskrisen Auswirkungen auf die Legitimität der Demokratie in Lateinamerika haben, (2) warum es einen Dissens der wissenschaftlichen Literatur über die Auswirkungen der Wirtschaftskrisen auf den Rückhalt der Demokratie in Lateinamerika gibt und ob diese Perioden die Beziehung zwischen Wirtschaftswachstum und demokratischer Stabilität beeinflussen, (3) warum das solide Wirtschaftswachstum keine größere Legitimität der Demokratie hervorgerufen bzw. den Rückhalt der Demokratie in Chile nicht gestärkt hat, (4) ob die Krise von 2001 Auswirkungen auf die Qualität und Legitimität der Demokratie in Argentinien hatte und schließlich (5) warum

die Demokratie in Argentinien trotz der starken Wirtschaftskrisen einen größeren Rückhalt als in Chile genießt, obwohl letztgenannter Fall eine der größten Erfolgsgeschichten der lateinamerikanischen Region in wirtschaftlicher Hinsicht darstellt.

Es wurden im speziellen die Fälle Argentiniens und Chiles ausgewählt, da sie aufgrund der Tatsache interessant sind, dass die beiden Hauptfaktoren, welche in dieser Dissertation untersucht werden, stark gegensätzlich sind: Die wirtschaftliche Entwicklung und die Legitimität der Demokratie. Das chilenische Wirtschaftswachstum ist zwar eines der höchsten der Region, aber der Rückhalt der Demokratie ist dennoch einer der niedrigsten in ganz Lateinamerika. Argentinien dagegen besitzt trotz der schweren politischen und wirtschaftlichen Konflikte einen der größten Rückhalte des demokratischen Systems.

Die vielfältigen Analysen zeigen, grob gesprochen, fünf Ergebnisse von Interesse: Zum ersten wird entgegen der breiten Literatur, welche die Beziehung zwischen den Wirtschaftskrisen und der Legitimität der Demokratie in Zweifel zieht, festgestellt, dass derartige Ereignisse zu den Faktoren mit den größten negativen Auswirkungen zählen. Für die größte Wirtschaftskrise seit 1982 (1996 bis 2003) lässt sich feststellen, dass der Koeffizient zwischen der Variablen Wirtschaftskrise und dem Rückhalt der Demokratie negativ und signifikant ist. Zum zweiten wird eine hohe Heterogenität der Daten festgestellt, was zur Folge hat, dass es keine lineare Tendenz für die Beziehung zwischen BIP pro Kopf und dem Rückhalt der Demokratie gibt, was einen starken Dissens über die Auswirkungen der Wirtschaftskrisen auf den Rückhalt der Demokratie in Lateinamerika hervorgerufen hat. Darüberhinaus wird der Schluss gezogen, durch zwei Quervergleiche für die Zeiträume 1996 – 2004 und 2004 – 2007, dass die Wirtschaftskrisen die Beziehung zwischen Wirtschaftswachstum und Legitimität der Demokratie beeinträchtigen. Das heißt, dass für den Zeitraum der Wirtschaftskrise der

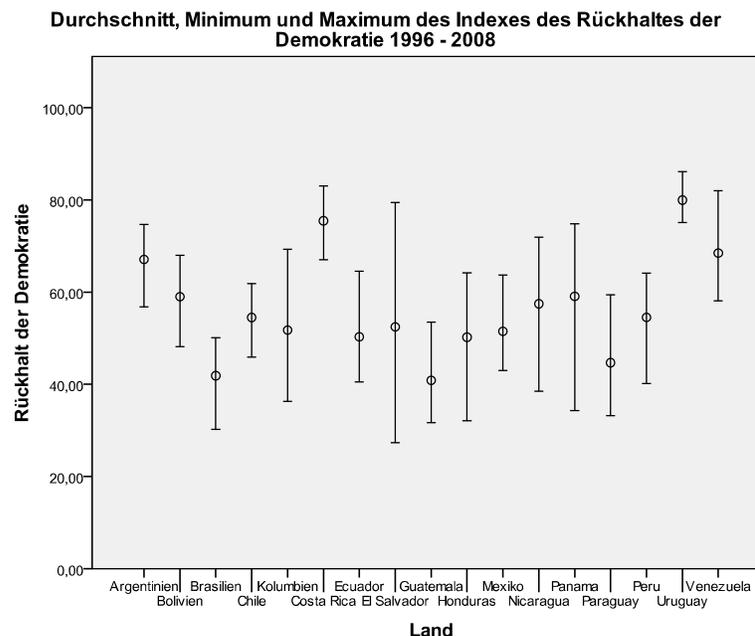
Koeffizient zwischen BIP pro Kopf und dem Rückhalt der Demokratie negativ und signifikant, er aber für den Zeitraum ohne Wirtschaftskrise trotzdem positiv und signifikant ist. Zum dritten wird aus der Tatsache, dass die Auswirkungen der asiatischen Krise auf den Rückhalt der Demokratie gering waren und dass das solide Wirtschaftswachstum sich in Chile nicht in einem gesteigerten Rückhalt für das demokratische System widerspiegelt, gefolgert, dass es andere Faktoren sein müssen, welche eine größere direkte Bedeutung besitzen. Daraus wird der Schluss gezogen, dass der Rückhalt der Demokratie in diesem Fall hauptsächlich von der politischen Ideologie abhängt, da die politischen Parteien der Rechten das demokratische System nicht unterstützen. Zum vierten wird gezeigt, dass trotz der einflussreichen Literatur, welche die Auswirkungen der Wirtschaftskrisen auf die Legitimität der Demokratie anzweifelt, der Rückhalt der Demokratie in Argentinien eindeutig von der Wirtschaftskrise von 2001 beeinflusst wurde. Es wird geschlussfolgert, dass die Wahrnehmung wirtschaftlicher Stabilität durch die Bevölkerung eine Schlüsselvariable für die Unterstützung der Demokratie darstellt. Zum fünften wird durch die Anwendung von regressiven Modellen in vergleichender Perspektive festgestellt, dass die bedeutsamsten Variablen im argentinischen und chilenischen Fall voneinander abweichen. Die Ursprünge dieser wichtigsten Variablen sind das Spiegelbild der politischen und wirtschaftlichen Ereignisse der letzten Jahrzehnte. Die politische Kultur ist ein wichtiger Faktor, um zu erklären, warum der Rückhalt der Demokratie in Argentinien höher ist als in Chile.

KAPITEL I: DEMOKRATISCHE LEGITIMITÄT UND WIRTSCHAFTSKRISE

Seymour Lipset (1959) gab den Anstoß zu einem der meist debattierten Themen der politischen Wissenschaft, der Bedeutung der wirtschaftlichen Faktoren auf die demokratische Legitimität. Tatsächlich hat das Thema große Diskussionen über die bestimmenden Faktoren für die Legitimität des demokratischen Systems ausgelöst. Bestimmend waren hierbei politische, institutionelle, internationale, sozioökonomische und makroökonomische Faktoren, welche die Komplexität des Themas je nach Einzelfall aufzeigen (Gunther und Torcal 1999).

In dieser Perspektive ist der Fall Lateinamerikas von großem Interesse, einerseits wegen seines geringen Rückhaltes der Demokratie im Vergleich zu Europäern, Asiaten oder Afrikanern und andererseits wegen der enormen Unterschiede in den einzelnen Ländern (Zovatto 2002).

Grafik 1.1: Index des Rückhaltes der Demokratie in Lateinamerika



Quelle: Eigene Ausarbeitung auf Basis der Daten des Latinobarometers

Gegenüber diesen Unterschieden und ihren Gründen steht die Frage, ob es wahrscheinlich ist, dass der wirtschaftliche Kontext die Zustimmung zum demokratischen System untergraben hat. In den letzten 15 Jahren litt Lateinamerika unter einer hohen Zahl internationaler Wirtschaftskrisen, welche durch die interne wirtschaftliche Situation verschärft wurden. Die Krise der öffentlichen Finanzierung und die exorbitanten Inflationsraten zeigten, dass die vorigen protektionistischen Modelle der Entwicklung nicht funktionsfähig waren. Um derartigen makroökonomischen Ungleichgewichten und finanziellen Grenzen entgegenzutreten zu können, sahen sich die Regierungen dazu gezwungen, die Steuerpolitik zu ändern sowie weitere Sparprogramme durchzuführen. In einigen Fällen wurde die staatliche Sphäre abgebaut und damit der Einfluss des Staates auf die Wirtschaft. Diese Maßnahmen hatten das Ziel, ein konkurrenzfähiges Wirtschaftswachstum in der Region zu schaffen. Tatsächlich aber schufen sie in vielen Fällen kurzfristig Unordnung in der Wirtschaft, was die Verwundbarkeit in der internationalen Finanzwirtschaft noch mehr erhöhte.

Wenn nun also eine Wirtschaftskrise das negative Wachstum des BIP pro Kopf bedeutet, gibt es empirische Beweise, welche die Komplexität der Beziehung zwischen der Krise und dem Rückhalt der Demokratie nahelegen (Solimano 2006; Graham und Sukhtankar 2004). Erstens gibt es Artikel, welche gegensätzliche Ergebnisse über die Auswirkungen der Wirtschaftskrisen auf den Rückhalt der Demokratie feststellen. Zweitens gibt es empirische Beweise dafür, dass einige der Länder, wie Argentinien, die am schlimmsten von den Wirtschaftskrisen betroffen waren, gleichzeitig den höchsten Rückhalt für die Demokratie in Lateinamerika aufweisen. Drittens zeigt sich in Chile keine Verbindung zwischen dem Wachstum und der Demokratie, da es trotz seines großen wirtschaftlichen Erfolges nur einen bescheidenen Rückhalt der Demokratie aufweist.

Für den ersten Punkt stellt Seligson (2009), der die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrisen in Lateinamerika durch eine Analyse auf individueller und nationaler Ebene für das Jahr 2008, in welchem eine Reihe von Ländern von der Wirtschaftskrise oder einem negativen BIP pro Kopf betroffen waren, fest, dass diese Variable negativ mit der Opposition zum demokratischen System assoziiert sei. Anders ausgedrückt, je niedriger das Wirtschaftswachstum, desto niedriger die Zustimmung zum demokratischen System.

Andererseits zeigt der Bericht des Latinobarometers (2003: 34), dass laut den Ergebnissen für die Beziehung zwischen dem Rückhalt der Demokratie und den Wirtschaftskrisen während der Jahre 2001 und 2002 in Lateinamerika das BIP pro Kopf ein schlechter Indikator für den Rückhalt der Demokratie sei, was impliziert, dass die Demokratie nicht auf Faktoren wirtschaftlicher Natur beruht. Dieser und weitere Indikatoren zeigen daher eindeutig, dass es die politischen Güter und nicht die wirtschaftlichen sind, welche den demokratischen Rückhalt erklären.

Für den zweiten Punkt scheint die lateinamerikanische Empirie zu zeigen, dass die Wirtschaftskrisen nicht ausreichen, um dem demokratischen Regime den Rückhalt zu entziehen. So weist zum Beispiel Argentinien, welches in den vergangenen Jahrzehnten von starken Wirtschaftskrisen betroffen war, laut dem Latinobarometer eine der größten Zustimmungen zur Demokratie auf¹.

Die Wirtschaftskrise von 2001 war eine der verheerendsten in der Geschichte Argentiniens und schuf nicht nur Chaos in der Makroökonomie des Landes, sondern darüber hinaus in verschiedenen und wichtigen Aspekten seiner politischen und sozialen Realität. Trotzdem zeigen viele wichtige Werke zu diesem Thema, dass diese Wirtschaftskrise nicht ausreichend

¹ Siehe Anhang

war, um den Rückhalt der Demokratie zu beeinträchtigen, da Argentinien eine der höchsten Zustimmungen zur Demokratie in der Region aufweist. Weiterhin gibt es keine lineare Tendenz zwischen der Unterstützung der Demokratie und dem BIP pro Kopf, was die Argumentation für eine geringe Auswirkung der Wirtschaft auf die demokratische Legitimität stärkt. Viele Autoren loben darüber hinaus die hohe Verantwortung und Zivilkultur der Bevölkerung in einer der schärfsten Wirtschaftskrisen, die je ein demokratisches Land erlitten habe.

Für den dritten Punkt zeigt die Empirie, dass der chilenische Fall nicht der gängigen Theorie, welche die Bedeutung der wirtschaftlichen Faktoren betont, entspricht. Dieser Fall ist also widersprüchlich, da der bescheidene Rückhalt der Demokratie für lateinamerikanische Verhältnisse den politischen und wirtschaftlichen Erfolgen der letzten Jahrzehnte gegenübersteht (Latinobarometer 2008: 105).

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Stand der Diskussion, sowohl auf der Ebene der theoretischen als auch auf der der empirischen Untersuchung, komplex ist. Diese Arbeit hat die Absicht, mehr Klarheit zu schaffen und die Auswirkungen der Wirtschaftskrisen in den Ländern Lateinamerikas während der Jahre 1996 – 2003 – der Zeitraum, in dem sich die schärfsten Wirtschaftskrisen in der Region seit 1982 ereigneten – mit statistischen Bewertungen auf Multierebenen und individueller Ebene zu erklären. Dies geschieht mit dem Ziel, die Auswirkungen, die die Wirtschaftskrisen im Vergleich mit dem Verhalten anderer bestimmender Faktoren der Wahrnehmung des demokratischen Systems in Lateinamerika aufzudecken.

1.- Wie definieren sich demokratische Legitimität und Wirtschaftskrise?

Definition von demokratischer Legitimität

In dieser Arbeit wird der Begriff „demokratische Legitimität“ als die Überzeugung der Bevölkerung, die Demokratie sei die am wenigsten schlechte aller Regierungsformen, unabhängig davon, wie ihre Meinung zu einzelnen konkreten Entscheidungen aussieht, verstanden (Linz 1988: 65). Daraus folgt, dass die Wahrnehmung der Demokratie in Bezug auf ihre Legitimität von der Stabilität des politischen Systems abhängt. Eine Krise der Legitimität kann die Qualität jenes Systems beeinträchtigen und so Prozesse der Regimetransition einleiten oder beschleunigen oder sogar den Sturz desselbigen herbeiführen (Rustow 1970: 337-364).

„Demokratische Effizienz“ auf der anderen Seite wird als die Pflichterfüllung des demokratischen Systems verstanden, was Dahl „die Fähigkeit der Regierungen, grundlegende Probleme zu lösen bzw. diejenigen, die von der Bevölkerung als bedeutsamste wahrgenommen werden“ bezeichnet (Dahl 1971: 144). „Eine geringe demokratische Effizienz führt zu allgemeiner und politischer Unzufriedenheit, welche die Folge der Bewertung der Bürger der Pflichterfüllung des Regimes oder der Autoritäten sowie der politischen Ergebnisse ist“ (Farah und Heunks 1979: 429).

Dieser konzeptionelle Unterschied ist Untersuchungsgegenstand diverser Analysen und Überlegungen in der Fachliteratur. So schlägt Easton beispielsweise vor, die beiden Konzepte dahingehend zu unterscheiden, dass es zwei unterschiedliche Ebenen politischen Rückhaltes gebe: Den diffusen Rückhalt und den spezifischen Rückhalt. Für diesen Autor ist der diffuse Rückhalt „ein Mittel der Legitimität des Systems“, während der spezifische Rückhalt eine Position zur „Pflichterfüllung oder den Ergebnissen des politischen Systems“ beinhaltet (Easton

1975: 435-457). Der diffuse Rückhalt bewertet also die demokratische Legitimität, während der spezifische Rückhalt auf die demokratische Effizienz zurückgeht.

Andererseits gibt es Umfragen wie den Latinobarometer, die, um die Wahrnehmungen und Einstellungen zur Demokratie zu messen, zwischen demokratischer Legitimität und der demokratischen Effizienz unterscheiden. Dafür schaffen sie einen Indikator für demokratische Legitimität, „Rückhalt der Demokratie“ und einen weiteren für die demokratische Effizienz, „Zufriedenheit mit der Demokratie“ (Bericht des Latinobarometers 2004).

Tabelle 1.1: Demokratische Legitimität, demokratische Effizienz und politischer Rückhalt

Diffuser Rückhalt	Spezifischer Rückhalt
Demokratische Stabilität	Pflichterfüllung oder “Performance”
Demokratische Legitimität	Demokratische Effizienz
Rückhalt der Demokratie	Zufriedenheit mit der Demokratie

Quelle: Eigene Ausarbeitung, basierend auf: David Easton (1975); Montero, Gunther y Torcal (1999); Bericht des Latinobarometers 2004

Mit der nun etablierten Unterscheidung zwischen demokratischer Legitimität und demokratischer Effizienz geht es in der folgenden Diskussion um die Zusammenhänge zwischen wirtschaftlicher Ergebnisse und Demokratie und welche Faktoren beeinträchtigen die ihre Legitimität oder ihre Effizienz.

Klingemann und Fuchs (1988: 419-443) führen an, dass besonders in neuen Demokratien politische und wirtschaftliche Schwierigkeiten den Rückhalt der Demokratie sehr schnell negativ beeinflussen können und eine ihrer herausgehobenen Schlussfolgerungen ist, dass “die

Legitimität der westlichen Demokratien immer stärker von ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit abhängt“.

Andere, wie zum Beispiel Montero, Gunther und Torcal, lehnen die These ab, dass die demokratische Legitimität immer eng mit der wirtschaftlichen Situation verbunden sei und weisen darauf hin, dass „die demokratische Legitimität eher mit politischen und kulturellen Faktoren verbunden ist“ (Montero, Gunther und Torcal 1999: 105-110).

Die Debatte ist komplex, da – einigen Fachleuten der Materie folgend – der demokratische Rückhalt stärker von Faktoren politischer Natur als von wirtschaftlichen Faktoren beeinträchtigt werde. Diese Faktoren haben mit der Handlungsweise der Regierung zu tun, während die Wahrnehmung, welche die Bevölkerung von der wirtschaftlichen Realität hat, mit der demokratischen Effizienz, aber nicht mit der demokratischen Legitimität assoziiert wird. Kinder und Sears schreiben beispielsweise, dass „der Grad, in welchem die wirtschaftliche Situation die Legitimität und Effizienz der Demokratie beeinflusst, von der Fähigkeit der Bürger, zwischen diesen beiden Einstellungen zur Demokratie zu unterscheiden, abhängt“ (Kinder und Sears 1985).

Die vorliegende Arbeit orientiert sich an der Forschungsströmung, die den Einfluss der Wirtschaft und den wirtschaftlichen Ereignissen auf die demokratische Legitimität anerkennt. Auf Basis der zur Verfügung stehenden empirischen Daten über die wirtschaftliche und demokratische Entwicklung der zu untersuchenden Länder wird versucht, die Auswirkungen der Wirtschaftskrisen auf die Legitimität und den Rückhalt der Demokratie darzustellen.

Definition von Wirtschaftskrise

Aus einer ersten Perspektive lässt sich feststellen, dass die Entwicklung jeder Gesellschaft aus zyklischen Phasen des Fortschrittes und des Stillstandes, oder sogar des Rückschrittes, besteht. Kein soziales Phänomen entwickelt sich geradlinig und klar definiert. Die Augenblicke des Richtungswandels sind demzufolge als Krisen definiert².

Die empirischen Daten legen nahe, die Wirtschaftskrise als Zusammenschluss von Problemen zu definieren, die untereinander zusammenhängen und die ihre jeweiligen Effekte gegenseitig potenzieren. Dies geschieht um einen Basisfakt herum: Das Sinken des Produktionswachstums, welches periodischen Charakter hat und sich in einem Rückgang der Geschäfte, rückläufiger Einnahmen, einer Abnahme der Produktivität, einem Rückgang der Beschäftigung und der Vorherrschaft konstanter oder niedriger Preise widerspiegelt³. Was die Gründe einer Wirtschaftskrise angeht, weist der Internationale Währungsfond darauf hin, dass diese zahlreich und komplex seien. Hervorgehoben wird unter Anderem, die Schwäche der Finanzsysteme, die hohen und dauerhaften staatlichen Finanzdefizite, die hohen Auslands- und/oder Staatsschulden, unangemessene feste Wechselkurse, Naturkatastrophen oder bewaffnete Konflikte⁴.

Einige dieser Faktoren können direkte Auswirkungen auf die Handelsbilanz eines Landes haben, indem der Export zurückgeht oder der Import zunimmt, während andere die finanziellen Möglichkeiten für internationale Transaktionen reduzieren können. So können zum Beispiel

² Universidad Complutense de Madrid, *Diccionario Crítico de las Ciencias Sociales*, in: http://www.ucm.es/info/eurotheo/diccionario/C/crisis_economica.htm

³ El Prisma- Portal para Investigadores y Profesionales. *Elektronisches Dokument* [online]: Ciclo Económico. <http://www.elprisma.com/apuntes/economia/cicloeconomico/> [Konsultiert am 01 Oktober 2008].

⁴ Internationaler Währungsfond, *Wie der IWF dabei hilft, Wirtschaftskrisen zu überwinden* in: <http://www.imf.org/external/np/exr/facts/spa/crisess.htm>

Investoren das Vertrauen in die Perspektiven eines Landes verlieren, was massive Verkäufe von Aktiva oder eine Kapitalflucht zur Folge hat⁵.

Eine Rezession, welchen Ursprunges auch immer, tendiert dazu, das Finanzsystem zu schädigen, da der Preisverfall dauerhafter Güter den Wert der Aktiva, welche als Garantie für erhaltene oder bewilligte Kredite dienen, verursachen, während die Passiva des Systems, die hauptsächlich aus Einlagen mit einem festen Wert bestehen, ihren Wert erhöhen. Eine Rezession führt also zu einer Abnahme des Nettovermögens eines Finanzsystems. In diesem Kontext führt die Abnahme des Kreditangebotes und die wahrscheinliche Zunahme der Nachfrage desselben zu einem Anstieg des realen Zinssatzes, der so groß sein kann, dass es zu negativen Auswirkungen auf der Ebene der wirtschaftlichen Aktivität kommen kann, sowohl was die Schuldenlast außerhalb des Systems, als auch was die Aktivität durch eine geringere Nachfrage an Gütern und Dienstleistungen sowie auch ein geringeres Angebot derselben angeht (Rosende und Bengolea 1984: 207-226).

Die Dauerhaftigkeit einer Wirtschaftskrise hängt einerseits davon ab, wie schnell der normale Kreditfluss in die Wirtschaft wiederhergestellt wird und andererseits, wie das Schuldenproblem der Krise selbst gelöst wird, dessen schwerwiegendste Folgen die Existenz einer großen Anzahl von nicht abbezahlten Krediten und die Notwendigkeit einer Lösung, welche eine Form mit sich bringt, die Verluste zwischen Gläubigern, Schuldern und der Bevölkerung allgemein aufzuteilen (Rosende und Bengolea oben zitiert).

Die wichtigsten wirtschaftlichen Ereignisse für die Entwicklung der Wirtschaft Lateinamerikas, der Schwellenländer und auf weltweiter Ebene werden nun in der folgenden Tabelle aufgelistet:

⁵ Ebd.

**Tabelle 1.2: Wirtschaftliche Entwicklung Lateinamerikas und der
Schwellenländer: 1982-2009**

Zeitraum:	1982 – 1987	1995-2001	2007-2009
Länder:	Lateinamerika	Schwellenländer	Weltweit
Ursache:	Entwicklungsprojekte inmitten einer dauerhaften Inflation	Expansion von Finanzmärkten spekulativen Kapitals	Expansion von Finanzmärkten spekulativen Kapitals
Vorherige Aktivität:	Commodities (Erdöl), private Bankmärkte	Finanzielle Aspekte, Dokumente über den Inhalt der Staatskasse in Dollar	Zu starke Ausweitung des Hypothekenkredits
Monetäre Expansion durch:	Recycling von Petrodollar und Eurodollar	Verschiedene Arten des Geldflusses, Dollar und Euridollar	Hypothekenkredit, übermäßiger Geldfluss
Spekulativer Zeitraum:	1979-1982	1995-1997	2005-2008
Krise:	Mexiko 1982 Insolvenz Brasiliens	Mexiko 1994 Asien 1997 Russland 1998 Brasilien 1998 – 1999 Türkei und Argentinien 2001	USA 2007-2008-2009 Weltweit 2008-2009
Geldgeber in letzter Instanz.	Hilfspakete privater Banken. Offizielle Schemata Brady, Baker IWF	IWF, G-7, Multinationale banken, Weltbank	Multinationale Banken, G-7, IWF, Weltbank

Quelle: Eigene Ausarbeitung, basierend auf: Carlos Nahuel (2008)

2.- Wie werden demokratische Legitimität und Wirtschaftskrise gemessen?

Messen der demokratischen Legitimität

Der Einfluss des Rückhaltes der Demokratie auf die Stabilität der politischen Regime ist kein neues Thema. Es ist seit dem Beginn des Paradigmas der politischen Kultur in diversen Diskussionen und Untersuchungen der politischen Wissenschaft präsent. Dennoch weist Huntington darauf hin, dass es erst seit der dritten Welle der Demokratisierung seinen herausragenden Platz in der Wissenschaft eingenommen habe (Huntington 1991). Es war in diesem Zeitraum, als eine hohe Anzahl von Ländern eine demokratische Transformation in Angriff nahmen, was eine Reihe von ernsten Zweifeln über den Erfolg, den diese Transitionsprozesse haben würden und ob eine Stabilisierung und Konsolidierung der politischen Regime langfristig möglich wäre, mit sich brachten.

Dies war der Ausgangspunkt einer Reihe theoretischer Strömungen über die Konsolidierung von Demokratien, welche bis zum heutigen Zeitpunkt diskutiert werden. So untersuchen zum Beispiel Przeworski (2000), der sich auf institutionelle Merkmale bezieht und O'Donnell und Schmitter (1986), die von einem „elite-behaviour“ schreiben, im Grunde dasselbe Phänomen: Die Evaluierung der Bevölkerung zur Legitimität und Effizienz der Demokratie.

Der politische Rückhalt stellt also eine essentielle Bedingung dafür dar, dass sich eine politische Kultur formt, die kongruent und dem demokratischen Regime wohlwollend geneigt ist, da es in Fällen der wirtschaftlichen Instabilität zu einem Verlust der demokratischen Legitimität kommen kann (Diamond und Morlino 2005; O'Donnell, Vargas Cullell und Iazzetta 2004).

Aus diesem Grund wurden der Rückhalt der Demokratie und die Zufriedenheit mit derselben von der Wissenschaft als fundamentale Elemente für die Ermittlung der Stabilität eingestuft, da sie die Wahrnehmung der demokratischen Legitimität und Effizienz im Detail messen (Diamond und Morlino 2005; O'Donnell, Vargas Cullell und Iazzetta 2004).

Index des Rückhaltes der Demokratie

Das Konzept des Rückhaltes der Demokratie wird in dieser Dissertation als abhängige Variable behandelt und als ein Ideal oder erstrebenswerter aber unerreichbarer Wert behandelt, da kein System völlig legitim für alle ist, da dieses für jeden einzelnen anders aussehen würde. Um also das, was als Legitimität oder Rückhalt der Demokratie festgesetzt wird, zu untermauern, wird das Konzept von Juan Linz verwendet, welches diese als „den Glauben, dass, trotz aller Defekte und Fehlschläge, die politischen Institutionen besser seien als in jeden anderen denkbaren System“ (Linz 1988: 65)

Daraus folgend und mit dem Ziel, diese Definition in messbare Faktoren umzuwandeln, hat diese Umfragekorporation „Latinobarometer“ sie in drei Alternativen aufgegliedert, welche die drei Regimetypen repräsentieren, welche die Bürger bevorzugen. Daher wurden folgende Fragen formuliert, um den Rückhalt der Demokratie messen zu können: (1) Die Demokratie ist jeder anderen Regierungsform vorzuziehen, (2) Unter gewissen Umständen kann ein autoritäres Regime der Demokratie vorzuziehen sein, (3) Leuten wie uns ist es egal, ob ein Regime demokratisch oder undemokratisch ist (Bericht Latinobarometer 1996).

Die jährliche Umfrage des Latinobarometers nutzt den Indikator des Rückhaltes der Demokratie, um die Wahrnehmung der lateinamerikanischen Bevölkerung zu messen. Dies geschieht durch einen Fragebogen, der in 17 Ländern verwendet wird (er schließt alle

kontinentalen lateinamerikanischen Länder ein). Insgesamt werden pro Jahr etwa 18.638 Interviews durchgeführt, welche eine Bevölkerung von 480 Millionen repräsentieren. Die Fehlerquote beträgt je nach Fall zwischen 2,8% und 4,1% (Bericht Latinobarometer 2004).

Die Technik, welche auf der Basis dieser Fragen die Einstellung der Interviewten zur Demokratie feststellen soll, ist die Analyse von Ballungen oder Clustern als Forschungsmittel und sie trägt durch konkrete Ziele dazu bei, in den Daten vorhandene Assoziationen und Strukturen zu enthüllen.

Das Messen von Wirtschaftskrisen

In dieser Arbeit werden die Auswirkungen der Wirtschaftskrise als Variable und Zeitraum politischer Ereignisse, welche die Wahrnehmung der Demokratie beeinträchtigen können, verstanden.

Was die Wirtschaftskrisen als Variable angeht, so sieht sie ein Teil der empirischen Literatur, welche den Einfluss der Wirtschaftskrisen in ökonometrischen Analysen und als statistische Regression untersucht, diese als einen starken Rückgang der Kaufkraft der Bevölkerung (Solimano 2006; Graham und Sukhtankar 2004). Daraus folgend wird die Wirtschaftskrise als Dummy Variable angesehen, bei der 1 die negative Veränderung des Bruttoinlandproduktes pro Kopf repräsentiert.

Die folgende Tabelle zeigt die Wirtschaftskrisen in den 17 lateinamerikanischen Ländern, die im Zeitraum 1996 – 2007 analysiert wurden.

Tabelle 1.3: Länder in der Wirtschaftskrise

	Krise						Keine Krise					
	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Argentinien				X	X	X	X					
Bolivien				X		X						
Brasilien			X	X		X		X				
Chile				X								
Kolumbien			X	X		X						
Costa Rica	X				X	X						
Ecuador			X	X								
El Salvador	X					X						
Guatemala						X	X	X				
Honduras				X								
Mexiko						X	X					
Nicaragua							X					
Panama						X						
Paraguay	X	X	X	X	X	X	X					
Peru			X	X		X						
Uruguay				X	X	X	X					
Venezuela	X		X	X			X	X				

Quelle: Eigene Ausarbeitung auf Basis der Daten der jährlichen Statistiken der CEPAL

Eine Wirtschaftskrise kann ebenfalls ein Zeitraum wirtschaftlicher Ereignisse sein, in dem sich eine Reihe von Anomalien in den bestimmenden Variablen ereignen und so zu Fluktuationen auf der Ebene der endogenen Variable sorgen. Daher gibt es auch Untersuchungen, welche die Krisen als Zeiträume messen, in denen es zu negativem Wachstum des BIP pro Kopf kommt (Hausmann, Rodríguez und Wagner 2006).

3.- Bestimmende Faktoren für demokratische Legitimität: Vier anschauliche Faktoren

Es existiert eine breite Literatur über die bestimmenden Faktoren für die Einstellung zur Demokratie und viele werden als signifikant angesehen. Deshalb werden zunächst diejenigen Faktoren zusammengefasst, die für diese Arbeit als die relevantesten gelten.

Tabelle 1.4: Bestimmende Faktoren bezüglich der Einstellung zur Demokratie

FAKTOREN							
STRUKTURELL					KULTURELL	PSYCHOLOGISCH	MEDIEN
FORMELL ODER INSTITUTIONELL	INFORMELL						
	POLITISCH	WIRTSCHAFTLICH	SOZIOÖKONOMISCH	INTERNATIONAL			
Konstitutionell Repräsentativität Parteiensystem	Politische Führung Theorie der Konsensdemokratie Parlamentarismus gegenüber Präzidentialismus	BIP Inflation Arbeitslosigkeit Wirtschaftliche Balance	BIP pro Kopf Alphabetisierung Bildung Verstädterung Human Development Index Armutsindex Ungleichheit	Wirtschaftliche Abhängigkeit Beziehungen gegenseitiger Abhängigkeit	Historische Faktoren auf Basis von Charakteristiken des politischen Systems, ihre Ursprünge und diversen Aspekte des wirtschaftlichen Lebens Religiöse. Soziales Kapital	Niveau der Sozialisierung (Familie) Psychologie Politik	Mediendemokratie Medienherrschaft. Elektronische Demokratie (elektronische Stimmabgabe)
Fuchs, Guidorossi und Svenson (1995) Berggren (2004) Anderson und Guillory (1997)	Mainwaring (1993) Lijphart (1977) Linz und Valenzuela (1994) O'Donnell (1973)	Lerner (1958) Lipset (1959) Deutsch (1961) Huntington (1984) Diamond, Linz und Lipset (1989) Klingemann und Fuchs (1998)	Cutright (1963) Lipset, Seong und Torres (1993) Huntington (1991) Diamond (1992a) Graham (2004)	Gasiorowski (1988; 1995)	Almond und Verba (1965) Inglehart (1991) Huneus (2003) Weil (2000) Putnam (1995)	Escuela de Michigan- Converse (1969) Knutson (1973)	Swanson (1995) Bourdieu (1977) Sartori (1999) Becker (1981)

Quelle: Eigene Ausarbeitung

Die hier vorgeschlagene Klassifizierung sieht vier mögliche Gruppen von Faktoren vor. Zum ersten die strukturellen Faktoren, auch Systemfaktoren genannt, die sich aus den jeweiligen Charakteristiken des politischen Systems ableiten. In diesem gruppieren sich einerseits die formalen oder institutionellen strukturellen Faktoren, die, da sie reguliert oder abgestimmt sind, auf die legalen Aspekte der politischen Systeme antworten und andererseits die informellen strukturellen Faktoren, die aus der täglichen politischen Praxis abgeleitet werden und welche auf die Handlungsweise der politischen Akteure antworten⁶.

Die Gruppe der kulturellen Faktoren beinhaltet diejenigen Aspekte, unter anderem, der historischen und religiösen Merkmale, welche ein Bündel von Werten, Einstellungen und im großen Maße verbreitete Kenntnisse aus dem Herzen einer Gesellschaft widerspiegeln und die von Generation zu Generation weitergegeben werden (Inglehart 1991: 5).

Die psychologischen Faktoren bestehen aus jenen, welche die politische Sozialisation der emotionalen Charakteristiken und der Persönlichkeit, untergeordnet wiederum der individuellen Kasuistik, mit sich bringt (Knutson 1973).

Die mit den Medien zusammenhängenden Faktoren bedeuten schließlich die Bildung einer öffentlichen Meinung über die Aktivität der Massenmedien, besonders des Radios und des Fernsehens. Weiterhin müssen hier die neuen Informationstechnologien, die elektronische Demokratie, wie die Nutzung des Internets, um die demokratischen Prozesse zu verbessern, genannt werden.

⁶ Ederne Bartolomé schlägt in seiner Dissertation "El apoyo político y sus condicionantes en perspectiva comparada", Universität Deusto (Spanien) die formellen strukturellen Faktoren, die informellen (politische und wirtschaftliche), kulturelle und persönliche vor. Diese Logik wird hier mit den psychologischen, strukturellen, sozioökonomischen und internationalen Faktoren betrachtet.

Institutionelle Faktoren

Um den Einfluss der institutionellen Faktoren auf die Stabilität der politischen Regime zu erklären, werden vier Aspekte in Betracht gezogen. Erstens wird der Föderalismus mit zentralistischen Systemen verglichen. Zweitens werden Präsidentialismus und Parlamentarismus als Gegensätze untersucht. Drittens wird die Proportionalität der politischen Systeme diskutiert. Viertens wird schließlich die Krise der Legitimität in Relation zu den verfassungsmäßigen Fundamenten und im speziellen der Fall Lateinamerikas betrachtet.

Was die Stabilität föderaler Regime im Vergleich zu zentralistischen Regimen angeht, gibt es in der Literatur unterschiedliche Sichtweisen darüber, welches der beiden Systeme bessere Voraussetzungen für eine demokratische Stabilität liefert. Diese Diskussion ist im Wesentlichen auf drei Argumente fixiert. Zum ersten führen Abraham Diskin, Hanna Diskin und Hazan (2005) an, dass es im Föderalismus leichter zu einem demokratischen Kollaps kommen könne, da es zu Spannungen zwischen „Zentrum“ und „Peripherie“ kommen könne, wie dies zum Beispiel im amerikanischen Bürgerkrieg geschehen sei. Zum zweiten setzt Groppi (2003) dagegen, dass es dort weniger Probleme gäbe, wo die Partizipation der Staaten in der Anwendung der Verfassung „schwach“ sei, sei es, weil diese in einer zweiten Kammer (wie in Deutschland) stattfindet oder weil nur diejenigen Teile der Verfassung betroffen sind, in denen es um die Kompetenzsphären zwischen Zentrum und Peripherie geht (wie es in Österreich der Fall ist). Im ersten Fall ist der „föderale“ Charakter des Verfahrens durch die einheitliche Rolle der ersten Kammer und der Vermittlung mit den politischen Parteien zum Zeitpunkt der Wahl abgeschwächt. Im zweiten dagegen wird die Frage der Abwesenheit politischer und sozialer Kräfte mit territorialer Konnotation nicht diskutiert wegen der Beziehung der staatlichen Entscheidungen über Reformen mit den Rechten des Einzelnen. Mit

vergleichbaren Argumenten (Lijphart 1990; Diamond et al. 1995; Horowitz 1994) konzentrieren sich diese auf den Nutzen des Föderalismus bei der Entspannung ethnischer und sozialer Konflikte, der auf diese Weise zur Entwicklung stabilerer Demokratien in pluralistischen Gesellschaften beitrage. Im dritten Fall, in einer neutralen Position, sieht Hadenius (1994) keinen messbaren Wert für die Beziehung zwischen Föderalismus und Dauerhaftigkeit der Demokratie in Entwicklungsländern.

Was den Vergleich Präsidentialismus vs. Parlamentarismus angeht, so schreiben Abraham Diskin, Hanna Diskin und Hazan (2005), dass der Großteil der Literatur den Schluss nahelegt, dass die präsidentiellen oder semi-präsidentiellen Regierungen eher zu einem demokratischen Kollaps neigen als die parlamentarischen. So argumentiert zum Beispiel Linz (1990; 1994), dass das präsidentielle System eine Reihe von Merkmalen wie das Nullsummenspiel⁷ und die duale Legitimität⁸ aufweise, welche die Fähigkeit der Kompromissfindung, welche eine der Grundfeste für die Konsolidierung der Demokratie ist, unterminieren können. Trotzdem haben Horowitz (1990), Mainwaring (1993), Shugart und Carey (1992) und viele mehr den Präsidentialismus verteidigt.

Was den Proportionalität der politischen Systeme angeht, so gibt es auch hier große Meinungsverschiedenheiten. Auf der einen Seite gibt es zum Beispiel diverse Studien darüber, dass in einem politischen System mit neuen Parteien und damit größeren Möglichkeiten, seine

⁷ Die wichtigste Konsequenz des Präsidentialismus ist die Einführung eines starken Elements der Nullsumme, des absoluten Gewinners, in die demokratische Politik. Eine Parlamentswahl kann eine absolute Mehrheit für eine bestimmte Partei mit sich bringen, aber normalerweise führt sie zur Repräsentation einer Reihe von Parteien; eine mag zwar mehr Stimmen gewinnen als die anderen, muss dann aber verhandeln und die Macht teilen, um die nötige Unterstützung für einen Regierungschef oder die Tolerierung einer Minderheitsregierung zu bekommen. (Linz und Valenzuela 1994)

⁸ Ohne in die Komplexität der Beziehung zwischen der Exekutive und Legislative in verschiedenen präsidentiellen Regimen einzutreten, gibt es Gefahren bei der Vorherrschaft des einen oder anderen und die Möglichkeit, ein Veto über legislative Entscheidungen auszuüben oder die Prozesse zu stoppen. Es gibt keinen Zweifel darüber, dass die präsidentiellen Regime auf einer dualen Legitimität basieren und in denen kein demokratisches Prinzip darüber entscheiden kann, wer den Willen des Volkes vertritt. (Linz und Valenzuela 1994)

Unzufriedenheit auszudrücken, die Bevölkerung ein größeres Vertrauen in das politische System aufweist (Miller und Listhaug 357-386). Auf der anderen Seite gibt es ebenso Studien, welche feststellen, dass diejenigen politischen Systeme mit dauerhaften Institutionen einen größeren Rückhalt des politischen Systems durch die Bevölkerung aufweist (Harmel und Robertson 1986: 1029-1040).

Zwar ist es so, dass sich in modernen Demokratien verschiedene konstitutionelle Designe nachweisen lassen. Dennoch weist Lijphart (1999) darauf hin, dass man im Allgemeinen zwischen zwei Typen unterscheiden könne: Mehrheits- und Proporzdemokratien. In den Mehrheitsdemokratien befindet sich das politische Ruder mehrheitlich in den Händen der Regierungsparteien. In den Proporzdemokratien kommt es zu einem Spiel der politischen Absprachen, in dem sich die Macht auf die verschiedenen politischen Gruppen verteilt.

Norris (1999: 217-235) zufolge besitzen die politischen Systeme mit zwei oder einer moderaten Anzahl von Parteien effizientere institutionelle Mechanismen, um den Wählerwillen in politisches Handeln umzusetzen. Dies erklärt er damit, dass es leichter sei festzustellen, welches Fragment des Parteiensystems Polarisierung generiert. Der Autor geht also zu Beginn davon aus, dass Proporzsysteme ein größeres politisches Vertrauen schaffen, da diese für eine breite Repräsentation des Wählerwillens sorgen. Trotzdem zeigen die Ergebnisse seiner „cross national“ Analyse, dass das politische Vertrauen in Mehrheitssystemen von zwei Parteien oder Einheitssystemen höher zu sein scheint als in föderalistischen Mehrparteiensystemen. Anderson dagegen kommt aufgrund der Daten des Eurobarometer zu dem Schluss, dass der Rückhalt des Parlaments und der Regierung in Proporzdemokratien und föderalen Staaten höher seien (Anderson et al. 2005).

Ohne das Vorige zu bewerten, ist die Verantwortung, was die Ergebnisse angeht, normalerweise in Mehrheitsdemokratien eindeutiger als in Proporzdemokratien, was dazu führt, dass die Unterstützung der Regierung klarer ist in diesen Fällen. Andererseits gibt es in den Proporzdemokratien eine größere Vielfalt bei Kompromissen, auch wenn das System größere Kontraste in der Opposition mit sich bringt, die aber wiederum das Niveau der Repräsentation erhöhen (Criado und Herreros 2007).

Aus einer anderen Perspektive argumentieren Anderson und Guillory (1997: 66-81), dass die Zufriedenheit mit dem politischen System einerseits davon abhängt, ob es ein Mehrheits- oder Konsenssystem ist und andererseits davon, ob der Befragte in den Wahlen gewonnen oder verloren hat. Diese komplexe Analyse lässt sich auf zwei Weisen erklären: Zum ersten zeigt sich der Bevölkerungsteil, der für die Partei, welche die Regierung kontrolliert, gestimmt hat, mehrheitlich zufrieden mit dem politischen System, wenn dieses ein Mehrheitssystem ist. Zum zweiten zeigt sich der Bevölkerungsteil, dessen Partei verloren hat, mehrheitlich zufrieden, wenn es sich um ein Konsenssystem handelt.

Daraus leiten diese Autoren ab, dass der Index der Zufriedenheit mit der Demokratie aus vier Komponenten bestehe, welche wiederum ihrerseits mit institutionellen Charakteristiken in Verbindung stehen. Diese vier Komponenten sind: *minimal winning cabinets, executive dominance, effective number of parties, and electoral disproportionality*.

Berggren (2004: 72-97) widerspricht dieser Argumentation, da er anzweifelt, dass Gewinner und Verlierer derartige Effekte auf die Zufriedenheit mit der Demokratie haben, da beide den Veränderungen der Repräsentation und Effizienz unterliegen, zu denen es kommt, wenn sich die Anzahl der Parteien erhöht.

Der Autor geht die Diskussion also mit zwei Argumenten an. Erstens, das Verhältnis zwischen der Anzahl der Parteien und der Zufriedenheit mit der Demokratie hängt vor allem von den Problemen der Regierungsfähigkeit und dem Zerfall der Vielparteienkoalitionen, der verminderten Fähigkeit, die Leistungsfähigkeit der politischen Parteien aufgrund ihrer politischen Ergebnisse zu bewerten und der Unfähigkeit, die politischen Parteien klar auseinanderzuhalten wegen der ähnlichen Politiken, die sie vorschlagen, ab. Zweitens, das Verhältnis zwischen der Anzahl der Parteien und der Zufriedenheit mit der Demokratie ist krummlinig. Das heißt, dass eine größere Anzahl von Parteien im Prinzip die Repräsentativität erhöht, was die Zufriedenheit mit der Demokratie wachsen lässt. Anschließend jedoch sinkt diese wieder wegen der hohen Anzahl zersplitterter Parteien und extremistischer Ideologien, was zu einer Delegation und wenig Klarheit der Verantwortung und Entscheidungen führt.

Diese krumme Linie muss nicht einmal unidirektional sein. Ebenfalls kann es den Fall geben, dass das Niveau der Zufriedenheit zunächst absinkt und anschließend wieder ansteigt, wenn es dazu kommt, dass eine hohe Anzahl von Parteien eine Koalition formt. Anschließend kommt es allerdings zwischen deren Mitgliedern zu Konflikten kommt und diese bringen sich so gegenseitig um ihr Ansehen. So kommt es von einem Absinken der Zufriedenheit mit der Demokratie zu einem Anstieg derselben, die sich aus der Repräsentation nach dem Überwinden der Konflikte ergibt.

Ein weiteres viel diskutiertes Thema in der gegenwärtigen Literatur ist das der konstitutionellen Grundsätze. Für einige Akademiker und Wissenschaftler ist dieses sogar eines der bedeutendsten, wenn es um die heutigen Demokratien Lateinamerikas geht. Dahingehend argumentiert Valenzuela, dass man die gegenwärtigen Demokratien als konstitutionelle Demokratien verstehen müsse (Valenzuela 2008). Demnach garantiert eine konstitutionelle

Demokratie das Recht der Opposition, welches sich auf den Rückhalt der Bevölkerung gründet, diejenigen herauszufordern, die die Macht innehaben. Weiterhin definiert und begrenzt sie die Macht der Regierenden, indem sie eine gegenseitige Überwachung der repräsentativen Instanzen vorsieht. Auf diese Weise entsteht ein Gleichgewicht der Kräfte, welches verhindert, dass irgendeine Art dauerhafter Herrschaft entsteht. Auf der anderen Seite beschränkt sie ebenfalls die Hegemonie der aus Wahlen entstehenden Mehrheiten und ihrer Repräsentation, um so die Rechte und den Willen der Minderheiten zu verteidigen sowie die fundamentalen Abläufe in einer Demokratie.

Obwohl es, so der Autor, vorkommen könne, dass eine Regierung sehr beliebt sei, heiÙe dieses nicht, dass sich mit Mehrheiten Gesetze und Institutionen ändern lieÙen, da sich die Demokratie so leicht in einer Tyrannei verwandeln könnte und so müsse sich auch eine solche Regierung dem Rechtsstaat und seinen von der Verfassung gesetzten Grenzen unterwerfen.

Aus dieser Perspektive gibt es für Valenzuela zwei große institutionelle Probleme in den derzeitigen lateinamerikanischen Demokratien, die für die Krise der demokratischen Legitimität verantwortlich sind: die Krise der demokratischen Partizipation und der Regierungsverantwortung.

Die Krise der Partizipation wird mit dem System der Repräsentation in Verbindung gebracht, das heißt die Beziehung zwischen dem Bürger mit den Repräsentanten, sei es im Parlament oder in der Exekutive. Außerdem haben die politischen Parteien aus Schwäche oder wegen mangelnder Fähigkeit zur Bildung von Mehrheiten große Schwierigkeiten, Wege zur Bildung von Koalitionen zu finden, welche die nationalen Probleme angehen können.

Die Beteiligung über das Verstärken der Wahlsysteme mit dem Ziel, sie in eindeutigere Mechanismen des Bürgerwillens umzuwandeln, ist von daher fundamental, um der Krise Einhalt zu gebieten. Dem muss noch hinzugefügt werden, dass auch die politischen Parteien gestärkt werden müssen, da sie das notwendige Bindeglied in einer repräsentativen Demokratie sind.

Was die Regierungsverantwortung angeht, so sind die demokratischen Prozesse in Lateinamerika weiterhin fragil. Nach dem Autor ist das Fehlen von Verantwortung, von Transparenz, von gegebener politischer Kompetenz sowie von Respekt für die legalen Normen eine enorme Herausforderung für die Demokratie. Von diesem Gesichtspunkt spielt die Korruption eine Schlüsselrolle für die Qualität des politischen Systems, was bedeutet, dass die konstitutionelle Aspekte, die eine größere Abrechnung für die Beamten des öffentlichen Dienstes, sowohl in ihrem persönlichen Verhalten als auch in ihrer staatlichen Führung, eine langwierige Aufgabe darstellen.

Zusammenfassend spielen die institutionellen und konstitutionellen Faktoren eine fundamentale Rolle innerhalb der Einstellungen zur Demokratie. Die transparente Rechtfertigung von Entscheidungen, demokratisches Vertrauen schaffen, die steuerlichen Systeme verbessern und die Abrechnungen ermöglichen sind Aufgaben, die mit den formalen Aspekten der politischen Systeme zu tun haben, da diese maßgebend für die Qualität der Demokratie und dementsprechend für ihre Legitimität sind. Deshalb ist es, wie argumentativ ausgeführt wurde, unerlässlich, die große Lücke, die zwischen Bevölkerung, politischer Repräsentation und den staatlichen Institutionen, welche zweifellos den Bankrott der lateinamerikanischen Rechtsstaates sind, klafft, zu schließen, um der Krise des demokratischen Staates einhalt zu gebieten.

Politische Faktoren

Um den Einfluss der politischen Faktoren auf die demokratische Stabilität zu erklären, werden vier Teile betrachtet: Erstens werden die ersten Argumentation untersucht, die zum gegenwärtigen Diskussionsstand geführt haben. Zweitens wird kurz die Bedeutung des Wählerdrucks beschrieben. Drittens wird der Einfluss der Ideologie auf die Parteiensysteme untersucht und viertens werden die Auswirkungen des Populismus und der Führungsrolle auf die Legitimität der demokratischen Regime in Lateinamerika diskutiert.

Guillermo O'Donnell war einer der ersten politischen Wissenschaftler, welche eine Untersuchung der Auswirkungen der Wirtschaftskrisen auf die Legitimität oder Rückhalt der Demokratie in Betracht zogen. Die Theorie, auf die sich dieser Autor stützt, entspricht derjenigen, welche die Bedeutung der politischen und kulturellen Faktoren gegenüber anderen für die demokratische Legitimität betont.

Sein wichtigster Beitrag zu dieser Thematik war die Beschreibung der Wirtschaftskrisen als ein Prozess und nicht als eine Variable, die die Legitimität beeinträchtigt (O'Donnell 1973). Seine Beschreibung weist einen signifikanten Einfluss von Rustow auf, welche kritisch anmerkte, dass „unter den zahlreichen Studien über die Faktoren, welche einen Regimewechsel herbeiführen können, einige nicht die Prozesse in Betracht ziehen, welche diesen tatsächlich hervorrufen, weshalb sie seine Gründe nicht vollends erfassen können“ (Rustow 1970: 337-364). Diesem folgend analysierte O'Donnell die Wirtschaftskrisen als Prozesse, welche die Legitimität beeinträchtigen aufgrund der politischen Effekte, die sie mit sich bringen. Darauf aufbauend argumentierte der Autor, dass die Wirtschaftskrisen einen starken Einfluss auf die politischen Akteure ausüben und einen noch stärkeren auf Zerfallen der demokratischen

Systeme. Tatsächlich, so führt er weiter aus, würden die politischen Autoren, die nahe am Autoritarismus stehen, glauben, dass demokratische und semidemokratische Regime nicht in der Lage seien, die Wirtschaftskrisen zu bewältigen, da die Regierungen in solchen Regimen sensibler auf Druck aus dem Volk regieren würden und deshalb weniger in der Lage seien, unpopuläre Mittel zu ergreifen, um die Folgen der Krise zu beseitigen (O'Donnell 1973).

Davon unbeeindruckt war O'Donnell ein Wegbereiter für die neuen Theoretiker, welche der Ansicht waren, die Wirtschaftskrisen würden die Legitimität der Demokratie beeinträchtigen aufgrund der wirtschaftlichen Auswirkungen, welche sie verursachten. Tatsächlich begann eine große theoretische Diskussion darüber, ob die Wirtschaftskrisen die Legitimität oder den Rückhalt der Demokratie wegen ihrer politischen Auswirkungen oder direkt wegen ihres Einflusses in wirtschaftlichen Variablen wie Wachstum, Inflation, Arbeitslosigkeit oder weiteren sozioökonomischer Natur beeinträchtigen würde.

Remmer (1991: 777-778), welcher derselben Strömung wie O'Donnell angehört, stellt die politischen Auswirkungen über die wirtschaftlichen und schreibt ihnen die Schuld für den Verlust der politischen Legitimität in Zeiten von Wirtschaftskrisen zu. Was Lateinamerika angeht, so hält Remmer die Region für sehr untersuchungswürdig, da diese seit den 30er Jahren zahlreiche Krisen erlitt, mit Auswirkungen auf die Stabilität auf die Demokratien bis in die 80er Jahre hinein. Die Autorin zeigt ein großes Interesse für die Effekte, welche der Druck der Wahlen auf die Wirtschaftskrisen hatte. Sie geht davon aus, dass dieser Druck die Fähigkeiten der Regierungen untergraben hätten, der Wirtschaftskrisen in der Region Herr zu werden, da sie die Konsequenzen, welche Maßnahmen, die zu einem Absinken des Lebensstandards oder Zeiträumen der Inflation führen würden, auf das Wahlverhalten der Wähler hätten, fürchteten. Die wirtschaftlichen Auswirkungen derselben Krise waren also nicht der Grund für den Verlust

der Legitimität der politischen Systeme in Lateinamerika, sondern sie (die wirtschaftlichen Auswirkungen) führten zu starkem Druck in der Wählerschaft während der Suche nach Lösungen für die wirtschaftlichen Probleme. Es ist also dieser politische Faktor (der Druck der Wählerschaft), welcher den Verlust der Legitimität des Systems verursacht.

Zimmermann und Saalfeld, Vorreiter in diesem Thema, untersuchten bereits vor Remmer die Auswirkungen im Wahlverhalten der Krise der 30er Jahre in den OECD (*Organisation for Economic Co-operation and Development*) Ländern und kamen zu interessanten Ergebnissen, von denen das interessanteste die Feststellung war, dass der Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen Bedingungen und demokratischer Instabilität durch das Parteiensystem bestimmt wird, sogar mehr noch als durch die Jahre der Demokratie (Zimmermann und Saalfeld 1988: 305-334). Remmer kommt zu demselben Ergebnis für den lateinamerikanischen Fall und wie Zimmermann und Saalfeld zeigt sie in ihrer Untersuchung, dass die hohe Wählersensibilität in den Zeiten der Wirtschaftskrise nicht in Verbindung zur Anzahl der Jahre, die die Demokratie bereits besteht, steht. Dieses wies sozusagen die Behauptungen von Diamond, Linz und Lipset zurück, welche der Meinung waren, die Legitimität der Demokratie würde mit der Zeit stabil und dauerhaft werden (Diamond, Linz und Lipset 1990).

Aus einer anderen Perspektive stellt auch die Ideologie der Parteiensysteme einen einflussreichen Faktor auf die Legitimität der Demokratie dar. Mit Sicherheit brachte der Wandel von den Honoratiorenparteien zu Massenparteien die Ausweitung des Wahlrechtes und das Aufkommen der Industriegesellschaft mit sich. In den heutigen Demokratien haben sich die Parteien jedoch gar zu einfachen Wahlparteien (catch-all) entwickelt, mit einer geringen

ideologischen Konsistenz und einem erhöhten Populismus⁹. Das bedeutet, dass sich die Parteien in stark homogenisierte und organisierte politische Maschinen verwandelt haben, die auf den Zugang und die Verteilung von Machtressourcen ausgerichtet ist, hauptsächlich an der Struktur des Staates orientiert.

Für Di Tella (2001: 564-568) ist der Begriff „Populismus“ besonders gut auf die lateinamerikanischen Fälle anwendbar, da in dieser Region zahlreiche politische Bewegungen es geschafft haben, eine breite Unterstützung zu bekommen, ohne dabei großen Umwandlungen durchgeführt zu haben, was die existierende Ordnung angeht. Aus diesem Grund hat ein großer Teil der neueren Literatur nicht die wirtschaftlichen oder sozioökonomischen Faktoren behandelt, sondern sich auf die politische Morphologie des Populismus, der charismatischen Führung und der gefühlsbetonten Beteiligung der Massen konzentriert, um seine Beziehung zur demokratischen Legitimität zu erklären.

Es ist der Tat so, dass deutlicher Polymorphismus zwischen den verschiedenen Ausprägungen des Populismus in der Region existiert. Die Schwierigkeit besteht darin, diese Phänomene aufgrund der wenig definierten Charakteristiken der politischen Parteien in die traditionelle politische Wissenschaft einzuordnen. Dies verursacht offensichtlich einen Schaden, was die Qualität der Demokratie angeht, besonders in ihren formalen Aspekten, wo Praktiken und Regeln beiseite gelassen werden mit dem Ziel, eine Stimmenmehrheit zu erreichen. Der Populismus tendiert daher dazu, die demokratische Legitimität aus zwei Gründen zu

⁹ Catch-all werden diejenigen Organisationen genannt, die keine klaren ideologischen Unterschiede oder privilegierte Verbindungen zu bestimmten Sektoren der Gesellschaft aufweisen oder diese aufgeben, um alle Wähler aller Schichten und Tendenzen umwerben zu können. Dies bringt zumeist ein ideologisches Verschwimmen mit sich, ein Rückgang parteilicher Identität, eine Demobilisierung der Parteibasen sowie die Adoption eines Pragmatismus, welcher die Macht als einziges Ziel ansieht, durch die Parteiführer, der zum immer stärkeren Aufgeben von jeder Art von Prinzipien führt. Campione, Daniel, *Representación política, democracia y movimiento social. Algunas reflexiones críticas a través del caso argentino*, en: <<http://www.fisyp.org.ar/DCampione.htm>>)

beschädigen. Erstens wird der Respekt für den Pluralismus gefährdet, da angestrebt wird, das gesamte Volk zu repräsentieren mit der Proklamation des jeweiligen Führers als einzigen Repräsentanten desselben sowie der Brandmarkung eines jeden Gegners als Feind. Zweitens führt dieser Anspruch der totalen Repräsentation zu einem Interesse, die demokratischen Institutionen zu schwächen, deren Funktion es ist, ein Gegengewicht zur Exekutive zu bilden.

Nolte (2005) stellt sich in dieselbe Argumentationslinie und führt an, dass die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme Lateinamerikas eine Krise in den politischen Institutionen verursacht hätten. Laut empirischer Daten aus Umfragen würden diese an einem Mangel an Vertrauen leiden, wodurch sich die Einstellungen zur Demokratie verschlechtert hätten, welche selbst ebenfalls sehr kritisch bewertet werde. Dem Autor zufolge liegt das Problem in der großen Zahl von indifferenten oder ambivalenten Demokraten, da ein latentes Risiko herrscht, das populistische Politiker mit einem ambivalenten Demokratieverständnis an die Macht kommen. In anderen Worten haben die Ergebnisse, zu denen die Wirtschaftspolitik und die wirtschaftliche Entwicklung in Lateinamerika geführt haben, die Demokratie negativ beeinträchtigt und eine eindeutige politische Krise hervorgerufen, was zusammen mit der Armut und dem Gefühl der Bevölkerung, von dem Umgang mit der Regierung und Politik ausgeschlossen und diskriminiert zu sein, haben das Gespenst des Populismus und des politischen Klientelismus aufkommen lassen.

In dieser Perspektive die charismatische Führung eine Schlüsselrolle in den lateinamerikanischen Demokratien. Dies sind die Fälle der Chavez, Evo Morales, Uribe, Kirchner oder Correa, welche als eine Art Führer-Retter erschienen, als Antwort auf die Zeiten der politischen oder wirtschaftlichen Krisen. Sie gaben dabei vor zu helfen, die Konflikte zu lösen, um im Gegenzug Treue und Gehorsamkeit vom Volk zu bekommen. Die Bedeutung von

„Volk“ im Konzept des Populismus ist im Übrigen eine Abstraktion oder Idealisierung dessen, was als komplette Bevölkerung verstanden wird und von daher den edelsten, authentischsten und pursten Teil der Nation repräsentiert. Diese Führer aber beziehen sich auf das Volk als etwas Außerordentliches, was außerhalb oder über jedweder Form institutionalisierter Repräsentation stehe. Für sie ist dies ein politischer Akt zur Kontrolle der großen Massen.

Die lateinamerikanische Führerschaft ist eng mit dem Populismus verbunden und besitzt Eigenschaften des klassischen Populismus sowie Aspekte dessen, was einige Autoren „die neue Führung“ (Rivas und Calderón 2004: 231) nennen. Der klassische Populismus sieht das Volk, wie Incisa di Camerana schreibt, als Mythos an, proklamiert ewige und höchste Unschuld und preist es als Konzentrat von Tugenden, Träger eines verlorenen oder bedrohten Gemeinschaftssinnes, als eine kohäsive organische Gemeinschaft, den Individuen überlegen und welche auf den traditionellen Triebfedern der Ethnie, Religion, Nation und Familie ruht (Incisa di Camerana 1999: 302). Die neue Art des politischen Führers in Lateinamerika allerdings, wie Rivas und Calderón aufzeigen, neigt eher zu plebiszitären Formen der Regierung und Teilhabe, wobei er sich stark auf die Figur stützt, welche Theodore Lowi (1993) „persönlichen Präsidenten“ nennt. Die politische Entscheidung wird also persönlicher und folgt dabei einer antidemokratischen Intention des Präsidenten per Dekret zu regieren und sämtliche Opposition auszuschalten. Dadurch werden die bereits schwachen demokratischen Konstruktionen zum Einstürzen gebracht und autoritäre Formen der politischen Gestaltung begünstigt, die den Rechtsstaat erheblich reduzieren. Dies war zum Beispiel der Fall bei Menem in Argentinien, Fujimori in Peru und ist es heute bei Chaves in Venezuela.

Darüber hinaus beschreiben Rivas und Calderón bestimmte Charakteristiken der neuen lateinamerikanischen Führer, wenn diese die Macht übernommen haben: innovativ, populär mit messianischen Zügen und revolutionär.

Was die innovative Macht angeht, so führen diese Autoren eine vergleichende Perspektive der Führerschaften in Lateinamerika aus und vertreten, dass Menem, Fujimori, Collor de Meló und Chavez unter anderem sich in Lateinamerika als Outsider der Politik präsentiert und Reform- und Innovationsprozesse in Wirtschaft, Staat, den Parteien und dem sozialen Leben im Allgemeinen eingeleitet hätten.

Weiterhin schrieben diese Autoren, dass praktisch alle diese neopopulistischen Führer, mit der Ausnahme Carlos Saúl Menem, keine Unterstützung von Bewegungen und verwurzelten, disziplinierten und etablierten Parteien besessen hätten. Sie kandidierten also für die Macht, ohne vorher ihre Regierungsstrategie zu definieren oder wie sie diese umsetzen wollten. Ihre Wahl beruhte demnach auf dem Vertrauen des Volkes und sie entwickelten erst danach eine Reihe von Reformen und wirtschaftlichen Veränderungen in der Annahme, Unterstützung und Rückhalt zu besitzen.

Als messianisch angehauchte politische Führer, so die angesprochenen Autoren, würden sich diese durch ihr Charisma auszeichnen, was soweit gehe, dass sie das Volk gefesselt hätten, welches den Führer im Besitz von außergewöhnlichen Fähigkeiten glaube. Die Volkssouveränität folge seinem Chef, im Besonderen in der Form des weberschen Gefolges.

Abschließend zeichnet sich die revolutionäre Führerschaft durch die Ansprüche zum Wechsel des Führers aus, welcher sich selber als legitimen *regime builder* betrachtet, welcher sich an der Spitze der Entscheidungen und der Schaffung einer neuen Republik befinde.

Wirtschaftliche Faktoren

Eine der kontroversesten Fragen, die von der politischen Wissenschaft untersucht wird, ist die, warum und auf welche Weise die makroökonomischen Indikatoren die Legitimität der Demokratie beeinflussen.

Um eine Verordnung der Diskussion zu vereinfachen, wird diese in vier Abschnitte unterteilt. Als erstes wird die Bedeutung untersucht, welche die Literatur den makroökonomischen Indikatoren für die demokratische Legitimität und Effizienz zugeschrieben hat. Als zweites wird der Einfluss des Wachstums und des BIP pro Kopf auf beide beschrieben. Als drittes wird der Einfluss der Inflation und als viertes der der Arbeitslosigkeit als signifikante Indikatoren für die demokratische Stabilität und für die Messung der Unterstützung und Zufriedenheit mit der Demokratie gemessen.

Phillips Cutright war der Vorreiter sowohl für die empirischen Studien, die auf linearen und multiplen Regressionen basierten, als auch bei der Benutzung wirtschaftlicher sozioökonomischer Variablen, um relative Indizes zur Bewahrung der Demokratie zu messen (Cutright 1963: 253-264). Diese Art Studien bewiesen ihre Effizienz, um zu Schlussfolgerungen über die vorhandene Nähe zwischen demokratischer Legitimität und Wahrnehmung der Demokratie zu gelangen, besonders, was die sozioökonomischen und Kommunikationsvariablen angeht, da es diese waren, welche die signifikantesten geschätzten Koeffizienten erreichten.

Ein großer Teil der neueren Literatur folgt diesem Weg und Autoren, die dieser Argumentationslinie nahe stehen, verteidigen gar, dass ausschließlich Indikatoren der makroökonomischen Situation zu gebrauchen seien, um Veränderungen in der Legitimität und

Effizienz der Demokratie zu erklären. Es handelt sich um ein komplexes Thema, da statistische Analysen gezeigt haben, dass jene angesprochenen Indikatoren die Veränderungen im Rückhalt der Demokratie nur unzureichend erklären (Carlin 2006). Dies wird ebenfalls von Diamond (1992a) und Lipset (1959) bestätigt, welche festgestellt haben, dass die Nichtberücksichtigung von Wohlstandsaspekten oder sozioökonomischen Variablen die Verbindung zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Demokratie signifikant verändern könne. Davon unabhängig haben quantitative Studien (Olsen 1968; Cutright und Wiley 1969; Jackman 1973; Bollen 1979; Hannan und Carroll 1981; Diamond 1987; Lipset, Seong und Torres 1993) durchgeführt, in denen das BIP pro Kopf als größter makroökonomischer Indikator der Demokratie erscheint.

In dieser argumentativen Linie liefert Robert Barro (1996) herausstechende Beiträge, welche die Debatte über die Bedeutung der makroökonomischen Indikatoren für die subjektiven Indikatoren der politischen Freiheit intensivieren. Dafür führte der Autor Panelstudien durch, für 100 Länder im Zeitraum von 1960 bis 1990, die ihn zu dem Schluss brachten, dass das Wirtschaftswachstum, gemessen über das BIP pro Kopf, eine Reihe von positiven Folgen für die Demokratie mit sich bringe: Einhaltung der Gesetze, Stärkung des freien Marktes, niedrige Ausgaben der Regierung und die Festigung eines hohen Humankapitals. Allerdings gingen diese Vorteile mit der Zeit leicht zurück, wenn das BIP konstant bleibt.

Barro argumentiert, es gäbe ein nicht lineares Verhältnis, in dem die Demokratie das Wachstum der niedrigen Niveaus politischer Freiheit verbessert, dieses Wachstum aber stoppt, wenn ein moderates Niveau an Freiheit bereits erreicht ist.

Wenn man also der politischen Theorie des Wirtschaftswachstums derartiger Autoren folgt, ist Wachstum für die Demokratie von Vorteil, bis die Freiheit des politischen Systems an eine Grenze gekommen ist. Was aber geschieht nun im Falle einer Wirtschaftskrise?

Haggard und Kaufman (1995) argumentieren, dass die Krisen der 70er und 80er einem gemeinsamen Muster folgten, was ihre Beziehung zur demokratischen Stabilität angeht: Sie brachten ein sinkendes Wirtschaftswachstum zeitweilige Inflationen mit sich, welche wiederum die Auslöser der politischen Reformen und Instabilität der politischen Systeme waren. Sie waren aber weder notwendig noch ausreichend für den Fall der autoritären Perioden. Die Verschlechterung dieser makroökonomischen Indikatoren hatte also keine direkte Auswirkung, sondern führte eher einer Reihe von Konsequenzen, die von engeren Beziehungen zur Stabilität der politischen Systeme herrühren. Die wirtschaftlichen Argumente verursachten so eine politische Krise, da sie die Macht der herrschenden Politiker beschnitten und die Kräfte der Opposition stärkten.

Wenn man diesen Autoren folgt, hätten die von einer Wirtschaftskrise beeinträchtigten makroökonomischen Indikatoren keine direkten Auswirkungen auf die Legitimität der politischen Systeme. Diese Argumente wurden in der neuesten Literatur, in der die lineare Verbindung zwischen diesen Indikatoren und den Wahrnehmungen der Demokratie zur Diskussion gestellt, da crossnationale Analysen und multiple Regressionen festgestellt haben, dass Variable wie die Arbeitslosigkeit oder Inflation keine Korrelationen aufweisen, die eindeutig genug sind, obwohl sich Tendenzen abzeichnen, die zu weiteren Reflexionen geführt haben.

Aufgrund derselben Argumente diskutieren Desai, Olofsgard und Yousef (2003: 391-406) den Einfluss der Preisstabilität in Demokratien. Diesen Autoren zufolge habe sich diese Debatte spätestens seit den Inflationskrisen der 80er Jahre intensiviert und die Anzahl an gegensätzlichen Ansichten sei im Laufe der 90er Jahre abgestiegen. Trotz allem ziehen sie über die politische Theorie der Inflation im Wesentlichen zwei hervorstechende Argumente in Betracht, welche ihrerseits wiederum gegensätzlich sind, was ihre Beziehung zur Inflation und Effekte auf politische Regime angeht: *populist approaches and state-capture approaches*. Zum ersten zeigt der Autor, was die populistischen Annäherungen angeht, dass die demokratisch gewählten Politiker die Inflation dazu benutzen, um öffentliche Gelder als Antwort auf die Forderung nach Neuverteilung zu generieren. Das heißt, der zentrale Punkt seiner zielt darauf ab, dass die Kompetenz und Beteiligung die Forderungen, die mit der Inflation zu tun haben, einfach nur verschlimmern, genauso wie die Probleme der Koordinierung, um eine Inflationsspirale zu verhindern (Huntington 1968; Weiner 1971).

Zum zweiten, die vorherige Vision kontrastierend, sind es die Eliten, welche in ihren Bemühungen, Geld in ihre eigene Tasche zu wirtschaften, instabile Preise verursachen. Die Inflation ist also kein Mittel der Wähler oder Konsumente, um Druck auf die Politiker auszuüben und steuerliche Erleichterungen zu erreichen, sondern es ist vielmehr so, dass dies über private Gewinne, die durch Konsumkredite und dem Drucken von neuem Geld zustande kommen. Daraus folgt: (1) Die von der Zentralbank gewährten Kredite können so kanalisiert werden, dass sie über den Weg der kommerziellen Banken und Portfolios gewisse Firmen bevorzugen, welche unter anderen Formen der selektiven Finanzierung Forderungen oder gelenkte Kreditprogramme benutzen, um diese zu bekommen; und (2) Die Inflation kann durch Senkung der Realzinsen und Abnutzung des Wertes der offenen Verbindlichkeiten (die von den

Geldgebern gestützten Anleihen und die von den Banken gestützten Depots) manipuliert werden. Die zentrale Herausforderung der Preisstabilität ist es also, die *policymakers* nicht von der Bevölkerung zu isolieren, um so die Verantwortung der Besitzenden zu erzwingen, die Anhäufung von Reichtum zu begrenzen (Bates und Krueger 1993; Geddes 1995). Aus alledem folgt, dass die Inflation davon abhängt, wie stark die Eliten Druck ausüben, um die privaten Gewinne zu kontrollieren, so dass politische Kompetenz, im Gegensatz zu den *populist approaches*, als Mittel zur Eindämmung der Inflation agiert.

Aus diesen Argumenten schlussfolgern Desai, Olofsgard und Yousef, dass der politische Effekt und die Handhabung der Inflation von der Ungleichheit der Einkünfte beeinflusst werden. Mit Hilfe verschiedener Techniken zur Bewertung von Paneldaten (*panel-data estimation*) argumentieren die Autoren, dass der Rückhalt der Demokratie und die politische Kompetenz die Inflation unterschiedlich beeinflussen, je nach dem, wie groß die Einkommensunterschiede ausfallen. Was die Schuldenkrise und die postsozialistischen Transitionsphasen der 90er Jahre in Lateinamerika angeht, scheint es demnach wahrscheinlich, dass die vergleichsweise hohen Einkommensunterschiede zu Druck auf die Regierungsvertreter führten, mit dem Ziel, mit Steuern, die aber auch ein Ansteigen der Inflation bewirken können, die Neuverteilung der Einkommen zu finanzieren (*populist approaches*). Daraus folgt, dass in den Ländern mit hoher Ungleichheit die Inflation stärker ist wegen der angesprochenen Steuern der Neuverteilungspolitikern. In den Ländern, in denen die Ungleichheit dagegen niedrig ist, ist es auch die Inflation, da die politische Kompetenz in der Lage ist, die Profite der Eliten, die sie über diese Steuern gewinnen können, zu kontrollieren (*state-capture approaches*).

Zusammenfassend gehen diese Autoren also von einer Inflationspolitik aus, die in ihrer Beziehung zur Demokratie durch eine Reihe institutioneller Merkmale gemessen werde und von sozioökonomischen Bedingungen abhängen.

Was die Arbeitslosigkeit angeht, stellen MacKuen, Erikson und Stimson (1989: 1136) mit Hilfe empirischer Analysen aus Umfragen die Beziehung zwischen Bewertung der Wirtschaft und Unterstützung des Präsidenten in Frage (MacKuen, Erikson und Stimson 1989). Von dieser Untersuchung ausgehend hat es kontinuierliche Debatten über diese Thematik gegeben, was zu verschiedenen Ansichten über die Beziehung von Arbeitslosigkeit und dem Einfluss auf das Funktionieren der Demokratie geführt hat (Box-Steffensmeier und Smith 1996; Clarke und Suzuki 1994; MacKuen et al. 1992).

Clarke, Stewart und Whiteley argumentieren, dass eine der Kontroversen, die aus der von MacKuen, Erikson und Stimson (1989) beschriebenen Debatte hervorgeht, der Effekt der Evaluationen der wirtschaftlichen und persönlichen Bedingungen auf den Rückhalt der politischen Parteien sei (Clarke, Stewart und Whiteley 1998). Der Autor weist darauf hin, dass die Inflation und die Arbeitslosenquote, mit noch weiteren Faktoren, traditionell von den Analysten genutzt wurden, um zu untersuchen, wie die Wirtschaft das Wahlverhalten beeinflusst. Diese Vorgehensweise stütze sich darauf, dass diese Variablen Informationen über die individuelle Bedeutung liefert, die man von der Gesellschaft oder über die Unterscheidung Raum-Zeit (Vergangenheit/Zukunft) im Moment der Entscheidung, welche Partei man unterstützt, hat.

Das Einführen von subjektiven wirtschaftlichen Wahrnehmungen über die öffentlichen Urteile über die nationale und persönliche wirtschaftliche Lage hat stark dazu beigetragen, den Stand

der Diskussion zu verbessern. Das statistische Modell „Essex“ zeigt die Bedeutung der makroökonomischen Indikatoren für die Zustimmung der Bevölkerung zu Parteien und Regierung (Sanders 1991, 1993, 1995; Sanders, Marsh und Ward 1993).

Clarke, Stewart und Whiteley, die derselben theoretischen Strömung angehören ziehen durch statistische Analysen (*Dickey-Fuller Unit-Root Tests*) über die Beziehung der wirtschaftlichen Faktoren zum Wahlverhalten, Führerschaft des Premierministers und der Identifizierung der britischen Labour Partei im Zeitraum 1992-1997 den Schluss, dass die Zinssätze, die Arbeitslosenquote und die Inflation die wichtigsten nationalen Probleme seien.

Aus diesem Grund spielen die Zinssätze eine gewichtige Rolle in dem Essex Modell, während die Arbeitslosigkeit und die Inflation hervorstechende Indikatoren für die Öffentlichkeit sind. Sie unterscheiden sich daher als signifikante Einflussfaktoren in der Wirtschaftspolitik, besonders, was den Rückhalt der politischen Parteien angeht.

Was schließlich den direkten oder linearen Einfluss der Arbeitslosigkeit auf den Rückhalt des demokratischen Systems in der neueren Literatur über Lateinamerika angeht, so liefert Carlin (2006) interessante Beiträge. Ihm zufolge, und er stützt sich dabei auf eine statistische Analyse OLS¹⁰ hierarchischer Daten (hierarchical data) sowie Informationen aus den Umfragen World Values Survey (1995-2001), zeige sich die Arbeitslosigkeit in Lateinamerika als ein Faktor, der den klaren Rückhalt (*overt support*) der Demokratie stärkt, da dieser einen positiven Koeffizienten aufweise, obwohl man davon ausgegangen war, dass dieser negativ sein würde¹¹.

¹⁰ Ordinary Least Squares.

¹¹ Carlin maß den Einfluss der sozioökonomischen Entwicklung auf den *intrinsic and overt support* der Demokratie in Lateinamerika, indem er die Variable des *intrinsic support* als Toleranz, Verschiedenhaftigkeit, öffentlicher Meinungsäußerung, Freiheit, Freiheit der Partizipation, zwischenmenschliches Vertrauen und Zufriedenheit mit dem Leben definiert. Was den *overt support* der Demokratie angeht, teilt er die Variable operativ in eine Skala mit zwei Komponenten: Pro-Demokratie und Pro-Autoritarismus.

Die Arbeitslosigkeit zeigt sich also nicht als eine Variable, welche den Rückhalt des politischen Systems beeinflusst. Zwar ist ihr Koeffizient im Verhältnis zum *intrinsic support* negativ, jedoch nicht negativ genug. Andererseits ist die Inflation eine Variable, die eher mit dem *intrinsic support* in Verbindung gebracht wird als mit dem *overt support*, was bedeutet, dass ihr Einfluss auf den Rückhalt des demokratischen Systems ziemlich schwach ist.

Sozioökonomische Faktoren

Um die komplexe Beziehung ökonomische Faktoren / Demokratie nachzuvollziehen, wird zunächst kurz Seymour Lipsets Theorie über die Bedeutung der wirtschaftlichen Entwicklung für die demokratische Legitimität analysiert. Anschließend geht es um einen Teil der neueren Literatur, die auf den Einfluss der sozioökonomischen Faktoren auf die demokratische Legitimität in Lateinamerika spezialisiert ist.

Der Aufsatz Seymour Lipsets (1959) war bahnbrechend für den Beginn der Debatte über die Auswirkungen der Wirtschaft auf die Demokratie, indem er einen Fixpunkt für spätere Untersuchungen darstellte, welche außerdem den Einfluss der wirtschaftlichen Faktoren auf die demokratische Stabilität untersuchten. So schreiben beispielsweise Przeworski und Limongi, dass „die Diskussion darüber, ob die Wirtschaft die Legitimität beeinflusst oder nur die Effizienz, mehr Untersuchungen als jedes anderes Thema der vergleichenden Politikwissenschaft hervorgebracht hat“ (Przeworski und Limongi 1997: 156).

In dem genannten Aufsatz klassifiziert Lipset, um seine These der Auswirkungen der Wirtschaft auf die Legitimität zu beweisen, die Länder Lateinamerikas, Europas und die englischsprachigen Demokratien in zwei Gruppen: Eine mit den europäischen Ländern, Nordamerika, Australien und Neuseeland, bei denen er zwischen „stabilen Demokratien“ von

„instabilen Demokratien und Diktaturen“ unterscheidet und eine zweite, die nur aus lateinamerikanischen Ländern besteht und in der zwischen „instabilen Demokratien und Diktaturen“ und „stabilen Diktaturen“ unterschieden wird. Anschließend vergleicht er innerhalb der beiden Gruppen die Regimetypen auf Basis der Indikatoren der sozioökonomischen Entwicklung wie: Einkommensniveau, Kommunikation, Grad der Industrialisierung, Grad der Bildung und Niveau der Urbanisierung; und schlussfolgert, dass die demokratischeren Länder jeder Gruppe höhere Entwicklungsstufen als die weniger demokratischen aufweisen.

Diese Studie stellte ohne Zweifel einen großen Sprung für die sich bildende Forschung mit empirischen Untersuchungen dar, allerdings wurde die Methodologie, die zu diesen Ergebnissen führte, scharf kritisiert. So zeigt Diamond (1992a: 40) eine überraschende Anomalie auf, welche Lipset stillschweigend übersehen hat: „in 11 der 15 Variablen der Entwicklung, deren Daten verwendet wurden, wiesen die undemokratischen Länder (und instabilen Demokratien) Europas höhere Durchschnittswerte der Entwicklung auf als die demokratischen Länder (und instabilen Diktaturen) Lateinamerikas auf“. Derselbe Autor führt aus, dass wenn Lipset diese beiden unterschiedlichen konzeptuellen Kategorien, lateinamerikanische Demokratien und europäischen Diktaturen, verglichen hätte, hätte er bemerkt, dass letzere bedeutsam höhere Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung aufweisen als die erstgenannten, was die von ihm etablierte Verbindung zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Demokratie signifikant verändert hätte. Daraus folgert Diamond, dass Lipset ein Element nicht in Betracht gezogen habe, welches ihm als genaueres Unterscheidungsmerkmal als die Indikatoren sozioökonomischer Entwicklung von Nutzen gewesen wäre und welches „die physische Lebensqualität“ sei. Dieser Index machte den

Unterschied zwischen den europäischen Diktaturen und den lateinamerikanischen Demokratien aus, da er vorher nicht behandelte Aspekte des Wohlstandes in Betracht zog, wie zum Beispiel: Alphabetisierungsrate und Lebenserwartung. Trotz allem stellt Diamond klar, dass seine Neuinterpretationen die von Lipset entworfene Verbindung zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Demokratie nicht trüben sollte, da jener Aufsatz eine klare sequenzielle Verbindung etablierte: Das Durchschnittsniveau der Entwicklung erhöht sich signifikant mit jedem Schritt in Richtung einer stabilen Demokratie.

Analog zu dem Beschriebenen kann der Einfluss der wirtschaftlichen und sozioökonomischen Faktoren auf die demokratische Legitimität für den lateinamerikanischen Fall zum Beispiel mit dem Aufsatz Carlin (2006) erklärt werden, welcher zu den neueren Forschungen gehört und welcher ebenfalls wichtige theoretische Beiträge liefern konnte.

Um zu zeigen, wie die sozioökonomische Entwicklung den Rückhalt und die Qualität der Demokratie beeinflusst, geht Carlin von Folgendem aus: „Die Demokratie setzt eine politische Kultur voraus, in der Grundprinzipien wie gegenseitiges Vertrauen und Vertrauen zwischen Eliten, Zivilgesellschaft und den Normen der Demokratie der Partizipation selbstverständlich sind“. Mit dieser als zutreffend geltenden Annahme (auch dank Almond und Verba) entwickelt Carlin eine Logik der politischen Kultur, indem er sie mit Inglehart und Welzel ergänzt, welche das Niveau des Rückhaltes der Demokratie als „intrinsic and overt support“ betrachten (Inglehart und Welzel 2003), und folgert, dass die sozioökonomische Entwicklung den *intrinsic* und *overt support* der Demokratie beeinflusst. Dies geschieht, da die Entwicklung Ressourcen mit sich bringt, was wiederum zu höherer Bildung und mehr Einkommen führt es dem Mittelstand und der Arbeiterklasse erleichtert, sich zu organisieren und mobilisieren, um ihre Teilhabe am demokratischen Prozess zu erreichen (Moore Jr. 1966).

Ein Anstieg von Bildung und Einkommen (sozioökonomische Faktoren) führen also ihrerseits zu einem Anstieg des *overt support* der Demokratie und langfristig zu einer verbesserten Wahrnehmung der Demokratie. Was den *intrinsic support* der Demokratie angeht, so führt die Verbesserung der sozioökonomischen Umstände zu Veränderungen des Wertes des materieller Dinge und den Prioritäten der Sicherheit, die in Verbindung stehen mit: Individueller Freiheit, Lebensqualität, Selbstverwirklichung, Option des Lebensstils und Partizipation. Zusammengefasst führt ein Anstieg von Einkommen und Bildung zu einer Gesellschaft, die zufriedener mit dem Leben ist und positive Einstellungen zur Demokratie entwickelt (Graham und Pettinato 2001)

Im Anschluss maß Carlin den Einfluss der sozioökonomischen Entwicklung auf den *intrinsic* und *overt support* der Demokratie in Lateinamerika und definierte für seine operativen Ziele die Variable *intrinsic support* als Toleranz, Vielfalt, öffentliche Meinungsäußerung, Freiheit, Freiheit der Partizipation, gegenseitiges Vertrauen und Zufriedenheit mit dem Leben. Die Variable des *overt support* der Demokratie teilt er operativ in eine Skala mit zwei Komponenten: Pro-Demokratie und Pro-Autoritarismus¹². Mit dieser Methodologie kommt der oben genannte Autor zu interessanten Schlussfolgerungen. Erstens sind in Lateinamerika Bildung und Einkommen der wichtigste Indikator für den *intrinsic* und auch den *overt support* der Demokratie. Zweitens hängen die Werte, die man mit dem *intrinsic support* der Demokratie verbindet, in der Region stark von dem Niveau der sozioökonomischen Entwicklung ab. Drittens existiert in Lateinamerika ein negativer Zusammenhang gezeigtem Rückhalt und sozioökonomischer Entwicklung, da es die wirtschaftliche Entwicklung nicht schafft, die

¹² Zwei Grundsätze bilden das prodemokratische Verhalten: “*Having a democratic political system*” and “*Democracy may have problems but it’s better than any other form of government*”. Und für das proautoritäre Verhalten: “*Having a leader that does not have to bother with parliament or elections*” and “*Having the army rule*”

negativen Effekte, welche Ungleichheit und Armut auf die demokratische Legitimität haben, auszugleichen.

Aus einer anderen Perspektive haben auch Autoren, welcher der Theorie der Wirtschaft der Zufriedenheit „Economy of Happiness“ anhängen, interessante Beiträge über die Bedeutung der sozioökonomischen Faktoren für demokratische Legitimität geliefert.

Auf dieser Linie argumentieren Graham und Sukhtankar (2004: 4) und zeigen, dass die Untersuchungen der Theorie der Wirtschaft der Zufriedenheit vor allem auf den Effekt stützten, den die wirtschaftliche Entwicklung auf den Wohlstand des Einzelnen hat. Die Wirtschaft der Zufriedenheit etabliert eine Reihe von Faktoren, die nicht nur mit dem Einkommensniveau zu tun haben, sondern auch mit dem Wohlstand, so wie: Sicherheit, relative Unterschieden in den Renten, Gesundheit, etc. Dieser von den Individuen wahrgenommene Wohlstand produziert seinerseits wichtige Effekte, was die Entscheidungen zum Konsum, Sparen und Investition, sein Verhalten auf dem Arbeitsmarkt und seine politischen Einstellungen und Verhaltensweisen angeht.

Diese Autoren entwickeln, mit dem Ziel, die Beziehung zwischen Wirtschaftskrise und Rückhalt der Demokratie in Lateinamerika zu messen, eine Reihe von Variablen, welche als diejenigen angesehen werden, die am wahrscheinlichsten Zufriedenheit in der Bevölkerung produzieren. Auf diese Weise entsteht ein statistisches Modell für diese Theorie. Unter den verwendeten Variablen befinden sich: Alter, Geschlecht, Reichtum, Bildungsstand, Familienstand, Inflation, Art der Anstellung (freiberuflich, öffentlich oder privat), arbeitslos, pensioniert oder Student. Mit dem definierten Modell unterscheiden die Autoren zwischen Ländern in der Krise und Ländern, die nicht von Perioden der Wirtschaftskrise betroffen sind

(*crisis and no crisis countries*). Sie kamen zu dem Schluss, dass es im Zeitraum 2000-2002 zu einem klaren Absinken des Rückhaltes der Demokratie in den Ländern mit Wirtschaftskrise kam, welcher sich aber ab dem Jahr 2002 bereits wieder erholte. Dabei war Argentinien der überraschendste Fall der Länder in Krise, da seine Bevölkerung die Demokratie jedem anderen politischen System vorzieht (unter den kritischen wirtschaftlichen Bedingungen). Daraus schließen die Autoren, dass die Wirtschaftskrisen den Rückhalt der Demokratie nicht dauerhaft beeinträchtigen, was nicht für die Zufriedenheit mit der Demokratie gilt, welche durchaus beeinträchtigt wird. Eine weitere interessante Entdeckung, welche die Autoren anführen, betrifft die Tatsache, dass je dichter ein Land davor steht, industrialisiert zu sein und die Definition fortschrittlicher Gesellschaften zu erfüllen, desto eher schaffen sie es mehrheitlich, zwischen Zufriedenheit mit der Demokratie und deren Rückhalt zu unterscheiden.

Was das Verhältnis „wirtschaftliche Entwicklung-Wahrnehmung der Demokratie“ angeht, zeigen Graham und Pettinato (2000: 11-12) unter Verwendung des Modells der Wirtschaft der Zufriedenheit für den Fall Lateinamerikas, dass es ebenfalls einen hohen Regressionskoeffizienten zwischen Zufriedenheit mit der Demokratie und höheren Ebenen der Zufriedenheit gibt, während der Rückhalt der Demokratie nicht signifikant ist. Zusammenfassend gibt es, obwohl es nicht so schien, als ob die Wirtschaft der Zufriedenheit den Rückhalt der Demokratie in Lateinamerika beeinträchtigen würde, zwei relevante Ergebnisse der Arbeit Grahams. Erstens haben die Arbeitslosenquote und die Inflationsrate positive und bedeutende Auswirkungen auf den Rückhalt der Demokratie, aber keinen großen Einfluss auf die Zufriedenheit mit ihr. Zweitens hat das Arbeiten auf eigene Faust positive und signifikante Auswirkungen auf den Rückhalt der Demokratie, genauso wie das Niveau der Schulbildung. Es ist der Schluss zu ziehen, dass bewiesen wurde, dass in dem statistischen

Modell der Wirtschaft der Zufriedenheit sowohl wirtschaftliche Variablen wie Arbeitslosigkeit und Inflation als auch die sozioökonomische der Bildung eine große Bedeutung für die Wahrnehmung der Legitimität der Demokratie in Lateinamerika haben.

4.- Fragestellung der Untersuchung und Hypothese

Fragestellung

Die Wirtschaftstheorie der Demokratie und, folgerichtig, die Auswirkungen der Wirtschaftskrisen auf den Rückhalt der Demokratie in Betracht ziehend, werden Antworten auf die folgenden Fragen für den Fall Lateinamerikas gesucht:

Haben die Wirtschaftskrisen das niedrige Niveau des Rückhaltes der Demokratie in Lateinamerika verursacht?

Worauf sind die unterschiedlichen Meinungen in der Wissenschaft über die Auswirkungen der Wirtschaftskrisen auf den Rückhalt der Demokratie in Lateinamerika zurückzuführen?

Warum wird der Rückhalt der Demokratie in Chile nicht mit dem Wirtschaftswachstum in Verbindung gebracht?

Hatten die Wirtschaftskrisen Auswirkungen auf die Legitimität der Demokratie in Argentinien?

Warum hat die Demokratie einen größeren Rückhalt in Argentinien als in Chile?

Hypothese

Um der Komplexität des Themas angemessen zu begegnen, wird die quantitative Methode benutzt, um die Hypothesen chronologisch zu überprüfen, das heißt, diese werden beantwortet,

je nach dem, wie sich die vorliegende Dissertation entwickelt. Ziel ist es, die Fragen der Untersuchung am Ende zu beantworten. Die Hypothesen sind die folgenden:

H1: Die Wirtschaftskrise ist der Faktor, der die größten negativen Auswirkungen auf den Rückhalt der Demokratie in Lateinamerika hat.

H2: Die Wirtschaftskrisen beeinflussen den Rückhalt der Demokratie, auch wenn das Ergebnis der Analyse beider Variablen von der Verwendung einer adäquaten Methodologie abhängt.

H3: In Chile stehen die politischen Faktoren über dem wirtschaftlichen Ertrag, wenn es um den Rückhalt der Demokratie geht.

H4: Die Wirtschaftskrise von 2001 hatte Auswirkungen auf die demokratische Legitimität in Argentinien aufgrund von verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Aspekten.

H5: Die politischen Traumata, ein Erbe der autoritären Regime, haben in Argentinien einen stärkeren Rückhalt der Demokratie geschaffen als in Chile.

5.- Methodologie und Technik der Untersuchung

In der vorliegenden Dissertation wird auf Basis der Theorie diskutiert und aufgrund empirischer Beweise und Methodologie gezeigt, welche Auswirkungen die Wirtschaftskrisen auf entscheidenden Faktoren der Einstellung zur Demokratie haben und gleichzeitig, welche Verbindung diese zur Legitimität und Effizienz der Demokratie in Lateinamerika haben¹³.

Der wissenschaftliche Beitrag gründet sich auf folgender Annahme: Die Fluktuationen in den Indizes von Rückhalt und Zufriedenheit mit der Demokratie müssen vergleichend untersucht werden und in zwei Zeiträumen: Zeiträume der Wirtschaftskrise und Zeiträume ohne

¹³ Der Index, der die demokratische Legitimität misst, ist der Rückhalt der Demokratie; was die Effizienz der Demokratie angeht, so ist es die Zufriedenheit mit der Demokratie.

Wirtschaftskrise, da der Einfluss der bestimmenden Faktoren der Einstellung zur Demokratie in diesen Indizes je nach Zeitraum variiert.

Methodologisch werden drei Untersuchungstechniken in Betracht gezogen: theoretische Analyse, empirischer Beweis und Anwendung der statistischen Regression, mit dem wesentlichen Ziel zu erklären, warum die starken Wirtschaftskrisen nicht ausreichen, um die Demokratie in Lateinamerika zu delegitimieren.

Die abhängigen Variablen, Index des Rückhaltes der Demokratie und die Zufriedenheit mit derselben, stammen vom Latinobarometer, wie auch alle Variablen der Regression auf individueller Ebene. Daraus ergibt sich, dass die Umfragen des Latinobarometers die Hauptdatenquelle für diese Dissertation darstellt.

Es ist bedauerlich, dass es nicht möglich ist, auf lateinamerikanischer Ebene eine systematische Analyse über die Entwicklung der öffentlichen Meinung zum demokratischen System für den gesamten Zeitraum der so genannten „dritten Welle“ (1978/2001) durchzuführen, da es an vergleichbaren Daten für die verschiedenen Länder für diesen Zeitraum mangelt. Dennoch stellen die Daten des Latinobarometers den längsten Zeitraum zum Studium der Einstellungen und Wahrnehmungen der Demokratie in Lateinamerika dar. Dadurch ist es möglich, die neuesten regionalen Tendenzen sowie die Variabilität der Indizes des Rückhaltes und der Zufriedenheit mit der Demokratie zu messen, da der kompletteste Datensatz für eine cross nationale Analyse Lateinamerikas zur Verfügung steht.

Dieser war daher der Hauptgrund, warum dieser Datensatz gewählt wurde. Es ist der einzige, der die Untersuchung der Auswirkungen der Wirtschaftskrisen auf den Rückhalt und die

Zufriedenheit mit der Demokratie ermöglicht, da er sowohl Jahre der Wirtschaftskrise als auch Jahre des Wirtschaftswachstums in der Region umfasst.

Trotz allem muss auch darauf hingewiesen werden, dass es Kritik am Latinobarometer gegeben hat, was den Bereich der Untersuchung und besonders, was die Ausarbeitung der Statistiken angeht. So argumentiert zum Beispiel Michael Seligson (2005), dass die Qualität der Daten des Latinobarometers schlecht sei und einige Analysten sie trotzdem, obwohl sie wüssten, dass die Daten nicht solide seien, benutzen würden mit dem Argument, sie seien „gut genug und es ist besser, Daten schlechter Qualität zu haben, die zumindest ein wenig die Realität eines Landes widerspiegeln, als Überhauptnichts zu haben“. Daraus habe sich, so der Autor, ein großes Problem entwickelt, da schlechte Daten unausweichlich zu einem erhöhten Vorkommen von Fehlern des „Typ II“ führen würden, wodurch eine Nullhypothese (zum Beispiel, dass es keinen signifikanten Zusammenhang zwischen bestimmten Variablen gibt) auf falsche Weise akzeptiert werde.

Andererseits zeigt der Leitfaden für Entwicklung der Vereinten Nationen von 2004, dass alle Interviewformen des Latinobarometers eine Form von Stichproben verschiedener Etappen enthalten und in fast allen bei der Endauswahl der Interviewten eine Quotenstichprobe verwendet würden¹⁴. Auch wenn diese Methode die angemessenste ist, um die öffentliche Meinung zu messen, so können die Ergebnisse durch die bekannten Grenzen und Wendungen dieser Methode beeinträchtigt werden. Besonders trifft dies auf die Tatsache zu, dass schlecht verfügbare Menschen – vor allem die, welche Vollzeit arbeiten – unterrepräsentiert und andere, welche selbstständig oder von zu Hause arbeiten, überrepräsentiert sind¹⁵.

¹⁴ Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (2004): Leitfaden 2004. Seite 187-188.

¹⁵ Ebd.

Diese Dissertation betrachtet die Daten der Interviews von elf Jahren für 17 Länder. Durch eine so große Menge von Daten tendiert der Zufallsfehler, welcher in den Stichproben des Latinobarometers vorhanden sein könnte, zu sinken¹⁶.

Schließlich werden ebenfalls eine Reihe anderer unabhängiger Variablen aus verschiedenen Datensätzen, welche auf Analysen einer chronologischen Multilevel Perspektive spezialisiert sind.

6.- Gliederung der Dissertation

In den folgenden Kapiteln werden die vorgestellten Hypothesen ausgeführt und diskutiert. Alle Kapitel behandeln und diskutieren quantitative Daten. Auch wenn die Ebene der Analyse unterschiedlich ist, so tragen sie doch alle Beweise bei, welche das allgemeine Argument unterstützen.

In Kapitel II werden durch eine Multilevel Regression die Auswirkungen der Wirtschaftskrisen auf den Rückhalt der Demokratie über eine Schätzung von Paneldaten für die Jahre 1996-2003 getestet, da es in diesen eine Reihe von Wirtschaftskrisen gab. Außerdem erlaubt das Modell die Debatte weiterer unabhängiger Variablen mit starken Auswirkungen auf den Rückhalt der Demokratie in diesem Zeitraum.

In Kapitel III wird mit Multilevel Regressionen der Einfluss des BIP pro Kopf auf den Rückhalt der Demokratie in Momenten der Wirtschaftskrise und in Momenten frei von Krisen getestet, da ein Vergleich der beiden Zeiträume Schlüsse darüber zulässt, ob die

¹⁶ Christel Vermeersch (2006): *Sitzung VII Stichproben und Macht*. The World Bank. 2006, <http://siteresources.worldbank.org/INTLACREGTOPLABSOCPRO/Resources/BuenosAires_Tecnica4_Veermer sch.pdf>

Wirtschaftskrisen es schaffen, die Beziehung der beiden Variablen zu beeinflussen. In der Folge wird ein statistisches Modell GLS, Paneldaten, um die Hypothese zu probieren. Schließlich wird aus einer anderen Perspektive der Einfluss der Demokratie auf die Wirtschaft analysiert, das heißt, die Stabilität der Demokratie in der Wahrnehmung in Zeiten der Wirtschaftskrise.

In Kapitel IV werden mit Logit Schätzungen für den Zeitraum 1996-2007 die Auswirkungen einer Reihe unabhängiger Variablen auf den Rückhalt der Demokratie auf individueller Ebene in Chile untersucht. Ziel ist es hier herauszufinden, warum der Rückhalt der Demokratie in diesem Fall nicht mit dem Wirtschaftswachstum in Verbindung steht.

In Kapitel V werden die Auswirkungen der Wirtschaftskrise des Jahres 2001 und die Zufriedenheit der Demokratie in Argentinien auf individueller Ebene untersucht, indem eine Reihe von wirtschaftlicher, politischer und institutioneller Faktoren in Betracht gezogen wird. Hier wird die kontroverse Debatte gezeigt, in der ein wichtiger Teil der Literatur keine oder sehr schwache Auswirkungen dieser Krise auf die Legitimität der Demokratie feststellt.

In Kapitel VI werden jeweils ein Jahr des Wachstums und eins der Krise auf individueller Ebene für den chilenischen und argentinischen Fall behandelt. Die endogene Variable ist der Rückhalt der Demokratie. Hier werden eine Reihe erklärender Variablen präsentiert, welche für beide Fälle unterschiedlich sind. Die Gründe hierfür sind vor allem in Forschungen über die politische Kultur zu finden.

In Kapitel VII werden schließlich die wesentlichen Schlussfolgerungen dieser Untersuchung und die politischen Beiträge für die lateinamerikanischen Demokratien präsentiert.

KAPITEL II: SIND DIE WIRTSCHAFTSKRISEN VERANTWORTLICH FÜR DEN GERINGEN RÜCKHALT DER DEMOKRATIE IN LATEINAMERIKA?

1.- Zusammenfassung

In diesem Kapitel werden die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Rückhalt der Demokratie in Lateinamerika analysiert. Es wurden Daten aus dem Zeitraum 1996-2003 verwendet sowie eine statistische Methodologie mit Paneldaten mit dem Ziel die Frage zu beantworten, ob die Wirtschaftskrisen verantwortlich waren für den geringen Rückhalt der Demokratie in diesem Zeitraum. Die Analysen ergeben drei Ergebnisse von Interesse. Erstens, dass, obwohl die Literatur von einer komplexen oder nicht existenten Beziehung zwischen den Wirtschaftskrisen und dem Rückhalt der Demokratie spricht, die Krise eine der Variablen ist, welche sich am negativsten auf den Rückhalt der Demokratie auswirken. Zweitens wird bewiesen, dass die Globalisierung der Wirtschaft nicht immer positiv für die Demokratie der Region ist. Drittens wird die Bedeutung festgestellt, welche das legislative System hat, um die Wahrnehmung der Demokratie gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu verbessern.

2.- Einleitung

Es gibt eine starke Diskussion darüber, welche Faktoren hauptsächlich die Legitimität der Demokratie beeinflussen. Aus dieser Perspektive ist O'Donnell einer der bahnbrechenden Wissenschaftler in der Erforschung der Auswirkungen der Wirtschaftskrisen auf die Legitimität. Bevor er sich in die Debatte dieser Beziehung einschaltete, dominierte die Theorie der Modernisierung¹⁷ als Erklärung für die Kollapse der Demokratie und der de facto Regime (O'Donnell 1973). Diese Theorie sah die folgenden strukturellen Faktoren als wesentlich an: Sozioökonomische Bedingung, wirtschaftliche Entwicklung, Pro Kopf Einkommen,

¹⁷ Deutsch (1961); Lerner (1958); Lipset (1959)

Alphabetisierung, Bildungsstand, Grad der Urbanisierung, Qualität und Verbreitung der Massenmedien, etc. Dieser Autor aber änderte den Lauf der Debatte, indem er die Auswirkungen der Wirtschaftskrise in der Konjunktur der politischen Macht betrachtete. Er argumentierte, die dem Autoritarismus nahestehenden Autoren würden die demokratischen und semidemokratischen Regime für unfähig halten, Wirtschaftskrisen zu lösen, da die Regierungen sensibler für Druck aus dem Volk und deshalb weniger in der Lage seien, schmerzhaft Maßnahmen zu ergreifen, um den Auswirkungen der Krise entgegenzuwirken. Dies hat zu enormen Debatten innerhalb der Literatur geführt, wo bis heute zahlreiche Faktoren untersucht wurden, welche die demokratische Legitimität beeinflussen, wie Wählerdruck (Remmer 1991), makroökonomische Indizes (Collier 1982; Weiner 1987), die wirtschaftliche Abhängigkeit (Bollen 1983; Gasiorowski 1988; Gonick und Rosh 1988), Beziehungen zu den Supermächten (Gasiorowski 1991; Muller 1985), der „Vorführungseffekt“ (demonstration effect) der Demokratie der Nachbarländer (Huntington 1991), und weitere Aspekte des internationalen Ambientes (Gourevitch 1978; Jackson und Rosberg 1982; Whitehead 1986).

Angesichts dieses Diskussionsstandes argumentieren Acemoglu und Robinson (2006: 65), dass die Krisen eines der wichtigsten Elemente innerhalb der Demokratietheorie seien, da die Geschichte Anzeichen dafür liefere, dass es eine starke Verbindung zwischen Krise und Transition zur Demokratie gebe. Seligson und Muller (1987: 301-326) weisen dagegen darauf hin, dass obwohl Wirtschaftswachstum mit der Etablierung der Demokratie in Zusammenhang gebracht werde, dieses dennoch keine notwendige Bedingung sei.

Untersuchungen zur Region Lateinamerika bringen Licht in verschiedene Teile der Diskussion. So argumentieren Haggard und Kaufman (1995: 42), dass in Argentinien, Bolivien, Brasilien, Peru und Uruguay die Transition zur Demokratie in einem Kontext großer wirtschaftlicher

Schwierigkeiten stattgefunden habe. Dies habe dazu beigetragen, dass die oppositionellen Bewegungen diese Länder schließlich zur Demokratie führen konnten.

Aus einer anderen Perspektive argumentiert dagegen Kriekhaus (2006: 1-4), dass viele empirische Ergebnisse zu Lateinamerika gezeigt hätten, dass die Demokratie keinen wirtschaftlichen Fortschritt bedeutet hätte, sondern ein Absinken des Wachstums und eine wachsende Ungleichheit. In vielen Fällen sei das Wirtschaftswachstum in der autoritären Zeit höher gewesen als nach dem Wandel zur Demokratie.

Zimmermann und Saalfeld (1988) schreiben, nicht die Wirtschaftskrisen seien für den Niedergang der Demokratien verantwortlich, sondern eine Reihe von internen Faktoren würden diese erklären. Hierfür untersuchte der Autor die Auswirkungen der Wirtschaftskrise der 30er Jahre und kam zu dem Schluss, dass der hohe Wählerdruck, Inflationsangst, große Diskussionen über Maßnahmen im sozialen Bereich und die neuen Instrumente der Wirtschaftspolitik der Regierungen die politischen Systeme in Deutschland und Österreich zu Fall gebracht hätten.

Lipset (1981) untersuchte ebenfalls die Vorgänge, welche zum Fall der demokratischen Regierungen in diesen Staaten führten und folgerte, dass die Auswirkungen der Großen Depression in Europa davon abhingen, ob das politische System von seinen Bürgern als legitim angesehen wurde und dass diejenigen als illegitim angesehenen unter dem Stress der Wirtschaftskrise scheiterten. So überlebten die Vereinigten Staaten und Großbritannien die Große Depression ohne politisch zu scheitern, da ihre Regierungen von der Bevölkerung legitimiert waren.

Daraus folgert Lipset, dass die Wirtschaftskrisen nicht linear mit der politischen Stabilität zusammenhängen und kommt zu dem Schluss, dass die Auswirkungen der Wirtschaftskrise von zwei fundamentalen Komponente der politischen Kultur gemessen werden: Die Legitimität und die Effizienz der Demokratie. Das bedeutet, ob Wirtschaftskrisen eine Demokratie zu Fall bringen können, hängt direkt von der Interaktion zwischen beiden Komponenten ab.

Deshalb garantiert ein hoher Grad an Legitimität in einem System nicht, dass es diesen nicht in irgendeinem Moment verlieren kann, da ein Land, welches eine Krise der Legitimität erfährt, auch zeitgleich eine Krise der Effizienz erleben kann. Wenn sich die Krise der Effizienz als langfristig erweist, könnte sie also die Legitimität beeinflussen, da diese von der Fähigkeit des Systems abhängt, die Erwartungen der Mehrheit zu stützen.

Tabelle 2.1: Zusammenhang zwischen Legitimität und demokratischer Effizienz

		Effizienz	
		Hoch	Niedrig
Legitimität der Demokratie	Hoch	Stabile Demokratie	Stabile Demokratie in einer Effizienzkrise
	Niedri	Aufkommende Demokratie	Fall der Demokratie

Quelle: Mitchell A. Seligson (1989)

Dennoch ist die Lipset These nicht auf den Fall Lateinamerikas anwendbar, im Wesentlichen aus zwei Gründen: Nach dem Bericht des Latinobarometers (2006) sind die Legitimität und die Effizienz in Lateinamerika stark miteinander verknüpft. Zweitens gibt es Fälle wie Brasilien, Paraguay oder Guatemala, wo es einen niedrigen Rückhalt und Zufriedenheit mit der

Demokratie (Mittel der Legitimität und Effizienz der Demokratie) gibt, es aber nicht zum Fall des demokratischen Systems gekommen ist.

3.- Fragestellung der Untersuchung und Hypothese

Aus dem bis hier beschriebenen ergibt sich folgende zu untersuchende Frage:

Waren die Wirtschaftskrisen verantwortlich für den niedrigen Rückhalt der Demokratie in Lateinamerika im Zeitraum 1996-2003?

Die Hypothese zu dieser Frage ist folgende:

Die Wirtschaftskrise ist der Faktor mit den größten negativen Auswirkungen auf den Rückhalt der Demokratie in Lateinamerika.

4.- Methodologie

Die präsentierten Modelle testen eine Reihe von Variablen mit dem Ziel, einen Zusammenhang in den Fluktuationen des Niveaus des Rückhaltes der Demokratie in der Region zu finden¹⁸.

Für die Regression werden Paneldaten benutzt und die Schätzung findet mit der Methode der verallgemeinerten kleinsten Quadrate statt. Die Paneldaten sind also nach Zeitreihen geordnet zur Autokorrelation und zur Heteroskedastizität¹⁹. Die Modelle beziehen sich auf den Zeitraum 1996-2003, da es dort eine Reihe von Wirtschaftskrisen in Lateinamerika gab.

¹⁸ Siehe Anhang.

¹⁹ Time-series-cross-section (TSCS) data besteht aus Daten aus vergleichbaren Zeitreihen und in einer Varietät von Einheiten betrachtet. Die paradigmatischen Anwendungen sind die Untersuchung der vergleichbaren politischen Wirtschaften, wo die Einheiten Länder sind (oft die fortschrittlichen industrialisierten Demokratien) und wo wir für jedes Land jährlich Daten betrachten über eine Varietät politischer und wirtschaftlicher Daten. Eine Standardfrage für diese Untersuchungen hat mit den politischen Determinanten der wirtschaftlichen und politischen Ergebnisse zu tun.

Nathaniel Beck (2006): Time-Series–Cross-Section Methods, Janet Box-Steffensmeier, Henry Brady und David Collier (eds.) Oxford Handbook of Political Methodology , New York: Oxford University Press.

Deshalb ist die verwendete Methode für die Modelle die der verallgemeinerten kleinsten Quadrate zufälliger Effekte (Random-effects GLS regression), durchgeführt von dem statistischen Programm STATA mit folgendem Befehl: `Xtreg, Var1, Var2, Var3, robust`. Auf diese Weise werden die Standardfehler verändert ohne den Schätzwert zu verändern. Wenn also eine “white standard error correction” produziert wird, wird eine konsistente Schätzung für die Varianz unter Heteroskedastizität bereit gestellt.

Das Modell I betrachtet in seiner generischen Formulierung makroökonomische, politische, institutionelle und internationale Faktoren, nach dem folgenden Schema: Index des Rückhaltes der Demokratie $f(i,t) = f[\text{Wirtschaftskrise}(i,t), \text{Wirtschaftsglobalisierung}(i,t), \text{Inflation}(i,t), \text{Wechselkurs}(i,t), \text{tatsächliche Kapitalflüsse}(i,t), \text{Freedom Category}(i,t), \text{Regulierung in der Wahl des exekutiven XRREG}(i,t), \text{persönliche Kontakte}(i,t), \text{Jahre der Exekutiven an der Macht}(i,t), \text{Effizienz der Legislativen}(i,t), \text{die Regierung hat die Mehrheit im Senat}(i,t), \text{Parlaments- und Präsidentschaftswahlen}(i,t)]$; para $i = 1, \dots, 17$ (Länder) y $t = 1996, \dots, 2003$. Krise ist eine Dummy Variable, bei der 1 = - PIB pro Kopf und 0 = + PIB pro Kopf sind.

Die Gleichung für die Schätzung in Zeitreihen ist folgende:

$$Y_{it} = x_{it} \beta + c_i + u_{it}$$

$$\text{mit } i = 1, \dots, 17 \text{ N; } t = 1996, \dots, 2003$$

Wo i sich auf die untersuchten Länder bezieht und t auf die Dimension der Zeit, ist c_i eine nicht sichtbare Variable, die sich mit der Zeit für jede Betrachtung konstant hält, sie wird meist nicht sichtbarer individueller Effekt genannt, β ein Vektor von K Parametern und X_{it} ist die i -zigste Betrachtung im Moment t für K erklärbare Variablen. Dies gilt unter der Voraussetzung, dass

die Datenstruktur rechteckig ist, das heißt, dass alle Einheiten von N für dieselben Zeiträume von T beobachtet werden²⁰.

Was Modell 2 angeht, so folgt seine generische Formulierung folgendem Schema:

Index des Rückhaltes der Demokratie $f(i,t) = f[\text{BIP pro Kopf}(i,t), \text{interaction terms}(i,t), \text{Wirtschaftskrise}(i,t), \text{Wirtschaftsglobalisierung}(i,t), \text{Inflation}(i,t), \text{Wechselkurs}(i,t), \text{tatsächliche Kapitalflüsse}(i,t), \text{Freedom Category}(i,t), \text{Regulierung in der Wahl der Exekutive XRREG}(i,t), \text{persönliche Kontakte}(i,t), \text{Jahre der Exekutive an der Macht}(i,t), \text{Effizienz der Legislative}(i,t), \text{die Regierung hat eine Mehrheit im Senat}(i,t), \text{Parlaments- und Präsidentschaftswahlen}(i,t)]$; für $i = 1, \dots, 17$ (Länder) und $t = 1996, \dots, 2003$. Die Krise ist die Dummy Variable, bei der 1 = - BIP pro Kopf und 0 = + BIP pro Kopf gilt.

In Modell 1 ist es also mit der Variablen „Wirtschaftskrise“ möglich Schlussfolgerungen darüber zu ziehen, ob diese den Rückhalt der Demokratie beeinflussen können. In Modell 2 wird nun die Variable „interaction terms“ hinzugefügt, mit dem Ziel herauszufinden, in welcher Intensität sich die Wirtschaftskrisen auf den Rückhalt der Demokratie auswirken. Diese Variable erscheint daher in der folgenden Form:

$$Y_{it} = a + b_1X + b_2Z + b_3(X*Z) + e$$

Mit $(X*Z) = \text{interaction terms}$, mit $X = \text{Wirtschaftskrise (Dummy Variable mit 1 = negatives Wachstum des BIP pro Kopf und 0 = positives Wachstum des BIP pro Kopf)}$ und $Z = \text{Wachstum des BIP pro Kopf}$.

²⁰ Gary King, James Honaker, Anne Joseph und Kenneth Scheve (2001): Analyzing Incomplete Political Science Data: An Alternative Algorithm for Multiple Imputation, *American Political Science Review*, Vol. 95, N°1. Seite 49-69.

Diese Variable besteht aus den Werten "0", wenn das Wachstum des BIP pro Kopf positiv ausfällt. Es bleibt daher nur das negative Wachstum des BIP pro Kopf bestehen, wodurch es möglich wird festzustellen, ob der Rückhalt der Demokratie umso mehr sinkt, je stärker der Wirtschaftskrise ausfällt.

Was die Variable der Wirtschaftskrise angeht, so stellt sie für einen Teil der empirischen Literatur, welche den Einfluss der Krisen mit ökonometrischen Analysen und statistischer Regression untersucht, ein Konzept dar, welches einen starken Rückgang der Kaufkraft der Bevölkerung bedeutet²¹. Deshalb wird die Wirtschaftskrise als Dummy Variable verwendet, bei der 1 das negative Wachstum des BIP pro Kopf wiedergibt.

5.- Ergebnisse

Die Ergebnisse der statistischen Analyse, die sich im Anhang befinden, werden in drei Gruppen von Faktoren, die im Wesentlichen den Rückhalt der Demokratie in Zeiten der Wirtschaftskrise in Lateinamerika beeinflussen. Die werden in folgender Anordnung erläutert²²: Erstens werden die Auswirkungen der Wirtschaftskrisen auf den Rückhalt der Demokratie analysiert. Zweitens wird die Bedeutung der Globalisierung der Wirtschaft für die Demokratie diskutiert. Drittens geht es um die institutionellen Faktoren des Rückhaltes der Demokratie in Zeiten der Wirtschaftskrise.

Auswirkungen der Wirtschaftskrisen auf den Rückhalt der Demokratie

Die Wirtschaftskrisen haben einen standardisierten negativen Koeffizienten von -3.9605 mit 5% Signifikanz, was die Existenz einer Krise in der Wahrnehmung des demokratischen

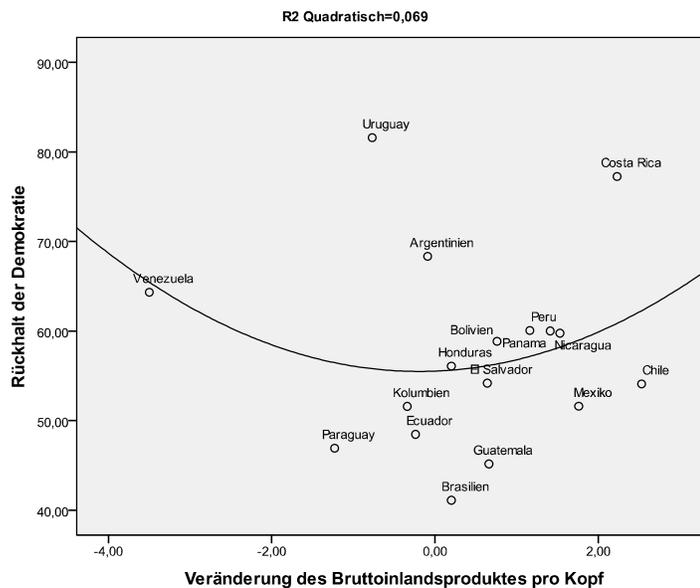
²¹ Andrés Solimano (2006): *Latin American Economic Growth in the Late 20th. Century: Evidence and Interpretation*, UK: Edward Elgar; Carol Graham und Sandit Sukhtankar (2004): Does Economic Crisis Reduce Support for Markets and Democracy in Latin America? *Journal of Latin American Studies*, Vol. 36, N°2.

²² Siehe Anhang.

Systems in den Ländern Lateinamerikas ausmacht. Dieser Koeffizient zeigt ebenfalls, dass jene Variable die größten negativen Auswirkungen auf den Index des Rückhaltes der Demokratie von allen Variablen aus Modell 1 hat. Daher konnte auch bei der Analyse des Einflusses der asiatischen Krise und der Krise von 2001 festgestellt werden, dass diese die Hauptursachen für das Absinken des Indexes waren.

Es gibt nun aber ein interessantes Phänomen in den Zeiträumen der Wirtschaftskrise. Wie die folgende Grafik über das durchschnittliche Wachstum des BIP pro Kopf zeigt, erhalten Länder wie Argentinien, Uruguay oder Venezuela, die am stärksten von der Krise betroffen waren, ein hohes Niveau des Rückhaltes der Demokratie, was die Idee der linearen Beziehung zwischen dem Wachstum des BIP pro Kopf und dem Rückhalt der Demokratie stört.

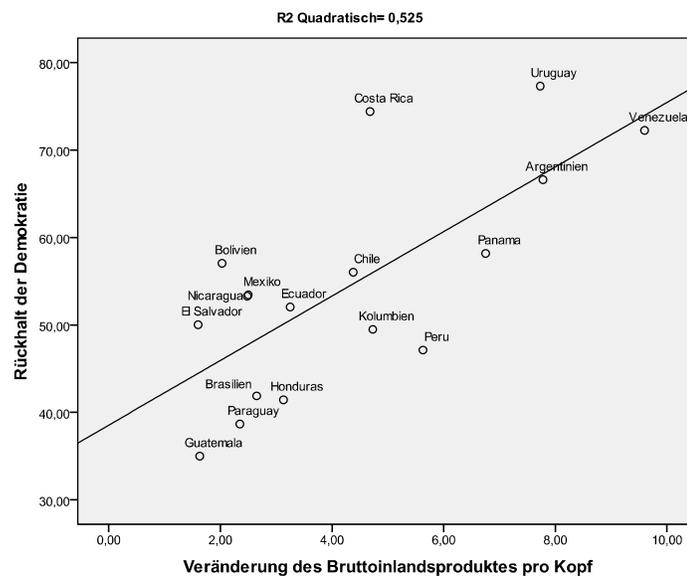
Grafik 2.1: Verhältnis zwischen dem Wachstum des BIP pro Kopf und dem Index des Rückhaltes der Demokratie während der Wirtschaftskrise. Durchschnittswerte für die Jahre 1996 – 2003



Quelle: Eigene Erarbeitung auf Basis der Daten des Latinobarometers und den statistischen Jahrbüchern der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik, CEPAL.

Die folgende Zerstreuungsgrafik zeigt, dass in einem Zeitraum des positiven Wirtschaftswachstums es eine lineare Beziehung zwischen dem Wachstum des BIP und der Wahrnehmung der Demokratie gibt. Dennoch gibt es kaum Veränderungen zur vorigen Grafik, was die Länder angeht, die am stärksten und am wenigsten die Demokratie unterstützen. Das heißt, die Länder, in denen der Rückhalt der Demokratie schwach ist, wie Brasilien, Guatemala und Paraguay, bleibt dieser sowohl in Zeiten der Krise sowie in Zeiten der Prosperität schwach, genauso wie er in den gegensätzlichen Fällen von Argentinien, Uruguay, Costa Rica und Venezuela stark bleibt.

Grafik 2.2: Verhältnis zwischen dem Wachstum des BIP pro Kopf und dem Index des Rückhaltes der Demokratie in Jahren ohne Wirtschaftskrise. Durchschnittswerte für die Jahre 2004 – 2007



Quelle: Eigene Ausarbeitung auf Basis der Daten des Latinobarometers und den statistischen Jahrbüchern der "Comisión económica para America Latina y el Caribe", CEPAL.

Dieses Phänomen hat dazu geführt, dass große Teile der Literatur den Schluss zieht, dass es keine Beziehung zwischen Wirtschaftskrise und Rückhalt der Demokratie gebe oder dass diese so konfus sei, dass es nicht möglich sei, zu Schlussfolgerungen zu gelangen²³.

Um festzustellen, wie stark die Auswirkungen der Wirtschaftskrisen auf die Demokratie sind, wurde die Variable „interaction terms“ geschaffen, um die bestehende Interaktion zwischen dem BIP pro Kopf und den Wirtschaftskrisen zu messen, das heißt zwischen den Jahren, in denen es zu einer Wirtschaftskrise kam und dem negativen Wachstum des BIP pro Kopf. Dies führte zu der Schlussfolgerung, dass je stärker eine Wirtschaftskrise ist, desto größer fällt der Rückgang des Rückhaltes der Demokratie aus, da die Interaktion einen negativen geschätzten Koeffizienten von -2.2451 mit 0,001 Signifikanz

Die Wirtschaftskrisen stören also die Wahrnehmung der Demokratie und ein großer Teil der Länder Lateinamerikas weist ein allgemeines Absinken dieses Indexes auf. Trotz allem wurde nicht bewiesen, dass die Krisen ein so starkes Absinken auslösen können, welches die Rangliste der Länder, in welchen der Rückhalt der Demokratie stark und schwach ist, durcheinander bringen könnte. Dies zeigen die Daten für die Krisen zwischen 1996 und 2003 und den Zeitraum ohne Krise 2004-2007. Die Länder, die am stärksten von den Krisen betroffen waren, wiesen auch vorher den stärksten Rückhalt der Demokratie auf²⁴.

Es ist im Übrigen auch nicht davon auszugehen, dass reichere Länder wie Uruguay, Argentinien oder Venezuela die Demokratie in Krisenzeiten weniger stützen als ärmere Länder,

²³ Ludolfo Paramio (2003): Inseguridad económica y frustración política, *Working Paper, Departamento de Ciencia Política, Universidad Autónoma de Madrid*, N°13, S. 4; Daniel Zovatto (2002): Valores, percepciones y actitudes hacia la democracia. Una visión comparada latinoamericana 1996-2002, *América Latina Hoy*, Vol. 32, S.49. Corporación Latinobarómetro (2003): *Informe resumen Latinobarómetro*, S. 34.

²⁴ Uruguay, Argentinien und Venezuela besaßen 1995 einen Rückhalt der Demokratie von jeweils 80%, 76% und 60%, was die höchsten Werte aller Länder Lateinamerikas sind (Latinobarometer (1995): Pressebericht des Latinobarometers).

da ihre Wirtschaftsstruktur dieses nicht zulässt. Diese Länder haben zwar trotz der Wirtschaftskrisen einen hohen Rückhalt der Demokratie aufrecht erhalten, weisen aber gleichzeitig auch das höchste Wirtschaftswachstum in Lateinamerika zwischen 1996 und 2007 auf²⁵.

Die Globalisierung der Wirtschaft ist nicht immer gut für die Demokratie

Die Diskussion über den Einfluss der Globalisierung in einer Demokratie ist groß. Inzwischen ist aber ein Großteil der Forscher beider Materien zu Übereinstimmungen gekommen. Eine ist, dass die Globalisierung dazu geführt hat, dass sich die Länder über den Informationsfluss in die Weltgemeinschaft integrieren, was wiederum zu verstärktem Handel und kulturellem Zusammentreffen geführt hat²⁶. In Bezug auf die Demokratie gibt es ebenfalls einen breiten Konsens darüber, dass sie freie Wahlen fördere und so für eine größere politische Repräsentation Sorge²⁷.

Was den Einfluss der Globalisierung auf die Demokratie angeht, so handelt es sich weiterhin um ein breit diskutiertes Thema. So glaubt Pridham (1991), dass die internationalen Faktoren als eine der Dimensionen der politischen Transition vergessen worden seien. O'Donnell, Schmitter und Whitehead (1986) dagegen gehen davon, dass es nur einen indirekten Effekt internationaler Faktoren auf die Demokratie gebe.

Im Rahmen der statistischen Studien gibt es ebenfalls widersprüchliche Ergebnisse. Einerseits zeigen Autoren wie Gasiorowski (1995) oder Huntington (1984), dass die internationalen

²⁵ Comisión Económica para América Latina y el Caribe (2008): *Anuario estadístico de América Latina y el Caribe*.

²⁶ David Held et al. (1999): *Global Transformations: Politics, Economics and Culture*, Stanford University Press.

²⁷ Larry Diamond (1999): *Developing Democracy: Toward Consolidation*, Baltimore, Md: Johns Hopkins University Press.

Faktoren negative Effekte auf der politischen Ebene und besonders in der sozialen Spaltung haben können. Andere Autoren dagegen weisen darauf hin, dass sie positive Effekte für das demokratische System mit sich bringen würden (Muller 1995;).

In diesem Kontext scheint die Arbeit von Li und Reuveny (2003) interessant, da die beiden darüber diskutieren, wie die empirischen Beweise zu drei Argumentationslinien über die Interaktion der internationalen Faktoren und der Demokratie geführt haben. Diese sind positiver, negativer und neutraler Art. Über die positive Interaktion führen die Autoren an, die Globalisierung würde die politischen Institutionen stärken, welche die Demokratie unterstützen. Ein effektives Funktionieren des Marktes brauche ein System der Unparteilichkeit und des Rechtes, das heißt, die wirtschaftliche Globalisierung führe zu der Verbreitung von Normen, welche die Gesetze sowie die Zivil- und Menschenrechte respektiert. Eine stärkere internationale wirtschaftliche Integration zwischen den Ländern stärkt die Transparenz und die Verantwortung der politischen Institutionen und reduziert gleichzeitig die staatlichen Interventionen, was die Konsolidierung der Demokratie erleichtert²⁸.

Ein weiteres Argument dieser Linie besteht darin, dass die Globalisierung die Nachfrage internationaler Geschäfte erhöhe, was die Demokratie fördere, da wirtschaftliche Interessen förderlich für Frieden und Stabilität seien, welche wiederum die Pfeiler seien, die das demokratische System stützen²⁹. Außerdem fördere die Globalisierung das Wirtschaftswachstum und reduziere die Ungleichheit der Klassen und der Bildung. Der Handel,

²⁸Stark (1998)

²⁹Schumpeter (1950)

die direkten ausländischen Investitionen und der tatsächliche Fluss stärken die politische Macht, was wiederum der Demokratie zu Gute komme³⁰.

Darüberhinaus reduziere die Globalisierung die Informationskosten und erhöhe den Austausch mit anderen Demokratien und Sorge dafür, dass Nichtregierungsorganisationen effizienter sind³¹. Außerdem führe sie zu einer stärkeren Verbreitung der demokratischen Ideen. Es gibt Studien, die argumentieren, dass je mehr demokratische Länder sich um die nicht demokratischen Länder befinden, desto wahrscheinlicher sei es, dass es in den letztgenannten zu einer Transition komme³².

Was die negative Interaktion angeht, schreiben die Autoren, dass die Globalisierung mehr Verlierer als Gewinner produziere und außerdem die Möglichkeit verringere, dass es zu einem Ausgleich zwischen reicheren und ärmeren Staaten komme. Dies komme daher, dass die Staaten, die verlieren, nicht in der Lage sind, international konkurrenzfähig zu sein, was dazu führe, dass sie ihre Glaubwürdigkeit verlieren, ihren Verpflichtungen nachzukommen. In der Folge reduzieren die Regierungen ihre Wohlfahrtsprogramme, was wiederum eine größere Ungleichheit der Einkünfte und eine Klassenpolarisierung mit sich bringe, die das demokratische System schwäche³³.

Ein weiteres Argument dieser Linie ist, dass die Globalisierung die kulturelle Basis, welche die Demokratie stützt, beeinflusst. Die Verlierer der Globalisierung tendieren dazu, eine Identität zu kreieren, die auf Ethnizität oder Religion basiert, während die Gewinner Diskriminierungsmaßnahmen vorantreiben, um die Verlierer am Rand zu halten. Dies führt zu

³⁰ Rueschemeyer, E.H. Stephens y J.D. Stephens (1992)

³¹ Diamond (1992b)

³² Kant (1986)

³³ Beck (1996)

einer verstärkten Immigration, hauptsächlich von der Verliererländern in die Gewinnerländer. Gleichzeitig schränken die Gewinnerländer die Beteiligung der Immigranten am politischen System sein, um ihre Konkurrenzfähigkeit zu schwächen. All dies führt zu sozialer Spaltung und unterhöhlt die die Festigkeit der Demokratie³⁴.

Ein weiteres Argument kommt aus der Perspektive, dass die Globalisierung den Bürger abwertet, der aber wiederum eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren einer stabilen Demokratie ist. Der globale Markt verwandelt das Individuum in einen „homo economicus“, der sich mehr um seine Gewinne sorgt als um die politischen und zivilen Verpflichtungen, wodurch sein Respekt für die Praxis der demokratischen Entscheidungen sinkt³⁵.

Außerdem sorgt die Globalisierung, da sie schnelle monetäre Bewegungen mit sich bringt, oft für ein Ungleichgewicht in der Handelsbilanz und führt so zu einer Instabilität in den Wirtschaftssystemen. Das führt dazu, dass die weniger entwickelten Länder gezwungen sind, Wirtschaftsreformen anzunehmen, die ihnen von den entwickelten Ländern und/oder internationalen Organisationen aufgezwungen werden und Sparsamkeit beinhalten. Weiterhin bringt das vorher Genannte die Wirtschaftskrisen mit sich und erhöht so in einem noch stärkeren Grad die Armut und die Ungleichheit der Klassen. Dies führt zu einer Unterstützung der radikalsten Oppositionsgruppen und zum Auftauchen des Gespenstes des Autoritarismus als Problemlösung in den schwachen Demokratien³⁶.

Über die neutrale Interaktion führen die Autoren aus, dass die Stärke der Globalisierung überbewertet werde und die Weltwirtschaft nicht so integriert sei wie allgemein angenommen. Der Großteil des internationalen Handels würde zwischen Regionen stattfinden. Und was die

³⁴ Dahl (1994)

³⁵ O'Donnell (1993)

³⁶ Haggard y Kaufman (1995), Diamond (1999)

weniger entwickelten Länder angehe, so würde die Weltwirtschaft deshalb ihr politisches System nicht destabilisieren, da man sie gar nicht an derselben teilhaben lasse. Und im Falle der bereits entwickelten Länder sei es so, dass die demokratische Stabilität durch das Eintreten in die Weltwirtschaft nicht gefährdet sei³⁷.

Ein weiteres Argument dieser Linie ist, dass die Effekte der Globalisierung je nach Land unterschiedlich seien. Diese hängen von einer Reihe von Faktoren ab, unter denen sich die Regierungspolitiken, die Effizienz der öffentlichen Institutionen, die Bedeutung des Landes in der Welt, die Privatisierung der privaten Sektoren sowie das derzeitige Niveau der Demokratie befinden³⁸.

Aus der Perspektive dieses Kapitels wird der Schluss gezogen, dass die Wirtschaftskrisen eine negative Interaktion zwischen Globalisierung und Demokratie in Lateinamerika hervorrufen. Diese Variable erreichte in der Tat einen geschätzten Koeffizienten von -1,4472 mit 0,001 Signifikanz, was beweist, dass einer der Gründe der Fluktuation im Rückhalt der Demokratie während der Wirtschaftskrisen die Veränderungen des Weltwirtschaftssystems sind und der Rückhalt der Demokratie bestätigt die Auswirkungen der Wirtschaftskrisen als Ereignisse internationaler Bedeutung in der Wahrnehmung des demokratischen Systems³⁹.

Aufgrund des Ausgeführten nimmt die Bevölkerung die negativen Effekte wahr, welche die Globalisierung auslöst, wenn die Wirtschaft von Wirtschaftskrisen betroffen ist. Es ist nun interessant, dass die Variable „tatsächliche Kapitalflüsse“ in die statistischen Modelle eingefügt wurde, ohne dass man am Ende einen ausreichend erklärenden geschätzten Koeffizienten für

³⁷ Hirst (1997), Scharpf (1991)

³⁸ Haggard y Kaufman (1995), Keohane y Milner (1996)

³⁹ Diese Variable bezieht sich auf eine Gruppierung von Faktoren, die den Index der globalisierten Wirtschaft bilden, festgelegt durch KOF Index of Globalization. KOF Index of Globalization (2010): Definitions and Sources, < <http://globalization.kof.ethz.ch/>>

die Präferenz für die Demokratie erhält. Das heißt, der Einfluss des Handels, die direkten ausländischen Investitionen (Kapitalflüsse, Aktien) und die Zahlungen an die Einheimischen im Ausland werden mit der Argumentation der neutralen Interaktion zwischen Globalisierung und Demokratie in Verbindung gebracht.

Die Variable „globalisierte Wirtschaft“ besteht nun aus einer Reihe von Komponenten von „tatsächliche Kapitalflüsse“ bis zu „Restriktionen“. Das bedeutet, sie beinhaltet die Komponenten der tatsächlichen Kapitalflüsse und darüberhinaus die Importbeschränkungen, Zölle, Steuern auf den internationalen Handel und Restriktionen der Konten. Aufgrund all dessen kommt es während einer Wirtschaftskrise, wenn der Indikator der globalisierten Wirtschaft mit all seinen erwähnten Komponenten hinzugefügt wird, zu einem negativen Einfluss auf die Demokratie.

Bedeutung des legislativen Systems, um die Wahrnehmung der Demokratie zu verbessern

Was den Einfluss der institutionellen Variablen angeht, so hat sich gezeigt, dass sich diese zu denjenigen gehören, die am stärksten den Rückhalt der Demokratie erklären. Die Ergebnisse deuten daher auch an, dass Variablen dieser Kategorie trotz Wirtschaftskrisen den Rückhalt der Demokratie enorm stärken können. Dies trifft auf die „Mehrheit im Senat“ und auf die „Effizienz des legislativen Systems“ zu. Trotzdem erhielt die Variable „Parlaments- und Präsidentschaftswahlen“ einen signifikanten negativen geschätzten Koeffizienten. Deshalb werden diese drei Variablen separat analysiert, mit dem Ziel, Ordnung in die Erklärung der Ergebnisse und ihre Bedeutung für die Stärkung der Demokratie in Lateinamerika zu bringen.

Was die Bedeutung der Variable „Mehrheit im Senat“ angeht, so zeigen die Ergebnisse der Modelle, dass wenn diese Variable gegeben ist, es zu einem größeren Rückhalt der Demokratie

in der Region Lateinamerika kommt, obwohl sich das Land in einer Wirtschaftskrise befindet. Diese Schlussfolgerung verschärft die Diskussion darüber, ob eine solche Mehrheit ein Vorteil für das demokratische System ist.

Es ist in der Tat so, dass die Parlamentarier eine wichtige Funktion in der Verantwortung des legislativen Prozesses für die Demokratie ausüben, nämlich die Kontrolle der Exekutive im Namen der Bürger. In diesem Umfeld gewinnt die parlamentarische Arbeit in den Machtbeziehungen an Bedeutung. Das gilt genauso für die Machtverhältnisse zwischen der Exekutiven und dem Parlament wie auch innerhalb der beiden.

Nun gibt es Autoren, die argumentieren, in einem präsidentiellen System, in dem sich die Parlamentsmehrheit in den Händen anderer Parteien als die Präsidentschaft befindet, es zu Problemen beim Regieren kommen kann, auch wenn die parlamentarische Kontrolle nicht nur rigoros ist (Linz 1994). Die Variable „Mehrheit im Senat“ hat also eine große Bedeutung, da die Regierung, wenn sie diese Mehrheit hat, viel schneller die öffentliche Politik gestalten kann. Wenn es dagegen zu Unstimmigkeiten zwischen der Exekutiven und dem Senat kommt, lässt sich keine Politik mehr machen und es treten Konflikte und Diskussionen in einer gespaltenen Regierung auf, woraus sich ein sehr schwieriges Szenario für die Regierungsfähigkeit der Demokratie ergibt.

Ein klares Beispiel für diesen Fall war die *Concertación de partidos por la democracia en Chile* bei der Wiedereinführung der Demokratie, die aufgrund von Vetos wichtige Angelegenheiten nicht verabschieden konnte. Wie Huneeus (1998) in Bezug auf die wirtschaftlichen Reformen schrieb, habe diese Elemente des vorigen autoritären Regimes entfernen wollen. Die Sozialpolitik der *Concertación* im Jahre 1990 machte die Notwendigkeit

dieser Veränderungen deutlich, da sie die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung anerkannte und sie für die öffentliche Politik auf das gleiche Niveau wie die Unternehmer setzte. Daher versuchte man die vertikale Struktur, die in den Unternehmen seit dem *Plan Laboral* von 1979 herrschte und dessen Ziel es gewesen war, die Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen und als sozialen Akteur zu schwächen, zu zerstören.

Andere argumentieren, eine Mehrheit im Senat würde die Demokratie gefährden, da, wenn eine Partei beide Gewalten kontrolliert, die parlamentarische Kontrolle Gefahr läuft geschwächt zu werden, je nach dem, in welcher Form die Macht ausgeübt wird oder in welcher Weise die Konkurrenz zwischen den Parteien dafür sorgt, dass innerparteiliche Konflikte nicht öffentlich gemacht werden. In diesem Fall besteht eine große Gefahr, dass Mitglieder der Regierungspartei ihre Mehrheit dafür nutzen, um die Beamten derselben Partei vor politischen Skandalen zu schützen und so die Korruption der Autoritäten zu erlauben (Benjamin und Malbin 1992). In derselben Perspektive zeigt Nolte (2003:61), dass die Opposition in vielen Bereichen der Kontrolle die Zustimmung der Parlamentsmehrheit benötigt, um zum Beispiel eine Untersuchungskommission zu bilden, um Beschlüsse zu fassen, um dem Präsidenten Beobachtungen zukommen zu lassen oder um eine politische Anklage gegen ein Mitglied der Regierung einzuleiten.

Aufgrund der Ergebnisse dieses Kapitels wird gefolgert, dass die Tatsache, dass eine Mehrheit im Senat der Partei oder der Parteien, welche den Präsidenten stützen vorhanden ist, die Lösung der Probleme, die eine Wirtschaftskrise mit sich bringt, schneller voranbringt. Die Unstimmigkeiten über die wirtschaftlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Effekte, die eine Krise auslösen kann, reduzieren sich. Dies kommt der Wahrnehmung des demokratischen Systems als institutionelles Instrument, um zu politischen Entscheidungen zu kommen, zugute.

Als zweiten Punkt gilt zu nennen, dass die Effizienz des Parlamentes ebenfalls eine Variable ist, die eine fundamentale Rolle spielt, um einen größeren Rückhalt der Demokratie in der Region zu erlangen. Diese Variable erlangte einen hohen geschätzten Koeffizienten, nämlich 9.1751 mit 5% Signifikanz. Das heißt, dass je effizienter die Parlamente der Region sind und wo die parlamentarische Arbeit unabhängig von Regierungsfunktionen ist, desto besser ist die Wahrnehmung des demokratischen Systems⁴⁰.

Die Autonomie des parlamentarischen Systems für eine höhere Effizienz in seinem Funktionieren hat einen starken Hintergrund. So schreibt Lehmann (1983), dass das Parlament, um angemessen behandelt zu werden, sich in die Dynamik der Macht einfügen müsse. Das bedeutet, es muss „fähig“ sein, das heißt, ihm müssen die legalen Möglichkeiten, die Humanressourcen sowie finanzielle und organisatorische Mittel zur Verfügung stehen, um die Aufgaben auszuführen, die ihm aufgetragen sind. Außerdem muss es „relational“ sein, es muss also über ausreichend Befugnisse und Unabhängigkeit gegenüber der Exekutive verfügen, um diese effizient überwachen zu können.

Es ist also in denjenigen politischen Regimen, in denen die Legislative schwach ist, wichtig, dass die Demokraten Verfassungsreformen durchführen, um die Konstitution zu stärken (Fish 2006). Das Parlament muss das nötige Gleichgewicht zwischen der Kooperation und der Kontrolle der Exekutiven finden, da es sonst zu Obstruktionen kommen kann, die bei den Bürgern selten auf Interesse stoßen.

Was schließlich den Einfluss der Wahlen auf die Qualität der Demokratie angeht, so gibt es Einvernehmen in einem großen Teil der Literatur: Wahlen sind der sichtbarsten demokratischen Erfahrungen und haben sich in ein Bild der Demokratie verwandelt. Sie sind

⁴⁰ Siehe Anhang.

also das Mittel, mit dem die Bürger entscheiden können, welche Art Regierung sie möchten und haben so in hohem Maße mit der Wahlfreiheit zu tun. Es muss aber angemerkt werden, dass nicht alle Wahlen ein demokratisches System repräsentieren, da diese je nach dem Grad der Konkurrenz klassifiziert werden. Wahlen mit politischem Wettbewerb gehören zu einem demokratischen System, wogegen halbfreie oder konkurrenzlose Wahlen autoritäre bzw. totalitäre Systeme repräsentieren (Nohlen 1998).

In diesem Kontext gibt es Autoren, die darauf hinweisen, dass Wahlen mit politischem Wettbewerb sowohl negative als auch positive Effekte auf die Demokratie haben können. Für Agnoli (1968) sind Wahlen mit politischem Wettbewerb ein Akt, um den Wettbewerb zwischen Personen und sozialen Gegensätzen zu verschleiern. Offe (1972), der das repräsentative System kritisiert, zeigt auf, dass Wahlen mit politischem Wettbewerb ein Instrument seien, um beim Fällen von Entscheidungen, die vom Konsens unabhängig sind, die vollständige Macht bestimmten Personen zu übertragen. Grofman und Lijphart (1984) sagen außerdem, dass die Wahlgesetzgebung das genaueste politische Instrument der Manipulation sei.

Von einem konstruktiven Gesichtspunkt aus hängen die spezifischen Funktionen der Wahlen von den sozialen, institutionellen und politischen Bedingungen ab. In einer fragmentierten Gesellschaft zum Beispiel können Wahlen die Möglichkeit einer gerechten Repräsentation der diversen soziokulturellen Gruppen bieten oder dabei helfen, die Trennungen durch die Bildung parlamentarischer Mehrheiten zu überwinden. In homogenen Gesellschaften führen Wahlen eher die Funktion aus, den Wettbewerb der politischen Parteien um die Macht zu fördern. In diesem letzten Fall erfüllen die Wahlen die Funktion der Legitimierung der Regierung oder des

politischen Systems sowie den Personen und Parteien das Vertrauen auszusprechen (Sartori 1987).

Vor einigen Jahren entwickelte sich nun einige Literatur über das so genannte „Political Business Cycle“ Modell, welches eine Kritik der Benutzung der Wahlen aus einem wirtschaftlichen Gesichtspunkt darstellt. Diese Arbeiten stammen von Ökonomen und beziehen sich auf die Anstrengungen der Politiker, den Kalender und die Ergebnisse einiger Phasen des Wirtschaftszyklus‘ zu manipulieren, um dadurch bessere Wahlergebnisse einzufahren. Das Modell (PBCs), entwickelt von Nordhaus (1975), geht davon aus, dass die Regierung während des Wahlkampfes versucht, die Wirtschaft zu stärken, mit dem Ziel, die Chancen ihrer Wiederwahl zu erhöhen, sei es auf individueller Ebene oder auf der der Partei. Dies stimmt mit den empirischen Beweisen überein. Es gibt hierzu Literatur, die bestätigt, welche wirtschaftlichen Bedingungen sich auf die Beliebtheit und die Unterstützung der Regierung auswirken und sogar das Wahlverhalten beeinflussen (Chappell 1990).

Aufgrund des bis hier Beschriebenen lässt sich also sagen, dass die Wahlen mit politischem Wettbewerb ein Objekt des Disputes gewesen ist, was ihre Funktion angeht, die Qualität der Demokratie zu verbessern.

Die Ergebnisse dieses Kapitels führen zu dem Schluss, dass es einen negativen Einfluss der Wahlen in der Demokratie gibt, sei sie parlamentarisch oder präsidentiell, sofern diese während einer Wirtschaftskrise stattfinden. Dieses ergibt aus dem geschätzten Koeffizienten zwischen Wahlen und Rückhalt der Demokratie von -3,7514 mit 5% Signifikanz. Die Wirtschaftskrisen produzieren Wählerdruck, der sich wiederum in einen Rückgang des Rückhaltes der Demokratie verwandelt. Diesem Argument wird mit dem von Karen Remmer (1991:777)

widersprochen. Diese Autorin versichert, dass der Wählerdruck die Fähigkeit der demokratischen Regierungen, der Wirtschaftskrise in der Region entgegenzutreten, reduziert habe, ohne die Konsequenzen zu fürchten, die dieser auf die Wählerschaft haben könnte, zum Beispiel ein Absinken des Lebensstandards, Zeiträume starker Inflation, etc. Für sind die wirtschaftlichen Effekte, die Produkte eben der Krise sind, nicht der Grund für den Verlust der Legitimität der politischen Systeme in Lateinamerika. Vielmehr hätten diese wirtschaftlichen Effekte zu starkem Wählerdruck bei der Suche nach Lösungen für die wirtschaftlichen Probleme geführt und dieser politische Faktor sei die Ursache für den Legitimationsverlust des Systems.

Mit anderen Worten, die Ergebnisse dieses Kapitels zeigen die Auswirkungen der Wirtschaftskrisen und auch die der Wahlen, das heißt, das negative Wachstum des BIP pro Kopf hat einen Einfluss, unabhängig davon, ob Wahlen stattfinden oder nicht, was den Argumenten Remmers widerspricht. Da die Studie einen Zeitraum der Wirtschaftskrise (1996-2003) behandelt, ist der geschätzte Koeffizient der Wahlen hoch, was bedeutet, dass die wirtschaftlichen Effekte tatsächlich Wählerdruck erzeugen, der die Wahrnehmung der Demokratie verschlechtert.

6.- Schlussfolgerung

Das vorliegende Kapitel geht von starken Auswirkungen der Wirtschaftskrisen auf den Rückhalt der Demokratie in den Ländern Lateinamerikas aus. Auf der Basis der empirischen Daten wird eine Reihe von Faktoren vorgeschlagen, die während der asiatischen Wirtschaftskrise und der von 2001 den Rückhalt der Demokratie beeinflusst haben, sei es negativ oder positiv.

Die benutzte Methodologie war ein Regressionsmodell mit Paneldaten über eine Schätzung von verallgemeinerten kleinsten Quadraten für den Zeitraum 1996-2003, welche die folgenden Resultate hervorbrachte: Erstens kam beim Testen des negativen Wachstums des BIP pro Kopf während Wirtschaftskrisen ein negativer geschätzter Koeffizient von großer Bedeutung heraus. Dadurch wurde die gemachte Hypothese bestätigt und auf robuste Art und Weise die Auswirkungen der Wirtschaftskrisen auf den Rückhalt der Demokratie geschlussfolgert.

Was dieses Ergebnis angeht, so hat die Tatsache, dass die Länder, in denen der Rückhalt der Demokratie am größten ist, diejenigen sind, die am stärksten von den Auswirkungen der Wirtschaftskrisen betroffen waren, hat dazu geführt, dass ein Teil der Literatur für Lateinamerika davon ausgeht, dass es keine konsistente Beziehung zwischen den beiden Variablen gebe. Um festzustellen, wie stark die Auswirkungen der Wirtschaftskrisen auf die Demokratie sind, wurde die Variable „interaction terms“ geschaffen, um mit ihr die bestehende Interaktion zwischen BIP pro Kopf und den Wirtschaftskrisen zu messen. Durch das Einfügen jener Variable gelang man zu der Schlussfolgerung, dass je stärker die Wirtschaftskrise sei, desto stärker falle auch der Rückhalt der Demokratie. Die Größe der Auswirkungen der untersuchten Wirtschaftskrisen bedenkend, wurde ein Absinken des Rückhaltes der Demokratie in allen Ländern der Region festgestellt, wodurch die Rangfolge der Länder, welche die Demokratie am wenigsten und am meisten stützen, im Vergleich mit dem Zeitraum ohne Wirtschaftskrise erhalten blieb.

In der Tat waren es Uruguay, Argentinien und Venezuela, wo der Rückhalt der Demokratie am stärksten war und die am stärksten von den Wirtschaftskrisen betroffen waren. Sie gehörten aber auch zu denjenigen, die vor der Krise die Demokratie am stärksten stützten und zu den reichsten Ländern der Region gehörten. In der Folge sank dort der Rückhalt der Demokratie,

allerdings nicht soweit, um das Niveau der ärmeren zu erreichen, da ihre politische und wirtschaftliche Struktur den Rückhalt der Demokratie festigte.

Zweitens erhielt die internationale Variable, die globalisierte Wirtschaft, einen negativen geschätzten Koeffizienten, woraus geschlossen wird, dass die Effekte der Globalisierung des Weltwirtschaftssystems negative Auswirkungen auf den Rückhalt der Demokratie aufgrund von Wirtschaftskrisen haben. Dieses Ergebnis bestätigt die Annahme eines wichtigen Teils der theoretischen Forschung, welcher die negative Interaktion der Globalisierung mit der Demokratie der Entwicklungsländer behandelt. Das bedeutet, dass die Globalisierung zu einem häufigen Ungleichgewicht in der Handelsbilanz führt und so Instabilität in den Wirtschaftssystemen hervorruft, sobald diese sich einer Wirtschaftskrise gegenübersehen. Dies führt dazu, dass die weniger entwickelten Länder gezwungen sind, wirtschaftliche Reformen zu akzeptieren, die ihnen von den Industrienationen und den internationalen Organisationen aufgezwungen werden. Es handelt sich dabei um harte Maßnahmen, die dazu führen, dass die Möglichkeiten dieser Länder, die sozialen Probleme zu bekämpfen, gebremst werden. Dies führt zu mehr Armut, stärkerer Ungleichheit der Klassen und zu höherer Unterstützung von Gruppen, die in Opposition zum politischen System stehen.

Drittens, was die institutionellen Variablen angeht, so wiesen diese die höchsten positiven geschätzten Koeffizienten des Modells auf. Die Senatsmehrheit und die Effizienz der Legislative gehören damit zu den Variablen, die am stärksten dazu beitragen, in Zeiten schlimmer Wirtschaftskrisen den Rückhalt der Demokratie zu festigen. Dennoch kommt es zu einem Sinken des Rückhaltes der Demokratie in Zeiten von Wirtschaftskrisen, wenn es in diesem Zeitraum zu Wahlen kommt, seien es Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen.

Was die Senatsmehrheit angeht, so verstärken die Ergebnisse die Diskussion darüber, ob sie positiv für das demokratische System sei, noch. Einerseits sagen einige, die Senatsmehrheit sei von Nachteil für das demokratische System aufgrund der Gefahr, dass die parlamentarische Kontrolle verloren gehe oder die Konkurrenz zwischen den Parteien geschwächt werde. Weiterhin bestehe die Gefahr, dass sich die Parlamentarier derselben Partei gegenseitig vor Skandalen schützen und so die Korruption Einzug erhalte. Andererseits sagen wiederum einige, dass im Falle einer Parlamentsmehrheit für die Regierungspartei die politischen Entscheidungen schneller auf den Weg gebracht würden.

Was die Ergebnisse dieses Kapitels angeht, so wird der Schluss gezogen, dass es im Falle einer Wirtschaftskrise vorzuziehen ist, dass eine Senatsmehrheit die Regierung unterstützt, da es so möglich ist, Beschlüsse zu fassen, um der Krise entgegenzutreten, was wiederum der positiven Wahrnehmung des demokratischen Systems dient.

Zur Effizienz des parlamentarischen Systems lässt sich sagen, dass je effizienter die Parlamente der Region sind, wo die parlamentarische Arbeit autonom von den Regierungsfunktionen sind (was eine bessere Kontrolle der Exekutive bedeutet), desto größer ist der Rückhalt der Demokratie.

Zur Variable „Parlaments- und Präsidentschaftswahlen“ stellen die Ergebnisse einen Beitrag zur Diskussion dar, ob solche Ereignisse positive oder negative Effekte auf die Demokratie haben können. Einerseits sagen Autoren, die Wahlen seien einzig und allein ein Akt, um die Konkurrenz zwischen Personen und sozialen Gegensätzen zu verschleiern, ein Instrument, um gewissen Personen die Macht zu übertragen, ohne, dass ein Konsens darüber vorliegt und das spezifischste politische Instrument der Manipulation. Andererseits sagen Autoren, die Wahlen

würden die Wettbewerb der politischen Parteien um die Macht stärken und so die Legitimationsfunktion der Regierung oder des demokratischen Systems erfüllen, besonders in homogenen Gesellschaften.

Die Ergebnisse dieses Kapitels kommen nun zu dem Schluss, dass wenn Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen während einer Wirtschaftskrise stattfinden, die zu einem geringeren Rückhalt des demokratischen Systems führen. Die Krisen führen zu einem starken Wählerdruck bei der Suche nach Lösungen für die wirtschaftlichen Probleme, was die Qualität des politischen Systems beeinträchtigt.

KAPITEL III: WELCHER ZUSAMMENHANG BESTEHT ZWISCHEN WACHSTUM UND DEMOKRATIE IN LATEINAMERIKA? DIE WIRTSCHAFTSKRISEN ALS BESTIMMENDER FAKTOR

1.- Zusammenfassung

Dieses Kapitel stellt einen methodologischen Beitrag zur Analyse des Wirtschaftswachstums und der Demokratie in Lateinamerika dar. Es bezieht sich im Wesentlichen auf den Zeitraum 1996-2007 mit dem Ziel die Frage zu beantworten, warum sich keine lineare Tendenz in der Beziehung zwischen BIP pro Kopf und dem Rückhalt der Demokratie zeigt, was zu starken Dissensen in der Forschung geführt hat. Die Analysen bringen vier interessante Ergebnisse hervor. Erstens zeigt sich eine hohe Korrespondenz zwischen beiden Variablen und eine hohe Heterogenität der Daten, was die lineare Beziehung schräg werden lässt. Zweitens wird gefolgert, dass die Wirtschaftskrisen eine bestimmende Rolle bei dem Einfluss des BIP pro Kopf auf den Rückhalt der Demokratie spielen. Drittens wird eine negative Auswirkung der Demokratie auf die Wirtschaft, bedingt durch die Zeiträume des Wirtschaftswachstums, festgestellt.

2.- Einleitung

Seit der klassischen Arbeit Lipsets (1961) hat es eine breite Diskussion über die bestehende Beziehung zwischen der Legitimität der Demokratie und den Wirtschaftsfaktoren gegeben. Es gibt zahlreiche Untersuchungen, welche den Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Ertrag und dem Rückhalt der Demokratie als Legitimationsmittel betrachten. Dennoch gibt es weiterhin Uneinigkeit und sogar Strömungen, welche diese Beziehung in Zweifel ziehen⁴¹.

⁴¹ Der Rückhalt der Demokratie ist ein Mittel der Legitimation des demokratischen Systems. José Montero, Richard Gunther und Mariano Torcal (1999): Legitimidad, Descontento y Desafección, *Estudios Públicos*, N° 74.

Zum Beispiel argumentiert Lipset, dass die wirtschaftliche Unterentwicklung der Länder Lateinamerikas mit den autoritären Systemen oder der Instabilität des demokratischen Systems zu tun habe. Przeworski (2000) dagegen lehnt diese These Lipsets ab. Für ihn existieren keine Auswirkungen der Wirtschaftsentwicklung auf die Wahrscheinlichkeit, die Demokratie zu etablieren, obwohl sie eine wichtige Bedingung dafür sind, damit das demokratische System überleben kann.

Trotz dieses Diskussionsstandes steht außer Frage, dass die Region Lateinamerika Objekt von Interesse und breiten Debatten gewesen ist. Tatsächlich haben sich die meisten Länder, trotz der Armut, zumindest formal in Demokratien mit Wahlen verwandelt (Huntington 1991). Wie im Anhang zu sehen ist, werden die meisten Länder von „Freedom House“ als freie Demokratien eingestuft. Ist dies also das Ergebnis der wirtschaftlichen Errungenschaften der Region? Eines der Argumente gegen die Bedeutung der wirtschaftlichen Faktoren, nämlich die Beziehung dieses Faktors und der Demokratie, hat seine empirische Kraft verloren, da es sich auf ein Thema externer Kräfte handelte (Peter Smith 2005). Die Vereinigten Staaten, welche der Motor hinter den Diktaturen Lateinamerikas gewesen waren, verwandelten sich formal in den Anwalt der Demokratien mit Wahlen (Schultz 1987). Jean Grugel (2002) geht sogar so weit, dass er sagt, die Demokratisierung Mittelamerikas sei zum großen Teil das Ergebnis des Einflusses externer Kräfte gewesen, wodurch er die wirtschaftliche Entwicklung zu einer falschen Variable zur Erklärung der Demokratie degradiert.

Neue Entdeckungen haben nun diese Debatte dank einer rigorosen quantitativen Methodologie, die auf genaueren Daten für die Ermittlung der demokratischen Legitimität und den bedingenden Variablen derselben basiert, in ein interessantes Feld der Untersuchung verwandelt. Die Umfragen des „Latinobarometers“ haben interessante Informationen für die

Messung des Rückhaltes der Demokratie in Lateinamerika geliefert⁴². In der Tat haben die Sozialwissenschaften keine Theorie entwickelt, die ausreichend robust ist, um empirisch die Präferenz für die Demokratie zu messen. Der Nachfolger dieser Theorie ging dagegen aus Studien der öffentlichen Meinung hervor, da diese verschiedene Aspekte des Rückhaltes der Demokratie der Bürger untersuchten. Je nach dem, welche Aspekte in einen Indikator einbezogen werden, kommt es zu unterschiedlichen Mengen an Personen, die sich für oder gegen die Demokratie aussprechen⁴³.

Hierzu schreibt Huneus (1999), die Umfragen der öffentlichen Meinung seien eine relevante Technik der sozialen Forschung, die, obwohl sie relativ neu sei, einen soliden Platz in modernen Gesellschaften einnehme. Sie stehen immer stärker in der Öffentlichkeit und bilden ein unverzichtbares Mittel zur Orientierung der Entscheidungen öffentlicher und privater Akteure. Den Umfragen der öffentlichen Meinung muss der starke Zuwachs an Daten zu institutionellen, wirtschaftlichen, internationalen, psychologischen und soziologischen Themen, welche sich als mögliche Antworten auf politische Phänomene präsentieren, hinzugefügt werden⁴⁴.

Das bisher genannte bedenkend, schlägt dieses Kapitel vor, dass die Beziehung zwischen dem BIP pro Kopf und dem Rückhalt der Demokratie durch die Wirtschaftskrisen beeinflusst wird. Es wird von der Existenz eines Einflusses der Wirtschaftskrisen auf die Beziehung des makroökonomischen Indikators ausgegangen und zwar jedes Mal, wenn das demokratische System über Umfragen bewertet wird. Diese Beeinflussung steht auf dem Fundament zweier

⁴² Der Rückhalt der Demokratie entspricht einem Mittel demokratischer Stabilität. David Easton (1975): A Reassessment of the Concept of Political Support, *British Journal of Political Science*, Vol. 5, N° 4; José Montero, Richard Gunther und Mariano Torcal (1999): Legitimidad, Descontento y Desafección, *Estudios Públicos*, N° 74.

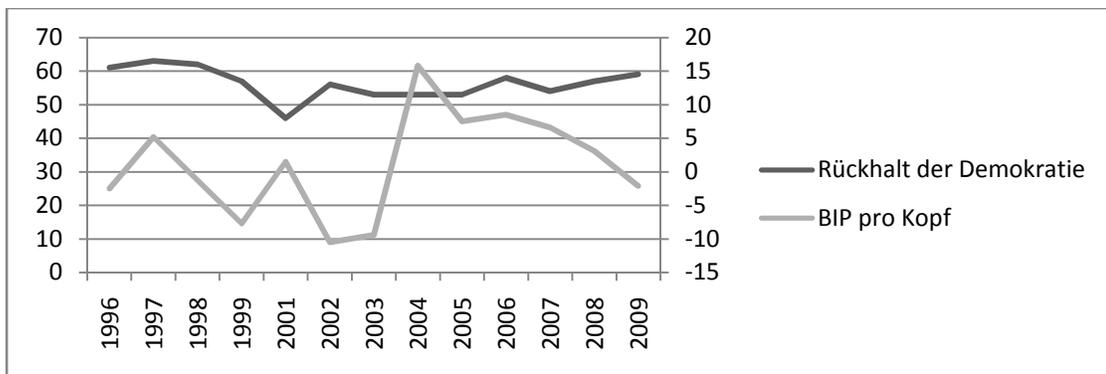
⁴³ Corporación Latinobarómetro (2009): *Informe de prensa Latinobarómetro*.

⁴⁴ Zum Beispiel: DPI Database of Political Institutions, KOF Index of Globalization, etc.

Annahmen. Erstens wird nicht von einer linearen Beziehung zwischen dem BIP pro Kopf und dem Rückhalt der Demokratie ausgegangen. Zweitens existiert eine Reihe von Artikeln, welche die nicht vorhandenen oder gar negativen Auswirkungen des BIP pro Kopf auf den Rückhalt der Demokratie in Lateinamerika betonen.

Was den ersten Punkt angeht, wird, wie die folgende Grafik zeigt, keine ausreichende Beziehung zwischen dem BIP pro Kopf und der Präferenz für die Demokratie ausgemacht. Dies hat im Wesentlichen drei Gründe: Erstens ist zu sehen, dass nach dem Ende der Wirtschaftskrisen das Wirtschaftswachstum von 2003 zu 2004 kein Ansteigen des Rückhaltes der Demokratie in Lateinamerika mit sich bringt. Zweitens zeigt sich, dass trotz des Absinkens des Rückhaltes der Demokratie, hervorgerufen durch die Wirtschaftskrise von 2001, im Jahre 2002 in den meisten Ländern ein Ansteigen des Rückhaltes der Demokratie zu beobachten ist und das, obwohl es zu einem Abfall des BIP pro Kopf gekommen war. Drittens findet dasselbe während der Finanzkrise von 2007 statt, während der der Rückhalt der Demokratie sinkt, im Jahre 2008 dann aber trotz des anhaltend niedrigen BIP pro Kopf wieder ansteigt.

Grafik 3.1: Verhältnis zwischen dem Wachstum des BIP pro Kopf und dem Index des Rückhaltes der Demokratie in Lateinamerika



Quelle: Eigene Ausarbeitung auf Basis der Daten des Latinobarometers und den jährlichen Statistiken der „comisión económica para America Latina y el Caribe“, CEPAL.

Was den zweiten Punkt angeht, so gibt es zahlreiche Artikel, die Auswirkungen des BIP pro Kopf auf den Rückhalt der Demokratie diskutieren. Mainwaring und Pérez-Liñán (2003) nehmen zum Beispiel an, dass das BIP pro Kopf nicht zwingend der wichtigste Faktor sei, der mit der Entwicklung zu tun habe und die Demokratie voran bringe, hauptsächlich, weil die Daten über das BIP pro Kopf einfach zugänglich seien und meist eine starke Beziehung mit dem Großteil der Mittel der Entwicklung haben, was ihre Interpretation erleichtert. Deshalb ist dieses Mittel oft benutzt worden, da es so leichter ist, bestehende Schlussfolgerungen anzuzweifeln, ohne andere Faktoren zu bedenken, die eine größere direkte Bedeutung haben können.

Eine ganze Reihe von Untersuchungen argumentieren, dass es keine lineare Beziehung zwischen dem Einkommen pro Kopf und der Demokratie gebe. Dahl (1971: 66), Huntington (1991), Diamond (1992a), Przeworsky und Limongi (1997) schreiben, dass, sobald die Demokratie ein gewisses Niveau erreicht habe, eine Erhöhung der Einkommen keine großen Auswirkungen auf die Demokratie mehr habe. Dahl (1971) argumentiert weiter, dass es in sehr armen Ländern wenig wahrscheinlich sei, dass ein Ansteigen des Reichtums wesentlich zur Etablierung der Demokratie beitragen könne, da vorher zunächst eine Minimalchwelle überschritten werden müsse.

Moncayo (2006) zeigt, dass es eine komplexe Beziehung zwischen der Wirtschaftsentwicklung und der Demokratie in Lateinamerika gebe, bei der keine Linearität zwischen beiden Variablen feststellbar sei. Diese wirken von daher mit einer gewissen Unabhängigkeit, weshalb die niedrigen Einkommensstufen kein unüberwindbares Hindernis für das Fortkommen der Demokratie ist, genauso wie eine gute wirtschaftliche Entwicklung deren Vertiefung nicht garantiert.

Der Bericht des Latinobarometers von 2003 argumentiert, dass die Wirtschaftskrisen in Lateinamerika gezeigt haben, dass sie großen Einfluss auf das Absinken des Niveaus der Zufriedenheit mit der Demokratie hatten, aber dagegen nicht den Rückhalt des Regierungssystems beeinträchtigten.

Das heißt, der Rückhalt der Demokratie wird von der Entwicklung der Wirtschaft lediglich in großen Dimensionen beeinflusst, ist aber nicht von ihr abhängig.

Ebenfalls finden sich Artikel, die für den Fall Lateinamerikas signifikante Fortschritte gemacht haben, was die Auswirkungen des makroökonomischen Faktors in der Demokratie angehen, da diese durch statistische Methodologie erreicht wurden. So findet sich zum Beispiel einerseits der Artikel Ryan E. Carlins (2006), dessen Ergebnisse zeigen, dass es einen signifikanten negativen geschätzten Koeffizienten des BIP pro Kopf für den overt support gibt, also für das Niveau des Rückhaltes der Demokratie während der Jahre der Wirtschaftskrise im Zeitraum 1995-2001. Dieses Ergebnis basiert auf einer cross nationalen Analyse, über eine OLS Schätzung für acht Länder und der Benutzung der Datenbasis „World Values Survey“, welche voraussagen, dass ein höheres Niveau des BIP pro Kopf ein Sinken des Niveaus des Rückhaltes der Demokratie mit sich bringe.

3.- Fragestellung der Untersuchung und Hypothese

Aufgrund des bisher Geschriebenen ist die Fragestellung der Untersuchung die folgende:

Warum zeigt sich keine lineare Tendenz in der Beziehung zwischen dem BIP pro Kopf und dem Rückhalt der Demokratie in Lateinamerika?

Die zu der Frage gehörende Hypothese, die bewiesen werden soll, ist folgende:

Die Beziehung zwischen dem Wirtschaftswachstum und der Stabilität der Demokratie ist bedingt durch die zahlreichen Wirtschaftskrisen, welche die Region Lateinamerika erlitten hat.

4.- Methodologie

Wie in der Einleitung gezeigt wurde, scheint die Beziehung zwischen dem BIP pro Kopf und der Präferenz für die Demokratie in Lateinamerika komplex zu sein, da zu beobachten ist, dass es keine lineare Tendenz zwischen beiden Variablen gibt. Trotzdem muss, um diese Beziehung gründlich untersuchen zu können, das Verhalten jedes einzelnen Landes analysiert werden und zwar so, dass sie durch nicht Heteroskedastizität verschoben werden⁴⁵. Aus diesem Grund hat man auf Modelle mit Paneldaten gesetzt, mit dem Ziel, den Zusammenhang zwischen dem BIP pro Kopf und dem Rückhalt der Demokratie für 17 Länder Lateinamerikas, nach Zeitreihen geordnet, zu messen. Die Schätzung bezieht sich auf die verallgemeinerten kleinsten Quadrate, da man von der Existenz einer Autokorrelation der Reste ausgeht, was bedeutet, dass es mit dieser analytischen Technik möglich ist, die Originaldaten so zu transformieren, dass sich die Autokorrelation korrigiert⁴⁶.

Die endogene Variable ist der Rückhalt der Demokratie, dessen Daten durch die Umfragen des Latinobarometers gewonnen wurden⁴⁷. Die unabhängigen Variablen wurden aus verschiedenen Datenbasen gewählt mit dem Ziel, diejenigen Variablen zu finden, die sich dem Modell am

⁴⁵ Die Heteroskedastizität tritt auf, wenn die Varianzen der Reste sich durch die Beobachtungen unterscheiden. Nathaniel Beck (2001): Time-Series-Cross-Section Data: What have we learned in the past few Years, *Annual Review of Political Science*, N°4.

⁴⁶ Arnau, J. Gras. (2001): *Diseños de series temporales: técnicas de análisis*, Edicions Universitat de Barcelona.

⁴⁷ Der Latinobarometer ist eine Studie der öffentlichen Meinung, die zurzeit etwa 19.000 Interviews in 18 Ländern Lateinamerikas aufweist und so über 400 Millionen Einwohner repräsentiert. Latinobarómetro (2010): < <http://www.latinobarometro.org/> >

besten anpassen, also signifikant sind und einen so erklärend wie möglichen geschätzten Koeffizienten haben⁴⁸.

In diesem Kapitel werden drei Tabellen mit statistischen Modellen gezeigt. In der ersten Tabelle werden drei statistische Modelle gezeigt, eins für den Zeitraum der Wirtschaftskrisen (1996-2003), eins für den Zeitraum ohne Krise (2004-2006) sowie eines, welches den gesamten Zeitraum (1996-2006) abdeckt. Ziel dieser Modelle ist es, den Einfluss der Wirtschaftskrisen auf die Beziehung zwischen BIP pro Kopf und dem Rückhalt der Demokratie zu messen. Die Gleichung zur Schätzung von Zeitreihen (Cross-Sectional Time Series) ist die folgende:

$$Y_{it} = \beta_0 + \beta_1 X_{it} + \epsilon_{it}$$

$$\beta_0 = \alpha_i + v_i$$

$$Y_{it} = \alpha_i + \beta_1 X_{it} + v_i + \epsilon_{it}$$

con $i = 1, \dots, 17$ N; $t = 1996, \dots, 2003$; con $i = 1, \dots, 17$ N; $t = 2004, \dots, 2006$; con $i = 1, \dots, 17$ N; $t = 1996, \dots, 2006$

Diese Modelle gehen von drei zentralen Dingen aus: Homoskedastizität, Nullmittelwert des Fehlers und nicht Korrelation zwischen der Zufallsvariable und dem Fehler. „i“ sind dann die untersuchten Länder (Zeitreihe) und „t“ die Dimension der Zeit. Der Begriff „v_i“ zeigt die Abweichung der Konstanten der Einheit der Zeitreihe, welche nicht mit den Fehlern korrelieren sollte. Daraus folgt, dass „ε_{it}“ in jeder Observation anders ist. Durch den separaten Effekt der

⁴⁸ Siehe Anhang.

Einheit der Zeitreihe, angezeigt durch „vi“, besitzt dieses Modell der zufälligen Effekte Variablen, die sich nicht mit der Zeit als Teil der Regressoren ändern (Yaffee 2003).

Was das statistische Modell 1996-2006 abgeht, so entspricht ihre generische Formulierung dem folgenden Schema:

Index des Rückhaltes der Demokratie $f(i,t) = f[\text{BIP pro Kopf}(i,t), \text{Wirtschaftskrise}(i,t), \text{interaction terms}(i,t), \text{Freedom House Category}(i,t), \text{Vorige wirtschaftliche Situation}(i,t), \text{Sozioökonomisches Niveau}(i,t), \text{Regulierung der politischen Beteiligung „PARREG“}(i,t), \text{Vertrauen in die Judikative}(i,t), \text{Kulturelle Nähe}(i,t)]$. Krise ist eine dummy Variable, bei der 1 = - BIP pro Kopf und 0 = + BIP pro Kopf.

Für das Modell, welches den gesamten Zeitraum (1996-2006) abdeckt, wird die Variable „interaction terms“ hinzugefügt, mit dem Ziel, den Einfluss der Wirtschaftskrisen auf die Beziehung zwischen BIP pro Kopf und Rückhalt der Demokratie zu bestätigen. Daher stellt sich diese Variable wie folgt dar:

$$Y_{it} = a + b_1X + b_2Z + b_3(X*Z) + e$$

Mit $(X*Z)$ = interaction terms, X = Wirtschaftskrise (dummy Variable, wo 1 = negative Veränderung des BIP pro Kopf und 0 = positive Veränderung des BIP pro Kopf) und Z = Veränderung des BIP pro Kopf in den Jahren 1996-2003 und der Veränderung des BIP pro Kopf für die Jahre 2004-2006 = 0.

Anschließend, innerhalb derselben Tabelle, wurden statistische Schätzungen für den Zeitraum ohne Wirtschaftskrise durchgeführt, mit dem Ziel, die Auswirkungen der Wirtschaftskrisen auf die Beziehung zwischen dem Rückhalt der Demokratie und anderen unabhängigen Variablen

festzustellen. Die Gleichungen, in denen diejenigen Variablen, die sich am besten in beide Modelle eingefügt haben, berücksichtigt werden, sind die folgenden:

Modelle der Wirtschaftskrisen (1996-2003) und nicht Wirtschaftskrisen (2004-2006): Index des Rückhaltes der Demokratie = $a + B1 * \text{BIP pro Kopf } (i,t) + B2 * \text{Freedom house category } (i,t) + B3 * \text{Vorige wirtschaftliche Situation } (i,t) + B4 * \text{Sozioökonomisches Niveau } (i,t) + B5 * \text{PARREG } (i,t) + B6 * \text{Vertrauen in die Judikative } (i,t) + B7 * \text{Kulturelle Nähe } (i,t) + c_i + u_{it}$

Mit $i = 1, \dots, 17$ N; $t = 1996, \dots, 2003$; $t = 2004, \dots, 2006$

Die zweite und dritte Tabelle beinhalten dieselben abhängigen und unabhängigen Variablen, behandeln aber unterschiedliche Zeiträume, da ihr Ziel ist, verschiedene Phänomene zu klären. Die Schätzungen in diesen Tabellen wurden mit verallgemeinerten kleinsten Quadraten (GLS) durchgeführt. Die zweite Tabelle wurde erstellt, um die Auswirkungen der Demokratie auf das Wirtschaftswachstum zu erklären. Ziel der dritten Tabelle war es, dasselbe Phänomen über zwei Zeiträume zu analysieren.

Die generische Formulierung der Gleichung dieser Modelle ist die folgende:

Wahrnehmung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation = $a + B1 * \text{BIP pro Kopf } (i,t) + B2 * \text{Inflation } (i,t) + B3 * \text{Arbeitslosigkeit } (i,t) + B4 * \text{Subjektives Einkommen } (i,t) + B5 * \text{Besorgt darüber, Arbeitslos zu werden } (i,t) + B6 * \text{Zufriedenheit mit der Demokratie } (i,t) + B7 * \text{DEMO } (i,t) + c_i + u_{it}$

Mit $i = 1, \dots, 17$ N; $t = 1996, \dots, 2007$; $t = 1996, \dots, 2003$; $t = 2004, \dots, 2007$

5.- Ergebnisse

Mit dem Ziel die aufgestellte Hypothese zu belegen, werden die Ergebnisse der Schätzungen in drei Schemata gezeigt, die in der folgenden Reihenfolge erklärt werden⁴⁹: Als erstes wird analysiert, welche Beziehung zwischen dem Wirtschaftswachstum und dem Rückhalt der Demokratie besteht. Als zweites wird aufgrund von aufeinanderfolgenden Multilevel Schätzungen der Einfluss analysiert, den die Wirtschaftskrisen auf die Auswirkungen des BIP pro Kopf auf den Rückhalt der Demokratie haben. Als drittes werden über Multilevel Schätzungen die Auswirkungen der Demokratie auf das Wirtschaftswachstum gemessen.

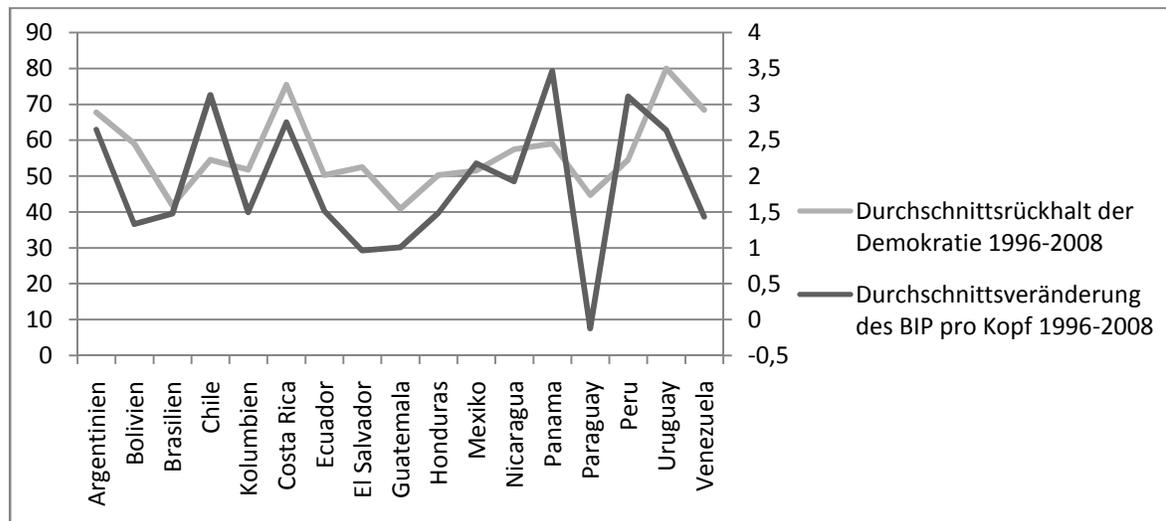
Beziehung zwischen dem BIP pro Kopf und der Präferenz für die Demokratie.

Methodologische Erwägungen

Wie in der Grafik 3.1 gezeigt wurde, ist die Beziehung zwischen dem BIP pro Kopf und dem Rückhalt der Demokratie für den Zeitraum 1995-2009 diffus, da zwischen beiden Variablen disharmonische Abweichungen festgestellt wurden. Sie scheint also komplexer zu sein, da eine Klassifizierung der Daten nach Ländern eine Tendenz ergab, nach der die Länder mit dem höchsten Niveau des BIP pro Kopf in Lateinamerika die Demokratie stärker stützen als die mit niedrigerem Niveau. Wie die folgende Grafik zeigt, lässt sich, wenn man das Durchschnittswachstum des BIP pro Kopf für den Zeitraum 1996-2008 betrachtet, feststellen, dass eine starke Verbindung zwischen dieser Variable und dem Rückhalt der Demokratie besteht. Dieses Ergebnis bestätigt Lipsets globales Argument (1961: 31), „die Demokratie steht in einer engen Beziehung zum Grad der wirtschaftlichen Entwicklung. Je besser die Situation eines Landes ist, desto mehr Chancen gibt es, dass sich ein demokratisches System etabliert“.

⁴⁹ Siehe Anhang.

Grafik 3.2:Verhältnis zwischen dem Durchschnittswachstum des BIP pro Kopf und dem Rückhalt der Demokratie in Lateinamerika während der Jahre 1996 – 2008



Quelle: Eigene Ausarbeitung auf Basis der Datensätze des Latinobarometers und der statistischen Jahrbücher der „comisión económica para America Latina y el Caribe“, CEPAL.

Aufgrund des bisher Beschriebenen wird zwischen zwei Ergebnissen unterschieden: Erstens, in Bezug auf das Wachstum des BIP pro Kopf und der Präferenz für die Demokratie, lässt sich für den Zeitraum 1995-2009 keine Beziehung feststellen (siehe Grafik 3.1). Zweitens, beim Vergleich des Niveaus des BIP pro Kopf und dem Rückhalt der Demokratie der lateinamerikanischen Länder wird eine Beziehung zwischen den beiden Variablen festgestellt (siehe Grafik 3.2). Wenn aber die Länder mit höherem BIP pro Kopf die Demokratie stärker stützen, warum treten die beiden Variablen dann im Zeitraum 1995-2009 nicht in eine Beziehung?

Es gibt einen Grund, weswegen es nicht möglich ist, eine Beziehung zwischen dem BIP pro Kopf und der Demokratie herzustellen, wenn man nur einen Zeitraum betrachtet, ohne die Beobachtungen pro Land zu klassifizieren. Die Beziehung der beiden hängt von der Zeitreihe

und von den Eigenschaften der klassifizierten Paneldaten. In anderen Worten handelt es sich um ein Problem der Heterogenität.

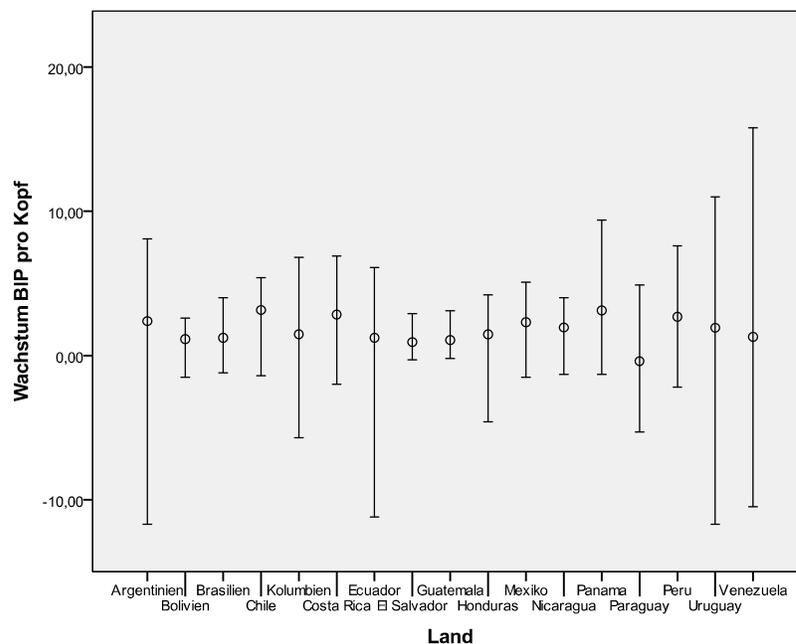
Es ist also Problem der Tiefe, das mit der korrekten Methodologie zu tun hat, um eine Beziehung von BIP pro Kopf und Demokratie herzustellen. Es ist nicht verwunderlich, dass selbst das Latinobarometer diesen Fehler begeht und schreibt, dass „die Karte des Rückhaltes der Demokratie mit BIP pro Kopf zeigt, dass die Wirtschaft nicht in der Lage ist, die Niveaus des Rückhaltes zu erklären“ (Bericht Latinobarometer 2003: 34) oder einige Jahre später, dass „die Auswirkungen der Wirtschaft auf die Demokratie ziemlich moderat sind“ (Bericht Latinobarometer 2007: 77). Das Latinobarometer hat also Schlussfolgerungen gezogen aufgrund derselben Technik, mit der in Grafik 3.1 bewiesen wird, dass keine Beziehung zwischen dem BIP pro Kopf und der Demokratie im Zeitraum 1996-2007 in Lateinamerika besteht.

Die Veränderungen dieser Variablen in einem Zeitraum zu untersuchen, ist also methodologisch nicht ausreichend, um zu bestätigen, dass die Auswirkungen der Wirtschaft auf die Demokratie moderat oder inexistent sind. Laut Beck und Katz (2006) ist es ratsam, wenn man sich einer bestimmten Anzahl von Beobachtungen innerhalb einer Anzahl von Einheiten im selben Zeitraum gegenüberstellt, Paneldaten zu verwenden. Die Autoren weisen darauf hin, dass die statistischen Ergebnisse, die von einer großen Anzahl von Einheiten abhängen relevant seien, da die Daten verschiedene Eigenschaften haben könnten. Um also die wirkliche Bedeutung des BIP pro Kopf in der Demokratie festzustellen, ist es notwendig, die Daten jedes einzelnen der 17 Länder in Panels zu ordnen, da gewisse Länder Eigenschaften aufweisen können, die so einen lateinamerikanischen Durchschnitt durcheinander bringen können. Es

kommt zu speziellen individuellen Effekten, welche die Länder auf ungleiche Weise beeinträchtigen.

Wenn man die Theorie in die Praxis umsetzt, besteht eine der größten Probleme darin, die Veränderungen zu analysieren, die das BIP pro Kopf in der Demokratie in Lateinamerika erfahren hat, da die Länder, welche das höchste Wirtschaftswachstum aufwiesen, auch die größten Abfälle zu verzeichnen hatten, wie man bei Argentinien, Uruguay und Venezuela beobachten kann (siehe Grafik 3.3). Das heißt, diese Länder verschieben die Beziehung zwischen BIP pro Kopf und dem Rückhalt der Demokratie, die in Grafik 3.1 gezeigt wurde, da sie Heterogenität in den Ergebnissen einer linearen Regression produzieren würden, wenn diese nicht durch Panels geordnet sind.

Grafik 3.3: Durchschnitt, Minimum und Maximum des Wachstums des BIP pro Kopf im Zeitraum 1996 – 2007 in Lateinamerika



Quelle: Eigene Ausarbeitung auf Basis der Datensätze der statistischen Jahrbücher der „comisión económica para America Latina y el Caribe“, CEPAL.

Man nimmt daher an, dass dies eine der Ursachen dafür war, dass das starke Wirtschaftswachstum in der Region in den Jahren 2003-2004 nicht von einem Rückhalt der Demokratie in demselben Ausmaß begleitet wurde. Die Bevölkerung honorierte das starke Wachstum Argentiniens, Uruguays und Venezuelas nicht, da eben diese Länder auch am stärksten von der Wirtschaftskrise der Jahre 2001-2002 betroffen gewesen waren. Das heißt, die Bevölkerung spürte noch die Nachwirkungen der großen wirtschaftlichen Probleme der Vorjahre, was einen größeren Rückhalt der Demokratie erdrückte, als sich die Wirtschaft wieder erholte. Dieses Thema wird in dem folgenden Teil vertieft.

Die Wirtschaftskrisen als bedingender Faktor der Beziehung zwischen dem BIP pro Kopf und der Demokratie

Die klassische Arbeit Olsons (1965) sagte voraus, dass ein sehr schnelles Wirtschaftswachstum einen Verzögerungseffekt auf die politische Stabilität haben könnte und so die Stabilität der demokratischen Regime negativ beeinflussen könne.

In der Tat zeigt die klassische Theorie der Wirtschaftszyklen, dass die Wirtschaft ein gewisses zyklisches Verhalten zeigt. Es gibt kurze Zyklen, in denen man Momente mit größeren oder kleineren Vorteilen für die Investition, den Erhalt von Vorteilen oder anderen Funktionen sehen kann. Weiterhin gibt es etwas längere Zyklen, in denen es zu Wachstum und Rezession kommt. Eine Rezession wird immer dann festgestellt, wenn es in einer Wirtschaft zu kurzen Zeiträumen negativen Wachstums kommt, nachdem sich diese auf dem Gipfel eines Zeitraums wirtschaftlicher Expansion befunden hat⁵⁰. Nachdem also ein erhöhtes Wirtschaftswachstum

⁵⁰ Joseph A. Schumpeter (1935): The Analysis of Economic Change, *The Review of Economics Statistics*, Vol. 17, N° 4, pp 2-10.

während eines bestimmten Zeitraumes erreicht wurde, ist die Möglichkeit einer Wirtschaftskrise zu befürchten, die sich wiederum negativ auf das demokratische System auswirkt.

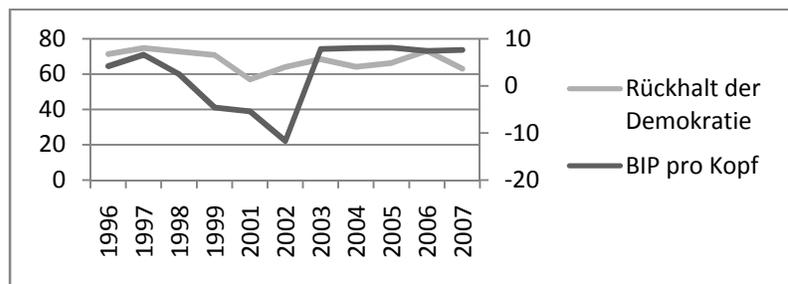
Aufgrund des Beschriebenen wird zwischen einer Beziehung von Wirtschaftswachstum, Wirtschaftskrise und der Demokratie unterschieden. Die Wirtschaftskrisen sind als relevante Faktoren innerhalb des demokratischen Systems in Betracht zu ziehen, aufgrund der Auswirkungen, die sie hervorrufen können. Nach Minxin Pei und Ariel Adesnik (2000) kann eine Wirtschaftskrise die Politik eines Landes hauptsächlich auf drei Wegen beeinträchtigen. Erstens können sie zu einem direkten Regimewechsel führen, das heißt, zu einem plötzlichen Fall des Regierungssystems, sei es demokratisch oder autoritär. Zweitens könne eine Wirtschaftskrise allmählich zu einem Regimewechsel beitragen, indem sie den Rückhalt der regierenden Eliten und der konstitutionellen Bestimmungen beeinträchtigen. Drittens können die Wirtschaftskrisen eine Rotation der Führer oder politischen Parteien an der Macht auslösen, ohne dass notwendigerweise das Regierungssystem komplett geändert wird.

Beim Vertiefen der Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Beziehung zwischen Wirtschaftswachstum und Demokratie in den Ländern Lateinamerikas treten einige interessante Phänomene zu Tage. Beim Betrachten der Länder, die am stärksten von der Wirtschaftskrise betroffen waren wie Argentinien, Uruguay und Venezuela⁵¹, wird, wie in den folgenden Grafiken zu sehen, deutlich, dass das Intervall von einem hohen Wirtschaftswachstum zu einem plötzlichen Fall das demokratische System nicht beeinträchtigt. Wenn es also zu Wirtschaftskrisen kommt, entsteht ein marginaler Wert, bei dem ein extremer Verfall des BIP

⁵¹ Wie im vorigen Teil zu sehen, führen diese Länder zu Heterogenität in den Daten, da sie es waren, welche die stärksten Wirtschaftskrisen erlebten und anschließend ebenfalls das stärkste Wirtschaftswachstum im untersuchten Zeitraum.

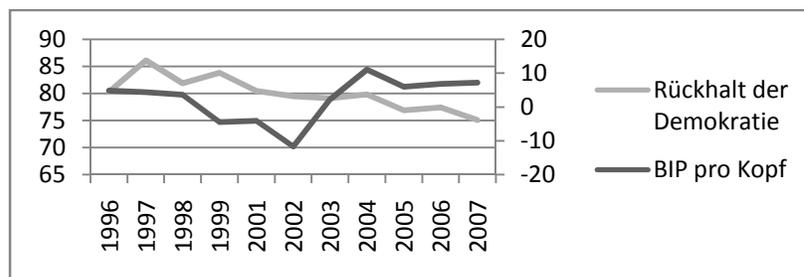
pro Kopf sich nicht in einem vergleichbaren Fall in der Wertschätzung der Demokratie widerspiegelt. Genauso spiegelt sich ein erhöhtes Wirtschaftswachstum nicht in einem ähnlichen Wachstum der Wertschätzung der Demokratie, wenn die Krise vorbei ist. Hier wird eindeutig das Argument Seligsons (1987) belegt, der sagte, dass ab einem bestimmten Punkt ein höheres Wirtschaftswachstum keinen vergleichbaren Effekt im Rückhalt der Demokratie auslöst.

Grafik 3.4: Verhältnis zwischen dem Wachstum des BIP pro Kopf und dem Rückhalt der Demokratie in den Jahren 1996 – 2007 in Argentinien



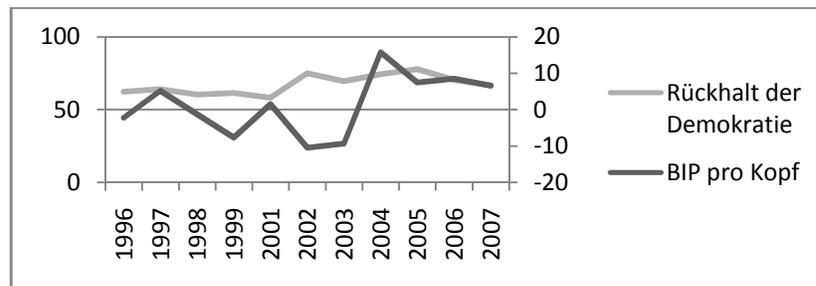
Quelle: Eigene Ausarbeitung auf Basis der Datensätze des Latinobarometers und der statistischen Jahrbücher der „comisión económica para America Latina y el Caribe“, CEPAL.

Grafik 3.5: Verhältnis zwischen dem Wachstum des BIP pro Kopf und dem Rückhalt der Demokratie in den Jahren 1996 – 2007 in Uruguay



Quelle: Eigene Ausarbeitung auf Basis der Datensätze des Latinobarometers und der statistischen Jahrbücher der „comisión económica para America Latina y el Caribe“, CEPAL.

Grafik 3.6: Verhältnis zwischen dem Wachstum des BIP pro Kopf und dem Rückhalt der Demokratie in den Jahren 1996 – 2007 in Venezuela



Quelle: Eigene Ausarbeitung auf Basis der Datensätze des Latinobarometers und der statistischen Jahrbücher der „comisión económica para América Latina y el Caribe“, CEPAL.

Den drei gezeigten statistischen Modellen zur Folge pflegen solche Episoden von nicht Linearität in der Beziehung zwischen BIP pro Kopf und der Demokratie aufzutreten, da die Wirtschaftskrisen die Beziehung beider Variablen durcheinanderbringt. Das heißt, sie führen dazu, dass die reichsten Länder Lateinamerikas die Demokratie nicht stützen, während die ärmeren weiterhin dieses Regierungssystem unterstützen. In anderen Worten zeigen sich Länder wie Argentinien, Uruguay und Venezuela aufgrund der Wirtschaftskrisen kritischer in Bezug auf die Beziehung zwischen Rückhalt der Demokratie und dem Wirtschaftswachstum, während die ärmeren Länder die Demokratie weiterhin stützen, da sie nicht so stark betroffen sind (siehe Grafik 3.3).

Es wurden drei statistische Modelle mit Paneldaten angefertigt. Untersucht wurde der Zeitraum 1996-2006, da einige Variablen in den Modellen nur bis 2006 vom Latinobarometer berücksichtigt wurden. Das erste Modell umfasst den Zeitraum der Wirtschaftskrise von 1996 bis 2003, das zweite Modell den krisenfreien Zeitraum der Jahre 2004-2006 und das dritte beide Zeiträume zusammen (1996-2006), was im Wesentlichen drei Schlussfolgerungen erlaubte. Erstens, der geschätzte Koeffizient zwischen BIP pro Kopf und dem Rückhalt der

Demokratie hat in Zeiten der Wirtschaftskrise einen negativen Wert von -0,4122 mit 5% Signifikanz. In krisenfreien Zeiten, oder wenn kein Land eine negative Veränderung des BIP pro Kopf aufweist, erhält man einen positiven geschätzten Koeffizienten von 1,2964 mit 0,001 Signifikanz. Dies bestätigt, dass die Wirtschaftskrisen die existierende Beziehung zwischen BIP pro Kopf und Demokratie beeinflusst. Zweitens, für die Gesamtheit des analysierten Zeitraums findet sich ein positiver geschätzter Koeffizient von 0,6564 mit 5% Signifikanz, was beweist, dass es über einen längeren Zeitraum trotz Wirtschaftskrise zu einer positiven Tendenz des geschätzten Koeffizienten kommt. Drittens, die Variable „interaction terms“ bestätigt, dass die Wirtschaftskrisen die Beziehung zwischen BIP pro Kopf und dem Rückhalt der Demokratie konditioniert⁵².

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die reicheren Länder die Demokratie während einer Wirtschaftskrise weniger stützten, während die ärmeren dies dagegen tun. Die reicheren Länder zeigen sich kritischer mit der Demokratie, da ihre Lebensqualität stark beeinträchtigt wurde, während die ärmeren Länder sie weiter unterstützten, da die Auswirkungen der Krise für sie nicht so gravierend waren. In einem Zeitraum des Wirtschaftswachstums sind es aber nun die reicheren Länder, welche in ihrer Mehrheit die Demokratie unterstützen und nicht die ärmeren, da es letztere sind, die das niedrigste Wachstum aufweisen.

⁵² Die Variable “Interaction Terms” bezieht sich auf die Veränderung des BIP pro Kopf im Zeitraum 1996-2003 und beträgt 0 während des Zeitraums 2004-2006; die Variable “Wirtschaftskrise” beträgt 1 für den Zeitraum 1996-2003 und 0 für den Zeitraum 2004-2006. Für ein besseres Verständnis der Begriffe der Interaktion ist zu empfehlen: Klaus Hinkelmann (2004): Evaluating And Interpreting Interactions, *Virginia Polytechnic Institute and State University*, Technical Report Number 04-5.

Tabelle 3.1: Prädiktoren der Präferenz für die Demokratie

Lateinamerika												
Abhängige Variable: Rückhalt der Demokratie												
Prädiktor	Modell 1 - Zeitraum 1996-2006				Modell 2 - Krise 1996-2003				Modell 3 –Keine Krise 2004-2006			
	Koef.	Robust Std. Err.	z	P> z	Koef.	Robust Std. Err.	z	P> z	Koef.	Robust Std. Err.	z	P> z
BIP pro Kopf	0,6564	0,3108	2,11	0,035	-0,4122	0,1696	-2,43	0,015	1,2964	0,3254	3,98	0,000
Wirtschaftskrise	2,0214	1,9787	1,02	0,307	-	-	-	-	-	-	-	-
Interaction Terms	-1,0464	0,3512	-2,98	0,003	-	-	-	-	-	-	-	-
Freedom Category	3,0648	1,3092	2,34	0,019	3,8648	1,5143	2,55	0,011	4,9946	4,5923	1,09	0,277
Vorige wirtschaftliche Situation	0,2402	0,0334	7,19	0,000	0,2517	0,0348	7,22	0,000	0,3312	0,1711	1,94	0,053
Sozioökonomisches Niveau	0,2239	0,0774	2,89	0,004	0,2133	0,0894	2,39	0,017	0,1255	0,1762	0,71	0,476
Regulierung der politischen Beteiligung (PARREG)	3,8140	1,3846	2,75	0,006	4,4100	2,1204	2,08	0,038	2,2883	1,6510	1,39	0,166
Vertrauen in die Judikative	-0,1500	0,0773	-1,94	0,052	-0,1858	0,0846	-2,20	0,028	-0,1208	0,1713	-0,71	0,481
Kulturelle Nähe	-0,1106	0,0533	-2,08	0,038	-0,1259	0,0499	-2,52	0,012	-0,1129	0,2551	-0,44	0,658
Konstante	16,3504	9,3724	1,74	0,081	13,2895	10,9469	1,21	0,225	5,8647	27,9962	0,21	0,834
N	170				119				51			
R2 Overall	0,4858				0,4657				0,5884			

Die Auswirkungen der Demokratie auf die Wirtschaft

Robert Barro glaubt, es gebe eine umgekehrte Beziehung U zwischen der Demokratie und dem Wachstum. Mehr politische Rechte könnten sich in den Glanz des Wirtschaftswachstums verwandeln, da man mit ihnen mehr Vorteile aus den Grenzen der Regierungsgewalt ziehen könne. Ab einem bestimmten Niveau von Demokratie können mehr politische Rechte das Wirtschaftswachstum gefährden aufgrund der stärkeren Sorge über die Einkommensverteilung.

Für Wu (2004: 24) ist eine moderate Demokratie die optimale Option in der Kompensierung der Einkommensverteilung zwischen den Wünschen der Regierung und der Öffentlichkeit. Ähnlich sehen Plumper und Martin (2003) die Auswirkungen der politischen Mitbestimmung

auf das Wachstum. Laut diesen Autoren ist eine Regierung in einer Semidemokratie, verglichen mit einer Autokratie, nicht in der Lage, die Einkommen als ein politisches Instrument zu benutzen, um politische Unterstützung zu bekommen, da die Wählerschaft größer ist, wodurch das „rent-seeking“ abgesenkt wird und die Chancen auf Wirtschaftswachstum steigen. In einer Demokratie dagegen tendiere eine Regierung zu sehr zu Investitionen in die öffentlichen Güter, was das Wachstum der Wirtschaft reduziert.

Barro führte eine statistische Analyse, unter der Benutzung der anhängigen Variable „BIP pro Kopf“ und über Panelschätzungen, für 100 Länder von 1960 bis 1990 durch und kam zu dem Ergebnis, dass mittlere Niveaus von Demokratie am besten für Wachstum seien, während die Länder mit einem niedrigen Demokratieniveau an zweiter und die Länder mit einem hohen Demokratieniveau an dritter Stelle stehen.

Die folgende Tabelle zeigt ein interessantes Ergebnis für die Beziehung zwischen Demokratie und Wirtschaft. Es liegt eine Tendenz vor, die nahe legt, dass die Bevölkerungen der Länder Lateinamerikas mit einem stabilen demokratischen System kritischer bei der Bewertung des Wirtschaftssystems sind als die Bevölkerungen der Länder mit schwachen Demokratien. Dies ergibt sich daraus, dass der geschätzte Koeffizient der Variable DEMO von „Polity IV“ für die Schätzung des Panels verallgemeinerter kleinster Quadrate für den Zeitraum 1996-2007 signifikant negativ ausfällt.

Tabelle 3.2: Prädiktoren der Wahrnehmung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation

Lateinamerika – Modell GLS				
Abhängige Variable: Gegenwärtige wirtschaftliche Situation				
Zeitraum 1996-2007				
Prädiktor	Koeffizient	Robust Std. Err.	z	P> z
BIP pro Kopf	0,4001	0,1222	3,27	0,001
Inflation	-0,0231	0,0401	-0,58	0,564
Arbeitslosigkeit	-0,2408	0,1239	-1,94	0,052
Subjektives Einkommen	0,1702	0,0466	3,65	0,000
Besorgnis darüber, Arbeitslos zu werden	-0,1105	0,0332	-3,33	0,001
Index der Zufriedenheit mit der Demokratie	0,2620	0,0432	6,06	0,000
Demo (Polity IV)	-1,2092	0,4718	-2,56	0,010
Konstante	11,0863	4,3262	2,56	0,010
N			187	
R2 Overall			0.4150	

Der Fall Lateinamerikas zeigt also, dass je stabiler das demokratische System ist, desto schlechter ist die Wahrnehmung des Wirtschaftssystems. In anderen Worten, ein hoher Rückhalt der Demokratie oder stabile Demokratien garantieren nicht, dass sich die Wahrnehmung des Bürgers in Bezug auf das Wirtschaftssystem verbessert, wodurch die Verbindung zwischen dem Einfluss der Demokratie auf die Wirtschaft aus dieser Perspektive völlig abweicht.

Das hier Ausgeführte lässt sich anhand von Einzelfällen oder Ländern eindeutig zeigen. So besitzen Costa Rica, Uruguay, Panama und Bolivien die stärksten Demokratien. Dennoch weisen sie eine schlechte Wahrnehmung der wirtschaftlichen Situation auf. Dagegen weisen El Salvador und Mexiko der Variable DEMO von Polity IV ein niedriges Demokratieniveau auf.

Dennoch gehören sie zu den Ländern, welche die gegenwärtige wirtschaftliche Situation am besten bewerten⁵³.

Wie das folgende statistische Modell zeigt, beeinträchtigen die Wirtschaftskrisen sowohl die Auswirkungen des Wirtschaftswachstums auf den Rückhalt der Demokratie als auch die Auswirkungen der Demokratie auf die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Situation. Das Modell ist in einen Zeitraum der Wirtschaftskrise und in einen krisenfreien Zeitraum aufgeteilt. Während der Krise von 1996 bis 2003 treten starke Abfälle des Wirtschaftswachstums auf und es kam jahrelang zu negativem Wachstum in allen Ländern Lateinamerikas. In den krisenfreien Jahren 2004-2007 erlitt kein einziges Land ein negatives Wachstum des BIP pro Kopf.

Tabelle 3.3: Prädiktoren der Wahrnehmung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation in Zeiten der Wirtschaftskrise und ohne Wirtschaftskrise

Lateinamerika – Modell GLS								
Abhängige Variable: Gegenwärtige wirtschaftliche Situation								
Prädiktor	Zeitraum 1996-2003				Zeitraum 2004-2007			
	Koeffizient	Robust Std. Err.	z	P> z	Koeffizient	Robust Std. Err.	z	P> z
BIP pro Kopf	0,0945	0,1028	0,92	0,358	0,2467	0,2385	1,03	0,301
Inflation	-0,0146	0,0269	-0,54	0,587	0,0708	0,2149	0,33	0,742
Arbeitslosigkeit	0,0895	0,1385	0,65	0,518	-1,2031	0,2261	-5,32	0,000
Subjektives Einkommen	0,1541	0,0423	3,64	0,000	0,1829	0,0760	2,41	0,016
Besorgt darüber, arbeitslos zu werden	-0,0150	0,0222	-0,68	0,499	0,0015	0,0780	0,02	0,985
Index der Zufriedenheit mit der Demokratie	0,1848	0,0355	5,21	0,000	0,5496	0,0596	9,22	0,000
Demo (Polity 4)	-0,3610	0,1980	-1,82	0,068	-3,3806	0,8786	-3,85	0,000
Konstante	-2,0728	3,3308	-0,62	0,534	24,0092	8,6842	2,76	0,006
N	119				68			
R2 Overall	0.2463				0.6825			

⁵³ Siehe Anhang.

Dieses Modell besteht aus denselben Variablen, die in dem Modell der Tabelle 3.2 analysiert wurden. Es wurde aber nun zwischen Zeitraum der Krise und ohne Krise unterschieden, um die Auswirkungen der Krise auf die Demokratie und der Wahrnehmung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage zu sehen. Das Ergebnis bestätigt, dass die Wirtschaftskrisen diese Beziehung beeinflussen, da in einem Zeitraum des Wirtschaftswachstums ein höherer negativer und signifikanter geschätzter Koeffizient zwischen der Wahrnehmung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage und der Stabilität der Demokratie festgestellt wurde.

Dies führt zu dem Schluss, dass die Länder mit den stabilsten Demokratien diejenigen sind, welche die gegenwärtige wirtschaftliche Situation am kritischsten sehen und in denen sich dieses Phänomen bei stärkerem Wirtschaftswachstum noch verstärkt. In anderen Worten, je größer das Wirtschaftswachstum in den Länder mit stabiler Demokratie ist, desto negativer wird die gegenwärtige wirtschaftliche Situation wahrgenommen im Vergleich mit weniger stabilen Ländern. Bei der erneuten Betrachtung der Tabelle 3.1, wo das BIP pro Kopf sich für den Zeitraum 2003-2007 positiv mit dem Rückhalt der Demokratie verbindet, kann man schlussfolgern, dass das Wirtschaftswachstum sich positiv auf die Stabilität der Demokratie auswirkt. Mit der steigenden demokratischen Stabilität sinkt die Wahrnehmung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation, was wiederum der Grund dafür ist, dass der geschätzte Koeffizient zwischen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation und der Variablen „DEMO“ für den Zeitraum des Wirtschaftswachstums 2003-2007 einen größeren negativen Wert hat.

Es kann also der Schluss gezogen werden, dass der Zustand der Wirtschaft bedeutend ist für die negative Beziehung der Auswirkungen der Demokratie auf die Wirtschaft Lateinamerikas, was

einen wichtigen Beitrag für die Diskussion über die Beziehung von U zwischen der Demokratie und dem Wachstum darstellt.

6.- Schlussfolgerung

In diesem Kapitel ging es um die bestehende Beziehung zwischen dem Wachstum und der Demokratie. Als statistische Methodologie wurde einerseits eine Reihe von Schätzungen verallgemeinerter kleinster Quadrate durchgeführt, deren Daten in Panels geordnet wurden, mit dem Ziel, die Heterogenität in der Varianz der Fehler zu reduzieren. Der untersuchte Zeitraum fiel in die Jahre 1996-2006. Dennoch wurde er in zwei Zeiträume aufgeteilt (1996-2003 und 2004-2006), um herauszufinden, welche Auswirkungen die Wirtschaftskrisen auf die Beziehung zwischen Wachstum und Demokratie haben. Deshalb stellt der Zeitraum 1996-2003 den der Wirtschaftskrise dar, da viele Länder in diesen Jahren aufgrund der asiatischen Krise und der von 2001 eine negative Veränderung des BIP pro Kopf aufwiesen.

Die verwendete Methodologie legt die folgenden Ergebnisse nahe: Erstens ergibt sich aus der Analyse der Daten der Grafik 3.1, in der die inexistente lineare Beziehung zwischen dem Wachstum des BIP pro Kopf und dem Rückhalt der Demokratie festgestellt wird, dass es eine Tendenz dahin gibt, dass die Länder mit größerem BIP pro Kopf die Demokratie stärker stützen als die mit einem geringeren. In der Folge wird ein heterogenes Problem festgestellt, da Argentinien, Uruguay und Venezuela die Ergebnisse verschieben, da es die Länder sind, die am stärksten die Demokratie stützen, obwohl am stärksten von der Wirtschaftskrise betroffen waren und so die stärksten Einbrüche des BIP pro Kopf erlitten hatten. Das heißt, diese Fälle repräsentieren nicht wirklich die Realität Lateinamerikas, was immer dann zu trügerischen Ergebnissen führte, wenn eine Beziehung zwischen den beiden Variablen gefolgert wurde, ohne dass die Eigenschaften der Daten in Panels klassifiziert wurden.

Zweitens, was den negativen geschätzten Koeffizienten zwischen dem BIP pro Kopf und dem Rückhalt der Demokratie in den Ländern angeht, die am stärksten von der Wirtschaftskrise betroffen waren, wird der Schluss gezogen, dass diese einen starken Einfluss auf die Beziehung der beiden Variablen haben. Mit Begriffen der Interaktion wird diese Annahme bestätigt, da der Regressionskoeffizient zwischen diesen beiden Variablen negativ und signifikant ist, wenn Wirtschaftskrisen auftreten, dagegen aber positiv und signifikant ist in Zeiträumen ohne Wirtschaftskrise. Diese Ergebnisse führen zu dem Schluss, dass die reicheren Länder diejenigen sind, in denen der Rückhalt der Demokratie am geringsten ist, wenn Wirtschaftskrisen auftreten, während die ärmeren Länder das politische System weiterhin stützen. In anderen Worten, die reicheren Länder Lateinamerikas zeigen sich kritischer mit der Demokratie, da ihr Lebensstandard in Krisenzeiten stark absinkt, während die ärmeren Länder die Demokratie weiterhin stützen, da sie nicht so stark von der Krise betroffen sind. Andererseits sind es im Falle von Wirtschaftswachstum die reicheren Länder, in denen der Rückhalt der Demokratie stärker ist als in den ärmeren, was daran liegt, dass diese auch die niedrigsten Wachstumsraten ausweisen.

Drittens, aus einer anderen Perspektive kommt man bei der Analyse der Auswirkungen der Demokratie auf die Wirtschaft zu dem Schluss, dass die Länder mit den stabilsten Demokratien auch kritischer bei der Bewertung des Wirtschaftssystems sind als diejenigen mit schwächerer Demokratie, da der geschätzte Koeffizient zwischen der Variable DEMO von „Polity IV“ und der Wahrnehmung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation, als latente Variable, negativ und signifikant ausfällt. Um nun den Einfluss der Wirtschaftskrisen auf diese Beziehung zu verstehen, wurde der Schluss gezogen, dass diese Phasen die Auswirkungen der Wirtschaft auf die Demokratie beeinträchtigen und ebenfalls die der Demokratie auf die Wirtschaft. Es wird

deutlich, dass der Zustand der Wirtschaft ein Faktor ist, der die negativen Auswirkungen der Variablen „DEMO“ auf die Wahrnehmung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation intensiviert. Je größer das Wachstum in den Ländern Lateinamerikas also ausfällt, desto negativ wird die gegenwärtige wirtschaftliche Situation in den Ländern mit den stabilsten Demokratien bewertet. Der Grund dieses Phänomens ist, dass das Wirtschaftswachstum in einer positiven Wechselwirkung mit der Stabilität der Demokratie steht und so eine Kettenreaktion auslöst.

KAPITEL IV: REICHT WIRTSCHAFTSWACHSTUM AUS, UM DEMOKRATISCHEN RÜCKHALT ZU SCHAFFEN? LEHREN AUS DEM CHILENISCHEN FALL

1.- Zusammenfassung

Dieses Kapitel analysiert den Rückhalt der Demokratie in Chile. Es werden die Daten des Latinobarometers aus dem Zeitraum 1996-2007 verwendet und als statistische Methodologie wird eine geordnete Logit Schätzung benutzt, mit dem Ziel herauszufinden, warum der Rückhalt der Demokratie nicht in Zusammenhang mit dem Wirtschaftswachstum steht. Die Analysen zeigen drei interessante Ergebnisse. Erstens, obwohl das BIP pro Kopf den Rückhalt der Demokratie nicht beeinflusst, tut es das sehr wohl in der Wahrnehmung, welche die Individuen von dem wirtschaftlichen Ertrag haben. Zweitens wird die Bedeutung dargestellt, die das Vertrauen in den Kongress, wenn es darum geht, die Wahrnehmungen der Demokratie zu bewerten. Drittens wird der Schluss gezogen, dass die Angehörigen der politischen Rechten das demokratische Systems nicht unterstützen, was eine der stärksten Ursachen für das moderate Niveau des Rückhaltes der Demokratie in Chile ist.

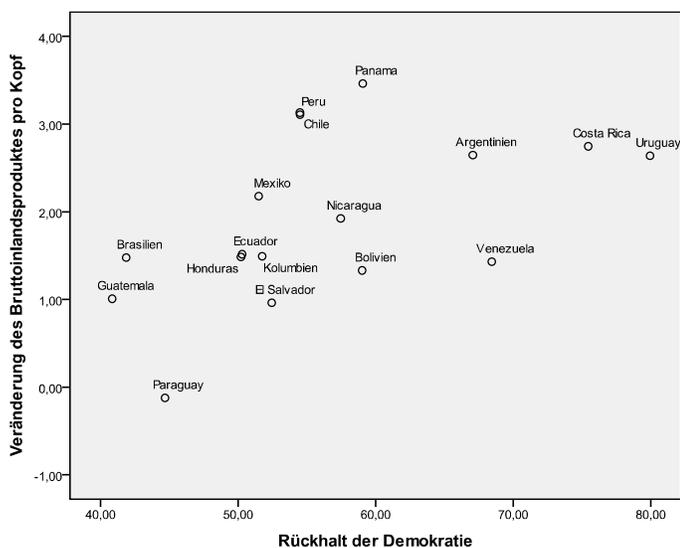
2.- Einleitung

Die Fallstudien sind in der Lage, neue Erkenntnisse in die Debatte über die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Präferenz für ein demokratisches System zu liefern. Aus dieser Perspektive legen die empirischen Beweise nahe, dass der chilenische Fall nicht der theoretischen Annahme entspricht, welche die Bedeutung der wirtschaftlichen Indikatoren betont. Dieser Fall ist widersprüchlich, der Chile trotz der politischen und wirtschaftlichen

Errungenschaften der letzten Jahrzehnte einen bescheidenen Rückhalt der Demokratie in der Region Lateinamerikas aufweist⁵⁴.

Chile besitzt eines der konsistentesten demokratischen Systeme der Region, mit starken und stabilen Vielparteiensystem, aus dem seine solide Wirtschaftspolitik heraussticht, dessen größtes Wachstum nach der politischen Transition von 1990 einsetzte und bis zur asiatischen Krise von 1997 andauerte. Während dieses Wirtschaftswachstums gelang es, einen großen Teil der extremen Armut zu beseitigen, die Löhne anzuheben und die Inflation zu reduzieren. Diese Erfolge haben sich bis heute gehalten und drücken sich in makroökonomischen Fundamenten wie der Kontrolle der Inflation, rückläufiger Staatsschulden und einer hohen steuerlichen Disziplin aus.

Grafik 4.1: Durchschnittliche Variierung des BIP pro Kopf und dem Rückhalt der Demokratie im Zeitraum 1996 – 2008 in Lateinamerika



Quelle: Eigene Ausarbeitung auf Basis der Datensätze des Latinobarometers und der statistischen Jahrbücher der „comisión económica para América Latina y el Caribe“, CEPAL..

⁵⁴ Latinobarometer (2008): *Pressebericht des Latinobarometers 2008*. S.105.

Wie die Grafik zeigt, haben sich die wirtschaftlichen Erfolge nicht in einem größeren Rückhalt der Demokratie widerspiegelt. Zwischen 1986 und 1997 wuchs die chilenische Wirtschaft im Durchschnitt um 7,6% jährlich und das BIP pro Kopf, welches um 6% anstieg, verdoppelte sich. Es ist nicht übertrieben von einem goldenen Zeitalter zu sprechen, da es in 12 Jahren weiter vorankam als zuvor in 60 (Galetovic und Bergoeing 2006).

1998 fiel das Wachstum dann zunächst wegen der asiatischen Krise. Chile war eines der am stärksten von dieser Krise betroffenen Länder in Lateinamerika, da 32% seines Exportes auf den asiatischen Kontinent entfielen (Esquivel und Larraín 1999). In der Folge erlitt die demokratische Legitimität einen notorischen Verfall von 61% auf 53% im Jahre 1998⁵⁵. Nachdem die Krise überstanden war, schaffte es Chile aber, die Inflationsrate signifikant zu senken und die Preise zu stabilisieren. Dies zeigt, dass die Inflation effizient gehandhabt wurde und politischen Maßnahmen, um sie einzudämmen, richtig waren. Dies wird in der Inflationsrate von 2,5% deutlich, die im Jahre 2002 erreicht wurde, was relativ niedrig ist verglichen mit dem geschaffenen Szenario des gestiegenen Ölpreises im Zuge des Irakkrieges nach dem 11. September 2001 und der Wirtschaftskrisen, die einen großen Teil der Länder Lateinamerikas betrafen⁵⁶.

Die asiatische Krise hatte also Auswirkungen auf den Rückhalt der Demokratie, ist aber trotzdem nicht die Ursache für das moderate Niveau des Rückhaltes der Demokratie, da sie nur kurzzeitig andauerte, wenn man dem negativen BIP pro Kopf ausgeht⁵⁷. Auch der

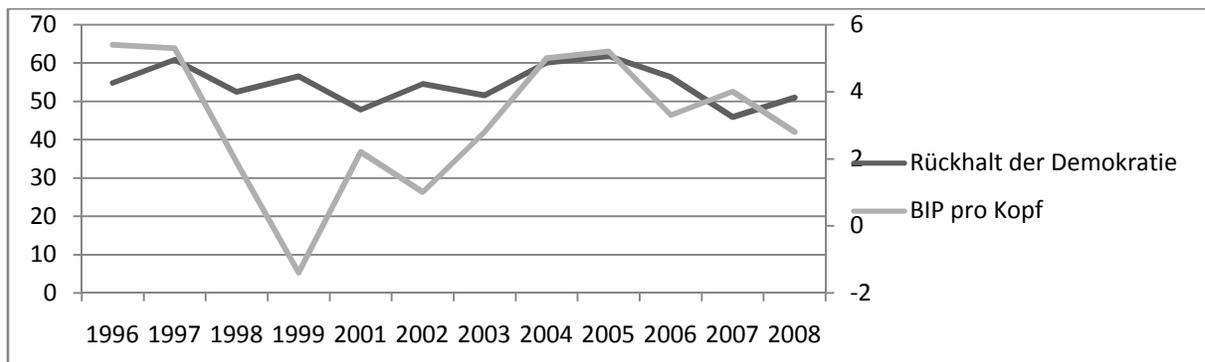
⁵⁵ Der Rückhalt der Demokratie ist ein Mittel der Demokratie und der Zufriedenheit mit der Demokratie und der Effizienz der Demokratie.

⁵⁶ Für den Zeitraum 1996-2008 hatte Chile nach den Daten der „Comisión Económica para América Latina y el Caribe“ (CEPAL) eine durchschnittliche Inflationsrate von 3,26%.

⁵⁷ Im Zeitraum 1996-2008 war Chile einzig von der asiatischen Krise betroffen, die sich in der negative Veränderung des BIP pro Kopf ausdrückt.

wirtschaftliche Ertrag ist es nicht, da Chile eines der erfolgreichsten Länder in der Region ist, was diesen Aspekt angeht⁵⁸.

Grafik 4.2: Verhältnis zwischen dem Index des Rückhaltes der Demokratie und den Variierungen des BIP pro Kopf in Chile



Quelle: Eigene Ausarbeitung auf Basis der Datensätze des Latinobarometers und der statistischen Jahrbücher der „comisión económica para America Latina y el Caribe“, CEPAL.

Die Grafik zeigt, dass sich der Fall Chiles mit der gegenwärtigen Theorie der Bedeutung der wirtschaftlichen Faktoren auf die demokratische Legitimität nicht ausreichend erklären lässt. Weder der starke Verfall des BIP pro Kopf noch seine anschließende Erholung ließ sich in dem Rückhalt der Demokratie wahrnehmen. Im gesamten Zeitraum von 1996-2008 hat das Land den Rückhalt der Demokratie auf einem moderaten Niveau, verglichen mit den anderen Ländern Lateinamerikas, zwischen 48% und 62% gehalten⁵⁹. Das bedeutet, dass es einen oder mehrere Faktoren geben muss, die verhindern, dass der wirtschaftliche Erfolg sich auf die Fluktuationen im Niveau des Rückhaltes dieses Regierungssystems ausdehnt.

⁵⁸ Banco Central de Chile (2004): *Presentaciones Banco Central 2004, Chile un mundo globalizado*

⁵⁹ Laut den Daten des Latinobarometers beträgt der durchschnittliche Index des Rückhaltes der Demokratie für den Zeitraum 1996-2008 in Chile 54,5%, in Argentinien 67,7%, in Costa Rica 75,5% und in Uruguay 80%.

Aufgrund dessen geht diese Arbeit davon aus, dass der Rückhalt der Demokratie im Fall Chiles hauptsächlich mit politischen Faktoren erklärt werden muss. Die Argumentation basiert auf Untersuchungen, die von Spezialisten zur chilenischen Politik durchgeführt wurden und die Anomalien im politischen System gefunden haben: Die Polarisierung des Parteiensystems und die autoritären Tendenzen (politisches Erbe des vorigen Regimes).

Carlos Huneeus zieht den Schluss, dass eine der Erklärungen der Demokratie der politische Charakter sei, da er von der Existenz von Filtern ausgeht, welche verhindern, dass der gute Zustand der Wirtschaft sichtbar wird. Dies schließt er aus der Tatsache, dass die Parteigänger der Opposition die Demokratie weniger stützen als die Wähler der Regierungsparteien (Huneeus 1999: 26). Tiefer gehend fügt der Autor in seinem Text weitere Argumente hinzu, welche auf die Nostalgiker des vorigen autoritären Regimes abzielen und schlussfolgert die Existenz einer Polarisierung, welche während der politischen Konflikte der Ära Pinochet geschaffen wurde, zwischen den Anhängern des autoritären Regimes und denen der Demokratie, welche in den Familien an die folgenden und aktuellen Generationen weitergegeben wurde (Huneeus und Maldonado 2003).

Detlef Nolte argumentiert, dass sich im chilenischen Senat die Trennlinien der Politik deutlich widerspiegeln würden. Es gebe klare Unterschiede zwischen den Senatoren der Opposition und denen der Regierungsparteien, sowohl, was ihre Bewertung des Militärregimes angehe, als auch in ihrer Selbstverordnung im Links-Rechts Spektrum und darüber, in welchem Grad der Staat den Markt überwachen solle (Nolte 2002).

Diese Autoren zeigen eine Problematik auf, welche die politische Polarisierung aufgrund der Erfahrung des autoritären Regimes und dessen Auswirkungen auf das demokratische System

sind. Auf diese Weise schaffen sie einen Punkt in der Untersuchung, zu dem die quantitative Methodologie beitragen kann. Mit statistischen Regressionen ist es möglich, die relative Bedeutung dieser politischen Auswirkungen auf den Rückhalt des demokratischen Systems im Vergleich mit dem klaren und stabilen wirtschaftlichen Erfolg zu prüfen.

3.- Frage der Untersuchung und Hypothese

Aufgrund des hier Beschrieben ergibt sich folgende Frage für die Untersuchung:

Warum kann der Rückhalt der Demokratie in Chile nicht mit dem Wirtschaftswachstum in Zusammenhang gebracht werden?

Die du der Frage gehörende Hypothese, die versucht werden soll zu beweisen, ist folgende:

Die politische Ideologie steht über dem wirtschaftlichen Ertrag, wenn es darum geht, die Demokratie in Chile zu stützen.

4.- Methodologie

Was die statistische Methodologie angeht, so besteht diese aus Regressionen auf individueller Ebene (perspective of individual-level correlates). Die Schätzung wird mit geordnetem Logit (Ordered logit estimations) für die abhängige Variable „Rückhalt der Demokratie“ durchgeführt, da diese mit einer Likertskala gemessen wird. Das heißt, die Alternativen dieser Variable repräsentieren eine Anordnung zwischen ihnen und erlauben so die Schätzung, die jedes einzelne Level der Attribute erhalten wird (Huang, Chang und Chu 2008: 45-62, Graham und Sukhtankar 2004).

Der Rückhalt der Demokratie nimmt die folgenden Werte an: 1, 0 und -1, das heißt:

Rückhalt der Demokratie = 1, wenn der Interviewte die Bewertung 1 abgibt: Die Demokratie ist jeder anderen Regierungsform vorzuziehen.

Indifferenz = 0, wenn der Interviewte eine Bewertung von 3 oder 0 abgibt, das heißt: Den Leuten ist es egal, ob ein Regime demokratisch oder undemokratisch ist oder aber beantwortet die Frage nicht.

Präferenz für ein autoritäres Regime = -1, wenn der Interviewte die Bewertung 2 abgibt, das heißt: Unter bestimmten Umständen kann ein autoritäres Regime der Demokratie vorzuziehen sein.

Was die unabhängigen Variablen angeht, so kategorisieren sich sie in demografische, wirtschaftliche, sozioökonomische, institutionelle und politische. Die Daten wurden durch die Umfragen des Latinobarometers während des Zeitraums 1996-2007 erhoben.

5.- Ergebnisse

Die Ergebnisse der präsentierten statistischen Modelle zeigen drei Gruppierungen von Faktoren, die im Wesentlichen Auswirkungen auf die Demokratie in Chile haben; deshalb werden sie in der folgenden Reihenfolge erklärt⁶⁰: Erstens werden die wirtschaftlichen Auswirkungen auf in die Wahrnehmung der Demokratie auf individueller Ebene analysiert. Zweitens das erklärende Niveau, welches das Vertrauen des Kongresses hat. Drittens, im Speziellen, um die aufgestellte Hypothese zu bewiesen, das Niveau des Einflusses der politischen Ideologie auf den Rückhalt und Zufriedenheit mit der Demokratie.

⁶⁰ Siehe Anhang.

Auswirkungen der wirtschaftlichen Situation auf den Rückhalt und Zufriedenheit mit der Demokratie

Obwohl das Wirtschaftswachstum oder BIP pro Kopf nicht mit dem Rückhalt der Demokratie in Verbindung steht, erweist sich bei der Betrachtung einer statistischen Analyse des wirtschaftlichen Ertrages auf individueller Ebene die Variable „wirtschaftliche Situation“ als erklärend.

Diejenigen Interviewten, welche aussagen, dass die gegenwärtige wirtschaftliche Situation sehr gut oder gut sei, unterstützen auch die Demokratie und sind zufrieden mit ihr. Dasselbe trifft auf diejenigen zu, die glauben, die wirtschaftliche Situation in 12 Monaten sei besser oder zumindest gleich. Diejenigen, die dagegen aussagen, die gegenwärtige wirtschaftliche Situation sei durchschnittlich, schlecht oder sehr schlecht und dass sie in 12 noch schlechter sei, unterstützen auch nicht die Demokratie und sind unzufrieden mit ihr. Was die gegenwärtige wirtschaftliche Situation angeht, so unterscheidet die Bevölkerung zwischen Rückhalt und Zufriedenheit mit der Demokratie. Die Variable hat größere Auswirkungen auf die Zufriedenheit mit der Demokratie als auf den Rückhalt der Demokratie. Das heißt, die Bevölkerung sieht die wirtschaftliche Situation eher im Zusammenhang mit der Effizienz des demokratischen Systems als mit der Legitimität. In anderen Worten, die Variable, die den größten Einfluss auf die Zufriedenheit mit der Demokratie hat, ist die gegenwärtige wirtschaftliche Situation mit einem geschätzten Koeffizienten von 1,0155 mit 0,001 Signifikanz ($p < 0,001$).

Für diese Unterscheidung, schreibt Bolivar Lamounier (1989), sei es nötig, bei der Untersuchung der demokratischen Fundamente die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in

Betracht zu ziehen, da diese eine große Bedeutung für die Bürger haben und sie stets erwarten, dass die Regierungen diese lösen. Daraus zieht dieser Autor den Schluss, dass die Zufriedenheit mit der Demokratie mit Fragen über den Zustand und Perspektiven der Wirtschaft gemessen werden müsse.

Tatsächlich entspricht die demokratische Effizienz, die mit der „Zufriedenheit mit der Demokratie“ gemessen wird, dem Ertrag des demokratischen Systems, was für Robert Dahl (1971: 144) die Fähigkeit der Regierungen ist, die grundsätzlichen Probleme oder diejenigen, denen die Bürger die größte Bedeutung einräumen, zu lösen. Eine geringe Effizienz der Demokratie führt zu politischer Unzufriedenheit, die sich aus der Bewertung des Regimes oder der Autoritäten sowie der von ihnen geschaffenen politischen Ergebnisse durch die Bürger ergibt (Farah, Barnes und Heunks 1979: 429).

Aus dieser Perspektive ist es nicht verwunderlich, dass die wirtschaftliche Situation wichtig für die Bewertung der Demokratie ist, wenn man bedenkt, wie bedeutsam vor allem das Thema der hohen Ungleichheit ist, welches großen Einfluss in der chilenischen Gesellschaft hat. Alle diejenigen, die eine negative Vision der gegenwärtigen oder zukünftigen wirtschaftlichen Situation haben, könnten ein faktisches Regime unterstützen und mehr noch, da sie sich unzufrieden mit der Demokratie fühlen. Einem Bericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (PNUD) aus dem Jahre 2005 zufolge ist Chile eines der Länder mit der größten sozialen Ungleichheit weltweit. Die reichsten 10% der Bevölkerung verbuchte in den Vorjahren 47% des Gesamteinkommens, während die ärmsten 10% nur 1,2% erhielten. Aus

dieser Ungleichheit ergibt sich, dass das reichste Zehntel 40,6 Mal mehr einnimmt als das ärmste Zehntel⁶¹.

Tatsächlich stellte die CEPAL 1997 nach fast zwei Jahrzehnten wirtschaftlicher Liberalisierung fest, dass der chilenische Fall sehr komplex sei, da sich zwar die Armut nach der Einführung der Demokratie verringert habe, die Ungleichheit in der Einkommensverteilung aber höher sei als Mitte der 80er Jahre (Beyer, Rojas und Vergara 2000: 79-81).

Der Umfrage CASEN, von 1996 bis 2001, zufolge war die soziale Mobilität in den Sektoren der mittleren Einkommensverteilung hoch. In der Tat liefen 50% der chilenischen Bevölkerung Gefahr, in die Armut abzurutschen, während die Sektoren hohen Einkommens kaum Mobilität zeigten⁶².

Hinzu kommt, dass von 1996 bis 2001 die Armut zwar von 22% auf 18% sank, mehr als 34% allerdings zumindest zeitweise arm gewesen ist und 46% der Armen im Jahre 2001 nicht zu den Armen im Jahre 1996 zählten. Diese Daten zeigen die hohe wirtschaftliche Verletzlichkeit der armen und mittleren Bevölkerungsteile in Chile (Larraín 2008).

Vertrauen in den Kongress und die Wahrnehmungen der Demokratie

Easton (1975: 486-514) zufolge könne das Vertrauen in die Institutionen als eine Form diffusen Rückhaltes des politischen Regimes verstanden werden, welches durch positive Einstellungen zur Demokratie zum Ausdruck gebracht werde, oder als eine spezifische Unterstützung, je nach der Erfüllung und den erreichten Ergebnissen der Regierung oder den politischen Autoritäten. Für diesen Autor ist diffuser Rückhalt ein „Mittel der Systemlegitimität“, während die

⁶¹ Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (2005): Bericht über die Demokratie in Lateinamerika 2005.

⁶² Encuesta de Caracterización Socioeconómica Nacional CASEN (2001): *Encuestas 2001*.

spezifische Unterstützung eine Position beinhaltet, die sich auf die „Erfüllung oder Ergebnisse des politischen Systems“ bezieht. Das heißt, der diffuse Rückhalt bewertet die demokratische Legitimität, während der spezifische Rückhalt die demokratische Effizienz evaluiert. Das Vertrauen hat also einerseits signifikante Auswirkungen auf die Grade der Legitimität und Stabilität der demokratischen Regime (Lipset 1959, Almond und Verba 1965). Andererseits gibt es andere institutionelle Theorien, die davon ausgehen, dass das Niveau des Vertrauens in die Institutionen mit der Erfüllung in Zusammenhang stehe; das heißt, die Fähigkeit jener Institutionen die Forderungen zu erfüllen (Levi und Stoker 2000). Hiskey und Seligson (2003) ziehen zum Beispiel den Schluss, dass die Bürger einen höheren Grad an Vertrauen in ihre Verwaltung haben, wenn sie den Eindruck haben, dass diese versucht habe, ihre Erwartungen zu erfüllen. Gegenüber diesen Argumentationen über die Bedeutung des Vertrauens in die Institutionen gibt es Autoren, die schreiben, dass diese im Fall Lateinamerikas sowohl mit der Legitimität als auch mit der demokratischen Effizienz korreliert (siehe Sarsfield und Echegaray 2005).

Was das Argument, nach dem der Rückhalt der Demokratie ein Mittel der Legitimität und die Zufriedenheit ein Mittel der Effizienz ist, angeht, so zeigt der Fall Chiles die Bedeutung der institutionellen Faktoren, besonders des Vertrauens in den Kongress in Bezug auf beide Variablen.

Die Ergebnisse der Modelle, die im Anhang zu sehen sind, zeigen, dass im chilenischen Fall die Individuen dazu tendieren, die Demokratie nach dem Grad des Vertrauens in die Institutionen zu bewerten und man stellt dementsprechend sowohl ein moderates Niveau des

Rückhaltes des demokratischen Systems als auch des institutionellen Vertrauens fest⁶³. Detlef Nolte argumentiert, dass seine Daten zeigen, dass alle Strukturen der Artikulation und Aggregation sozialer Interessen auf wenig Rückhalt und Vertrauen in der Bevölkerung zählen können, was auf eine allgemeine Krise des repräsentativen Regimes und seiner Subsysteme in Chile schließen lässt. Das Niveau des Rückhaltes der Demokratie und andere Variablen des institutionellen Vertrauens sind also zu einem gewissen Grad miteinander verbunden, genau so wie es Nolte und die Daten dieses Kapitels annehmen. Trotzdem weist das Vertrauen in das Parlament eine größere Verbindung auf als andere Arten des Vertrauens, die getestet wurden, da es den höchsten geschätzten Koeffizienten in Bezug auf den Rückhalt der Demokratie erhielt, was die Bedeutung unterstreicht, die die korrekte Ausübung der legislativen Arbeit auf das hat, was die Bevölkerung als Legitimität des Systems wahrnimmt.

Die politische Ideologie als Erklärung des Niveaus des Rückhaltes der Demokratie in Chile

Die Ergebnisse der statistischen Modelle zeigen interessante Daten, was die Auswirkungen der politischen Ideologie auf den Rückhalt der Demokratie in Chile angeht. Erstens, der Regressionskoeffizient der Variable „politische Ideologie der Rechten“ in Verbindung mit dem Rückhalt der Demokratie beträgt -0,9748 mit 0,001 Signifikanz ($p < 0,001$), was zeigt, dass diejenigen Interviewten, die nach eigener Aussage der politischen Rechten angehören, das demokratische System nicht stützen. Diese Variable hat den höchsten geschätzten Koeffizienten, höher als die wirtschaftlichen, sozioökonomischen und institutionellen Variablen, des Modells, was die Bedeutung dieser Variable in der Wahrnehmung der Demokratie hat. Auf der anderen Seite zeigt sich, dass die Anhänger der Linken und der Mitte

⁶³ Siehe Anhang.

das demokratische System stützen und zwar mit einem Koeffizienten von 0,8667 und 0,3288, jeweils mit 0,001 Signifikanz.

Zweitens, was die Zufriedenheit mit der Demokratie angeht, weist die „politische Ideologie der Rechten“ ebenfalls einen bedeutsamen negativen Koeffizienten auf, und zwar von -0,6311 mit 0,001 Signifikanz, was deutliche zeigt, welche Bedeutung die politische Orientierung und die Polarisierung der politischen Parteien haben, wenn es darum geht, die Einstellungen zur Demokratie in Chile zu untersuchen. Das heißt, diejenigen Interviewten, die Präferenz für die politische Rechte zeigen, fühlen sich auch unzufriedener mit dem demokratischen System.

Ist es nun angesichts dieser Ergebnisse wahrscheinlich, dass die Interviewten mit einer rechten politischen Orientierung ein autoritäres Regime stützen würden, da ihr Land von einer Mitte-Links Koalition regiert wird? Bei der Betrachtung von fünf Ländern Lateinamerikas, die im Zeitraum 1996-2003 von einem bestimmten politischen Spektrum regiert wurden, hat die Bevölkerung, welche der Opposition anhängt, nicht aufgehört, die Demokratie zu stützen. Das heißt, dass die Tatsache, dass ein Interviewter gegen die politische Tendenz der gegenwärtigen Regierung ist, nicht genug ist, damit dieser ein autoritäres Regime unterstützt. Beispielsweise wurden im Zeitraum 1996-2003 Brasilien, El Salvador, Guatemala, Uruguay und Paraguay von rechten oder Mitte-Rechts Parteien regiert. Dennoch konnte der geschätzte Koeffizient der Variablen „politische Ideologie der Linken“ in keinem Fall eine kausale Verbindung erklären⁶⁴,

⁶⁴ Brasilien, El Salvador und Uruguay wurden von Mitte-Rechts Parteien regiert (Sozialdemokratische Partei Brasiliens, Nationale Republikanische Allianz bzw. die Colorado Partei), Guatemala und Paraguay von rechten Parteien (Partei des Nationalen Fortschritts und Guatemalteckische Republikanische Front in Guatemala und die Colorado Partei in Paraguay).

das heißt, er wies keinen hohen und signifikanten negativen Wert auf⁶⁵. Dies alles weist auf eine Eigentümlichkeit im chilenischen Fall hin.

Ist es von daher wahrscheinlich, dass die politische Polarisierung zwischen der Rechten, der Mitte und der Linken darüber, die Demokratie zu stützen oder nicht, ein Erbe des autoritären Regimes ist?

Torcal und Mainwaring (2003) untersuchen die sozialen Unterschiede und die Auswirkungen des autoritären Vermächtnisses auf das Parteiensystem in Chile. Sie argumentieren, dass die Struktur des Parteiensystems stark von den Unterschieden beeinflusst sei, die während des Militärregimes geschaffen wurden. In anderen Worten geht es um die politischen Furchen zwischen denjenigen, welche die autoritären Regeln unterstützen und denjenigen, welche das Parteiensystem der neuen Demokratie unterstützten, oder auch zwischen der Opposition und den Anhängern der „Concertación“ der Parteien für die Demokratie⁶⁶. Diese Theorie vertieft sicherlich die ursprüngliche Formation der Unterschiede innerhalb des Parteiensystems. In dieser Thematik erklären Lipset und Rokkan (1967), wie die manifestierten sozialen Unterschiede in wirtschaftlichen Klassen, Religion, Ethnizität, Region sowie Stadt und Land politische Erklärungen über die Formierung des Parteiensystems liefern. Aus dieser Perspektive argumentieren die Autoren, dass die politischen Parteien soziale Interessen repräsentieren würden, welche wiederum die soziale Stellung der Akteure widerspiegeln würden. Pakulski und Waters (1996) nennen dies ebenfalls „class causal linkage proposition“, das heißt, die individuelle politische Orientierung spiegelt die objektive Stellung innerhalb der Gesellschaft wieder.

⁶⁵ Siehe Anhang.

⁶⁶ Die Parteien „Unión Demócrata Independiente“ und „Renovación Nacional“ befanden sich in der Opposition von Beginn der Demokratie 1990 bis März 2010.

Aus dieser Perspektive ist es interessant, den chilenischen Fall zu untersuchen, wegen der ideologischen Natur der politischen Parteien, insbesondere der Rechten.

Das gegenwärtige Parteiensystem besteht im Wesentlichen aus fünf Parteien. Zwei von ihnen sind konservativ: Unión Democrática Independiente (UDI) und Renovación Nacional (RN); während vier Parteien eine Mitte-Links Koalition bilden: Partido Demócrata Cristiano (PDC), Partido Socialista (PS), Partido por la Democracia (PPD) und die Partido Radical Social Demócrata (PRSD).

Die Rechtspartei UDI, auch wenn sie sich selbst als Volkspartei sieht, steht historisch in Verbindung mit der Oberschicht oder reichsten Klasse der Gesellschaft und die Koalition mit der Renovación Nacional, Alianza por Chile genannt, hat bei den Wahlen von 2008 eine hohe Repräsentation auf der Ebene der Bürgermeister erreicht, vor allem in den reichsten Teilen Santiagos⁶⁷.

Renovación Nacional dagegen, auch wenn sie das Mitte-Rechts Spektrum in Chile repräsentiert, versucht – im Gegensatz zur UDI – Stimmen auf dem Land und in der Mittelschicht zu gewinnen. Es muss erwähnt werden, dass RN genau wie UDI eine Partei ist, die während des Militärregimes geschaffen wurde, auch wenn sie nicht aus diesem hervorging; das heißt, ihr politisches Potential schöpfte sich hauptsächlich nicht aus dem Autoritarismus. Ihr Hauptinitiator, Andrés Allamand, hatte wie seine wichtigsten Mitarbeiter keine Ämter während des Regimes Pinochets. Dennoch ist es so, dass einige der Hauptvertreter dieser Partei

⁶⁷ Bei der historischen Einordnung der Partei muss daran erinnert werden, dass sie aktiv das JA in dem Plebiszit von 1989, als es um die Kontinuität von Augusto Pinochet ging, unterstützte. Unión Demócrata Independiente (1989): *Comparación y Gratitud*. La Tercera, en: http://www.udi.cl/documentos/t_comparacion1989.htm

der autoritären Elite angehörten, auch wenn sie nicht zum engsten Kreis Pinochets gehörten, der sie dadurch fernhielt, indem er sie hauptsächlich zu Botschaftern machte (Huneus 2001).

Die UDI ist die größte Partei Chiles, was Sitze im Senat angeht und sie ist eine Partei, welche die nationalen Werte anerkennt und aktiv das Regime Augusto Pinochets unterstützte⁶⁸. Von daher ist es nicht überraschend, dass es Mitglieder der UDI gibt, die, da sie sich in der Opposition zu einer Mitte-Links Koalition in der Regierung befinden, eine große Zuneigung für das vorige politische System empfinden. Aus dieser Perspektive folgern Huneus und Maldonado (2003), dass es in Chile ein tiefes Gefühl der Nostalgie für das Regime Pinochets gebe. Das bedeutet, der geringe Rückhalt der Demokratie in Chile hat mit der politischen Entwicklung während des autoritären Regimes zu tun und im Speziellen mit dem Kampf zwischen der Opposition und dem Militärregime ab der Wirtschaftskrise von 1982/83. Dieser politische Konflikt war der Ausgangspunkt für eine Teilung des Landes in zwei Blöcke mit eigenen Profilen über Grundfragen, welche die Ansicht zur Demokratie kontaminierte. Diese Spaltung stellt einen Referenzpunkt für die Anhänger des vorigen Regimes dar, um die Distanz zur Demokratie zu wahren, da sie den Pluralismus als fern von sich selbst und als kontrolliert von Politikern sehen, die abrupt das vorige Regime beendet hätten.

6.- Schlussfolgerung

Die vorliegende Arbeit geht davon aus, dass Chile, obwohl es eines der wirtschaftlich erfolgreichsten Länder Lateinamerikas ist, nur einen moderaten Rückhalt der Demokratie besitzt, verglichen mit anderen Ländern der Region. Obwohl also die empirischen Beweise nahelegen, dass das Wirtschaftswachstum der Faktor mit dem größten Einfluss auf den

⁶⁸ Unión Demócrata Independiente. (1991): *Declaración de principios*, <<http://www.udi.cl/sitio/udi/declaracion-de-principios>>

Unión Demócrata Independiente (2010): *Juan Antonio Coloma envía carta abierta a la UDI*, <<http://www.udi.cl/sitio/juan-antonio-coloma-envia-carta-abierta-a-la-udi/>>

Rückhalt der Demokratie ist, zeigt der chilenische Fall, dass es andere Faktoren mit einem größeren direkten Einfluss geben muss.

Die Ergebnisse der statistischen Modelle bringen Licht in die Ursachen für dieses Niveau an demokratischem Rückhalt. Erstens, die Variablen gegenwärtige und zukünftige wirtschaftliche Situation zeigen einen signifikanten Unterschied zwischen dem Wirtschaftswachstum und wie die Bevölkerung dieses wahrnimmt. Obwohl das BIP pro Kopf keine Verbindung zum Rückhalt der Demokratie aufweist, zeigt eine Analyse aus einer individuellen Perspektive, dass es durchaus eine starke Präsenz des wirtschaftlichen Ertrages in diesem und vor allem in der Zufriedenheit mit der Demokratie gibt. In anderen Worten, die Individuen bewerten die Demokratie danach, wie sie die wirtschaftliche Situation wahrnehmen, was wiederum nicht mit den Fluktuationen auf der Ebene des Wirtschaftswachstums übereinstimmt. Dies legt nahe, dass der wirtschaftliche Ertrag aus einer individuellen Perspektive den Rückhalt der Demokratie erklären kann. Tatsächlich ist es die Variable mit dem höchsten geschätzten Koeffizienten mit der Zufriedenheit mit der Demokratie. Daraus folgt, dass die Bevölkerung die wirtschaftlichen Ergebnisse zur Bewertung der Effizienz und Ertrag der Regierungen benutzen. Dagegen hat es für sie nicht mit der Legitimität des demokratischen Systems zu tun.

Zweitens, was die Diskussion über die Auswirkungen der institutionellen Faktoren auf den Rückhalt und die Zufriedenheit mit der Demokratie angeht, legen die Ergebnisse nahe, dass das Vertrauen in den Kongress entscheidend ist, wenn es darum geht, die Perspektiven der Demokratie zu bewerten. Diese Variable erhielt signifikant positive geschätzte Koeffizienten, die auf eine Tendenz schließen lassen, dass Rückhalt und Zufriedenheit mit der Demokratie größer sind, wenn sich das Vertrauen in das Parlament erhöht. Die Ausübung der parlamentarischen Funktionen interner Verwaltung, der regelnden Normen und der

parlamentarischen Disziplin, die sich aus gutem Handeln ergibt sowie die Regulierung der Korruption beeinflusst nicht nur den Ertrag des demokratischen Systems, sondern auch die Qualität der Demokratie und damit ihre Legitimität.

Drittens wird diskutiert, wie die unterschiedlichen Ideologien der politischen Orientierungen von Links, Mitte und Rechts den größten Einfluss auf den Rückhalt der Demokratie in dem behandelten Fall ausüben. Hier zeigen die Ergebnisse, dass die Variablen, welche die Qualität der Demokratie in Chile am meisten beschädigt haben, diejenigen sind, die mit der institutionellen und politischen Thematik zu tun haben, was eine Akzeptanz der aufgestellten Hypothese bedeutet. Das heißt, es hat mit einer politischen Spaltung zu tun, in welcher die Rechte über ihre Wähler die konservativste Klasse repräsentiert und so antidemokratische Gefühle schafft, was durch den hohen Regressionskoeffizienten zwischen der Bevölkerung, die angibt, der Rechten anzugehören und der Nicht Unterstützung der Demokratie beweisen wird. In Chile wird also immer noch das Gespenst des Autoritarismus von den konservativsten Kräften im Lande verteidigt. Diese Einstellung gilt es zu überdenken, um die Qualität der Demokratie verbessern zu können.

KAPITEL V: HATTEN DIE WIRTSCHAFTSKRISEN AUSWIRKUNGEN AUF DIE DEMOKRATISCHE LEGITIMITÄT IN ARGENTINIEN? EMPIRISCHE BETRACHTUNGEN

1.- Zusammenfassung

Dieses Kapitel untersucht den Rückhalt und Zufriedenheit mit der Demokratie im wirtschaftlichen, institutionellen und politischen Kontext einer der schwersten Wirtschaftskrisen, die je ein demokratisches Land erfahren hat. Es werden die Daten des Latinobarometers der Jahre 1997 und 2001 benutzt und als statistische Methodologie eine Logit Schätzung benutzt, mit dem Ziel herauszufinden, ob die Wirtschaftskrisen in Argentinien in der Lage waren, die Legitimität oder den Rückhalt der Demokratie zu beeinträchtigen. Die Analyse zeigt im Wesentlichen zwei Gruppen von Ergebnissen, die interessant sind. Erstens, trotz der Literatur, welche die wirtschaftlichen Auswirkungen der Finanzkrise von 2001 auf die Legitimität der Demokratie anzweifeln, zeigt sich die Bedeutung der Wahrnehmung wirtschaftlicher Stabilität. Zweitens wird die Bedeutung gezeigt, welche die hohe Korruption und das niedrige Vertrauen in die Institutionen auf die schlechte Bewertung der demokratischen Effizienz haben.

2.- Die Problemstellung

Es gibt eine große Diskussion über die Auswirkungen der wirtschaftlichen Faktoren auf die Demokratie. Hierbei können Fallstudien neue Erkenntnisse in die Diskussion bringen, weshalb in diesem Kapitel die Auswirkungen einer der größten Wirtschaftskrisen, die je ein demokratisches Land erlitten hat, auf die Legitimität oder Rückhalt der Demokratie diskutiert.

Ende der 90er Jahre litt Argentinien nacheinander und/oder gleichzeitig die Auswirkungen von drei Krisen. Als erstes die asiatische Krise, welche sich sowohl im Verfall der Exportpreise als

auch im Rückgang der Kapitalflüsse zeigte. Später kam es zur russischen Krise, die ab August 1998 zu Spekulation führte und die Wahrnehmung des Risikos erhöhte. Und schließlich kam es zur brasilianischen Krise, welche die Rezession der argentinischen Wirtschaft durch die Abwertung des Reals, der brasilianischen Währung, noch verschärfte. Der bilaterale Handel fiel um 25% zwischen 1998 und 1999 (Rodríguez y Calvento 2004).

Dies führte zu einer großen Depression, welche die gesamte wirtschaftliche Situation des Landes beeinträchtigte und die Armut auf vorher nicht gekannte Ebenen erhöhte. Dies betraf 26% der Haushalte, das heißt ein Viertel, im Oktober 1998 (Rodríguez und Calvento oben zitiert).

Die anschließende Krise des Jahres 2001 war eine der heftigsten der Geschichte Argentiniens. Sie führte nicht nur zu Chaos in der Makroökonomie des Landes, sondern auch in anderen wichtigen Faktoren der politischen und sozialen Realität. Ende 2001 begann eine starke Inflation, welche zu einer großen Kapitalflucht führte. Die Reserven schwanden und führten zu einem Ungleichgewicht zwischen dem zirkulierenden und ihnen, welches die Inflation verstärkte, die im Jahre 2002 auf 41% anstieg (Saxton 2003). Dem Nationalen Institut für Statistik und Zensus der Republik Argentinien zufolge stieg die Arbeitslosigkeit auf 18,3%. Mehr als zweieinhalb Millionen arbeitsloser Argentinier und ein Absinken der Löhne um etwa 13% waren das Ergebnis.

Hatten diese Wirtschaftskrisen Auswirkungen auf die Legitimität der Demokratie? Die Literatur und empirischen Beweise führen zu der Unterscheidung von zwei Hindernissen, welche die Diskussion verstärken. Zum ersten hat eine bedeutende Anzahl von Wissenschaftlern, welche die Wirtschaftskrisen in Argentinien während der Jahre 2001 und

2002 untersucht haben, den Schluss gezogen, dass diese nicht ausreichten, um die Legitimität der Demokratie zu beeinträchtigen. Zum zweiten wird nicht zwischen einer allgemeinen linearen Tendenz zwischen dem Rückhalt der Demokratie und dem Wachstum des BIP pro Kopf während der Wirtschaftskrise von 2001 unterschieden.

Über den ersten Punkt ist Paramio (2003) der Meinung, dass die Krise von 2001 nicht zu einem starken Abfall des Rückhaltes der Demokratie in Argentinien geführt habe, da es eines der Länder in Lateinamerika sei, wo die Bevölkerung am besten der institutionellen Handhabung und der Legitimität der Demokratie unterscheide.

Aus derselben Perspektive schreibt Huneus (2003), dass die Legitimität nicht nur von der demokratischen Effizienz abhängt, sondern dass es politische Faktoren gebe, die entscheidend seien wie die Umstände, unter denen es zur Demokratisierung kommt. Deshalb, fügt der Autor hinzu, sei die demokratische Legitimität undurchlässig für Spannungen, die zum Zeitpunkt wirtschaftlicher Schwierigkeiten auftreten, wenn es zu Massenentlassungen oder zu einem starken Abfall der Einkommen komme. Dies schließt der Autor aus der Tatsache, der Rückhalt der Demokratie in Argentinien trotz der Wirtschaftskrisen stabil blieb.

Dem Latinobarometer (2005) zufolge ist Argentinien eines der Länder, welche am besten zwischen demokratischer Legitimität, der Zufriedenheit mit derselben und dem Vertrauen in die Institutionen unterscheiden kann. Diverse Analysten heben sowohl die reiche politische Kultur des argentinischen Volkes als auch seine zivile Reife hervor (Zovatto 2002; Lagos 2001, 2003).

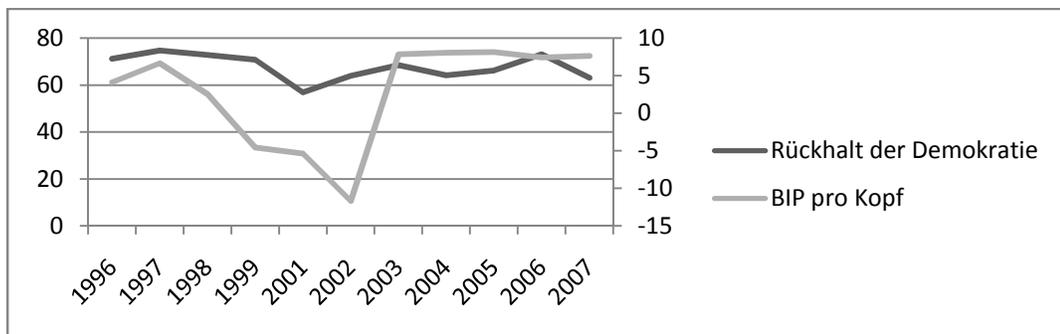
Andere Studien betonen die Zuneigung der argentinischen Bürger zur Demokratie als dem besten Regierungssystem. Diese Zuneigung ist durch die Ablehnung von alternativen Lösungen

zur Demokratie und von Regierungen, die schlecht arbeiten charakterisiert, selbst dann, wenn die institutionalisierte Politik durch Parteien an Glaubwürdigkeit verloren hat (Cambio Cultural 2001).

Zum zweiten Punkt ist zu sagen, dass die Auswirkungen der Wirtschaftskrise von 2001 auf die makroökonomische Situation und den Wohlstand der Bevölkerung dazu führten, dass der Rückhalt der Demokratie von 71% im Jahr 2001 auf 58% im Jahr 2001, die Zufriedenheit mit der Demokratie von 46% im Jahr 2000 auf 8% im Jahr 2002 und das Vertrauen in die politischen Parteien von 17% im Jahr 1996 auf 8% im Jahr 2002 sowie das in den Kongress von 26% auf 7% in demselben Zeitraum fiel (Bericht Latinobarometer 2004).

Trotzdem, wie in der folgenden Grafik zu sehen, gibt es keine allgemeine lineare Tendenz zwischen den präsentierten Variablen. Für das Jahr 2002 wird ein starkes Absinken des BIP pro Kopf festgestellt, das bis zu -11,7% beträgt. Dennoch ist für denselben Zeitraum ein Anstieg des Rückhaltes der Demokratie von 56,8% während des Jahres 2001 auf 63,8% für das Jahr 2002 festzustellen.

Grafik 5.1: Verhältnis zwischen dem Index des Rückhaltes der Demokratie und dem Wachstum des BIP pro Kopf in Argentinien



Quelle: Eigene Ausarbeitung auf Basis der Datensätze des Latinobarometers und der statistischen Jahrbücher der „comisión económica para América Latina y el Caribe“, CEPAL.

Während der Wirtschaftskrise von 2001 kam es zu einem klaren Absinken des Rückhaltes der Demokratie, auch wenn dies nicht sofort geschah, da die Indikatoren der makroökonomischen Situation am stärksten im Jahre 2002 zurückgingen, während der Rückhalt der Demokratie am stärksten im Jahre 2001 sank. Dies führt zu dem Schluss, dass andere Faktoren, wie das sehr schlechte Ansehen der institutionellen Fundamente bei den Bürgern, das Ergebnis beeinflusst haben. In anderen Worten scheint es, dass die Entwicklung des Wirtschaftswachstums nur eine zweitrangige Rolle gespielt hat.

Durch die Einführung von Variablen auf Länder- und individueller Ebene und einem Vergleich zwischen dem Zeitraum des Wirtschaftswachstums und der Wirtschaftskrise ist es möglich, zwischen einer Reihe von politischen, wirtschaftlichen und institutionellen Abweichungen zu unterscheiden. Die Wirtschaftskrisen haben also Auswirkungen auf diverse Bereiche, die in der folgenden Tabelle zu beobachten sind:

Tabelle 5.1: Auswirkungen der Wirtschaftskrise von 2001 auf die politischen, wirtschaftlichen und institutionellen Variablen (Werte in Prozent)

	1997	2001
Wachstum des BIP pro Kopf	6,6	-5,4
Rückhalt der Demokratie	74,7	56,8
Zufriedenheit mit der Demokratie	41,7	20,4
Präferenz für eine autoritäre Regierung	14,8	21,2
Wahrnehmung der wirtschaftlichen Stabilität (keine, ein bisschen)	78,4	90,9
Vertrauen in das Parlament	32,7	17,2
Vertrauen in die politischen Parteien	28,2	12,3

Quelle: Eigene Ausarbeitung auf Basis der Datensätze des Latinobarometers und der statistischen Jahrbücher der „comisión económica para America Latina y el Caribe“, CEPAL.

Für Informationen siehe Anhang

Aufgrund des bisher Geschriebenen scheint es, wenn man die Auswirkungen der Wirtschaftskrisen und des Wachstums des BIP pro Kopf auf die Legitimität und Effizienz des demokratischen Systems aus einer individuellen Perspektive, das heißt, wie die Bevölkerung diese Auswirkungen wahrnimmt, mit einer statistischen Methodologie, die auf Umfragen basiert, analysiert, dass neue Entdeckungen auftreten könnten, welche die Diskussion voranbringen könnten. Deshalb wird versucht, mit einer Regressionsmethodologie die relativen Auswirkungen der politischen, wirtschaftlichen und institutionellen Variablen auf den Rückhalt und die Zufriedenheit mit der Demokratie in Argentinien festzustellen.

3.- Frage der Untersuchung und Hypothese

Aufgrund des hier Beschriebenen ergibt sich folgende Frage für die Untersuchung:

Hatten die Wirtschaftskrisen Auswirkungen auf die Legitimität der Demokratie in Argentinien?

Die der Frage gehörende Hypothese, die versucht werden soll zu beweisen, ist folgende:

Die Wirtschaftskrise von 2001 hatte Auswirkungen auf die demokratische Legitimität in Argentinien aufgrund von verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Aspekten.

4.- Methodologie

In den statistischen Analysen, die während dieser Untersuchung diskutiert werden, werden die Daten des Umfragezentrums Latinobarometer verwendet. Dieses umfasst die Daten von 17 Ländern Lateinamerikas, welche einen wichtigen Teil der Region abdecken und als Ergebnis ein repräsentatives Ergebnis über die Interessen und Präferenzen der Bevölkerung zu diversen Themen, hauptsächlich wirtschaftliche und politische, liefert.

Die statistische Schätzung bezieht sich auf Modelle diskreter Auswahl, welche die Jahre 1997 und 2001 beinhalten. Es wird also ein Jahr des Wirtschaftswachstums mit einem Jahr verglichen, in dem zu einem der stärksten negativen Wachstume in der Geschichte Argentiniens kam. Ziel ist es, die Auswirkungen der Wirtschaftskrisen auf die Demokratie zu testen.

Mit dem Ziel, die Härte zu zeigen, welche die geordnete Spezifizierung mit sich bringen kann, werden Logit Modelle erstellt, die die Auswirkungen bestimmter politischer, wirtschaftlicher, institutioneller und sozioökonomischer Charakteristika auf die Entscheidungen, die Demokratie zu stützen oder sich mit ihr zufrieden zu fühlen, beschreiben sollen. Obwohl man noch komplexere Spezifikationen hätte auswählen können, wurde die Analyse auf die Logit Modelle beschränkt, da die Alternativen zur endogenen Variable eine Rangfolge unter ihnen bedeuten (Huang, Chang und Chu 2008: 45-62; Graham und Sukhtankar 2004).

Deshalb beziehen sich die latenten Variablen auf den Rückhalt der Demokratie und die Zufriedenheit mit diesem Regierungssystem. Allerdings muss der Unterschied der beiden Variablen betont werden. Einerseits stellt der Rückhalt der Demokratie eine Variable dar, welche die Legitimität oder Stabilität der Demokratie misst, während andererseits die Zufriedenheit der Demokratie die Effizienz der Demokratie misst.

Es wurde entschieden, eine geordnete Logit Schätzung durchzuführen, da sich keine allgemeine lineare Tendenz zwischen den Fluktuationen des Wachstums und dem Rückhalt der Demokratie während der Krise von 2001-2002 zeigen ließ und nun festgestellt werden soll, ob diese die Wahrnehmungen aus einer individuellen Perspektive störten.

In einem Modell diskreter Auswahl wird vor der sachgemäßen Durchführung der Schätzungen eine Kodifizierung benötigt. Der distinktive Aspekt dieser Art von Modellen ist, dass die Kodifizierung eine hierarchische Ordnung etabliert, die während der gesamten Analyse in Betracht gezogen werden muss.

5.- Ergebnisse

Die Ergebnisse der vorgestellten statistischen Modelle zeigen zwei Gruppierungen von Faktoren, die hauptsächlich Auswirkungen auf den Rückhalt und die Zufriedenheit mit der Demokratie in Argentinien hatten; diese werden in der folgenden Reihenfolge erklärt⁶⁹: Erstens werden die wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise von 2001 auf den Rückhalt der Demokratie analysiert und, als Konsequenz, der wichtige Einfluss der Wahrnehmung der wirtschaftlichen Stabilität. Zweitens wird das von der Wirtschaftskrise geschaffene politische Chaos analysiert und dabei werden hauptsächlich die Auswirkungen der Korruption, das interpersonelle und institutionelle Vertrauens sowie die Zufriedenheit mit der Demokratie in Betracht gezogen.

Die wirtschaftlichen und sozioökonomischen Auswirkungen auf den Rückhalt der Demokratie

Die russische und, mit geringerer Stärke, die asiatische Finanzkrise führten zu einer schweren Rezession in der argentinischen Wirtschaft. Die Probleme verschärften sich, als Brasilien im ersten Trimester 1999 seine Währung abwertete. In diesem Szenario beschließt Argentinien im Jahre 2001, einen Schuldenaufschub zu verkünden und in den ersten Tagen des Jahres 2002

⁶⁹ Siehe Anhang.

gibt es das Regime der Währungskonvertibilität auf, welches elf Jahre lang die Koppelung des Peso an den Dollar bestimmte.

Die folgende Tabelle fasst die wichtigsten Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2001 auf diverse wirtschaftliche Aspekte zusammen.

Tabelle 5.2: Argentinien: Makroökonomische Auswirkungen der Krise von 2001

Das BIP fällt um 28% von seinem Hochpunkt 1998 bis 2002
Die argentinische Währung, der Peso (der seit April 1991 einem Dollar entsprach), wurde im Januar 2002 abgewertet auf 4 Pesos pro Dollar.
Die Inflation, die Anfang 2000 negativ war, stieg 2002 auf 41%.
Die Arbeitslosigkeit, ohne diejenigen, die Notfallhilfen von der Regierung bekamen, betrug 12,4% im Jahr 1998, 18,3% im Jahr 2001 und 23,6% im Jahr 2002.
Die Armutsrate betrug 25,9% im Jahr 1998, 38,3% im Jahr 2001 und 57,5% im Jahr 2002.
Die Reallöhne (die Inflation mit einberechnet) fielen um 23,7% im Jahr 2002.

Quelle: Jim Saxton (2003): *Crisis económica de Argentina: causas y cura*, Kongress der Vereinigten Staaten, en: <http://www.house.gov/jec/imf/06-13-03long.pdf>

Was nun die Ergebnisse der statistischen Regression, die sich im Anhang befindet, angeht, so ist der Rückhalt der Demokratie in Argentinien durch wirtschaftliche Faktoren bestimmt. Einerseits gibt es, wie zu sehen ist, einen stark negativen und signifikanten geschätzten Koeffizienten zwischen der Einkommensverteilung und dem Rückhalt der Demokratie. Dieser beträgt -0,6513 mit 5% Signifikanz und -0,9016 mit 1% Signifikanz für die Jahre 1997 und 2001, was bedeutet, dass diejenigen, welche die Einkommensverteilung in Argentinien als

“gerecht” oder “sehr gerecht” ansehen, das demokratische System nicht stützen. Dazu muss gesagt werden, dass diese Befragten während der Jahre 1997 und 2001 nur 4,2% und 3,2% entsprachen, während die Befragten, welche die Einkommensverteilung als “ungerecht” oder “sehr ungerecht” bezeichneten der großen Mehrheit entsprachen. In anderen Worten gibt es einen kleinen Prozentsatz der Bevölkerung, der trotz der Wirtschaftskrise dazu neigt, die Einkommensverteilung als gerecht zu bezeichnen und der ein autoritäres System bevorzugen würde, was über einen stark konservativen Sektor in der Bevölkerung spekulieren lässt. Dies wird mittels einer bivariaten Korrelation zwischen der Variable “Einkommensverteilung” und “rechtes politisches Spektrum” bestätigt.

Tabelle 5.3: Bivariate Korrelation des Jahres 2001

		Einkommensverteilung (gerecht und sehr gerecht)	Rechtes politisches Spektrum
Einkommensverteilung (gerecht und sehr gerecht)	Korrelation Pearsons	1	,095**
	Sig. (bilateral)		,001
	N	1200	1200
Rechtes politisches Spektrum	Korrelation Pearsons	,095**	1
	Sig. (bilateral)	,001	
	N	1200	1200

** . Die Korrelation ist auf dem Level 0,01 (bilateral) signifikant.

Quelle: Eigene Ausarbeitung auf Basis der Daten des Latinobarometers

Die gezeigte Tabelle bestätigt die Existenz einer kleinen Gruppe der politischen Rechten, die trotz der Wirtschaftskrise von 2001 die Einkommensverteilung als gerecht oder sehr gerecht ansieht und ein autoritäres System einem demokratischen vorziehen würden.

Andererseits bezieht sich das größte Problem der Auswirkungen der wirtschaftlichen Faktoren auf den Rückhalt der Demokratie auf die Wahrnehmung der Stabilität der Demokratie.

Aus dieser Perspektive ist es wichtig zu bedenken, wie schon in der Einleitung dieser Arbeit aufgezeigt wurde, dass in Argentinien die wirtschaftliche Instabilität in hohem Maße wahrgenommen wird. Daraus folgend ergibt sich der hohe negative geschätzte Koeffizient zwischen der Variable „Wahrnehmung der wirtschaftlichen Stabilität“ und der abhängigen Variable „Rückhalt der Demokratie“. Ein solches Ergebnis zeigt, dass in Argentinien es gut möglich ist, dass jemand Wirtschaft als nicht stabil oder etwas stabil bezeichnet und außerdem ein autoritäres Regime einem demokratischen vorzieht, eine Tendenz, die sich durch eine Wirtschaftskrise noch verstärkt. Diese Variable erklärt darüberhinaus auch die Zufriedenheit mit der Demokratie. Es ist daher sehr wahrscheinlich, dass diejenigen, welche die Wirtschaft als instabil ansehen, außerdem unzufrieden mit dem Funktionieren des demokratischen Systems sind.

Man kann also den Schluss ziehen, dass die Wirtschaftskrisen Auswirkungen auf die Legitimität der Demokratie hatten und damit auch auf die Stabilität des politischen Systems. Der Fall des Rückhaltes der Demokratie von 71% auf 58% in den Jahren 2000 und 2001 zeigt deutlich die Krise der Demokratie auf⁷⁰. Der angesprochene negative geschätzte Koeffizient lässt das Thema der Auswirkungen der wirtschaftlichen Faktoren auf die Legitimität der Demokratie in Argentinien überdenken und erhöht die Diskussion über die Ansichten eines großen Teils der Autoren, die in der Einleitung dieser Untersuchung zitiert wurden. Diese argumentieren, dass die Legitimität aufgrund der politischen Reife des Landes, in dem die

⁷⁰ Siehe Bericht Latinobarometer 2003.

wirtschaftlichen Erträge und die demokratische Legitimität streng unterschieden werden, durch das wirtschaftliche Chaos nicht beeinflusst worden seien.

Argentinien war nun in der Lage, den Rückhalt der Demokratie von 2001 auf 2002 zu erhöhen, auch wenn bedacht werden muss, dass erst 2006 das vorige Niveau wieder erreicht werden konnte. Im Anschluss an die Krise zeigt Argentinien eine enorme Fähigkeit zur Erholung, was die Wirtschaft, nicht aber, was den Rückhalt der Demokratie angeht. Den jährlichen Statistiken der CEPAL zu Folge betrug das Wirtschaftswachstum in den Jahren vor der Krise 4,2% während des Jahres 1996, 6,6% im Jahre 1997 und 2,5% im Jahre 1998. Nach der Krise gab es ein Wachstum von 7,8% für 2003, ein 8% für 2004 und ein 8,10% für 2005. Der Rückhalt der Demokratie dagegen betrug über 70% vor der Krise und erreichte ein vergleichbares Niveau erst wieder im Jahre 2006.

Was die Variable Bildung angeht, so ist sie als sozioökonomische Variable zu betrachten. Diese Variable hat große Auswirkungen auf den Rückhalt der Demokratie. Das heißt, die Bevölkerungsteile, welche die Universität besucht haben, eine höhere Schulbildung oder technische Ausbildung besitzen, tendieren eher dazu, die Demokratie zu stützen als diejenigen mit einem geringeren Bildungsniveau. In der Tat ist die Bildung ein Schlüsselfaktor in der zivilen Kultur und der politischen Teilhabe. Der Mensch ohne Bildung oder einem begrenzten Niveau ist ein anderer politischer Akteur als derjenige, der ein höheres Niveau an Bildung besitzt (Almond und Verba 1965: 315).

Dies stimmt mit der Bedeutung des „Interesses an der Politik“ für den Rückhalt der Demokratie überein. Diese Variable besitzt einen bedeutenden geschätzten Koeffizienten und ist signifikant, was den Rückhalt der Demokratie angeht. Daraus folgt, dass der Teil der

Bevölkerung, welcher angibt, sehr oder etwas interessiert an der Politik zu sein, das demokratische System stärker stützt.

Als Konsequenz ergibt sich, dass eine Form der Festigung des demokratischen Systems, in diesem Fall, darin bestünde, das Bildungsniveau der Bevölkerung zu erhöhen und Individuen mit politischem Interesse zu formen.

Das politische Chaos

Was die Ergebnisse der Methodologie dieser Untersuchung angeht, so bilden sich interessante Faktoren heraus, die auf der politischen Ebene in Verbindung mit dem Rückhalt der Demokratie stehen, nämlich die Korruption und die Indizes des institutionellen und interpersonellen Vertrauens.

Die Korruption

Die Korruption stellt eines der sozialen Phänomene dar, welche die politischen und juristischen Institutionen der lateinamerikanischen Staaten am stärksten zerstören kann. Eine der klarsten Erscheinungen dieses Phänomens tritt auf, wenn sich der private Bereich mit dem öffentlichen vermischt, das heißt, wenn Entscheidungen, die zum Wohle der gesamten Bürgerschaft getroffen werden sollten, im Sinne partikularer Interessen getroffen werden. In dieser Perspektive ist der argentinische Fall in vielen Teilen der Literatur der Sozialwissenschaften anerkannt als ein Land, das von Klientelismus, „Caudillismus“ oder Personalismus geprägt ist, was die institutionelle Struktur geschwächt hat und in hohem Maße für die enorme Korruption verantwortlich ist, die das Land verwüstet (Barreda 2002).

In diesem Sinne beschreibt Bonvecchi (2006) die Bedeutung des politischen Klientelismus Menems in der Folgezeit der Wirtschaftskrise von 2001. Politiker schlossen mit anderen Politikern, die gleichzeitig wirtschaftliche Interessen hatten, eine Reihe von inoffiziellen politischen Verträgen, um die Gunst der Wählerschaft innerhalb eines schwach definierten Parteiensystems zu erlangen. Diese Verhaltensweise ist das Ergebnis der Nicht Artikulierung der Kontrollmechanismen des öffentlichen Sektors in einem Regime schwacher Institutionen und geringer Verantwortung der Repräsentanten, accountability. Dies führte zum Aufkommen der Korruption und dem Zusammenfallen öffentlicher und privater Interessen und schließlich zu einem enormen wirtschaftlichen Kollaps. Argentinische Studien haben betont, dass die Fähigkeit, zu überparteilichen Beschlüssen bei grundlegenden politischen Krisen schwach ausgeprägt sei, besonders im Fall der Wirtschaft. All dies war entscheidend für die Stagnation und die schlechte wirtschaftliche, soziale und politische Rendite Argentiniens der letzten Jahrzehnte (Spiller und Tommasi 2000; Santiso 2001).

Dieses Spiel innerhalb der politischen Institutionen führte zu einer institutionellen Schwäche in Momenten, als politische Regierbarkeit, wie die politische und kulturelle Ordnung, von Nöten war. In anderen Worten kam es zu einem tiefen Vertrauensverlust in die politischen Institutionen und zum Fehlen von Einigkeit und solider Unterstützung die es ermöglicht hätten, das Land zu einer Einheit zu führen, was die Entscheidungen angeht, wie den wirtschaftlichen Konflikten begegnet.

In der Konsequenz ist es nicht verwunderlich dass die Umfrage Gallup von 2001 zeigt, dass das institutionelle Vertrauen in Argentinien mit 39 Punkten einen der letzten drei Plätze in

Lateinamerika einnimmt, gefolgt von Ecuador (38) und Brasilien (34)⁷¹. Länder wie Kolumbien (53), Venezuela (52), Chile (50), Bolivien (44), Mexiko (41), Paraguay, Guatemala und Peru (40) stehen vor Argentinien, was das Vertrauen in die Institutionen angeht. Dies lässt schlussfolgern, dass dieses Vertrauen zum Beispiel nicht in Verbindung mit dem Bildungs- oder Entwicklungsniveau in Verbindung steht, da es in diesen Bereichen führend ist, das heißt, die Korruption könnte hier großen Einfluss haben (Hasperué 2002).

Was den „Caudillismus“ oder Personalismus angeht, so zeigt Weffort (1993), dass dieser zur Ablehnung gegen den Aufbau und Stärkung demokratischer politischer Institutionen führt, da es zu einem ungebremsten Dekretismus mit vielen schnellen Entscheidungen kommt, auf den kaum Einfluss genommen werden kann. Das bedeutet den Gebrauch von „Notstandsmaßnahmen“ durch die Exekutive als normale administrative Vorgehensweise, durch den die anderen Gewalten, die politischen Parteien und die politischen Eliten zweitrangig werden.

In diesem Sinne schreibt Zovatto (2007), dass eine wichtige Strömung der Literatur behauptete, dass die Wiederwahl Menems die Demokratie Argentiniens gefährdet habe, da dieser das Land in einer Art persönlicher und hegemonischer Führung, die dem Präsidentialismus innewohnt, geführt habe und da die zweiten Amtszeiten meist von schwacher Qualität seien. Auf ähnliche Weise zeigt Santiso (2001), dass Menem in seiner zweiten Amtszeit auf klassische Mechanismen der argentinischen Politik wie den Klientelismus und Personalismus zurückgreifen musste, im Besonderen, was die Beziehungen zu den Provinzen anging. Aus diesem Grund waren die Reformen der Provinzverwaltung und zur Verbesserung der Situation der Arbeiter die langsamsten, da Menem von der Unterstützung der Regierenden der Provinzen

⁷¹ Das institutionelle Vertrauen wird mit einem Index gemessen, bei dem 100 Punkte „maximales Vertrauen“ bedeuten.

und den Gewerkschaftsführern abhängig war, um den Kongress und die „Partido Justicialista“ zu kontrollieren. Menem konnte seinen Autoritätsstatus nutzen, um eine starke Allianz sowohl innerhalb als auch außerhalb des Kongresses zur Unterstützung der Wirtschaftsreform zu schaffen. Dies erlaubte ihm in den ersten Jahren seiner Präsidentschaft mit einem hohen Grad an Autonomie zu agieren, mit der impliziten oder expliziten Unterstützung des Kongresses, und die Grenzen der präsidentiellen Macht zu erweitern⁷².

Aufgrund des bisher Gesagten und der kurzen Beschreibung des Problems der Korruption in Argentinien stellt sich folgende Frage: Ist diese in der Lage die demokratische Legitimität zu beeinträchtigen? Seligson (2002) untersucht die Auswirkungen der Korruption auf die Legitimität der Demokratie in vier Ländern Lateinamerikas (El Salvador, Nicaragua, Bolivien und Paraguay) für die Jahre 1998/1999 mit Hilfe des Index „TI Corruption Perception“, unterschiedlichen Studien von Umfragen und sukzessiven statistischen Regressionsmodellen OLS (ordinary least square). Seine Ergebnisse deuten an, dass diejenigen Befragten, die selbst Korruption erfahren haben, dazu neigen, weniger in die Legitimität der Demokratie zu glauben und ein weniger hohes interpersonelles Vertrauen aufweisen. Andererseits argumentiert Morales (2009) mit Hilfe der Datenbasis LAPOP 2006 und sukzessiven Modellen multipler Regression gemischter Effekte, dass die Korruption, die mit dem Beamten zu tun hat, nicht mit der Legitimität der Demokratie oder dem Rückhalt des politischen Systems in Verbindung gebracht werde, durchaus allerdings mit der Effizienz und Zufriedenheit mit der Demokratie.

Aufgrund dieser Ergebnisse lässt sich vermuten, dass die Korruption der Beamten des öffentlichen Dienstes mehr die Zufriedenheit mit der Demokratie als den Rückhalt dieses

⁷² Menem initiierte die Wirtschaftsreform mit gesetzlichen Prärogativen, die vom Kongress delegiert wurden und dem Gebrauch von „Notstands- und Notfalldekreten“, obwohl er die Unterstützung des Kongresses, der von der „Partido Justicialista“ dominiert wurde, besaß (Ferreira Rubio 2000: 3).

Regierungssystems beeinträchtigt. Weiterhin scheint es ein Problem zu sein, welches während der Wirtschaftskrisen sichtbar wird. Es kam zu einem negativen Regressionskoeffizienten von - 0,5985 mit 0,001 Signifikanz zwischen dem Indikator der Korruption und der Zufriedenheit mit der Demokratie während der Krise von 2001. Während des Jahres 1997 (Wirtschaftswachstum) dagegen zeigte er sich nicht von Bedeutung für die Demokratie. Das heißt, dass diejenigen Befragten, die angeben, dass die Korruption in Argentinien während der Krise von 2001 zugenommen habe, dazu tendieren, unzufrieden mit dem politischen System zu sein, was auf der anderen Seite aber nicht bedeutet, dass sie ein autoritäres System bevorzugen würden. In diesem Fall wirkt sich die Korruption während einer der größten wirtschaftlichen und politischen Krisen, die ein demokratisches Land erfahren hat, stärker auf die Ineffizienz des demokratischen Systems aus als dass es ein Thema der Legitimität des politischen Systems wäre.

Interpersonelles Vertrauen in die Institutionen und in die Politiker

Für Nino (1992) ist Argentinien ein Land am Rande des Gesetzes, da die Bevölkerung geringe Kenntnisse über die Institutionen habe und nur wenig Respekt für die Legalität zeige. Besonders gravierend ist, dass die argentinische Bevölkerung die Politiker (74%) als diejenigen ansehen, welche am stärksten die Gesetze verletzen, gefolgt von Polizisten (56%), Beamten des öffentlichen Dienstes (49%) und Richtern (41%).

In ähnlicher Art stellt Quiroga (1997) die Problematik des Vertrauens in die Führer des Landes des schwachen Wertes des Gesetzes in Argentinien gegenüber. Der Autor schreibt, dass der Wert des Gesetzes „bestimmt wird von den Folgen, welche die Fragilität der Vergangenheit auf die aktuelle Fähigkeit des politischen Systems Argentiniens projiziert, bessere Bedingungen

für die Stabilität zu schaffen, da die sukzessiven Krisen der Legitimität seit den 1930ern das geringe Vertrauen der Bürger in die Führer und ihre Werte offenbart haben“. In Konsequenz dessen geht der Autor davon aus, dass das bis heute Geschaffene nicht mehr sei als eine zeitweilige Demokratie sei, die, da sie die bestehenden Spannungen zwischen Legalität und Legitimität nicht hat lösen können, eine mangelhafte institutionelle Kultur in der Gesellschaft geschaffen habe und er bestätigt, dass eines der Hindernisse für die demokratische Stabilität (Legitimität) in der schwachen Anerkennung der demokratischen Institutionen bestehe, was seiner Meinung nach Bestandteil der politischen Kultur Argentiniens sei.

Jahre später argumentieren Hernández, Zovatto, Mora und Araujo (2005), dass Argentinien durch eine schwache Institutionalität im Staatsapparat und im demokratischen System charakterisiert sei, was sich in einer Judikative widerspiegele, die von der niedrigen sozialen Glaubwürdigkeit und allgemeinen Wahrnehmung einer hohen Politisierung der Staatsmächte beeinträchtigt sei. Der Autor führt an, dass sich das Land in den letzten hundert Jahren mehr über Patrone einer autoritären und korporativen Ordnung entwickelt habe als über eine Ordnung, die dem Gesetz untergeordnet ist oder eine hohe Fähigkeit der Ansammlung von Sozialkapital.

In der Tat ist das Vertrauen in Argentinien in die Institutionen und in die Personen, die das Land führen, ein lang und ausführlich diskutiertes Thema in der Literatur, bei dem der niedrige Wert des Gesetzes und die hohe Korruption von Seiten der Politiker und Institutionen an der Spitze des Landes dazu geführt haben, dass sich die Bevölkerung in hohem Maße kritisch mit diesen Themen zeigt. Diesem muss noch das schwache Ausführen der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Regierbarkeit hinzugefügt werden, die zu einem Zusammenbruch des Staates führte, als dieser sich der Wirtschaftskrise von 2001 gegenüber sah.

Im Jahre 2002 verfügte die Regierung Duhalde, nach einer scharfen Kritik der Wirtschaftspolitiken der 90er Jahre, die Abwertung des Pesos und modifizierte die Eigentumsrechte, die in Argentinien in den 80er und 90er Jahren etabliert worden waren. Als Ergebnis fiel die Wirtschaft um 10,9% im Jahre 2002 und schloss damit an 2001 an, in dem sie ebenfalls bereits um 4,4% gefallen war (Saxton 2003)

Argentinien beschuldigte den Internationalen Währungsfond und sein angewandtes Wirtschaftsmodell, nachdem Menem die Präsidentschaft erlangt hatte, welches auf eine Politik der Privatisierung pochte und dazu führte, dass der Großteil der Firmen, die potentiell rentabel waren, in den Händen privater landeten, obwohl das Land eigentlich die Staatseinnahmen erhöhen musste. Weiterhin argumentierte Argentinien, dass der IWF die eins zu eins Parität unterstützt hatte, welche schließlich zu den Hauptverursachern der Krise von 2001 sein würde. Der IWF rechtfertigte sich damit, dass er ganz nach den Bitten der argentinischen Regierung gehandelt habe (Hanke 2001).

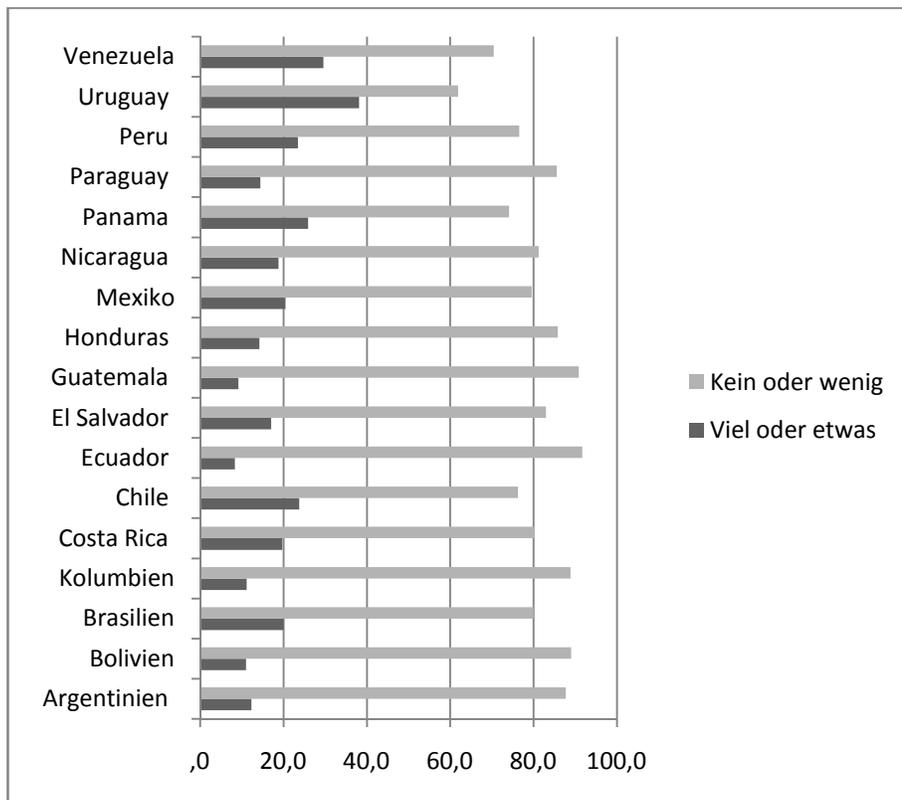
Aber die Argentinier nahmen die Abläufe nicht auf dieselbe Weise wahr wie die argentinische Regierung und der Internationale Währungsfond. Cambio Cultural (2001) zufolge beantworteten 81,7% der Interviewten die Frage „Welches sind ihrer Meinung nach die Ursachen für die Krise?“ damit, dass sie direkt auf die Politiker als die Hauptverantwortlichen der Krise zeigten. Sie bezeichneten sie als „Korrupte“, die „die Nation verkauft“ hätten, die „unterschlagen“, „Geschäfte nur für sich machen“ und/oder „sich nicht für das Volk interessieren“. Weiterhin würden die Politiker „ohne Kontrolle“ agieren, über „Straflosigkeit“ verfügen, „Unfähig“ und „ohne Ideen“ sein und nicht ersetzt werden, da „immer dieselben Gesichter“ oder sogar „dieselben Familien“ seien. 26,7% der Befragten und in höherem Maße Personen über 25 Jahre sind der Meinung, dass die Menschen ebenfalls zur Krise beigetragen

hätten, da sie „nicht rechtzeitig reagiert und protestiert hätten“, aufgrund des „Fehlens einer politischen Bürgerkultur“ oder „partizipativen Kultur“; da sie „nicht für ihre Rechte kämpfen“ oder wegen ihres „Desinteresses“ und „Konformismus“.

Ein etwas geringerer Prozentsatz der Befragten, 25,8%, führte die Krise auf die schlechten Wirtschaftspolitiken zurück, wenn auch mit verschiedenen Perspektiven: „schlechte Verwaltung der öffentlichen Gelder“, „ungerechte Verteilung des Reichtums“, „schlecht ausgeführte Privatisierungen“, „Monopolpraktiken“ und „wahllose Erhöhung der Auslandsschulden“. Diesem lässt sich hinzufügen, dass die „Schuld des Internationalen Währungsfonds“ und/oder anderen „auswärtigen Organismen“ von einem 5,8% der Befragten erwähnt wurde und dass 10% derselben die Verantwortlichkeit der privaten Unternehmer nennt, „Machenschaften der Firmen“ und „Korruption“ eingeschlossen.

Das bisher Beschriebene betrachtend und die Daten dieser Untersuchung verbindend lässt sich sagen, dass Argentinien zu den Ländern gehört, in denen das Vertrauen in die politischen Parteien am niedrigsten ist. Im Jahre 2001 gaben nur 12,3% an, viel oder etwas Vertrauen in sie zu haben, während 87,7% wenig oder kein Vertrauen aufwiesen. Der Vertrauensverlust in die politischen Parteien ist eines der zentralen Merkmale der gegenwärtigen Situation Argentiniens. Dieses Problem ist aber keineswegs neu. Es kam auf verschiedene Weise in den letzten zwei Jahrzehnten zum Ausdruck, auch wenn es seit der Wirtschaftskrise (2001) merklich an öffentlicher Bedeutung gewonnen hat.

Grafik 5.2: Grad des Vertrauens in die politischen Parteien (Durchschnitt der Jahre 2001 und 2002)

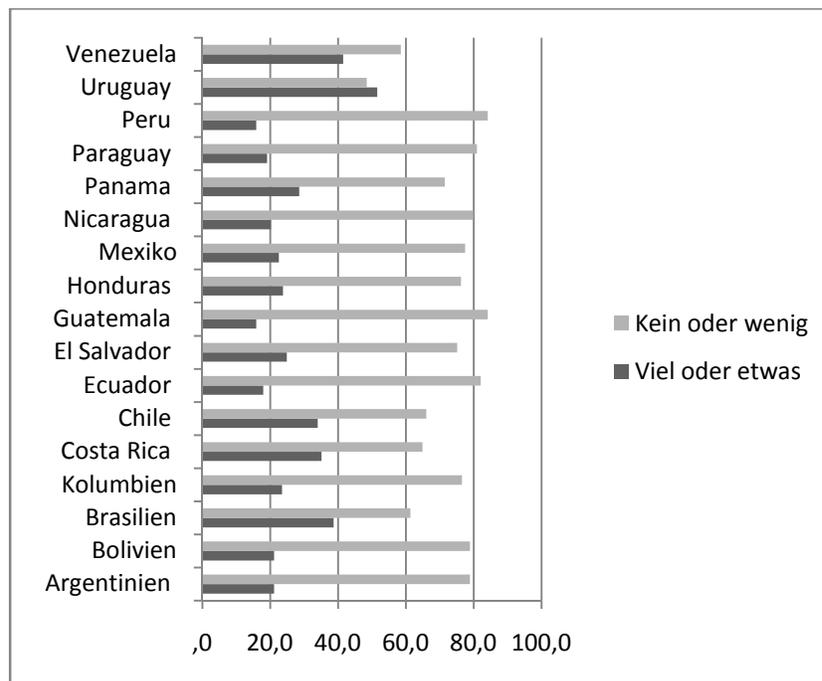


Quelle: Eigene Ausarbeitung auf Basis der Daten des Latinobarometers von 2001 und 2002

Was die Judikative angeht, so gehört Argentinien auch hier zu den Ländern Lateinamerikas, die von dem Latinobarometer untersucht wurden, die das geringste Niveau an Vertrauen in die Judikative aufweisen. 21,2% gaben an, großes oder etwas Vertrauen in diese Institution zu haben, während 78,8% wenig oder kein Vertrauen fühlen. Wenn man das geringe Vertrauen in die politischen Parteien in Argentinien in Betracht zieht, dann ist es nicht verwunderlich, dass auch die Judikative von demselben Phänomen betroffen ist. Für Farejohn (1999) gibt es Argumente, die besagen, dass bestimmte Charakteristiken des politischen Kontextes Verbindungen zu den Gerichtshöfen der Justiz aufweisen. Wenn es zum Beispiel zu politischer Fragmentierung komme, gebe es auch Schwierigkeiten in der Koordination zwischen

Exekutive und Legislative, was zu einer “Judikisierung” der Politik führt, da die sozialen und politischen Akteure die Gerichtshöfe anrufen, um Lösungen für ihre Forderungen zu finden.

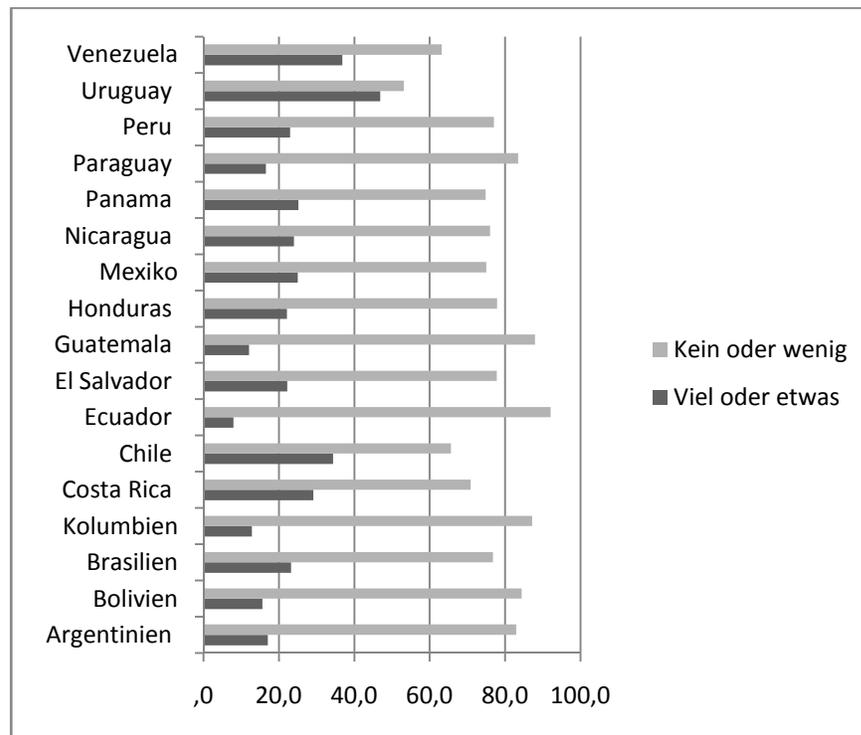
Grafik 5.3: Grad des Vertrauens in die Jurisdiktion (Durchschnittswert des Jahres 2001)



Quelle: Eigene Ausarbeitung auf Basis der Daten des Latinobarometers von 2001

Was das Vertrauen in das Parlament angeht, so zeigten nur 17,1% der argentinischen Bevölkerung viel oder etwas Vertrauen. Für die 17 Länder Lateinamerikas, die in die folgenden Grafik aufgenommen wurden, ergibt sich für das Jahr der Wirtschaftskrise 2001 ein Mittelwert von 23,17%.

Grafik 5.4: Grad des Vertrauens in den Kongress (Durchschnittswert des Jahres 2001)



Quelle: Eigene Ausarbeitung auf Basis der Daten des Latinobarometers von 2001

Was das vorgeschlagene Regressionsmodell angeht, so zeigt sich eine Tendenz dazu, dass diejenigen Befragten, die angeben, “viel” oder “etwas” Vertrauen in die Judikative, in den Kongress und die politischen Parteien zu haben, sich zufrieden mit dem demokratischen System fühlen. Dagegen fühlen sich diejenigen unzufrieden mit der Demokratie, die “wenig” oder “kein” Vertrauen in den Kongress, die Judikative und die politischen Parteien angeben. In der Folge ist es möglich anzunehmen, dass diese Variablen eine der Gründe für die niedrige Zufriedenheit mit der Demokratie in Argentinien während der starken Wirtschaftskrise des Jahres 2001 sind. Einzig die Variable “Vertrauen in den Kongress” tendiert aber dazu, den Rückhalt der Demokratie in Argentinien zu beeinträchtigen, was in dem Jahr der Krise eintraf.

Die Variable interpersonelles Vertrauen ist in der Lage, sowohl die Legitimität als auch die Effizienz der Demokratie zu beeinflussen. Diese Variable ist ein wichtiger Teil der zivilen Kultur und der Gesellschaft, da sie die Fähigkeit der Individuen und Gruppen zur Kooperation zur Lösung kollektiver Probleme festlegt und einen starken Einfluss auf das politische Funktionieren, die wirtschaftliche Entwicklung und das soziale Leben hat. Studien haben gezeigt, dass ein hohes Niveau interpersonellen Vertrauens mit guter Arbeit der politischen Institutionen und Stabilität der Demokratie in Verbindung steht, während ein schwaches Niveau desselben für politische Instabilität und Korruption steht (Inglehart 1997; Zak und Knack 2001).

Es ist also möglich, auf Auswirkungen der Wirtschaftskrisen auf die Legitimität der Demokratie zu schließen, aufgrund des niedrigen Niveaus des interpersonellen Vertrauens (18,3% und 15,3% der Befragten für die Jahre 1997 und 2001), die indirekt von dem abnehmenden Vertrauen in die Institutionen und die Wahrnehmung des Anstieges der Korruption beeinflusst sind⁷³.

6.- Schlussfolgerung

Die präsentierte Untersuchung zeigt, dass der argentinische Fall von großem Interesse für das Studium der Auswirkungen der Wirtschaftskrisen auf die Legitimität der Demokratie ist, da das Land am Ende der 90er Jahre simultan die Effekte von drei Krisen zu spüren bekam: Asiatische Krise, russische Krise, brasilianische Krise. Dies löste eine der größten Wirtschaftskrisen auf politischer, wirtschaftlicher und sozialer Ebene in einem demokratischen Land aus, die Krise des Jahres 2001.

⁷³ Siehe Anhang.

Interessant ist nun, dass die breite wissenschaftliche Literatur hervorhebt, dass die Auswirkungen dieser Wirtschaftskrise die Legitimität der Demokratie nicht beeinträchtigt hat, sondern einzig und allein ihre Effizienz, in anderen Worten die Zufriedenheit mit der Demokratie, nicht aber den Rückhalt dieses Regierungssystems. Diese Fundamente waren in der Tat nicht gering ausgeprägt und werden weiterhin von dem hohen Rückhalt der Demokratie in Argentinien im Vergleich mit den anderen Ländern Lateinamerikas in den letzten 15 Jahren gestützt.

Trotzdem hat die Untersuchung derartige Behauptungen angezweifelt, da es im Jahr der Krise 2001 zu einem starken Absinken des Rückhaltes der Demokratie kam, von 71% auf 58% zwischen den Jahren 2000 und 2001. Weiterhin reichte der Rückhalt der Demokratie in Argentinien nach der Krise nicht an den vor der Krise heran, sondern wies erst im Jahre 2006 wieder einen ähnlichen Wert auf, was vermuten lässt, dass sich die Wirtschaftskrise auf die Legitimität der Demokratie ausgewirkt hat.

Alles bisher Genannte in Betracht ziehend haben die Ergebnisse der statistischen Modelle wichtige Erkenntnisse über die Auswirkungen der Wirtschaftskrisen auf den Rückhalt und Zufriedenheit mit der Demokratie gebracht. Erstens räumt Argentinien der Stabilität der Wirtschaft große Bedeutung ein. Auf die Frage in der Umfrage des Latinobarometers (1997) „Nachdem, was die gehört haben, wie würden sie die wirtschaftliche Situation in ihrem Land beschreiben?“, bezeichneten 78,4% der Argentinier die eigene Wirtschaft als instabil, während 21,6% sie als stabil ansehen oder aber die Frage nicht beantworten. In diesem Sinne erscheint der hohe negative Regressionskoeffizient zwischen Instabilität der Wirtschaft und dem Rückhalt der Demokratie besorgniserregend. Es ist sehr wahrscheinlich, dass jemand, der die Wirtschaft als „wenig stabil oder überhaupt nicht stabil“ bezeichnet, gleichzeitig ein autoritäres

System bevorzugt. Diese Tendenz verstärkt sich während eines Jahres der Wirtschaftskrise. Während des Jahres 2001 stieg der Bevölkerungsteil, der die Wirtschaft als instabil ansieht, auf 90,9%, während lediglich 9,1% sie als stabil bezeichnen. Bei einem solchen Anstieg ist auch der Anstieg des geschätzten Koeffizienten zwischen der Variable „Wahrnehmung der wirtschaftlichen Stabilität“ und „Rückhalt der Demokratie“ von -0,6513 auf -0,9016 für die Jahre 1997 und 2001 beunruhigend. Diese Daten zeigen deutlich, dass die Wirtschaftskrise Auswirkungen auf den Rückhalt der Demokratie in Argentinien hat.

Zweitens, was das gravierende Problem der Korruption in Argentinien angeht, wird der Schluss gezogen, dass diese einen hohen geschätzten Koeffizienten mit der Zufriedenheit mit der Demokratie während der Wirtschaftskrise hatte. Das heißt, dass diejenigen Befragten, die angeben, die Korruption habe sich verschlechtert, fühlen sich meist auch unzufrieden mit der Demokratie in einer solchen wirtschaftlichen Situation. Dagegen scheint sie in einem Jahr des Wachstums kein Problem darzustellen, da der geschätzte Koeffizient mit dem Rückhalt der Demokratie und der Zufriedenheit mit derselben für das Jahr 1997 insignifikant ist.

Drittens wird geschlussfolgert, dass das niedrige Niveau des Vertrauens in den Kongress, in die politischen Parteien und in die Judikative einer der Hauptgründe für die niedrige Zufriedenheit mit der Demokratie während der Wirtschaftskrise in Argentinien ist. Nur das Vertrauen in den Kongress hat auch eine Bedeutung für den Rückhalt der Demokratie. Das interpersonelle Vertrauen dagegen ist in der Lage, den Rückhalt der Demokratie zu beeinflussen, sowohl während einer Wachstumsphase als auch in einem Jahr der Krise. Wenn man also die Annahmen von Inglehart (1997) und Zak & Knack (2001) betrachtet, welche schreiben, dass das hohe interpersonelle Vertrauen in Verbindung mit einer guten Arbeit der politischen Institutionen stehe, dann ist es beunruhigend, dass das niedrige institutionelle Vertrauen in

Argentinien indirekt die demokratische Legitimität über das interpersonelle Vertrauen beeinträchtigen könnte.

KAPITEL VI: DER CHILENISCHE UND ARGENTINISCHE FALL IN VERGLEICHENDER PERSPEKTIVE

1.- Zusammenfassung

Das folgende Kapitel behandelt den chilenischen und argentinischen Fall in vergleichender Perspektive. Argentinien weist trotz der starken Wirtschaftskrisen der letzten Jahrzehnte einen der höchsten Rückhalte der Demokratie in Lateinamerika auf, während Chile einen der niedrigsten hat, obwohl es eines der wirtschaftlich erfolgreichsten Länder der Region ist. Die folgende Untersuchung versucht daher, die Ursachen dieses Phänomens festzustellen. Mit diesem Ziel werden sukzessive Modelle statistischer Regression für die Jahre 1997 und 2001 in einer vergleichenden Perspektive angefertigt, um so die signifikantesten unabhängigen Variablen für jeden Fall in einem Jahr des Wachstums und in einem der Krise zu ermitteln. Diese Analysetechnik wird durch Nachforschungen zu den vergangenen autoritären Regimen ergänzt, um so die politische Kultur als einen Faktor von Interesse für die gegenwärtigen Niveaus des Rückhaltes der Demokratie für beide Fälle mit einzubeziehen. Die Ergebnisse sind die folgenden: Erstens, die wirtschaftliche Stabilität und die Einkommensverteilung sind Faktoren, die für Argentinien bedeutsamer sind als für Chile. Die wirtschaftliche Erträge der letzten autoritären und demokratischen Regime, von einer hohen Inflation und wirtschaftlicher Stagnation gezeichnet, haben dazu geführt, dass diese Variable besonders sensibel für den Rückhalt der Demokratie im argentinischen Fall ist. Zweitens, das interpersonelle Vertrauen ist eine sehr signifikante Variable im argentinischen Fall, nicht aber im chilenischen. Die soziale Unsicherheit aufgrund der hohen Korruption und die wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklung der letzten Jahrzehnte zeigen sich als offensichtliche Ursachen dieses Phänomens im Fall Argentiniens. Drittens, das Interesse an der Politik und die zivile Bildung zeigen sich als Schlüsselfaktoren für den hohen Rückhalt der Demokratie in Argentinien. Dagegen sind sie

keine bedeutenden Faktoren für den Rückhalt der Demokratie in Chile. Dies stellt einen der bedeutendsten Schwachpunkte des chilenischen Falles dar. Viertens wird eine starke Polarisierung zwischen der politischen Linken und Rechten in Chile beobachtet, wenn es um den Rückhalt der Demokratie geht. Die chilenische Rechte tendiert dazu, die Demokratie nicht zu unterstützen. Ein derartiges Phänomen tritt nicht im Fall Argentiniens auf. Dieses spiegelt die Ereignisse der Zeit der autoritären Regime in Chile und Argentinien wieder.

2.- Die Problemstellung

Wie im Verlaufe dieser Dissertation gezeigt wurde, sind es die Unterschiede im Grad des Rückhaltes der Demokratie im Verhältnis zu den empirischen Ergebnissen der wirtschaftlichen Thematik, welche dazu geführt haben, die Fälle Chiles und Argentiniens als eigentümlich anzusehen. Den jährlichen Statistiken der „Comisión Económica para América Latina y el Caribe“ (2003) und dem Latinobarometer (2003) besitzt Argentinien einen der höchsten Rückhalte der Demokratie, obwohl es mit am stärksten von der Wirtschaftskrise betroffen war. Dagegen weist Chile, obwohl es eines der wirtschaftlich erfolgreichsten Länder der Region ist, nur einen sehr moderaten Rückhalt der Demokratie auf.

Die vorigen Kapitel hatten ihren Fokus auf die Niveaus des Rückhaltes der Demokratie in beiden Ländern gerichtet und zu dem Schluss geführt, dass diese Variable in Argentinien vor allem durch wirtschaftliche und sozioökonomische Faktoren sowie das interpersonelle Vertrauen bestimmt wird. In Chile dagegen wird der Rückhalt der Demokratie hauptsächlich von Aspekten beeinflusst, die mit der politischen Orientierung der Bevölkerung zu tun haben.

In diesem Kapitel sollen die Ursachen des Unterschieds im Rückhalt der Demokratie vertieft werden. Das heißt, in einer vergleichenden Perspektive wird nach den Gründen dafür gesucht, warum der Rückhalt der Demokratie in Argentinien höher ist als in Chile.

Aus dieser Perspektive ist davon auszugehen, dass verschiedene historische Faktoren, in der politischen und wirtschaftlichen Thematik, zu den unterschiedlichen Niveaus der Wahrnehmung der Demokratie in diesen Fällen geführt haben. Ersten werden Unterschiede in der Entwicklung der Wirtschaftspolitiken festgestellt. Chile etabliert ab 1973 ein marktwirtschaftliches Modell und kommerzieller Liberalisierung, welches virtuell bis heute intakt ist, während das Modell, welches in Argentinien ab 1976 graduell eingeführt wird, 1976 von der de facto Regierung Jorge Rafaels Videlas unterbrochen wird, welche bis zum Ende des Mandates Raúl Alfonsins bestehen bleibt. Die de facto Regierungen, die folgten, wie auch die demokratische Regierung Raúl Alfonsins, setzten auf ein Modell der Importsubstituierung mit dem Ziel, das System zu ordnen, welches durch den makroökonomischen Populismus instauriert wurde. Zweitens, das argentinische Volk besitzt seit den Zeiten der Diktatur mehr kritische Macht gegenüber dem politischen System als das chilenische. Weiterhin gab es in beiden Militärregimen Eigentümlichkeiten, welche die Unterschiede in der Wertschätzung eines autoritären Systems in der Bevölkerung verschärften. Die argentinische Arbeiterbewegung stellte der Diktatur, im Gegensatz zur chilenischen, großen Widerstand entgegen und stellte die gesamte Legitimität des autoritären politischen Systems in Frage (Abós 1984). Die Militärregierung versuchte auf der Suche nach einem Konsens zur Überwindung von Jahren unpopulärer Regierung und mittendrin in einer Wirtschaftskrise, welche 1982 dramatisch werden sollte, an die nationale Einheit zu appellieren durch die Wiedereroberung der Falkland Inseln, die sich in den Händen Groß Britanniens befanden, aber nach dem

Scheitern des Krieges war die Militärregierung, mit dem General Galtieri an der Spitze, gezwungen, freie Wahlen auszuschreiben. Auf der anderen Seite wurde jede Art der Demonstrationen gegen das Regime Augusto Pinochets auf harte Art und Weise unterdrückt und eine lange und blutige Diktatur errichtet (Sepúlveda 2006).

Aufgrund all dessen wird versucht, mit einer geordneten Logit Regression für dieselben untersuchten Jahre und durch ein Testen derselben unabhängigen Variablen aus einer vergleichenden Perspektive versucht zu erklären, welche Variablen hauptsächlich signifikant für den Rückhalt der Demokratie in einem Zeitraum des Wirtschaftswachstums und während einer Wirtschaftskrise sind. Die Ergebnisse dieser Methodologie werden mit einer kurzen Nachforschung über die politischen und wirtschaftlichen Traumata ergänzt, welche durch die de facto Regime ausgelöst wurden, da davon auszugehen ist, dass sie einen beträchtlichen Einfluss auf die gegenwärtigen Grade des Rückhaltes der Demokratie haben.

3.- Fragestellung der Untersuchung und Hypothese

Die sich ergebene zu untersuchende Frage ist die folgende:

Warum gibt es einen größeren Rückhalt der Demokratie in Argentinien als in Chile?

Die zu dieser Frage gehörende Hypothese, die versucht wird zu beweisen, ist die folgende:

Die von den autoritären Regimen hinterlassenen politischen Traumata haben dafür gesorgt, dass der Rückhalt der Demokratie in Argentinien höher ist als in Chile.

4.- Methodologie

Was die statistische Methodologie angeht, so werden vier Modelle erstellt, für die Jahre 1997 und 2001 in Argentinien und in Chile. Das Ziel des Tests dieser beiden Jahre ist

herauszufinden, in vergleichender Perspektive, wie sich die endogene Variable in einem Jahr des Wirtschaftswachstums und in einem der Wirtschaftskrise verhält. Die Schätzungen werden auf individueller Ebene mit einer Methodologie geordneter Daten, geordneter Logit genannt, durchgeführt.

Nach den präsentierten Modellen werden die verwendeten unabhängigen Variablen in wirtschaftliche, sozioökonomische, institutionelle und politische kategorisiert. Daraus folgt, dass zu erwarten ist, dass die endogene Variable auf folgende Weise von diesen abhängt:

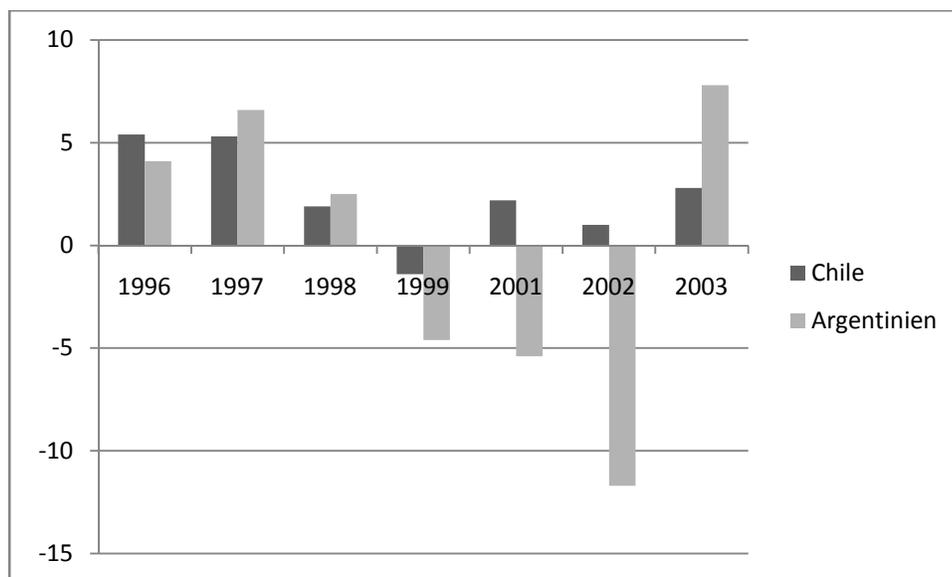
Rückhalt der Demokratie = F (Wahrnehmung der wirtschaftlichen Stabilität, Verteilung der Einkommen, Bildung, Korruption, Interpersonelles Vertrauen, Vertrauen in die politischen Parteien, Vertrauen in das Parlament/ Kongress, Vertrauen in die Judikative, Politisches Spektrum (Links), Politisches Spektrum (Rechts), Politisches Spektrum (Mitte), Interesse an der Politik).

In den präsentierten Logit Modellen wird die endogene Variable auf Ebenen der Wahrscheinlichkeit interpretiert, weshalb das Ziel der Untersuchung, die bestehende Beziehung zwischen den individuellen Charakteristiken der Befragten mit dieser Wahrscheinlichkeit zu quantifizieren. Die Koeffizienten der geschätzten Regressionen, die sich ergeben, schätzen die relativen Vorteile jeder einzelnen der kategorischen Variablen des Modells. Auf diese Weise wird es möglich zu erkennen, welche dieser Variablen den größten erklärenden Wert für den Rückhalt der Demokratie aus einer Perspektive auf individueller Ebene hat.

Die statistischen Modelle versuchen dasselbe Phänomen in vergleichender Perspektive zu messen, das heißt, die Auswirkungen der Wirtschaftskrisen auf den Rückhalt der Demokratie. Den jährlichen Statistiken der „Comisión Económica para América Latina y el Caribe“ (2004)

zufolge erlitt Chile während der asiatischen Krise einen Abfall des BIP pro Kopf ab dem Jahr 1998, mit dem stärksten negativen Wachstum von 1,4% im Jahre 1999. Argentinien dagegen litt unter der asiatischen Krise, anschließend aber auch unter der russischen und brasilianischen Krise, welche die Krise von 2001 auslösten, in der das BIP pro Kopf bis zu -11,7% im Jahre 2002 betrug. Auch wenn die Stärke der Auswirkungen der Wirtschaftskrisen in beiden Ländern unterschiedlich war, wird ein starker Abfall des BIP pro Kopf festgestellt, weswegen das Jahr 2001 als Zeitraum einer Wirtschaftskrise bezeichnet wird.

Grafik 6.1: Wachstum des BIP pro Kopf in Chile und Argentinien in vergleichender Perspektive (Werte in Prozent)



Quelle: Eigene Ausarbeitung auf Basis der Daten der statistischen Jahrbücher der "Comisión Económica para América Latina y el Caribe" (CEPAL)

5.- Ergebnisse

Die Ergebnisse der angewandten Methodologie, aus einer vergleichenden Perspektive, ermöglichen es, zwischen vier Gruppen von Faktoren zu unterscheiden, die von Interesse sind: Die wirtschaftlichen Auswirkungen auf den Rückhalt des demokratischen Systems, das interpersonelle Vertrauen, das Bildungsniveau und die politische Orientierung.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen

Chile und Argentinien durchlebten Militärregime mit unterschiedlichen Charakteristika. Einer der großen Unterschiede waren mit Sicherheit die Varianten in den Marktmodellen. Die chilenische Regierung mit Pinochet an der Spitze führte ein neoliberales Modell ein, welches alle gewünschten Politiken ermöglichte. Die Preiskontrolle wurde abgeschafft; die Zölle wurden dramatisch reduziert, wodurch die Importe stiegen; die Finanzmärkte und internationalen Kapitalflüsse wurden liberalisiert, der öffentliche Sektor wurde neu strukturiert und reduziert; die Agrarreform wurde rückgängig gemacht und ein aggressiver Prozess der Privatisierung staatlicher Firmen wurde begonnen (Davis und Labán 1996). 1980 gab es nur noch 43 Firmen, die nicht privatisiert waren, während es unter Allende noch 500 gewesen waren⁷⁴.

Argentinien dagegen ersetzte das Modell der Imports substitutionen durch das orthodoxe Marktwirtschaftsmodell erst im Jahre 1990. Außerdem, wie weitgehend anerkannt ist, ist sein größtes wirtschaftliches Problem die Tatsache, dass es nicht geschafft wurde, ein Modell zu konsolidieren, welches Wachstum aufgrund konkurrenzfähiger Raten geschaffen hätte.

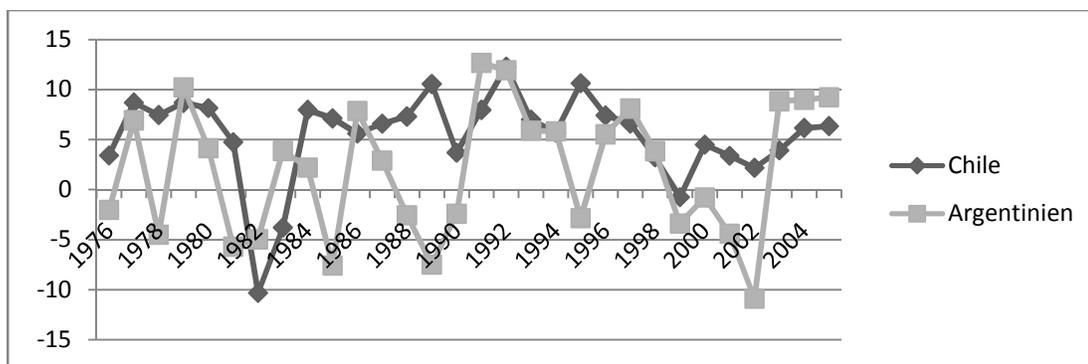
Argentinien ist seit 1972 durch permanente Inflationsperioden gekennzeichnet. In jenem Jahr betrug die Inflation 64%. Nach der populistischen Regierung Juan und Evita Perons betrug die Inflation 350% jährlich. Die exzessiven Staatsausgaben während des Falklandkrieges trugen dazu bei, dass die Inflation 1984 auf 430% anstieg. 1989 erreichte sie während der Regierung Raúl Alfonsins einen historischen Rekord von 4923%. Carlos Saúl Menem übernimmt die Regierung in einer komplexen wirtschaftlichen Situation und 1990 betrug die Inflation 1343%.

⁷⁴ Davis und Labán (1996) oben zitiert.

Nach Jahrzehnten der wirtschaftlichen Stagnation erschien die Figur Domingo Cavallos, ein liberaler Wirtschaftler, der zu dieser Zeit Außenminister war. Er stand hinter dem Paritätsgesetz, welches einen festen Wechselkurs von einem Peso zu einem US-amerikanischen Dollar festsetzte. Diese Maßnahme schien zunächst ein Erfolg zu sein und es gelang die Hyperinflation zu kontrollieren und während der 90er Jahre Wirtschaftswachstum zu generieren. Im Jahr 2001 allerdings wurde sie zu einer der Hauptursachen für ein der schwersten Finanzkrisen in der Geschichte Argentiniens.

Beim Vergleich des chilenischen mit dem argentinischen Fall, wie in der folgenden Grafik zu sehen, wird deutlich, dass Argentinien in den letzten Jahrzehnten sehr viel mehr Perioden der Wirtschaftskrise durchgemacht hat. Argentinien weist für den Zeitraum von 1976 bis 2005 13 Jahre mit negativem Wirtschaftswachstum auf, während es bei Chile lediglich drei sind (während der Krise von 1982 und der asiatischen Krise). Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in Argentinien von 1976 bis 2005 betrug 1,98%, in Chile dagegen 5,41%⁷⁵.

Grafik 6.2: Historische Entwicklung des Wachstums des BIP pro Kopf in Chile und Argentinien in vergleichender Perspektive (Werte in Prozent)



Quelle: Eigene Ausarbeitung auf Basis der Daten der DataGov (Governance Indicators Database).

⁷⁵ DataGov: <http://www.iadb.org/DataGov/>

Aufgrund des bisher Beschriebenen ist es nicht verwunderlich, dass Argentinien der wirtschaftlichen Stabilität eine größere Bedeutung als konditionierenden Faktor für den Rückhalt der Demokratie einräumt als Chile. Tatsächlich hatte die Variable „Wahrnehmung der wirtschaftlichen Stabilität“ während des Jahres 1997 einen geschätzten und signifikanten Koeffizienten von -0,7027 und -0,3743 für den argentinischen und chilenischen Fall. Im Jahr 2001 war dieser geschätzte Koeffizient nur für Argentinien signifikant und zwar mit einem Wert von 0,4510 mit 5% Signifikanz.

Die Auswirkungen des interpersonellen Vertrauens

Das interpersonelle Vertrauen ist eine Variable, welche breit von verschiedenen wissenschaftlichen Zweigen untersucht wurde, von denen die Psychologie einer der wichtigsten ist. Petermann (1999) versteht dieses Vertrauen aus drei Perspektiven: Persönlichkeit, Situation und Beziehung. Die erste Perspektive besteht aus der Klassifizierung der Personen als vertrauensselig und misstrauisch. Für die Variable der Situation bezieht sich der Autor auf die „Variablen von Anstrengung und Umfeld“. Aus dieser Perspektive werden Unterschiede gemacht nach Geschlecht, den neutralen Variablen der Macht und der Art von Informationen, die geschaffen werden. Hier bleiben die Unterschiede, die zwischen Leute aus der Stadt und vom Land bestehen können und die Beziehung zwischen dem Vertrauen und dem Stress ausgeschlossen, da es keine Studien gibt, die diese bestätigen. Die Variable Beziehung stellt eher einen soziologischen Begriff dar und bezieht sich auf einen Vorschlag, das Risiko zu reduzieren. In dieser Perspektive wurde das „Gefangenendilemma“ untersucht, welches einem fundamentalen Test oder Problem der „Spieltheorie“ entspricht⁷⁶.

⁷⁶ Petermann (1999) oben zitiert

Bei der exklusiven Beschränkung auf die politische Wissenschaft spielt das interpersonelle Vertrauen innerhalb der Debatte über das soziale Kapital (Almond und Verba 1963), die politische Kultur (Putnam 1994) und die sozialen Netzwerke (Burt 2000) eine relevante Rolle. In der Folge wurde versucht, von dem interpersonellen Vertrauen ausgehend, das Vertrauen in die Institutionen zu untersuchen, da man davon ausging, dass sich das letztere über das erstere erklären lasse. Fallstudien haben gezeigt, dass Auswirkungen des interpersonellen Vertrauens auf das institutionelle existieren, so zum Beispiel in den Vereinigten Staaten (Levi 1998; Putnam 1993).

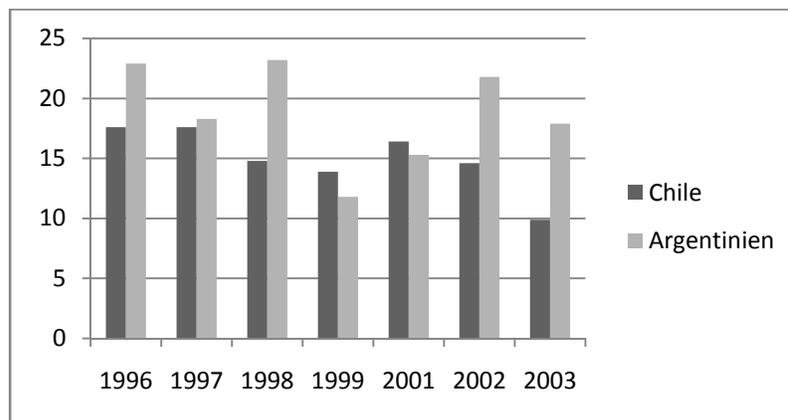
Für die Theoriker, welche die These der kulturellen Ordnung, welche davon ausgeht, dass das Vertrauen an die überlieferten Normen gegenüber der Individuen im Prozess der Sozialisierung gebunden sei, vertreten, ist das Vertrauen in die Institutionen in der Konsequenz eine Erweiterung des interpersonellen Vertrauens, welches früh im Leben gelernt wurde und später auf das Vertrauen in die Institutionen übertragen wurde (González 2006).

Putnam (1994) geht davon aus, dass das interpersonelle Vertrauen generell in sozialen Bereichen eine wichtige Rolle spiele. In einer Gesellschaft, die reich an interpersonellem Vertrauen, sozialen Netzwerken und Organisationen freiwilliger Arbeit ist, ist es wahrscheinlicher, dass effiziente politische Institutionen geschaffen und bessere wirtschaftliche Ergebnisse erzielt werden. Das heißt, dass eine aktive Zivilgesellschaft den politischen und wirtschaftlichen Institutionen soziale Kontrollen auferlegt und die Produktivität sowie der Zwang Rechenschaft abzulegen steigen.

Die Daten, die aus den statistischen Modellen gewonnen wurden und im Anhang gezeigt werden, zeigen, dass der Rückhalt der Demokratie in Argentinien stark von dem Niveau des

interpersonellen Vertrauens beeinflusst ist, in Chile dagegen nicht. Außerdem, wie in der folgenden Grafik zu sehen ist, weist Argentinien ein höheres Niveau an interpersonellem Vertrauen auf als Chile, welches nur in den Jahren 1999 und 2001 ein höheres Niveau besitzt und lässt so die Auswirkungen der Wirtschaftskrise in dieser Variable unterscheiden.

Grafik 6.3: Interpersonelles Vertrauen (angegebene Werte in Prozent)



Quelle: Eigene Ausarbeitung auf Basis der Daten des Latinobarometers.

Daraus lässt sich schließen, dass der starke Rückhalt der Demokratie in Argentinien, verglichen mit Chile, in hohem Maße mit dem hohen Niveau an interpersonellem Vertrauen zu tun hat. Daraus wiederum folgt, dass einer der Faktoren, weswegen die Wirtschaftskrisen Auswirkungen auf den Rückhalt der Demokratie in Argentinien hatten, die Auswirkungen dieses Vertrauens sind.

Warum aber spielt das interpersonelle Vertrauen nun eine so wichtige Rolle für den Rückhalt der Demokratie in Argentinien, nicht aber in Chile? Aus einer psychologischen Perspektive ist das interpersonelle Vertrauen invers proportional zur sozialen Unsicherheit, das heißt, das Risiko, in sozialer Interaktion ausgebeutet zu werden. Je größer also die soziale Unsicherheit ist, desto größer ist auch die Angst davor, dass sich starke und dauerhafte Beziehungen

etablieren (Páez und Campos 2004). Diese Argumente sind stark mit politischen Begriffen verbunden. Es existieren Untersuchungen, die auf Analysen von statistischen Regressionen basieren, die davon ausgehen, dass das Niveau des interpersonellen Vertrauens in Verbindung mit der Korruption und der politischen Stabilität stehe. Jong-Sung You (2005) verwendete nicht lineares hierarchisches Modell mit zwei Niveaustufen und die Daten des „World Values Survey“ und „European Values Study“ für 80 Länder und kam zu der Schlussfolgerung, dass die Gleichheit einer Gesellschaft das interpersonelle Vertrauen beeinträchtigt. Das heißt, in den gerechteren Gesellschaften, was demokratische Vorgehensweise, den Respekt der gleichen Anwendung der Normen durch die Administration, ein geringes Niveau an Korruption und eine ausgeglichene Verteilung der Einkommen angeht, erhöht sich das interpersonelle Vertrauen.

Aus all diesem lässt sich schlussfolgern, dass die Bedeutung der Korruption und der Entwicklung eines politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systems in Argentinien, welches zu interpersonellem Vertrauen führt, eine hervorstechende Rolle für das demokratische System spielt.

Die Auswirkungen der Bildung und des politischen Interesses

Was die Bedeutung der Bildung für die Demokratie angeht, so existiert eine breite Literatur für den Fall Lateinamerikas. So hat zum Beispiel Carlin (2006) mit sukzessiven OLS Modellen (Ordinary least squares) ermittelt, wie der sozioökonomische Kontext und Zustand den Rückhalt der Demokratie in Lateinamerika beeinflussen. Seine Studie basierte auf einem Test von acht Ländern Lateinamerikas für verschiedene Zeiträume, vom Jahr 1995 bis zum Jahr 2000. Er verwendete hierbei die Daten der „World Values Survey“ und kam zu dem Schluss, dass die Bedeutung der Bildung für den Rückhalt der Demokratie in Lateinamerika signifikant

sei. Diese Variable erhielt den wichtigsten Regressionskoeffizienten des Modells vor anderen wie zum Beispiel: BIP pro Kopf, Ungleichheit, Armut, Inflation, Arbeitslosigkeit und Einkommen. Graham und Sukhtankar (2004) untersuchten ebenfalls den Einfluss der Bildung auf den Rückhalt der Demokratie während der Wirtschaftskrise von 2001 in Argentinien. Die Autoren führten eine geordnete Logit Schätzung durch und verwendeten Variablen der individuellen Ebene des Latinobarometers. Das Ergebnis war ein positiver und signifikanter Koeffizient für diese Variable. Carlos Huneeus (2003) untersuchte den Rückhalt der Demokratie im Jahr 2001 für den chilenischen Fall. Er benutzte eine logistische Regression auf individueller Ebene mit den Statistiken von Cox-Snell und Nagelkerke sowie den Daten des Latinobarometers. Dabei fand er heraus, dass die Variable Bildung den höchsten positiven und signifikanten geschätzten Koeffizienten des Modells hat, das heißt, die Interviewten mit einem Universitätsabschluss unterstützen die Demokratie stärker als diejenigen mit einem niedrigeren Bildungsniveau.

Aus den Ergebnissen ergibt sich, dass die Variable Bildung in Argentinien positiv und konsistent ist. Das bedeutet, dass diejenigen, bei denen der Rückhalt der Demokratie am größten ist, auch diejenigen sind, die über ein höheres Bildungsniveau verfügen, sei es universitär oder schulisch⁷⁷. Diese Variable hat einen starken Bezug zum Wirtschaftswachstum, da, wenn dieses steigt, auch die Möglichkeiten einer höheren Bildung steigen. Weiterhin ist bekannt, dass sie in Verbindung mit einer Reihe von sozioökonomischen Faktoren wie Einkommensniveau, Ungleichheit und Armut steht. Aus dieser Perspektive bewahrheiten sich die Worte Ocampos (2003), der die Bildung als den Schlüsselfaktor für die Stärkung der Demokratie bezeichnet: „Das gegenwärtige Panorama der Region zeigt, dass der Zugang zu

⁷⁷ Siehe die Konstruktion der Variablen im Anhang.

hochwertiger Bildung weiterhin sehr segmentiert ist. Die Bildung weist große Unterschiede im Ertrag auf, die von dem Einkommensniveau und territorialer Lokalisierung abhängen, wodurch sich die Ungleichheiten zukünftiger Arbeits- und Lebenswege reproduzieren“.

Der Vergleich der Ergebnisse des argentinischen mit dem chilenischen Fall führt zu dem Schluss, dass der mangelhafte Unterricht zur Demokratie in den chilenischen Bildungsschichten dazu führt, dass die Variable „Bildung“ für den Rückhalt der Demokratie nicht von Bedeutung ist. Das heißt, die Einführung von Zivilkultur und den demokratischen Werten in das Bildungssystem ist dringend von Nöten.

Den Umfragen LAPOP (2008) zufolge besitzt die chilenische Bevölkerung eine mangelhafte politische Bildung⁷⁸. Der Index der politischen Bildung, der aus einer Reihe von Fragen besteht, um zu ermitteln, wie informiert die Bevölkerung eines bestimmten Landes ist, beträgt für Chile 51,1 und für Argentinien 67,4. Die höchste Punktzahl weist Uruguay (70,1) auf, während Nicaragua (35) am schlechtesten abschneidet.

Verbesserungen im chilenischen Bildungssystem würden die Möglichkeiten der Teilhabe der Individuen erhöhen, als informierte und kompetente Bürger am öffentlichen Leben teilzuhaben und so zu einer aktiven, teilhabenden und effizienten Bürgerschaft führen. Eine größere Kenntnis der fundamentalen Prozesse der Demokratie und ein besseres Verständnis der politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen der öffentlichen Handlungen sind hier essentiell. Dieses Argument wird von dem schwachen geschätzten Koeffizienten zwischen dem Interesse an der Politik und dem Rückhalt der Demokratie in Chile im Vergleich mit

⁷⁸ Der Index der politischen Bildung wird mittels der folgenden Fragen gemessen: GI1: Wie heißt der gegenwärtige Präsident der Vereinigten Staaten? GI2: Wie heißt der Präsident des Kongresses/Parlamentes ihres Landes? GI3: Wie viele Provinzen/Departements/Staaten hat ihr Land? GI4: Wie lange dauert die Amtszeit des Präsidenten ihres Landes? GI5: Wie heißt der Präsident Brasiliens? Die positiven Antworten wurden zusammengerechnet und in eine Skala von 0 bis 100 umgewandelt.

Argentinien gestützt. Im Fall Argentiniens, im Unterschied zu Chile, ist der Rückhalt der Demokratie in einem Jahr des Wachstums umso größer, je größer das Interesse an der Politik ist. In einem Jahr der Krise ist dieses Verhältnis noch akzentuierter. Zusammenfassend kann der Schluss gezogen werden, dass die zivile Kultur und die Bildung Schlüsselfaktoren innerhalb des Rückhaltes der Demokratie in Argentinien, im Gegensatz zu Chile, sind.

Die Auswirkungen der politischen Orientierung

Wie bereits gesehen sind es die Eigenheiten der Veränderung des Wirtschaftsmodells in den beiden Fällen Chile und Argentinien und die historische Entwicklung der Demokratie, welche die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Kontexte präzisieren, in denen sich die zu untersuchenden Umstände entwickelten. Es ragen die deutlichen Unterschiede der politischen Kultur heraus, die unter anderem zu der Annahme führen, dass sie maßgeblich zu den unterschiedlichen Niveaus an demokratischem Rückhalt im chilenischen und argentinischen Volk beigetragen haben.

Aus dieser Perspektive ist zu sehen, dass der Rückhalt der Demokratie in Chile im Besonderen von der politischen Orientierung der Befragten abhängt. Das heißt, es gibt eine Tendenz die anzeigt, dass die Befragten der Rechten die Demokratie nicht unterstützen. Aus einer vergleichenden Perspektive stellt sich nun die Frage, warum dies in Chile passiert, aber nicht in Argentinien. Man hätte davon ausgehen können, dass die Anhänger der jeweiligen Oppositionspartei die Demokratie weniger unterstützen, wie dies in Chile der Fall ist. Dem ist allerdings nicht so⁷⁹.

⁷⁹ Von 1990 bis 2010 wurde Chile von der Mitte-Links Koalition der „Concertación de partidos por la democracia“ regiert.

Für den argentinischen Fall kann ein hohes Maß der Verpflichtung der Bürger mit der Demokratie festgestellt werden, das heißt, die politische und zivile Kultur sind hervorstechend. Dies wird sowohl durch das hohe Niveau des Rückhaltes der Demokratie als auch durch den Respekt der Kontexte des politischen Regimes erklärt.

Tatsächlich charakterisierte sich der chilenische Fall, im Gegensatz zum argentinischen, durch ein starkes autoritäres Regime, welches derjenigen Bevölkerung, welche das System ablehnte, durch harte Unterdrückung nicht viel Raum zum Protest einräumte. Carlos Huneeus beschreibt diese Realität und weist darauf hin, dass:

„Pinochet war ein starker Diktator, der die DINA schuf und den Krieg gegen Kommunismus und Terrorismus verschärfte, ohne sich dabei von den Aktionen extremer Gewalt zu distanzieren, nicht einmal bei ihrer notorischen Beteiligung bei dem Attentat in Washington 1976, welches Orlando Letelier das Leben kostete. Er hörte auch während der Wirtschaftskrise 1982/83 nicht auf, die Technokraten zu unterstützen, die die Proteste der Opposition auf harte Art und Weise bremsten⁸⁰“.

Aus einer anderen Perspektive, verfolgte das chilenische Regime, im Gegensatz zum argentinischen, ein aggressives Programm der Liberalisierung der Wirtschaft, eine intensive kommerzielle Integration mit dem Rest der Welt und eine Öffnung für private Investitionen ein und schuf so ein Wirtschaftsmodell der Marktwirtschaft.

Diese Unterschiede in der Repression und der Wirtschaftspolitik der autoritären Regime gehören zu der politischen Kultur der beiden Völker. In Argentinien brachte die Bevölkerung

⁸⁰ Carlos Huneeus. *Documento Electrónico* [en línea]: Las consecuencias del caso Pinochet en la política chilena. Centro de Estudios de Realidad Contemporánea. Sin fecha. <<http://www.cerc.cl/Publicaciones%20academicas.htm>> [Consulta: 01 Octubre 2008].

eine größere Verpflichtung mit der Demokratie zum Ausdruck, weshalb der politische Faktor stark die Legitimität des Systems beeinflusst; während in Chile die Bürger vor allem die inhärenten wirtschaftlichen Aspekte bewertete und den demokratischen Fundamenten auswich. Dies führte natürlich zu einer starken Polarisierung des politischen/sozialen Systems Chiles und es kam nicht nur zu einer enormen Ungleichheit der Klassen, sondern auch zu einem starken politischen Gegensatz.

6.- Schlussfolgerung

Dieses Kapitel konzentrierte sich auf die Unterschiede im Rückhalt der Demokratie in Chile und Argentinien. Da diese im letzteren Fall höher ausfällt, wurde nach den Gründen für dieses Phänomen gesucht, da eigentlich Chile in den letzten Jahrzehnten größere politische und wirtschaftliche Erfolge verzeichnen konnte.

Um diese Frage zu beantworten, wurde ein Regressionsmodell in vergleichender Perspektive zwischen dem chilenischen und dem argentinischen Fall für einen Zeitraum des Wirtschaftswachstums und einen der Krise angefertigt. Das Ziel dieser Analysetechnik war es, diejenigen unabhängigen Variablen zu ermitteln, die für beide Fälle am signifikantesten sind, da angenommen wird, dass der Grad des Einflusses dieser Variablen auf den Rückhalt der Demokratie sich in Zeiten von Wirtschaftskrisen verändern kann.

Diese statistische Methodologie wurde mit den historischen Einflüssen der autoritären Regime in Chile und Argentinien ergänzt. Deshalb wurde die Ursache der Unterschiede des Niveaus des Rückhaltes der Demokratie durch Nachforschungen in der politischen Kultur versucht zu finden.

Die Ergebnisse führten zu vier Ergebnissen. Erstens, was die Variable „Wahrnehmung der wirtschaftlichen Stabilität“ angeht, so wurde geschlussfolgert, dass diese in Argentinien signifikanter für den Rückhalt der Demokratie ist als in Chile. Die Handhabung der Wirtschaft und die Ergebnisse, die von den Militärregimen und den demokratischen Systemen in den letzten Jahrzehnten erreicht wurden und die durch eine hohe Inflation und wirtschaftliche Stagnation charakterisiert waren, haben dazu geführt, dass diese Variable hochgradig sensibel ist. Zweitens, das interpersonelle Vertrauen ist in Argentinien ein signifikanter Faktor für den Rückhalt der Demokratie, nicht aber in Chile. Diese Variable wird von einer starken sozialen Unsicherheit bestimmt, das heißt, von Effekten der Korruption und der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Argentinien. Drittens wird der Schluss gezogen, dass die Bildung und das Interesse an der Politik einer der wichtigsten Faktoren für das hohe Niveau des Rückhaltes der Demokratie in Argentinien im Vergleich zu Chile ist. In Argentinien ist der geschätzte Koeffizient positiv und konsistent, was darauf hindeutet, dass die Befragten mit einer höheren Bildung dazu tendieren, mehrheitlich die Demokratie zu unterstützen. Weiterhin gibt es in diesem Fall einen signifikanten geschätzten Koeffizienten zwischen den Individuen, die an der Politik interessiert sind und denen, welche die Demokratie unterstützen. Hier sind eine konsolidierte Zivilkultur und eine hohe politische Bildung wahrzunehmen. Trotzdem ist der chilenische Fall durch eine Bevölkerung charakterisiert, die ein mittelmäßiges Wissen zu den politischen Ereignissen aufweist, mit wenig informierten und kompetenten Bürgern, was natürlich die Wahrnehmung der Demokratie als bestes politisches System beschädigt hat. Viertens, in Chile ist im Gegensatz zu Argentinien eine starke Polarisierung zwischen den Anhängern der politischen Linken und Rechten wahrzunehmen, wobei die Letztgenannten dazu tendieren, eine kritischere Einstellung zur Demokratie zu zeigen. Dies ist ein Bild aus der Vergangenheit und gehört zu der Einstellung, welche die autoritären Regime

hatten. In Argentinien zeigt sich die Bevölkerung stärker der Demokratie verpflichtet, was bedeutet, dass der politische Faktor zugunsten der demokratischen Legitimität ausfällt. In Chile schätzten die Bürger im Wesentlichen wirtschaftliche Aspekte und weniger die demokratischen Fundamente. Dies führte zu einer starken Polarisierung im politischen/sozialen System Chiles und brachte eine starke Ungleichheit der Klassen und einen starken politischen Gegensatz mit sich.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass bei einer vergleichenden Betrachtung der politischen Traumata Argentiniens und Chiles der Schluss gezogen werden kann, dass die argentinische Gesellschaft stärker die Einheit gesucht hat, um sich dem autoritären System entgegenzustellen, während die chilenische Gesellschaft viel stärker von dem Regime Pinochets unterdrückt wurde. Andererseits hatte das chilenische Militärregime Erfolg in der Wirtschaftspolitik, was zu einem starken Wirtschaftswachstum führte. Die argentinische Militärregierung dagegen auf der wirtschaftlichen Ebene, wodurch sich der Prozess der demokratischen Transition mitten in einer Wirtschaftskrise vollzog. Diese Ereignisse sind fundamental für die gegenwärtige Wahrnehmung der Demokratie und in der Konsequenz, für die Unterschiede der Auswirkungen der signifikantesten Variablen für die Bewertung der Demokratie als das beste politische System.

KAPITEL VII: ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE UND FINALE BETRACHTUNGEN

Zusammenfassung der Ergebnisse

Der Diskussionsstand und die Ergebnisse der vorliegenden Dissertation stellen diverse Theorien und Annahmen in Frage, welche die bestehende Beziehung zwischen Wirtschaftswachstum, demokratischer Legitimität und ihrer Effizienz behandeln. Diese werden in Bezug auf die generierte Thematik in sieben Kapiteln präsentiert. Im ersten Kapitel werden der Diskussionsstand, die Definition der Konzepte, die Fragen der Untersuchung, die Hypothesen, die Methodologie und der Plan der Dissertation vorgestellt. Im zweiten Kapitel werden die Auswirkungen bestätigt, welche die Wirtschaftskrisen auf die Legitimität oder den Rückhalt der Demokratie haben. Auch wenn die behandelten Krisen im Untersuchungszeitraum nicht in der Lage waren, die demokratischen Regime zum Fallen zu bringen, ist es möglich, einen Abfall der Qualität der Demokratie und einen Verlust der Legitimität der politischen Systeme wahrzunehmen, besonders während der Wirtschaftskrise von 2001.

Ein weiteres interessantes Ergebnis ist die Wahrnehmung eines negativen Einflusses der Globalisierung auf die demokratische Legitimität in Zeiten einer Wirtschaftskrise. Das heißt, bei den vielen Annahmen, die dies bestätigen, muss bedacht werden, dass diese Episoden starke Nachwirkungen bei den Bürgern hinterlassen. Bei der Verschärfung der Armut und der Ungleichheit, die auf die Wirtschaftskrisen zurückzuführen sind, formieren sich in der Tat radikale Gruppen, die gegen das System sind und die globale Wirtschaftsordnung als einen der Hauptverantwortlichen für den Niedergang der sozialen Wirtschaft ausgemacht haben.

Wenn zum Beispiel die kommerzielle und finanzielle Öffnung den Ländern wirtschaftlich zu Gute kommt, können die Inkonsistenz der nationalen makroökonomischen Politiken und die Existenz schwacher oder schlecht überwachter Finanzmärkte zu einer ungenügenden Zuordnung von Finanzflüssen führen und so zu einer Wirtschaftskrise führen. Was den argentinischen Fall angeht, so lässt sich für die Krise von 2001 feststellen, dass ein großer Teil der Bevölkerung dem Internationalen Währungsfond als einen der Hauptverantwortlichen der internen Wirtschaftskrise des Landes ausmachte, da dieser zur Parität des argentinischen Pesos‘ mit dem Dollar gedrängt hatte, was als einer der größten Fehlschläge in der Wirtschaftsgeschichte des Landes gilt.

Ein weiteres Ergebnis dieses Kapitels ist die Bedeutung des legislativen Systems für die Legitimität und Effizienz der Demokratie während der Wirtschaftskrisen. Erstens führt eine Mehrheit im Senat während einer Wirtschaftskrise zu einem größeren Rückhalt der Regimes, da so die Politik zur Eindämmung der Krise erleichtert wird, wenn zum Beispiel dringende wirtschaftliche Reformen nötig sind, um noch größere Auswirkungen der Krise zu vermeiden. Zweitens, wenn es zu Exekutiv- oder Parlamentswahlen während einer Wirtschaftskrise kommt, führt dies zu einem starken Abfall des Rückhaltes der Demokratie, da solche Vorgänge starken Druck auf die zur Wahl stehenden ausübt, damit die wirtschaftlichen Probleme effizient gelöst werden. Die Wahlen führen dann dazu, dass die Fähigkeiten der Regierungen, der Krise Herr zu werden, untergraben werden, da sie einerseits der populistischen Politik gegenüberstehen, die das Vertrauen der Bürger gewinnen soll und andererseits den effizienten Politiken, um die wirtschaftlichen Probleme zu lösen, was zu einer Verschlechterung der Situation und der Wahrnehmung der Demokratie führen kann.

Das dritte Kapitel bringt drei interessante Ergebnisse mit sich. Erstens, im Gegensatz zur Literatur, die eine schwache oder nicht existente lineare Verbindung zwischen dem BIP pro Kopf und dem Rückhalt der Demokratie beschreibt, wird eine starke Wechselwirkung der beiden Variablen festgestellt, wenn die Eigenschaften der Daten in Zeitreihen klassifiziert, die eine hohe Heterogenität zeigen. Zweitens wird der Schluss gezogen, dass der Grad der Beziehung zwischen dem BIP pro Kopf und dem Rückhalt der Demokratie davon abhängt, ob ein Zeitraum des Wirtschaftswachstums oder einer der Wirtschaftskrise untersucht wird. Bei der Analyse der Beziehung der beiden Variablen während der Wirtschaftskrise des Jahres 2001 wird ein hoher negativer geschätzter Koeffizient festgestellt, während er für den Zeitraum des Wirtschaftswachstums positiv ausfällt. Deshalb unterstützten die reicheren Länder die Demokratie während der Wirtschaftskrise am wenigsten, da sie stärker von ihr betroffen waren. Dagegen waren es dieselben Länder, welche das System am stärksten stützten, als sie sich von der Krise erholten. In anderen Worten, die Länder mit einem größeren BIP pro Kopf sind den Fluktuationen im Wirtschaftssystem gegenüber kritischer. Drittens werden aus einer anderen Perspektive die Auswirkungen der Politik auf die Wirtschaft betrachtet. Hier wird der Schluss gezogen, dass es die Ländern mit den stabilsten Demokratien sind, wo Bewertung der Demokratie am kritischsten ist. Das bedeutet für den lateinamerikanischen Fall, dass eine höhere Legitimität der Demokratie nicht zu einer besseren Wahrnehmung des demokratischen Systems führt, was bedeutet, dass die Beziehung zwischen Demokratie und Wachstum in dieser Perspektive völlig abweicht. Die Wirtschaftskrisen spielen hier eine Schlüsselrolle, da der Zustand der Wirtschaft den negativen geschätzten Koeffizienten der Auswirkungen der Variable, welche die „Stabilität der Demokratie“ misst, in der Wahrnehmung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation anwachsen lässt. Das heißt, es wird festgestellt, dass sich im Zeitraum des höchsten wirtschaftlichen Wachstums der negative geschätzte Koeffizient

merkbar intensiviert, was zu der Schlussfolgerung führt, dass der Zustand der Wirtschaft die Auswirkungen der demokratischen Stabilität auf die Wahrnehmung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation bestimmt. Diese Entdeckung kann als ein Beitrag zur Diskussion angesehen werden, in welcher die Literatur eine umgekehrte U Beziehung immer dann rechtfertigt, wenn die Auswirkungen der Demokratie auf das Wirtschaftswachstum analysiert werden.

In den folgenden Kapiteln werden zwei Fallstudien betrachtet: Chile und Argentinien, da beide Länder zur selben Gruppe gehören (lateinamerikanische Länder, die von den Wirtschaftskrisen betroffen waren), aber in einigen Aspekten voneinander abweichen. Diese Unterschiede sind, die untersucht werden. Ziel ist es herauszufinden, warum die beiden Fälle derartige Unterschiede aufweisen, um anschließend die zugrunde liegenden Strukturen aufzudecken, die solche Unterschiede hervorrufen. Einerseits weist Argentinien einen der höchsten Rückhalte der Demokratie in der Region auf, obwohl es mit am stärksten von der Wirtschaftskrise betroffen war, während Chile andererseits nur ein moderates Niveau aufweist, obwohl es über eine der stärksten Wirtschaften der Region verfügt.

Was das vierte Kapitel angeht, so zeigt sich Chile als interessanter Fall in der Region, da der Rückhalt der Demokratie nicht ausschließlich von den Veränderungen des Wirtschaftswachstums abhängt. Das heißt, das BIP pro Kopf ist in diesem Fall kein Faktor mit ausreichendem Einfluss auf die demokratische Legitimität. Trotzdem wird bei der Realisierung einer geordneten Logit Schätzung für den Zeitraum 1996-2007 festgestellt, dass die gegenwärtige wirtschaftliche Situation einen positiven und signifikanten Regressionskoeffizienten aufweist. Das heißt, es existiert ein Einfluss der Wirtschaft auf die Demokratie aus einer individuellen Perspektive. Die Ergebnisse des Modells zeigen nun, dass

der Rückhalt der Demokratie hauptsächlich durch institutionelle Faktoren erklärt wird, was bedeutet, dass dieses Phänomen mit einem politischen Gegensatz zu tun hat. Die Anhänger der politischen Rechten tendieren dazu, die Demokratie nicht zu unterstützen, was die Hauptursache für den moderaten Rückhalt der Demokratie in diesem Fall ist.

Im fünften Kapitel geht um den Rückhalt der Demokratie in Argentinien, mit dem Ziel, im Besonderen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise des Jahres 2001 zu untersuchen. Deshalb wird eine geordnete Logit Schätzung für die Jahre 1997 und 2001 durchgeführt. Diese Methodologie lässt den Schluss zu, dass die Wirtschaftskrise tatsächlich die demokratische Legitimität beeinträchtigt hat, da ein großer Teil der Bevölkerung angab, dass die Wirtschaft überhaupt nicht oder wenig stabil sei. Das heißt, die Variable „Wahrnehmung der wirtschaftlichen Stabilität“ hat einen hohen negativen geschätzten Koeffizienten mit dem Rückhalt dieses politischen Systems.

Eine weitere interessante Variable ist das interpersonelle Vertrauen, da es in der Lage ist, die Legitimität der Demokratie zu beeinflussen. Alle Befragten, die angaben, man könne den meisten Personen trauen, tendieren dazu, die Demokratie zu unterstützen, sei es in einem Jahr des Wirtschaftswachstums oder in einem der Krise. Die Bedeutung der Analyse dieser Variable ist deshalb groß, da eine Vielzahl an Studien den Verlust an interpersonellem Vertrauen dem niedrigen Vertrauen in die Institutionen zuschreiben. Wenn also in einem Land ein niedriges Vertrauen in die politischen Parteien oder in die Judikative, aufgrund von Korruption, vorherrscht, ist indirekt über das interpersonelle Vertrauen die Legitimität des politischen Systems betroffen.

Das niedrige Vertrauen in die Institutionen und ein hohes Niveau an Korruption beeinträchtigen normalerweise negativ die Zufriedenheit mit der Demokratie. Dies ist einer der Hauptgründe, warum Argentinien eine der niedrigsten Bewertungen der Effizienz des demokratischen Systems in Lateinamerika hat.

Wie in den vorigen beiden Kapiteln gezeigt wurde, waren sowohl Chile als auch Argentinien auf irgendeine Weise von den Wirtschaftskrisen betroffen. Es wurde nun festgestellt, dass im Falle Argentiniens der Abfall des Rückhaltes der Demokratie während des Jahres 2001 natürlich stärker war als der in Chile während der asiatischen Krise. Das bedeutet, dass die Faktoren, die eine Demokratie in den Ländern Lateinamerikas am stärksten beeinträchtigen können, unterschiedlich sein können, weswegen Fallstudien von großer Hilfe bei der Vertiefung der Auswirkungen der wirtschaftlichen Faktoren auf die Demokratie sein können.

Im sechsten Kapitel werden Chile und Argentinien in einer vergleichenden Perspektive untersucht. Mittels einer Analyse statistischer Regression, bei der dieselben erklärenden Variablen behandelt werden, für jeweils ein Jahr des Wirtschaftswachstums und ein Jahr der Wirtschaftskrise und einer Ergänzung dieser Analysetechnik mit Nachforschungen zur politischen Kultur der jüngeren Vergangenheit wurde versucht, die Frage nach den Gründen für den größeren Rückhalt der Demokratie in Argentinien im Vergleich mit Chile zu beantworten. Die Ergebnisse zeigten die Bedeutung einiger Variablen, welche je nach Fall unterschiedlich sind. Für Argentinien zeigte sich, dass wirtschaftliche Variablen wie die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Stabilität und die Einkommensverteilung eine Tendenz in der Quantität des Rückhaltes der Demokratie produzieren können. Der Grund dieses Phänomens ist die hohe Sensibilität der Bevölkerung für diese Variablen, welche wiederum auf die wirtschaftlichen Ereignisse der letzten Jahrzehnte, eine hohe Inflation und wirtschaftliche Stagnation des

Wirtschaftssystems, zurückzuführen sind. In diesem Fall wurden ebenfalls die Auswirkungen des interpersonellen Vertrauens auf den Rückhalt der Demokratie, die auf die hohe soziale Unsicherheit zurückgehen, beobachtet. Einer der Schlüsselfaktoren für den großen Rückhalt der Demokratie ist nun die Tatsache, dass die zivile Bildung und das Interesse an der Politik eine fundamentale Rolle für den Rückhalt der Demokratie spielen. Auf der anderen Seite weist Chile eine schwache zivile Kultur und ein niedriges Niveau politischer Bildung auf. Dazu kommt weiterhin, dass sich das Land einer politischen Polarisierung zwischen der Linken und Rechten ausgesetzt sieht, da die Anhänger der letztgenannten politischen Richtung dazu tendieren, die Demokratie nicht zu unterstützen. Diese Tatsachen spiegeln die Ereignisse während der autoritären Regime der jüngsten Vergangenheit wieder und gehören so zu unterschiedlichen politischen Kulturen.

Im siebten Kapitel finden sich die Schlussfolgerungen sowie die finalen Betrachtungen und Beobachtungen.

Finale Betrachtungen und Beobachtungen

Die vorliegende Untersuchung betonte die Bedeutung, die die Wirtschaftskrisen für die Legitimität der Demokratie in Lateinamerika haben. Sicherlich wurde das Thema von einem Großteil der Literatur unserer Wissenschaft diskutiert und die statistische Methodologie und die Fallstudien haben eine enorme Debatte zu diesem Thema hervorgerufen und die Anzahl der Autoren ist groß, die nicht einverstanden mit der Annahme sind, dass der Zustand der Wirtschaft von Bedeutung für das politische System sei. Die quantitative Untersuchung der politischen Wissenschaft und speziell die Analysen der Umfragen haben günstige Ausgangspunkte zur Verfügung gestellt für die Bewertung des Niveaus der Legitimität und

Effizienz der Demokratie dank der Messungen des Rückhaltes und der Zufriedenheit mit diesem Regierungssystem mit statistischer Methodologie. Das Umfragezentrum Latinobarometer hat eine enorme Datenbasis für die Jahre von 1995 bis zum heutigen Zeitpunkt erarbeitet, die jährlich aktualisiert wird und die für die Erarbeitung statistischer Schätzungen in bei diversen politischen, wirtschaftlichen und soziologischen Themen angewandt wurden.

Bei der Betrachtung eines Großteils der nordamerikanischen und europäischen Literatur zum hier behandelten Thema, deren Daten im Wesentlichen auf der Basis von Zeitreihen gewonnen wurden, haben sich interessanten Schlussfolgerungen ergeben. Es wurde geschrieben, dass diejenigen Länder, die am tiefsten mit einem liberalen Wirtschaftssystem verwurzelt seien, ein größeres Wirtschaftswachstum generieren und deshalb ein Wachstum in diversen Aspekten des Wohlstandes verzeichnen würden, so bei der Verminderung der Armut und einem Anstieg der Qualität der politischen Institutionen oder der Demokratie im Allgemeinen. Trotzdem muss eine breite Literatur verschiedener Bereiche in Betracht gezogen werden, die darauf hinweist, dass die Legitimität der Demokratie von der Reihe weiterer Einflussfaktoren, institutionelle, politische, kulturelle, psychologische etc., abhängt. Die relative Bedeutung des Wirtschaftswachstums hängt daher meist von dem konkreten Fall der Untersuchung ab, da gewisse Elemente existieren können, welche in die Beziehung zwischen der demokratischen Legitimität und der Wirtschaft eingreifen können. In anderen Worten, die Fallstudien und die Singularitäten innerhalb der Sozialwissenschaften haben neues Licht in die Diskussion gebracht, da sich zeigt, dass die Länder verschiedene Niveaus der Legitimität des demokratischen Systems aufweisen, wo die Wirtschaft nicht der Schlüsselfaktor für die politische Entwicklung sein kann.

Aus dieser Perspektive waren die Wirtschaftskrisen sehr wichtige Faktoren innerhalb der Beziehung zwischen der Wirtschaft und der Demokratie, da sie es erlauben festzustellen, wie die Veränderungen des BIP pro Kopf oder das Wachsen des Wirtschaftssystems diverse Aspekte des demokratischen Systems beeinflussen können. Trotzdem ist auch diejenige Literatur einflussreich, die sich anstrengt zu betonen, dass die Wirtschaftskrisen keine Auswirkungen auf die Qualität der Demokratie in Lateinamerika haben, sondern im Gegenteil in solchen Perioden zeigen würden, wie sehr sie gefestigt sei.

Wenn man nun aber die empirischen Beweise und die Geschichte betrachtet, dann sind solche Perioden besorgniserregend für jedes politische System und besonders, wenn man die große Bedeutung der Marktwirtschaft im Vergleich mit der Politik bedenkt. Praktisch alle Befragten aller Länder Lateinamerikas ziehen die wirtschaftliche Entwicklung der Demokratie vor, was alarmierend ist für den Fall einer tiefen Wirtschaftskrise in der Region (Umfragen Latinobarometer). Sicherlich sind die Wirtschaftskrisen zyklische Episoden und diejenigen, von denen die Region seit der dritten Welle der Demokratisierung betroffen war, sind nicht größer als diejenigen der autoritären Episoden.

Aus dieser Perspektive will diese Untersuchung nicht andeuten, dass es aufgrund von Wirtschaftskrisen zu einer Rückkehr zu einem autoritären System kommen könnte. Dennoch ist es wahrscheinlich, dass die Demokratie als politisches Paradigma an Legitimität verliert.

ANHANG

Kapitel II

GLS Modell

Lateinamerika 1996-2003								
Abhängige Variable : Rückhalt der Demokratie								
Prädiktor	Modell 1				Modell 2			
	Koeffizient	Robust Std. Err.	z	P> z	Koeffizient	Robust Std. Err.	z	P> z
BIP pro Kopf	-	-	-	-	1,2064	0,5162	2,34	0,019
Interaktionsterme	-	-	-	-	-2,2451	0,6371	-3,52	0,000
Wirtschaftskrise (Dummy) 1= die negative Veränderung des BIP pro Kopf	-3,9605	1,8745	-2,11	0,035	-3,8086	2,6298	-1,45	0,148
Wirtschaftsgolabilisierung	-1,4472	0,3851	-3,76	0,000	-1,3472	0,3875	-3,48	0,001
Inflation	0,0391	0,0547	0,71	0,475	0,0160	0,0441	0,36	0,716
Wechselkurs (Exchange rate)	-0,0036	0,0010	-3,48	0,001	-0,0040	0,0011	-3,76	0,000
tatsächliche Kapitalflüsse (Real Flows)	0,4020	0,2050	1,96	0,050	0,3107	0,2098	1,48	0,139
Freedom Category	3,8621	1,8803	2,05	0,040	4,1701	1,8318	2,28	0,023
Regulierung in der Wahl des exekutiven XRREG	4,8190	2,2592	2,13	0,033	5,3913	2,2811	2,36	0,018
Persönliche Kontakte	0,5480	0,2051	2,67	0,008	0,4587	0,2311	1,98	0,047
Jahre der Exekutive in der Macht	1,0885	0,4114	2,65	0,008	1,3316	0,4186	3,18	0,001
Effizienz der Legislativen	9,1751	4,4729	2,05	0,040	7,4786	4,8416	1,54	0,122
Die Regierung hat die Mehrheit im Senat.	12,9891	5,2132	2,49	0,013	11,6624	4,7647	2,45	0,014
Parlaments- und Präsidentschaftswahlen	-3,7514	1,5798	-2,37	0,018	-3,6278	1,5417	-2,35	0,019
Konstant	42,2670	16,1823	2,61	0,009	43,8332	16,6302	2,64	0,008
N	119				119			
R2 Overall	0,4566				0,4765			

Aufbau der Variabel für statistische Modelle

Variabel	Durchführung	Der Rang	Quelle
Rückhalt der Demokratie	Mit welcher der folgenden Aussagen sind Sie am meisten einverstanden? (1) Die Demokratie ist jeder anderen Staatsform vorzuziehen, (2) Unter einigen Umständen, kann ein autoritärer Staat einem demokratischen vorgezogen werden, (3) Den Leuten insgesamt (wie du und ich?), gibt uns ein demokratisches Regime, das gleiche wie ein nicht-demokratisches, (8) Wissen nicht, (0) Keine Angabe.	27,30 - 86,10 % von (1)	Latinobarómetro
BIP pro Kopf	Wachstum des Bruttoinlandsproduktes pro Einwohner.	-	Comisión económica para América Latina (CEPAL)
Interaktionsterme	Interaktionsterm zwischen dem BIP pro Kopf und der Wirtschaftskrise.	BIP pro Kopf * Wirtschaftskrise	Eigene Erhebung
Wirtschaftskrise	Länder mit einem negativen Wachstum des Bruttoinlandsproduktes pro Kopf. Dummy Variable. (1) Krise, (0) keine Krise.	0-1	Eigene Erhebung
Wirtschaftsglobalisierung	Die Wirtschaftsglobalisierung wird als Güterfluss, Kapitalströme und Dienstleistungsströme über große Distanzen, definiert, sowie die Information und Wahrnehmung, die Veränderungen auf dem Markt begleiten. Es wird an Handels- und Investitionsströmen gemessen und Beschränkung gegen den Handel und das Kapital wie die Zolltarife. Jehr höher die Ziffer, desto globalisierter ist die Wirtschaft.	43,59 – 82,37	KOF Index of Globalization
Inflation	Veränderung des Preisindex für den Konsumenten	-1,20 - 99,9	Comisión económica para América Latina (CEPAL)
Wechselkurs (Exchange rate)	Die Veränderungsrate im Bezug auf den amerikanischen Dollar.	1 – 6424,34	United Nations Statistics Divisions – National Accounts
tatsächliche Kapitalflüsse (Real Flows)	Handel, ausländische Direktinvestitionen (Ströme), ausländische Direktinvestitionen (Handlungen), Eintrittszahlungen für die Einheimischen im Ausland.	24,06-95,20	Banco Mundial
Freedom Category	Der Index des "Freedom House Category" beurteilt die Länder auf einer Skala von 1 bis 7, wobei 7 am Meisten frei und 1 weniger frei ist.	1-7	Freedom House
Regulierung in der Wahl des exekutiven XRREG	Die Regulierung bezieht sich auf den Grad, auf welchem ein Regime Vorgehensweisen institutionalisiert hat, um die Macht der Exekutive zu übertragen. Es werden drei Kategorien verwendet, um den Grad	0 – 1 1= reguliert	Polity IV

	der Institutionalisierung zu unterscheiden: (1) nicht reguliert; (2) Im Übergang; (3) reguliert		
Persönliche Kontakte	Der Indikator, welcher den Telefonverkehr misst, Transfers (Prozentsatz des BIP), den Internationalen Tourismus, Die Bevölkerung im Ausland (Prozentsatz der Gesamtbevölkerung), Internationale Briefe pro Kopf. Je höher die Ziffer, desto mehr persönliche Kontakte .	19,42 – 57,11	KOF Index of Globalization
Jahre der Exekutive in der Macht	Die Jahre werden ab der Wahl der Exekutive gezählt oder ab dem 01. Januar und sind nicht an der Macht	1 - 11	DPI Database of Political Institutions 1975-2004 Thorsten Beck , Philip E. Keefer and George R. Clarke
Effizienz der Legislativen	(0) Keine. Es existiert keine Legislatur. (1) Unwirksam. Es gibt drei mögliche für diese Kodifizierung: erstens, die Legislativtätigkeit behindert das gute Funktionieren des politischen Systems; Zweitens, die innenpolitische Unklarheit kann die praktische Durchführung der Gesetzgebung unmöglich machen; drittens, die Exekutive kann das gute Funktionieren in der Ausführung der Funktionen des Legislatorsystems aufhalten oder komplett verhindern. (2) Teilweise wirksam. Eine Situation, in der die Macht der Exekutive die der Legislative zwar stärker überwiegt als im vorherigen Fall, die Legislatur(periode/Parlament) aber nicht dominiert. (3) Wirksam. Eine Situation, in der es eine bedeutende Regierungsautonomie in Bezug auf die Legislatur gibt, inklusive der wesentlich betreffenden Autorität, Steuern (Auflage der Beiträge), Ausgaben und die Macht der Annulierung von Vetos ausgeübt von der Gesetzgebung.	2 - 3	Banks' Cross-National Time-Series Data Extraction
Die Regierung hat die Mehrheit im Senat.	Gesamtanzahl der Senatssitze geteilt durch die Anzahl der Sitze der Regierung im Senat	0,17 - 1	DPI Database of Political Institutions 1975-2004 Thorsten Beck , Philip E. Keefer and George R. Clarke
Parlaments- und Präsidentschaftswahlen	Jahr der Präsidentschafts- oder Gesetzgebungswahlen. (1) Wahlen, (0) Ohne Wahlen.	0-1	The International Institute for Democracy and Electoral Assistance

Standardabweichung

Land	Rückhalt der Demokratie	BIP pro Kopf	Interaktionsterme	Wirtschaftskrise	Wirtschaftsglobalisierung	Inflation	Wechselkurs (Exchange rate)	tatsächliche Kapitalflüsse (Real Flows)	Freedom Category
Argentinien	6,16	7,25	4,47	0,53	3,32	10,35	0,97	6,07	0,53
Bolivien	5,18	1,58	0,57	0,49	2,10	4,18	1,00	4,17	0,38
Brasilien	7,91	1,00	0,43	0,53	4,39	4,65	0,88	7,15	0,53
Chile	4,12	2,50	0,53	0,38	5,52	1,87	123,93	5,42	0,00
Kolumbien	11,16	2,72	2,11	0,53	2,26	6,23	711,55	4,34	0,00
Costa Rica	5,37	3,10	0,89	0,49	5,33	2,90	69,67	6,48	0,00
Ecuador	6,37	5,10	4,18	0,53	2,91	14,10	0,00	4,87	0,53
El Salvador	17,34	0,91	0,16	0,49	6,80	3,03	0,00	11,42	0,38
Guatemala	6,67	1,06	0,15	0,53	2,99	2,08	0,87	4,41	0,00
Honduras	7,47	2,32	1,74	0,38	1,62	6,28	2,01	1,71	0,49
Mexiko	6,38	2,39	0,58	0,49	2,58	10,76	1,09	2,77	0,53
Nicaragua	10,23	1,63	0,49	0,38	4,25	3,43	2,51	3,13	0,38
Panama	14,31	1,51	0,49	0,38	2,55	0,42	0,00	5,07	0,00
Paraguay	7,71	1,74	1,29	0,38	2,25	2,78	1728,60	3,99	0,00
Peru	4,41	2,67	0,87	0,53	1,06	4,11	0,45	1,50	0,53
Uruguay	2,54	6,18	4,38	0,53	2,89	8,52	7,41	9,76	0,00
Venezuela	5,88	5,89	4,58	0,49	2,80	29,21	434,32	4,30	0,53

Land	Regulierung in der Wahl des exekutiven XRREG	Persönliche Kontakte	Jahre der Exekutive in der Macht	Effizienz der Legislativen	Die Regierung hat die Mehrheit im Senat.	Parlaments- und Präsidentschaftswahlen
Argentinien	0,00	2,85	4	0,00	0,07	0,53
Bolivien	0,00	1,60	1	0,00	0,13	0,49
Brasilien	0,00	0,97	3	0,00	0,17	0,53
Chile	0,53	1,55	1	0,00	0,03	0,49
Kolumbien	0,00	1,20	1	0,00	0,40	0,49
Costa Rica	0,00	0,59	1	0,00	0,05	0,49
Ecuador	0,53	3,57	2	0,00	0,11	0,53
El Salvador	0,00	2,93	1	0,00	0,11	0,49
Guatemala	0,00	3,30	1	0,00	0,01	0,49
Honduras	0,53	1,48	1	0,00	0,03	0,49
Mexiko	0,53	0,66	1	0,00	0,07	0,49
Nicaragua	0,00	2,42	2	0,00	0,10	0,49
Panama	0,00	1,41	1	0,00	0,06	0,38
Paraguay	0,38	2,21	1	0,00	0,03	0,49
Peru	0,53	3,59	4	0,00	0,13	0,38
Uruguay	0,00	1,46	1	0,00	0,04	0,38
Venezuela	0,00	1,63	1	0,00	0,19	0,38

Kapitel III

Aufbau der Variabel für statistische Modelle (Tabelle 3.1)

Variabel	Durchführung	Der Rang	Quelle
Rückhalt der Demokratie	Mit welcher der folgenden Aussagen sind Sie am meisten einverstanden? (1)Die Demokratie ist jeder anderen Staatsform vorzuziehen, (2) Unter einigen Umständen, kann ein autoritärer Staat einem demokratischen vorgezogen werden, (3) Den Leuten insegsamt(wie du und ich?), gibt uns ein demokratisches Regime, das gleiche wie ein nicht-demokratisches, (8) Wissen nicht , (0) Keine Angabe.	% von (1)	Latinobarómetro
BIP pro Kopf	Wachstum des Bruttoinlandproduktes pro Einwohner.	-	BIP pro Kopf
Wirtschaftskrise	Länder mit einem negativen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf. Dummy Variable. (1) Krise, (0) keine Krise.	0-1	Eigene Erhebung
Interaktionsterme	Interaktionsterm zwischen dem BIP pro Kopf und der Wirtschaftskrise.	BIP pro Kopf * 1 (periode 1996-2003; Krise) und BIP pro Kopf * 0 (periode 2004-2007; keine Krise)	Eigene Erhebung
Freedom Category	Der Index des "Freedom House Category" beurteilt die Länder auf einer Skala von 1 bis 7, wobei 7 am Meisten frei und 1 weniger frei ist.	1-7	Freedom House
Vorige wirtschaftliche Situation	Halten Sie die aktuelle wirtschaftliche Situation des Landes als besser, gleich, oder schlechter, als vor zwei Monaten? (-4)Nicht befragt (0) Keine Angabe (1) Viel besser (2) Ein bisschen besser (3) Gleichgeblieben (4) Ein bisschen schlimmer (5) Viel schlimmer(8) Weiß nicht	% von (1) und (2)	Latinobarómetro
Sozioökonomisches Niveau	Bewertung des Sozioökonomischen Niveaus des Befragten. Als Bezugspunkt: Wohnqualität, Qualität der Einrichtung und generelle Erscheinung des Interviewten. (1) Sehr gut, (2) Gut, (3) Regulär, (4) Schecht, (5) Sehr schlecht, (0) Weiß nicht/Keine Angabe.	% von (1) und (2)	Latinobarómetro
Regulierung der politischen Beteiligung (PARREG)	Ist die Kontrolle der politischen Tätigkeit durch nationale politische Organisationen, oder dank der Wirksamkeit des politischen Systems. Diese Dimension charakterisiert sich in fünf Skalen: (1) Nicht reguliert (2) Mehrfache Identität (3) Sektor (4)	1-5	Polity IV

	Eingeschränkt (5) Reguliert		
Vertrauen in die Judikative	Bitte schauen Sie sich diese Karte an und sagen Sie mir, für jede einzelne Gruppe, Institution, oder genannten Personen in der Liste, Wieviel vertrauen haben Sie in...?. Würden Sie sagen, dass sie viel, etwas, ein bisschen oder gar kein Vertrauen in... haben?. Judikative/richterliche Gewalt. (-4) Nicht befragt (0) Keine Antwort (1) viel Vertrauen (2) etwas Vertrauen (3) ein bisschen Vertrauen (4) Kein Vertrauen (8) Weiß nicht	% von (1) und (2)	Latinobarómetro
Kulturelle Nähe	Anzahl der McDonalds Restaurants (pro Kopf), Anzahl von Ikea (pro Kopf), Bücherhandel (Prozentsatz des BIP)	1 bis 100; 100 bedeutet mehr "Kulturelle Annäherung"	KOF Index of Globalization

Mittelwert Tabelle 3.1 (1996-2006)

Land	Rückhalt der Demokratie	BIP pro Kopf	Freedom Category	Vorige wirtschaftliche Situation	Sozioökonomisches Niveau	PARREG	Vertrauen in die Judikative	Kulturelle Nähe
Argentinien	67,36	2,63	1,70	11,65	53,81	2,00	21,99	41,40
Bolivien	57,65	1,15	1,50	6,84	25,74	2,00	25,20	20,14
Brasilien	40,53	1,08	1,70	13,64	49,23	2,00	40,87	37,70
Chile	54,81	2,93	2,00	14,76	34,31	2,60	33,78	42,17
Kolumbien	49,91	1,64	1,00	8,07	56,19	2,00	44,74	39,89
Costa Rica	75,82	3,66	2,00	12,43	52,32	5,00	31,81	46,34
Ecuador	49,58	1,14	1,30	9,42	39,40	2,00	16,40	40,35
El Salvador	52,31	1,13	2,00	14,96	37,77	2,00	29,67	38,06
Guatemala	40,58	1,08	1,00	9,24	34,75	2,00	23,10	43,91
Honduras	51,62	1,32	1,20	10,89	39,81	2,00	33,55	41,36
Mexiko	52,19	1,89	1,70	13,67	31,63	2,00	26,86	40,99
Nicaragua	57,24	1,87	1,10	6,96	30,37	2,00	23,81	40,05
Panama	57,80	3,58	2,00	11,55	43,32	5,00	29,72	47,11
Paraguay	42,38	,22	1,00	4,15	43,62	2,00	22,81	40,51
Peru	54,63	2,99	1,70	4,34	21,98	2,30	17,46	36,99
Uruguay	80,01	2,07	2,00	9,88	46,71	5,00	48,88	39,35
Venezuela	67,72	1,62	1,20	20,98	41,61	2,00	38,21	41,95

Standardabweichung Tabelle 3.1 (1996-2006)

Land	Rückhalt der Demokratie	BIP pro Kopf	Freedom Category	Vorige wirtschaftliche Situation	Sozioökonomisches Niveau	PARREG	Vertrauen in die Judikative	Kulturelle Nähe
Argentinien	5,62	7,23	0,48	9,53	5,91	0,00	6,40	0,81
Bolivien	6,26	1,47	0,53	5,73	6,22	0,00	5,65	17,72
Brasilien	6,13	1,73	0,48	7,27	4,47	0,00	4,45	1,09
Chile	5,41	2,12	0,00	7,46	6,74	1,26	8,44	1,52
Kolumbien	8,79	3,60	0,00	5,68	4,63	0,00	7,73	0,48
Costa Rica	5,76	2,42	0,00	4,54	7,07	0,00	7,53	0,52
Ecuador	7,77	4,70	0,48	6,70	6,05	0,00	6,39	1,05
El Salvador	15,10	1,06	0,00	6,36	11,08	0,00	7,95	10,55
Guatemala	7,41	1,30	0,00	5,53	8,04	0,00	5,97	1,52
Honduras	10,52	2,56	0,42	4,95	7,63	0,00	9,66	1,80
Mexiko	5,83	2,01	0,48	5,19	8,10	0,00	8,42	0,39
Nicaragua	10,74	1,45	0,32	5,04	8,85	0,00	7,72	9,95
Panama	10,85	3,19	0,00	6,58	5,86	0,00	7,47	0,90
Paraguay	6,23	2,56	0,00	1,51	6,66	0,00	8,29	1,51
Peru	8,08	3,29	0,48	2,82	4,39	0,48	3,32	1,18
Uruguay	3,29	6,84	00,00	6,78	4,04	0,00	6,26	1,34
Venezuela	6,73	8,72	,42	16,69	7,24	0,00	10,88	1,66

Aufbau der Variabel für statistische Modelle (Tabelle 3.2 und 3.3)

Variabel	Durchführung	Der Rang 2003-2007	Der Rang 1996-2003	Der Rang 1996-2007	Quelle
Gegenwärtige wirtschaftliche Situation	Wie würden Sie die aktuelle wirtschaftliche Situation des Landes bezeichnen? Würden Sie sagen: (1) Sehr gut, (2) Gut, (3) Durchschnittlich, (4) Schlecht, (5) Sehr schlecht, (8) Weiß nicht, (0) Keine Antwort.	1,60-52,33 % von (1) und (2)	1,10-27,6 % von (1) und (2)	1,10-52,33 % von (1) und (2)	Latinobarómetro
BIP pro Kopf	Wachstum des Bruttoinlandproduktes pro Einwohner.	0,10-15,80	-11,70-7,8	-11,7-15,8	Comisión económica para América Latina (CEPAL)
Inflation	Veränderung des Preisindex für den Konsumenten	1,10-21,7	-1,2-99	-1,2-99	Comisión económica para América Latina (CEPAL)
Arbeitslosigkeit	Öffentlich-städtische Arbeitslosenquote	2,80-15,40	2,5-19,70	2,5-19,70	Comisión económica para América Latina (CEPAL)
Subjektives Einkommen	Der Lohn oder das Gehalt, das Sie kriegen und die gesamten familiären	23,2-73,8 % von (1)	21,8-74 % von (1) und	21,8-74 % von (1) und	Latinobarómetro

	<p>Einnahmen,</p> <p>Erlaubt Ihnen zufriedenstellend ihre Bedürfnisse abzudecken? In welcher dieser Situationen befinden Sie sich?</p> <p>(1) Es reicht aus, sie können sparen, (2) Es reicht gerade aus, ohne größere Schwierigkeiten, (3) Es reicht nicht aus, sie haben Schwierigkeiten, (4) Es reicht ihnen nicht, sie haben große Schwierigkeiten, (8) Weiß nicht, (0) Keine Antwort.</p>	und (2)	(2)	(2)	
Besorgt darüber, arbeitslos zu werden	<p>Wie besorgt sind Sie ihren Arbeitsplatz zu verlieren oder Arbeitslos zu sein, während den nächsten zwölf Monaten? (1) Sehr besorgt, (2) Besorgt, (3) Ein bisschen besorgt, (4) Nicht besorgt, (0) Weiß nicht/Keine Antwort.</p>	18,6-62,8 % von (1) und (2)	13-86,20 % von (1) und (2)	13-86,20 % von (1) und (2)	Latinobarómetro
Zufriedenheit mit der Demokratie	<p>Im Allgemeinen, würden Sie sagen, dass Sie sehr zufrieden sind, eher zufrieden, nicht sehr zufrieden oder gar nicht zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie sind? (1) Sehr zufrieden, (2) Eher zufrieden, (3) Nicht sehr zufrieden, (4) Gar nichts zufrieden, (8) Wissen nicht, (0) Keine Antwort.</p>	5,70-66,25 % von (1) und (2)	6,10-74,70 % von (1) und (2)	5,70-74,70 % von (1) und (2)	Latinobarómetro
DEMO (Polity IV)	<p>Der Demokratieindikator ist eine Skala von 11 Punkten (0-10).</p> <p>Der Funktionsindikator der Demokratie leitet sich aus den Kodifizierungen der Konkurrenzfähigkeit der politischen Teilnahme, der Öffnung und der Konkurrenzfähigkeit der Einberufung der Exekutive und den Beschränkung des Präsidenten her.</p>	5-10	3-10	3-10	Polity IV

Mittelwert Tabelle 3.2 (1996-2007)

Land	Gegenwärtige wirtschaftliche Situation	BIP pro Kopf	Inflation	Arbeitslosigkeit	Subjektives Einkommen	Besorgt darüber, arbeitslos zu werden	Zufriedenheit mit der Demokratie	DEMO
Argentinien	11,65	2,63	7,19	14,06	47,01	41,99	35,06	7,80
Bolivien	6,84	1,15	4,34	7,53	47,17	52,80	27,27	8,50
Brasilien	13,64	1,08	6,61	9,17	48,94	55,39	25,18	8,00
Chile	14,76	2,93	3,52	8,37	39,69	54,27	36,39	8,90
Kolumbien	8,07	1,64	9,02	15,32	58,70	43,91	25,62	7,00
Costa Rica	12,43	3,66	11,19	6,12	51,58	41,46	53,70	10,00
Ecuador	9,42	1,14	17,58	9,90	35,44	58,43	22,86	6,80
El Salvador	14,96	1,13	3,30	6,67	39,74	49,16	34,77	7,00
Guatemala	9,24	1,08	7,21	3,80	50,62	56,13	31,25	8,00
Honduras	10,89	1,32	10,00	5,93	43,48	47,84	37,91	6,80
Mexiko	13,67	1,89	8,53	4,09	59,98	53,14	27,58	7,40
Nicaragua	6,96	1,87	8,85	10,07	32,30	53,19	31,25	8,10
Panama	11,55	3,58	1,71	13,85	50,01	46,59	34,28	9,00
Paraguay	4,15	,22	8,61	9,35	61,32	54,33	12,68	7,40
Peru	4,34	2,99	3,29	9,08	38,65	56,93	16,59	7,20
Uruguay	9,88	2,07	10,25	12,84	43,73	33,10	59,11	10,00
Venezuela	20,98	1,62	24,55	13,08	40,60	53,80	45,71	6,30

Standardabweichung Tabelle 3.2 (1996-2007)

Land	Gegenwärtige wirtschaftliche Situation	BIP pro Kopf	Inflation	Arbeitslosigkeit	Subjektives Einkommen	Besorgt darüber, arbeitslos zu werden	Zufriedenheit mit der Demokratie	DEMO
Argentinien	9,53	7,23	8,46	3,46	9,99	14,65	13,05	0,42
Bolivien	5,73	1,47	2,54	1,51	8,67	10,62	8,93	0,53
Brasilien	7,27	1,73	3,25	2,32	6,13	11,73	5,36	0,00
Chile	7,46	2,12	1,36	1,30	9,13	12,92	5,93	0,74
Kolumbien	5,68	3,60	5,37	2,66	6,86	17,62	9,09	0,00
Costa Rica	4,54	2,42	1,64	0,68	4,03	10,08	11,05	0,00
Ecuador	6,70	4,70	17,26	2,05	6,07	13,42	7,89	1,40
El Salvador	6,36	1,06	1,45	0,69	11,79	16,48	8,90	0,00
Guatemala	5,53	1,30	1,33	0,82	11,70	10,30	11,80	0,00
Honduras	4,95	2,56	4,28	1,21	10,71	17,22	11,65	0,42
Mexiko	5,19	2,01	6,48	0,86	11,49	9,71	10,15	0,97
Nicaragua	5,04	1,45	2,75	2,58	8,63	16,37	14,63	0,32
Panama	6,58	3,19	1,17	2,93	9,10	14,71	9,52	0,00
Paraguay	1,51	2,56	2,88	2,47	5,51	17,99	4,96	0,70
Peru	2,82	3,29	2,63	0,44	4,83	16,97	5,48	2,90
Uruguay	6,78	6,84	5,73	2,68	7,60	9,01	9,90	0,00
Venezuela	16,69	8,72	11,57	2,94	8,84	15,43	9,51	1,06

Kapitel IV

Chile								
Ordered logit estimations 1996-2007								
Abhängige Variable	Rückhalt der Demokratie				Zufriedenheit mit der Demokratie			
Prädiktor	Koeffizient	Std. Err.	z	P> z	Koeffizient	Std. Err.	z	P> z
Alter (21-30)	-0,0138	0,0734	-0,19	0,851	-0,0045	0,0797	-0,06	0,955
Alter (31-40)	0,1060	0,0774	1,37	0,171	0,0435	0,0839	0,52	0,604
Alter (41 und älter)	0,1605	0,0711	2,26	0,024	0,1953	0,0771	2,53	0,011
Geschlecht	0,1422	0,0363	3,92	0,000	-0,0056	0,0389	-0,14	0,885
Familienstand	0,0206	0,0385	0,53	0,593	-0,0142	0,0418	-0,34	0,733
Religion	0,0212	0,0378	0,56	0,576	-0,0154	0,0407	-0,38	0,705
Sozioökonomisches Niveau	-0,1331	0,0412	-3,23	0,001	-0,0673	0,0438	-1,54	0,124
Bildung	0,1963	0,0435	4,51	0,000	0,0325	0,0454	0,72	0,473
Besorgt darüber, arbeitslos zu werden	-0,1333	0,0365	-3,65	0,000	-0,1930	0,0393	-4,90	0,000
Aktuelle wirtschaftliche Situation	0,4043	0,0560	7,22	0,000	1,0155	0,0538	18,87	0,000
Zukünftige wirtschaftliche Situation	0,3129	0,0363	8,61	0,000	0,2562	0,0389	6,59	0,000
Subjektives Einkommen	0,1032	0,0381	2,71	0,007	0,2762	0,0409	6,75	0,000
Vertrauen in politische Parteien	0,1242	0,0506	2,45	0,014	0,3425	0,0505	6,78	0,000
Vertrauen in den Kongress	0,3208	0,0444	7,22	0,000	0,4827	0,0455	10,61	0,000
Vertrauen in die Judikative	-0,0996	0,0424	-2,35	0,019	0,1169	0,0443	2,64	0,008
Zwischenmenschliches Vertrauen	-0,0042	0,0516	-0,08	0,935	0,3244	0,0528	6,15	0,000
Politisches Spektrum (Links)	0,8667	0,0573	15,12	0,000	0,3954	0,0580	6,81	0,000
Politisches Spektrum (Mitte)	0,3288	0,0439	7,49	0,000	0,1560	0,0485	3,22	0,001
Politisches Spektrum (Rechts)	-0,9748	0,0548	-17,78	0,000	-0,6311	0,0660	-9,56	0,000
N	13153				13153			
Pseudo R2	0,0593				0,0763			

Aufbau der Variabel für statistische Modelle

Variabel	Durchführung	Der Rang	Die Frequenz	Prozentsatz der gesamten (13153)	Quelle
Rückhalt der Demokratie	Mit welcher der folgenden Aussagen sind Sie am meisten einverstanden? (1)Die Demokratie ist jeder anderen Staatsform vorzuziehen, (2) Unter einigen Umständen, kann ein autoritärer Staat einem demokratischen vorgezogen werden, (3) Den Leuten insegsamt(wie du und ich?), gibt uns ein demokratisches Regime, das gleiche wie ein nicht-demokratisches, (8) Wissen nicht , (0) Keine Angabe.	1 1 2 -1 3 0 8 0 0 0	1=7211 -1=2146 0=3796	1= 54,8 -1=16,3 0=28,9	Latinobarómetro
Zufriedenheit mit der Demokratie	Im Allgemeinen, würden Sie sagen, dass Sie sehr zufrieden sind, eher zufrieden, nicht sehr zufrieden oder gar nicht zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie sind? (1) Sehr zufrieden, (2) Eher zufrieden , (3) Nicht sehr zufrieden, (4) Gar nichts zufrieden, (8) Wissen nicht , (0) Keine Antwort.	1 1 2 1 3 -1 4 -1 8 0 0 0	1=4885 -1=7954 0=494	1= 35,6 -1=60,6 0= 3,8	Latinobarómetro
Alter (21-30)	Wie alt sind Sie? (0) Keine Antwort.	0 – 20 0 21 – 30 1 31 – 120 0	1= 2898 0= 10255	1= 22 0= 78	Latinobarómetro
Alter (31 - 40)	Wie alt sind Sie? (0) Keine Antwort.	0 – 30 0 31 – 40 1 41 – 120 0	1=2857 0=10296	1=21,7 0=78,3	Latinobarómetro
Alter (41 und älter)	Wie alt sind Sie? (0) Keine Antwort.	0 – 40 0 41 – 120 1	1=6377 0=6776	1=48,5 0=51,5	Latinobarómetro
Geschlecht	Geschlecht des Befragten. Dummy Variable, 1=männlich; 2= weiblich; 0= Keine Antwort	1 1 2 0 0 0	1=5925 0=7228	1=45 0=55	Latinobarómetro
Familienstand	Was ist ihr Familienstand?. (1) Verheiratet/Lebenspartnerschaft, (2) Ledig, (3) Getrennt/Geschieden/ Verwitwert, (0) Weiß nicht/Keine Antwort.	1 1 2 0 3 0 0 0	1=7748 0=5405	1=58,9 0=41,1	Latinobarómetro

Religion	<p>Was ist Ihre Religionszugehörigkeit?</p> <p>(1) Katholisch, (2) Evangelisch, ohne spezifizierung, (3) Evangelisch getauft, (4) Evangelisch methodisch, (5) Evangelisch Pentecostal, (6) Adventistisch (7) Zeugen Jehovas, (8) Mormone, (9) Jude, (10) Protestant, (11) Kult afro/amerikanisch, Umbanda, etc, (12) Gläubiger, gehört keiner Kirche an, (13) agnostizistisch, (14) Ateist, (15) Keine, (16) Andere, (98) Weiß nicht, (00) Keine Antwort.</p>	<p>1 1 2-16 0 98 0 00 0</p>	<p>1=8998 0=4155</p>	<p>1=68,4 0=31,6</p>	Latinobarómetro
Sozioökonomisches Niveau	<p>Bewertung des Sozioökonomischen Niveaus des Befragten.</p> <p>Als Bezugspunkt: Wohnqualität, Qualität der Einrichtung und generelle Erscheinung des Interviewten. (1) Sehr gut, (2) Gut, (3) Regulär, (4) Schecht, (5) Sehr schlecht, (0) Weiß nicht/Keine Angabe.</p>	<p>1 1 2 1 3-5 0 0 0</p>	<p>1=4686 0=8467</p>	<p>1=35,6 0=64,4</p>	Latinobarómetro
Bildung	<p>Was haben Sie gelernt?</p> <p>(01) Nicht gelernt, (02) 1 Jahr, (03) 2 Jahre, (04) 3 Jahre, (05) 4 Jahre, (06) 5 Jahre, (07) 6 Jahre, (08) 7 Jahre, (09) 8 Jahre, (10) 9 Jahre, (11) 10 Jahre, (12) 11 Jahre, (13) 12 Jahre, (14) abgebrochenes Studium, (15) Beendetes Studium, (16) Hochschule/Privatschule/technische Ausbildung abgebrochen, (17) Hochschule/Privatschule/technische Ausbildung beendet, (00) Keine Angaben/Keine Antwort.</p>	<p>1-13 0 14-17 1 00 0</p>	<p>1=4069 0=9084</p>	<p>1=30,9 0=69,1</p>	Latinobarómetro
Besorgt darüber, arbeitslos zu werden	<p>Wie besorgt sind Sie ihren Arbeitsplatz zu verlieren oder Arbeitslos zu sein, während den nächsten zwölf Monaten? (1) Sehr besorgt, (2) Besorgt, (3) Ein bisschen besorgt, (4) Nicht besorgt, (0) Weiß nicht/Keine Antwort.</p>	<p>1 1 2 1 3 0 4 0 0 0</p>	<p>1=5586 0=7567</p>	<p>1=42,5 0=57,5</p>	Latinobarómetro
Aktuelle wirtschaftliche Situation	<p>Wie würden Sie die aktuelle wirtschaftliche Situation des Landes bezeichnen? Würden Sie sagen:</p> <p>(1) Sehr gut, (2) Gut, (3) Durchschnittlich, (4) Schlecht, (5) Sehr schlecht, (8) Weiß nicht, (0) Keine Antwort.</p>	<p>1 1 2 1 3-5 0 8 0 0 0</p>	<p>1=1910 0=11243</p>	<p>1=14,5 0=85,5</p>	Latinobarómetro
Zukünftige wirtschaftliche	<p>Und glauben Sie, dass in den folgenden zwölf Monaten die wirtschaftliche Situation des</p>	<p>1 1 2 1 3 0</p>	<p>1=6617 0=6536</p>	<p>1=50,3 0=49,7</p>	Latinobarómetro

Situation	Landes besser wird, gleich bleibt, oder schlechter wird als heute? (1) Schlechter, (2) Gleich, (3) Schlimmer, (8) Weiß nicht, (0) Keine Antwort.	8 0 0 0			
Subjektives Einkommen	Der Lohn oder das Gehalt, das Sie kriegen und die gesamten familiären Einnahmen, Erlaubt Ihnen zufriedenstellend ihre Bedürfnisse abzudecken? In welcher dieser Situationen befinden Sie sich? (1) Es reicht aus, sie können sparen, (2) Es reicht gerade aus, ohne größere Schwierigkeiten, (3) Es reicht nicht aus, sie haben Schwierigkeiten, (4) Es reicht ihnen nicht, sie haben große Schwierigkeiten, (8) Weiß nicht, (0) Keine Antwort.	1 1 2 1 3 0 4 0 8 0 0 0	1=6857 0=6296	1=52,1 0=47,9	Latinobarómetro
Vertrauen in politische Parteien	Bitte schauen Sie sich diese Karte an und sagen Sie mir, für jede einzelne der Gruppen, Institutionen oder genannten Personen in der Liste, wieviel Vertrauen Sie in diese haben: (1) Viel, (2) Etwas, (3) Ein bisschen oder (4) kein Vertrauen in politische Parteien, (0) Weiß nicht/Keine Antwort.	1 1 2 1 3 0 4 0 0 0	1=2938 0=10215	1=22,3 0=77,7	Latinobarómetro
Vertrauen in den Kongress	Bitte schauen Sie sich diese Karte an und sagen Sie mir, für jede einzelne der Gruppen, Institutionen oder genannten Personen in der Liste, wieviel Vertrauen Sie in diese haben: (1) Viel, (2) Etwas, (3) Ein bisschen oder (4) kein Vertrauen in den Kongress, (0) Weiß nicht/Keine Antwort.	1 1 2 1 3 0 4 0 0 0	1=4712 0=8441	1=35,8 0=64,2	Latinobarómetro
Vertrauen in die Judikative	Bitte schauen Sie sich diese Karte an und sagen Sie mir, für jede einzelne Gruppe, Institution, oder genannten Personen in der Liste, Wieviel vertrauen haben Sie in...?. Würden Sie sagen, dass sie viel, etwas, ein bisschen oder gar kein Vertrauen in... haben?. Judikative/richterliche Gewalt. (-4) Nicht befragt (0) Keine Antwort (1) viel Vertrauen (2) etwas Vertrauen (3) ein bisschen Vertrauen (4) Kein Vertrauen (8) Weiß nicht	1 1 2 1 3 0 4 0 0 0	1=4226 0=8927	1=32,1 0=67,9	Latinobarómetro
Zwischenmenschliches Vertrauen	Allgemein gesagt, Würden Sie sagen, dass man dem größten Teil der Leute vertrauen kann, oder dass einer im Umgang mit dem Anderen nicht vorsichtig genug sein kann?. (-4) Nicht befragt (0)	1 1 2 0 0 0	1=1890 0=11263	1=14,4 0=85,6	Latinobarómetro

	Weiß nicht/ keine Antwort (1) Man kann dem größtenteil der Leute vertrauen (2) Man kann im Umgang mit anderen nie vorsichtig genug sein				
Politisches Spektrum (Links)	In der Politik spricht man normalerweise von der "Linken" und "Rechten". In einer Skala, in der 0 Links ist und 10 Rechts, wo finden Sie sich wieder? (96) Nirgendwo; (97) Keine Antwort; (98) Weiß nicht	0-3 1 4-10 0 96 0 97 0 98 0	1=2423 0=10730	1=18,4 0=81,6	Latinobarómetro
Politisches Spektrum (Mitte)	In der Politik spricht man normalerweise von der "Linken" und "Rechten". In einer Skala, in der 0 Links ist und 10 Rechts, wo finden Sie sich wieder? (96) Nirgendwo; (97) Keine Antwort; (98) Weiß nicht	0-3 0 4-6 1 7-10 0 96 0 97 0 98 0	1=5519 0=7634	1=42 0=58	Latinobarómetro
Politisches Spektrum (Rechts)	In der Politik spricht man normalerweise von der "Linken" und "Rechten". In einer Skala, in der 0 Links ist und 10 Rechts, wo finden Sie sich wieder? (96) Nirgendwo; (97) Keine Antwort; (98) Weiß nicht	0-6 0 7-10 1 96 0 97 0 98 0	1=2077 0=11076	1=15,8 0=84,2	Latinobarómetro

Prädiktoren der Präferenz für die Demokratie in fünf lateinamerikanischen Ländern(1996-2003)

Ordered Logit-Modell					
Prädiktor	Brasilien	El Salvador	Guatemala	Uruguay	Paraguay
Alter (21-30)	0,2290** (0,0772)	0,1297 (0,0862)	0,2029** (0,0768)	-0,0604 (0,1186)	-0,0180 (0,0998)
Alter (31-40)	0,2519** (0,0833)	0,3405*** (0,0941)	0,2884** (0,0853)	0,0711 (0,1277)	0,1180 (0,1134)
Alter (41 und älter)	0,3821*** (0,0766)	0,3577*** (0,0875)	0,2137** (0,0802)	0,2393* (0,1123)	-0,0395 (0,0984)
Geschlecht	0,1173* (0,0472)	0,0331 (0,0480)	0,2579*** (0,0457)	-0,0252 (0,0584)	0,4093*** (0,0603)
Familienstand	-0,0832 (0,0510)	0,0338 (0,0503)	-0,0575 (0,0496)	-0,0477 (0,0616)	-0,0662 (0,0663)
Religion	-0,0720 (0,0511)	0,1592** (0,0480)	0,0880 (0,0457)	0,1251* (0,0592)	0,0594 (0,0974)
Sozioökonomisches Niveau	0,1621** (0,0493)	0,0928* (0,0544)	0,0863 (0,0485)	0,2699*** (0,0609)	0,2105** (0,0619)
Bildung	0,7077*** (0,0815)	0,4655*** (0,0620)	0,1921*** (0,0535)	0,2670*** (0,0690)	0,2650*** (0,0679)
Besorgt darüber, arbeitslos zu werden	-0,1129* (0,0482)	0,0296 (0,0487)	-0,0808 (0,0469)	-0,0181 (0,0599)	-0,0484 (0,0641)
Aktuelle wirtschaftliche Situation	0,1565* (0,0795)	-0,0834 (0,0707)	0,0327 (0,0856)	-0,1491 (0,1180)	0,0878 (0,1631)
Zukünftige wirtschaftliche Situation	0,1328** (0,0475)	0,6138*** (0,0519)	-0,0580 (0,0498)	0,1157 (0,0603)	0,1880** (0,0605)
Subjektives Einkommen	-0,0137 (0,0486)	0,2001*** (0,0525)	0,1360** (0,0466)	-0,0981 (0,0616)	0,2012** (0,0653)
Vertrauen in politische Parteien	0,0616 (0,0708)	-0,1972** (0,0736)	-0,0292 (0,0779)	0,2906*** (0,0774)	-0,1804* (0,0884)
Vertrauen in den Kongress	0,0188 (0,0631)	0,1524* (0,0710)	0,1527* (0,0713)	0,1971** (0,0744)	0,4177*** (0,0831)
Vertrauen in die Judikative	0,1245* (0,0517)	0,0865 (0,0645)	-0,0431 (0,0610)	0,2412*** (0,0651)	0,1838* (0,0789)
Zwischenmenschliches Vertrauen	0,2781* (0,1157)	-0,3074*** (0,0620)	0,0677 (0,0579)	0,3461*** (0,0659)	0,2441** (0,0895)
Politisches Spektrum (Links)	0,1550* (0,0759)	0,1496* (0,0756)	-0,2190** (0,0678)	0,7139*** (0,1100)	0,1593 (0,1033)
Politisches Spektrum (Mitte)	0,2435** (0,0716)	0,3847*** (0,0651)	-0,1474* (0,0584)	0,4387*** (0,1009)	0,0097 (0,0849)
Politisches Spektrum (Rechts)	0,1925** (0,0722)	0,2414*** (0,0651)	0,0193 (0,0650)	0,2244* (0,1050)	0,1880* (0,0935)
N	6575	7033	6998	8389	4179
Pseudo R2	0,0169	0,0373	0,0071	0,0265	0,0240

Standardfehler in Klammern. *** P < 0,001; ** P < 0,01; * P < 0,05

Kapitel V

Argentinien – Ordered logit estimations - Abhängige Variable : Rückhalt der Demokratie								
Keine Krise - 1997					Krise - 2001			
Prädiktor	Koef.	Std. Err.	z	P> z	Koef.	Std. Err.	z	P> z
Wahrnehmung der wirtschaftlichen Stabilität des Landes	-0,7027	0,1899	-3,70	0,000	-0,4510	0,2115	-2,13	0,033
Einkommensverteilung	-0,6513	0,3143	-2,07	0,038	-0,9016	0,3286	-2,74	0,006
Bildung	0,8613	0,2033	4,24	0,000	0,8082	0,1611	5,02	0,000
Korruption	0,5863	0,3621	1,62	0,105	-0,4194	0,2374	-1,77	0,077
Zwischenmenschliches Vertrauen	0,5581	0,2072	2,69	0,007	0,5656	0,1865	3,03	0,002
Vertrauen in politische Parteien	0,2709	0,1822	1,49	0,137	0,3186	0,2278	1,40	0,162
Vertrauen in den Kongress	0,3826	0,1765	2,17	0,030	0,5144	0,2038	2,52	0,012
Vertrauen in die Judikative	0,1193	0,1937	0,62	0,538	-0,2349	0,1630	-1,44	0,150
Politisches Spektrum (Links)	0,2384	0,2677	0,89	0,373	0,3243	0,2399	1,35	0,176
Politisches Spektrum (Mitte)	0,2356	0,1827	1,29	0,197	0,2639	0,1483	1,78	0,075
Politisches Spektrum (Rechts)	0,0337	0,2035	0,17	0,868	-0,1038	0,1708	-0,61	0,543
Interesse in die Politik	0,4144	0,1722	2,41	0,016	0,7543	0,1517	4,97	0,000
N	1196				1200			
Pseudo R2	0,0519				0,0612			

Argentinien – Ordered logit estimations - Abhängige Variable : Zufriedenheit mit der Demokratie

Keine Krise - 1997				Krise - 2001				
Prädiktor	Koef.	Std. Err.	z	P> z	Koef.	Std. Err.	z	P> z
Wahrnehmung der wirtschaftlichen Stabilität des Landes	-0,9702	0,1487	-6,52	0,000	-0,8078	0,2184	-3,70	0,000
Einkommensverteilung	0,1751	0,3135	0,56	0,577	0,0589	0,3922	0,15	0,881
Bildung	-0,3254	0,1549	-2,10	0,036	0,0625	0,1725	0,36	0,717
Korruption	-0,5331	0,3479	-1,53	0,126	-0,5985	0,2286	-2,62	0,009
Zwischenmenschliches Vertrauen	0,3264	0,1584	2,06	0,039	0,4922	0,1850	2,66	0,008
Vertrauen in politische Parteien	0,5385	0,1516	3,55	0,000	0,4929	0,2249	2,19	0,028
Vertrauen in den Kongress	0,1870	0,1494	1,25	0,210	0,4753	0,2073	2,29	0,022
Vertrauen in die Judikative	0,2696	0,1629	1,65	0,098	0,5305	0,1779	2,98	0,003
Politisches Spektrum (Links)	-0,1405	0,2477	-0,57	0,570	-0,6676	0,3154	-2,12	0,034
Politisches Spektrum (Mitte)	-0,2449	0,1767	-1,39	0,166	-0,3305	0,1873	-1,76	0,078
Politisches Spektrum (Rechts)	0,1000	0,1947	0,51	0,607	-0,0910	0,2111	-0,43	0,666
Interesse in die Politik	0,2828	0,1414	2,00	0,046	0,1597	0,1654	0,97	0,334
N	1196			1200				
Pseudo R2	0,0641			0,0678				

Aufbau der Variabel für statistische Modelle

Variabel	Durchführung	Der Rang	Die Frequenz 1997	Die Frequenz 2001	Quelle	
Rückhalt der Demokratie	Mit welcher der folgenden Aussagen sind Sie am meisten einverstanden? (1) Die Demokratie ist jeder anderen Staatsform vorzuziehen, (2) Unter einigen Umständen, kann ein autoritärer Staat einem demokratischen vorgezogen werden, (3) Den Leuten	1	1	1=893 (74,7%)	1=682 (56,8%)	Latinobarómetro
		2	-1	-1=177 (14,8%)	-1=254 (21,2%)	
		3	0	0=126 (10,5%)	0=264 (22%)	
		8	0			

	ingesamt(wie du und ich?), gibt uns ein demokratisches Regime, das gleiche wie ein nicht-demokratisches, (8) Wissen nicht, (0) Keine Angabe.	0 0			
Zufriedenheit mit der Demokratie	Im Allgemeinen, würden Sie sagen, dass Sie sehr zufrieden sind, eher zufrieden, nicht sehr zufrieden oder gar nicht zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie sind? (1) Sehr zufrieden, (2) Eher zufrieden, (3) Nicht sehr zufrieden, (4) Gar nichts zufrieden, (8) Weiß nicht, (0) Keine Antwort.	1 1 2 1 3 -1 4 -1 8 0 0 0	1=499 (41,7%) -1=688 (57,5%) 0=9 (0,8%)	1=245 (20,4%) -1=922 (76,8%) 0=33 (2,8%)	Latinobarómetro
Wahrnehmung der wirtschaftlichen Stabilität des Landes	Nachdem was Sie wissen oder gehört haben, wie schätzen Sie die wirtschaftliche Situation ein in Ihrem Land. (1) sehr Stabil, (2) relativ Stabil, (3) eingeschränkt Stabil, (4) gar nicht Stabil, (-4) nicht gefragt, (8) Weiß nicht	1 0 2 0 3 1 4 1 -4 0 8 0	1=938 (78,4%) 0=258 (21,6%)	1=1091 (90,9%) 0=109 (9,1%)	Latinobarómetro
Einkommensverteilung	Wie fair ist Ihrer Meinung nach die Verteilung der Einkommen in Ihrem Land? (-4) nicht gefragt (0) Keine Antwort (1) sehr fair, (2) fair (3), unfair, (4) sehr unfair(8) Weiß nicht	1 1 2 1 3 0 4 0 0 0 -4 0 8 0	1=50 (4,2%) 0=1146 (95,8%)	1=38 (3,2%) 0=1162 (96,8%)	Latinobarómetro
Bildung	Was haben Sie gelernt? (01) Nicht gelernt, (02) 1 Jahr, (03) 2 Jahre, (04) 3 Jahre, (05) 4 Jahre, (06)5 Jahre, (07) 6 Jahre, (08) 7 Jahre, (09) 8 Jahre, (10) 9 Jahre, (11) 10 Jahre, (12) 11 Jahre, (13) 12 Jahre, (14) abgebrochenes Studium, (15) Beendetes Studium, (16) Hochschule/Privatschule/technische Ausbildung	1-13 0 14-17 1 00 0	1=266 (22,2%) 0=930 (77,8%)	1=294 (24,5%) 0=906 (75,5%)	Latinobarómetro

	abgebrochen, (17) Hochschule /Privatschule/ technische Ausbildung beendet, (00) Keine Angaben/Keine Antwort.				
Korruption	Aus der Liste der Probleme, die Sie gelesen haben, glauben Sie dass sich die Korruption in den letzten fünf Jahren erhöht, verringert oder gleich geblieben ist? (-4) nicht gefragt (0) keine Antwort (1) sehr erhöht, (2) leicht erhöht, (3) gleich geblieben, (4) etwas zurückgegangen, (5) deutlich zurückgegangen, (8) Weiß nicht	1 1 2 1 3-8 0 0 0 -4 0	1=1156 (96,7%) 0=40 (3,3%)	1= 1094 (91,2%) 0= 106(8,8%)	Latinobarómetro
Zwischenmenschliches Vertrauen	Allgemein gesagt, Würden Sie sagen, dass man dem größten Teil der Leute vertrauen kann, oder dass einer im Umgang mit dem Anderen nicht vorsichtig genug sein kann?. (-4) Nicht befragt (0) Weiß nicht/ keine Antwort (1) Man kann dem größtenteil der Leute vertrauen (2) Man kann im Umgang mit anderen nie vorsichtig genug sein	1 1 2 0 0 0	1=219 (18,3%) 0=977 (71,7%)	1= 183 (15,3%) 0= 1017 (84,8%)	Latinobarómetro
Vertrauen in politische Parteien	Bitte schauen Sie sich diese Karte an und sagen Sie mir, für jede einzelne der Gruppen, Institutionen oder genannten Personen in der Liste, wieviel Vertrauen Sie in diese haben: (1) Viel, (2) Etwas, (3) Ein bisschen oder (4) kein Vertrauen in politische Parteien, (0) Weiß nicht/Keine Antwort.	1 1 2 1 3 0 4 0 0 0	1=339 (28,2%) 0=857 (71,7%)	1=148 (12,3%) 0=1052 (87,7%)	Latinobarómetro
Vertrauen in den Kongress	Bitte schauen Sie sich diese Karte an und sagen Sie mir, für jede einzelne der Gruppen, Institutionen oder genannten Personen in der Liste, wieviel Vertrauen Sie in diese haben: (1) Viel, (2) Etwas, (3) Ein bisschen oder (4) kein Vertrauen in den Kongress, (0) Weiß nicht/Keine Antwort.	1 1 2 1 3 0 4 0 0 0	1=391 (32,7%) 0=805 (67,3%)	1=205 (17,1%) 0=995 (82,9%)	Latinobarómetro
Vertrauen in die Judikative	Bitte schauen Sie sich diese Karte an und sagen Sie mir, für jede einzelne Gruppe, Institution, oder genannten Personen in der Liste, Wieviel vertrauen haben Sie in...?. Würden Sie sagen, dass sie viel, etwas, ein bisschen oder gar kein Vertrauen in... haben?. Judikative/richterliche Gewalt. (-4) Nicht befragt (0) Keine Antwort (1) viel Vertrauen (2) etwas Vertrauen (3) ein bisschen Vertrauen (4) Kein Vertrauen (8) Weiß nicht	1 1 2 1 3 0 4 0 0 0	1=246 (20,6%) 0=950 (79,4%)	1=254 (21,2%) 0=946 (78,8%)	Latinobarómetro
Politisches Spektrum (Links)	In der Politik spricht man normalerweise von der "Linken" und "Rechten".	0-3 1 4-10 0	1=118 (9,9%) 0=1078 (90,1%)	1=106 (8,8%) 0=1094 (91,2%)	Latinobarómetro

	In einer Skala, in der 0 Links ist und 10 Rechts, wo finden Sie sich wieder? (96) Nirgendwo; (97) Keine Antwort; (98) Weiß nicht	96 0 97 0 98 0			
Politisches Spektrum (Mitte)	In der Politik spricht man normalerweise von der "Linken" und "Rechten". In einer Skala, in der 0 Links ist und 10 Rechts, wo finden Sie sich wieder? (96) Nirgendwo; (97) Keine Antwort; (98) Weiß nicht	0-3 0 4-6 1 7-10 0 96 0 97 0 98 0	1=578 (48,3%) 0=618 (51,7%)	1=568 (47,3%) 0=632(52,7%)	Latinobarómetro
Politisches Spektrum (Rechts)	In der Politik spricht man normalerweise von der "Linken" und "Rechten". In einer Skala, in der 0 Links ist und 10 Rechts, wo finden Sie sich wieder? (96) Nirgendwo; (97) Keine Antwort; (98) Weiß nicht	0-6 0 7-10 1 96 0 97 0 98 0	1=303 (25,3%) 0=893 (74,7%)	1=273 (22,8%) 0=927 (77,3%)	Latinobarómetro
Interesse in die Politik	Wie stark interessieren Sie sich für die Politik? (-4) nicht gefragt, (0) Weiß nicht, (1) sehr interessiert, (2) interessiert, (3) wenig interessiert, (4) nicht interessiert, (8) Keine Antwort	1 1 2 1 3 0 4 0 0 0 -4 0 8 0	1=355 (29,7%) 0=841 (70,3%)	1=340 (28,3%) 0=860 (71,7%)	Latinobarómetro

Kapitel VI

Ordered logit estimations (Keine Krise) - Abhängige Variable : Rückhalt der Demokratie								
Argentinien 1997					Chile 1997			
Prädiktor	Koef.	Std. Err.	z	P> z	Koef.	Std. Err.	z	P> z
Wahrnehmung der wirtschaftlichen Stabilität des Landes	-0,7027	0,1899	-3,70	0,000	-0,3743	0,1333	-2,81	0,005
Einkommensverteilung	-0,6513	0,3143	-2,07	0,038	-0,1102	0,2042	-0,54	0,589
Bildung	0,8613	0,2033	4,24	0,000	-0,0873	0,1438	-0,61	0,544
Korruption	0,5863	0,3621	1,62	0,105	-0,2280	0,1606	-1,42	0,156
Zwischenmenschliches Vertrauen	0,5581	0,2072	2,69	0,007	0,2182	0,1730	1,26	0,207
Vertrauen in politische Parteien	0,2709	0,1822	1,49	0,137	0,4161	0,1646	2,53	0,011
Vertrauen in den Kongress	0,3826	0,1765	2,17	0,030	0,5768	0,1505	3,83	0,000
Vertrauen in die Judikative	0,1193	0,1937	0,62	0,538	-0,0544	0,1438	-0,38	0,705
Ideologie der Links-Politik/ Linken	0,2384	0,2677	0,89	0,373	0,9323	0,2028	4,60	0,000
Ideologie der mittleren Politik/Mitte	0,2356	0,1827	1,29	0,197	0,7125	0,1641	4,34	0,000
Ideologie der Rechts-Politik/ Rechten	0,0337	0,2035	0,17	0,868	-1,1109	0,2006	-5,54	0,000
Interesse in die Politik	0,4144	0,1722	2,41	0,016	0,2314	0,1552	1,49	0,136
N	1196				1200			
Pseudo R2	0,0519				0,1006			

Ordered logit estimations (Keine Krise) - Abhängige Variable : Rückhalt der Demokratie

Prädiktor	Argentinien 2001				Chile 2001			
	Koef.	Std. Err.	z	P> z	Koef.	Std. Err.	z	P> z
Wahrnehmung der wirtschaftlichen Stabilität des Landes	-0,4510	0,2115	-2,13	0,033	-0,2995	0,1904	-1,57	0,116
Einkommensverteilung	-0,9016	0,3286	-2,74	0,006	-0,2778	0,1847	-1,50	0,133
Bildung	0,8082	0,1611	5,02	0,000	-0,0027	0,1321	-0,02	0,983
Korruption	-0,4194	0,2374	-1,77	0,077	0,1071	0,1429	0,75	0,454
Zwischenmenschliches Vertrauen	0,5656	0,1865	3,03	0,002	-0,0743	0,1562	-0,48	0,634
Vertrauen in politische Parteien	0,3186	0,2278	1,40	0,162	0,0772	0,1643	0,47	0,639
Vertrauen in den Kongress	0,5144	0,2038	2,52	0,012	0,3159	0,1544	2,05	0,041
Vertrauen in die Judikative	-0,2349	0,1630	-1,44	0,150	0,1827	0,1381	1,32	0,186
Ideologie der Links-Politik/ Linken	0,3243	0,2399	1,35	0,176	0,9458	0,1991	4,75	0,000
Ideologie der mittleren Politik/Mitte	0,2639	0,1483	1,78	0,075	0,3249	0,1504	2,16	0,031
Ideologie der Rechts-Politik/ Rechten	-0,1038	0,1708	-0,61	0,543	-1,2599	0,1791	-7,04	0,000
Interesse in die Politik	0,7543	0,1517	4,97	0,000	0,4012	0,1486	2,70	0,007
N	1200				1174			
Pseudo R2	0,0612				0,0786			

Aufbau der Variabel für statistische Modelle

Variabel	Durchführung	Der Rang	Die Frequenz Argentinien 2001	Die Frequenz Chile 2001	Die Frequenz Argentinien 1997	Die Frequenz Chile 1997	Quelle
Rückhalt der Demokratie	Mit welcher der folgenden Aussagen sind Sie am meisten einverstanden? (1)Die Demokratie ist jeder anderen Staatsform vorzuziehen, (2) Unter einigen Umständen, kann ein autoritärer Staat einem demokratischen vorgezogen werden, (3) Den Leuten insgesamt(wie du und ich?), gibt uns ein demokratisches Regime, das gleiche wie ein nicht-demokratisches, (8) Wissen nicht , (0) Keine Angabe.	1 1	1=682 (56,8%)	1=561 (47,8%)	1=893 (74,7%)	1=731 (60,9%)	Latinobarómetro
		2 -1	-1=254 (21,2%)	-1=243 (20,7%)	-1=177 (14,8%)	-1=192 (16%)	
		3 0	0=264 (22%)	0=370 (31,5%)	0=126 (10,5%)	0=277 (23,1%)	
		8 0					
		0 0					
Wahrnehmung der wirtschaftlichen Stabilität des Landes	Nachdem was Sie wissen oder gehört haben, wie schätzen Sie die wirtschaftliche Situation ein in Ihrem Land. (1) sehr Stabil, (2) relativ Stabil, (3) eingeschränkt Stabil, (4) gar nicht Stabil, (-4) nicht gefragt, (8) Weiß nicht	1 0	1=1091 (90,9%)	1=1036 (88,2%)	1=938 (78,4%)	1=754 (62,8%)	Latinobarómetro
		2 0	0=109 (9,1%)	0=138 (11,8%)	0=258 (21,6%)	0=446 (37,2%)	
		3 1					
		4 1					
		-4 0					
Einkommensverteilung	Wie fair ist Ihrer Meinung nach die Verteilung der Einkommen in Ihrem Land? (-4) nicht gefragt (0) Keine Antwort (1) sehr fair, (2) fair (3), unfair, (4) sehr unfair(8) Weiß nicht	1 1	1=38 (3,2%)	1=128 (10,9%)	1=50 (4,2%)	1=135 (11,3%)	Latinobarómetro
		2 1	0=1162 (96,8%)	0=1046 (89,1%)	0=1146 (95,8%)	0=1065 (88,8%)	
		3 0					
		4 0					
		0 0					
Bildung	Was haben Sie gelernt? (01) Nicht gelernt, (02) 1 Jahr, (03) 2 Jahre, (04) 3 Jahre, (05) 4 Jahre, (06)5 Jahre, (07) 6 Jahre, (08) 7 Jahre, (09) 8	1-13 0	1=294 (24,5%)	1=317 (27%)	1=266 (22,2%)	1=316 (26,3%)	Latinobarómetro
		14-17 1	0=906	0=857	0=930	0=884	

	Jahre, (10) 9 Jahre, (11) 10 Jahre, (12) 11 Jahre, (13) 12 Jahre, (14) abgebrochenes Studium, (15) Beendetes Studium, (16) Hochschule/Privatschule/ technische Ausbildung abgebrochen, (17) Hochschule /Privatschule/ technische Ausbildung beendet, (00) Keine Angaben/Keine Antwort.	00 0	(75,5%)	(73%)	(77,8%)	(73,7%)	
Korruption	Aus der Liste der Probleme, die Sie gelesen haben, glauben Sie dass sich die Korruption in den letzten fünf Jahren erhöht, verringert oder gleich geblieben ist? (-4) nicht gefragt (0) keine Antwort (1) sehr erhöht, (2) leicht erhöht, (3) gleich geblieben, (4) etwas zurückgegangen, (5) deutlich zurückgegangen, (8) Weiß nicht	1 1 2 1 3-8 0 0 0 -4 0	1= 1094 (91,2%) 0= 106 (8,8%)	1=936 (79,7%) 0=238 (20,3%)	1=1156 (96,7%) 0=40 (3,3%)	1=754 (62,8%) 0=446 (37,2%)	Latinobarómetro
Zwischenmenschliches Vertrauen	Allgemein gesagt, Würden Sie sagen, dass man dem größten Teil der Leute vertrauen kann, oder dass einer im Umgang mit dem Anderen nicht vorsichtig genug sein kann?. (-4) Nicht befragt (0) Weiß nicht/ keine Antwort (1) Man kann dem größtenteil der Leute vertrauen (2) Man kann im Umgang mit anderen nie vorsichtig genug sein	1 1 2 0 0 0	1= 183 (15,3%) 0= 1017 (84,8%)	1=192 (16,4%) 0=982 (83,6%)	1=219 (18,3%) 0=977 (71,7%)	1=213 (17,8%) 0=987 (82,3%)	Latinobarómetro
Vertrauen in politische Parteien	Bitte schauen Sie sich diese Karte an und sagen Sie mir, für jede einzelne der Gruppen, Institutionen oder genannten Personen in der Liste, wieviel Vertrauen Sie in diese haben: (1) Viel, (2) Etwas, (3) Ein bisschen oder (4) kein Vertrauen in politische Parteien, (0) Weiß nicht/Keine Antwort.	1 1 2 1 3 0 4 0 0 0	1=148 (12,3%) 0=1052 (87,7%)	1=279 (23,8%) 0=895 (76,2%)	1=339 (28,2%) 0=857 (71,7%)	1=409 (34,1%) 0=791 (65,9%)	Latinobarómetro
Vertrauen in den Kongress	Bitte schauen Sie sich diese Karte an und sagen Sie mir, für jede einzelne der Gruppen, Institutionen oder genannten Personen in der Liste, wieviel Vertrauen Sie in diese haben: (1) Viel, (2) Etwas, (3) Ein bisschen oder (4) kein Vertrauen in den Kongress, (0) Weiß nicht/Keine Antwort.	1 1 2 1 3 0 4 0 0 0	1=205 (17,1%) 0=995 (82,9%)	1=404 (34,4%) 0=770 (75,6%)	1=391 (32,7%) 0=805 (67,3%)	1=637 (53,1%) 0=563 (46,9%)	Latinobarómetro
Vertrauen in die Judikative	Bitte schauen Sie sich diese Karte an und sagen Sie mir, für jede einzelne Gruppe, Institution, oder genannten Personen in der Liste, Wieviel vertrauen haben Sie in...?. Würden Sie sagen, dass sie viel, etwas, ein bisschen oder gar kein Vertrauen in... haben?. Judikative/richterliche Gewalt.	1 1 2 1 3 0 4 0	1=254 (21,2%) 0=946 (78,8%)	1=399 (34,%) 0=775 (66%)	1=246 (20,6%) 0=950 (79,4%)	1=505 (42,1%) 0=695 (57,9%)	Latinobarómetro

	(-4) Nicht befragt (0) Keine Antwort (1) viel Vertrauen (2) etwas Vertrauen (3) ein bisschen Vertrauen (4) Kein Vertrauen (8) Weiß nicht	0 0					
Ideologie der Links-Politik/ Linken	In der Politik spricht man normalerweise von der "Linken" und "Rechten". In einer Skala, in der 0 Links ist und 10 Rechts, wo finden Sie sich wieder? (96) Nirgendwo; (97) Keine Antwort; (98) Weiß nicht	0-3 1 4-10 0 96 0 97 0 98 0	1=106 (8,8%) 0=1094 (91,2%)	1=208 (17,7%) 0=966 (82,3%)	1=118 (9,9%) 0=1078 (90,1%)	1=235 (19,6%) 0=965 (80,4%)	Latinobarómetro
Ideologie der mittleren Politik/Mitte	In der Politik spricht man normalerweise von der "Linken" und "Rechten". In einer Skala, in der 0 Links ist und 10 Rechts, wo finden Sie sich wieder? (96) Nirgendwo; (97) Keine Antwort; (98) Weiß nicht	0-3 0 4-6 1 7-10 0 96 0 97 0 98 0	1=568 (47,3%) 0=632(52,7%)	1=495 (42,2%) 0=679 (57,8%)	1=578 (48,3%) 0=618 (51,7%)	1=576 (48%) 0=624 (52%)	Latinobarómetro
Ideologie der Rechts-Politik/ Rechten	In der Politik spricht man normalerweise von der "Linken" und "Rechten". In einer Skala, in der 0 Links ist und 10 Rechts, wo finden Sie sich wieder? (96) Nirgendwo; (97) Keine Antwort; (98) Weiß nicht	0-6 0 7-10 1 96 0 97 0 98 0	1=273 (22,8%) 0=927 (77,3%)	1=236 (20,1%) 0=938 (79,9%)	1=303 (25,3%) 0=893 (74,7%)	1=189 (15,8%) 0=1011 (84,3%)	Latinobarómetro
Interesse in die Politik	Wie stark interessieren Sie sich für die Politik? (-4) nicht gefragt, (0) Weiß nicht, (1) sehr interessiert, (2) interessiert, (3) wenig interessiert, (4) nicht interessiert, (8) Keine Antwort	1 1 2 1 3 0 4 0 0 0 -4 0 8 0	1=340 (28,3%) 0=860 (71,7%)	1=275 (23,4%) 0=899 (76,6%)	1=355 (29,7%) 0=841 (70,3%)	1=329 (27,4%) 0=871 (72,6%)	Latinobarómetro

BIBLIOGRAPHIE

- Abós, Alvaro (1984): *Las organizaciones sindicales y el poder militar (1976-1983)*, Buenos Aires: Centro Editor de América Latina.
- Acemoglu, Daron und James Robinson (2006): *Economic Origin of Dictatorship and Democracy*, Cambridge University Press.
- Agnoli, Johannes (1968): *Die Transformation der Demokratie*, Frankfurt am Main.
- Almond, Gabriel und Sidney Verba (1965): *The civic culture. political attitudes and democracy in five nations*, Princeton: Princeton University Press.
- Anderson, Christopher und Christine A. Guillory (1997): Political Institutions and Satisfaction with Democracy: A Cross-National Analysis of Consensus and Majoritarian Systems, *American Political Science Review*, Vol. 91, N°1.
- Anderson, Christopher, André Blais, Shaun Bowler, Todd Donovan und Ola Listhaug (2005): *Losers' consent: Elections and democratic legitimacy*, Oxford: Oxford University Press.
- Arnau Gras, J. (2001): *Diseños de series temporales: técnicas de análisis*, Edicions Universitat de Barcelona.
- Baloyra, Enrique (1987): *Comparing New Democracies: Transition and Consolidation in Mediterranean Europe and the Southern Cone*, Boulder: Westview.
- Banco Central de Chile (2004): *Presentaciones Banco Central 2004, Chile un mundo globalizado*.

- Barbara Farah, Samuel Barnes und Felix Heunks (1979): *Political Dissatisfaction*, Samuel H. Barnes und Max Kaase (ed.) *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*, Beverly Hills: Sage.
- Barozet, Emmanuelle (2003): Movilización de recursos y redes sociales en los neopopulismos: hipótesis de trabajo para el caso chileno, *Revista de Ciencia Política de la Universidad Católica de Chile*, Vol. 23, N°1.
- Barreda, Mikel (2002): Algunas claves políticas de la crisis argentina, *Perspectiva*, Vol. 201.
- Barro, Robert J. (1996): Democracy and Growth, *Journal of Economic Growth*, Vol. 1.
- Bates, Robert H. und Anne O. Krueger (1993): *Political and Economic Interactions in Economic Policy Reform: Evidence from Eight Countries*, Oxford: Blackwell.
- Beck, Nathaniel (2006): Time-Series–Cross-Section Methods, Janet Box-Steffensmeier, Henry Brady und David Collier (eds.), *Oxford Handbook of Political Methodology*, New York: Oxford University Press.
- Beck, Nathaniel und Jonathan N. Katz (2006): *Random Coefficient Models for Time-Series–Cross-Section Data: Monte Carlo Experiments*, Oxford: Oxford University Press.
- Beck, Ulrich (1996): Kapitalismus Ohne Arbeit, *Der Spiegel*, Vol. 20.
- Becker, Ted (1981): Teledemocracy: Power to the People, *The Futurist*, N°15.
- Benjamin, Gerald und Michael Malbin (1992): *Limiting Legislative Terms*, Washington D.C., Congressional Quarterly .
- Berggren, Heidi, Gregory Fugate und Dennis Still (2004): “Satisfied? Institutional Determinants of citizen Evaluations of Democracy, *Politics & Policy*, Vol. 32.

- Beyer, Harald (2000): Educación y desigualdad de ingresos: una nueva mirada, *Estudios Públicos*, N° 77.
- Beyer, Harald, Patricio Rojas und Rodrigo Vergara (2000): Apertura comercial y desigualdad salarial en Chile, *Estudios Públicos*, N° 77.
- Bianchi, Andrés (1986): América Latina: Crisis Económica y Ajuste Externo 1986, *Estudios Públicos*, N° 24.
- Bollen, Kenneth (1979): Political democracy and the timing of development, *American Sociological Review*, Vol. 44, N°4.
- Bollen, Kenneth (1983): World System Position, Dependency, and Democracy, *American Sociological Review*, Vol. 48, N°4.
- Bonvecchi, Alejandro (2006): Determinismo y contingencia en las interpretaciones políticas de la crisis argentina, *Revista SAAP*, Vol. 2, N°3.
- Bourdieu, Pierre (1977): *Sobre la television*, Barcelona: Anagrama.
- Box-Steffensmeier, Janet M. und Renee Smith (1996): The Dynamics of Aggregate Partisanship, *American Political Science Review*, Vol. 90, N°3.
- Brown, David und Wendy Hunter (1999): Democracy and social spending in Latin America, 1980-92, *American Political Science Review*. Vol. 93, N° 4.
- Burt, Ronald (2000): The Network Structure of Social Capital, Robert Sutton und Barry Staw (ed.) *Research in Organizational Behavior*, Vol. 22, Greenwich: Gray Press.

- Carlin, Ryan E. (2006): The Socioeconomic Roots of Support for Democracy and The Quality of Democracy in Latin America, *Revista Ciencia Política de la Pontificia Universidad Católica de Chile*, Vol. 26, N° 1.
- Carnegie Corporation of New York & CIRCLE (2003): *The civic mission of schools*, New York: Carnegie Corporation & CIRCLE.
- Chappell, Henry (1990): Economic Performance, Voting, and Political Support: A Unified Approach, *The Review of Economics and Statistics*, MIT Press, Vol. 72, N°2.
- Clarke, Harold D. und Motoshi Suzuki (1994): Partisan Dealignment and the Dynamics of Independence in the American Electorate, 1953-88, *British Journal of Political Science*, Vol. 24, N°1.
- Coeymans, Juan (1999): Ciclos y crecimiento económico a mediano plazo en la economía chilena, *Cuadernos de Economía (Latin American Journal of Economics)*, Vol. 36, N° 107.
- Colburn, Forrest: (2002): *Latin America at the end of politics*, Princeton: Princeton University Press.
- Collier, Ruth Berins (1982): *Regimes in Tropical Africa: Changing Forms of Supremacy, 1945-1975*, Princeton: Princeton University Press.
- Comisión Económica para América Latina y el Caribe (2000): *Anuario estadístico de América Latina y el Caribe*.
- Comisión Económica para América Latina y el Caribe (2001): *Anuario estadístico de América Latina y el Caribe*.

Comisión Económica para América Latina y el Caribe (2002): *Anuario estadístico de América Latina y el Caribe*.

Comisión Económica para América Latina y el Caribe (2003): *Anuario estadístico de América Latina y el Caribe*.

Comisión Económica para América Latina y el Caribe (2004): *Anuario estadístico de América Latina y el Caribe*.

Comisión Económica para América Latina y el Caribe (2005): *Anuario estadístico de América Latina y el Caribe*.

Comisión Económica para América Latina y el Caribe (2006): *Anuario estadístico de América Latina y el Caribe*.

Comisión Económica para América Latina y el Caribe (2007): *Anuario estadístico de América Latina y el Caribe*.

Comisión Económica para América Latina y el Caribe (2008): *Anuario estadístico de América Latina y el Caribe*.

Converse, Philip (1969): Of time and partisan stability, *Comparative Political Studies*, Vol. 2, N°2.

Corporación Latinobarómetro (1995): *Informe de prensa Latinobarómetro*.

Corporación Latinobarómetro (1996): *Informe resumen Latinobarómetro*.

Corporación Latinobarómetro (1997): *Informe de prensa Latinobarómetro*.

Corporación Latinobarómetro (1998): *Informe de prensa Latinobarómetro*.

Corporación Latinobarómetro (1999/2000): *Informe de prensa Latinobarómetro 1999/2000.*

Corporación Latinobarómetro (2001): *Informe de prensa Latinobarómetro.*

Corporación Latinobarómetro (2002): *Informe de prensa Latinobarómetro.*

Corporación Latinobarómetro (2003): *Informe de prensa Latinobarómetro.*

Corporación Latinobarómetro (2004): *Informe resumen Latinobarómetro una década de mediciones.*

Corporación Latinobarómetro (2005): *Informe Latinobarómetro 2005, Diez años de Opinión Pública.*

Corporación Latinobarómetro (2006): *Informe de prensa Latinobarómetro.*

Corporación Latinobarómetro (2007): *Informe de prensa Latinobarómetro.*

Corporación Latinobarómetro (2008): *Informe de prensa Latinobarómetro.*

Corporación Latinobarómetro (2009): *Informe de prensa Latinobarómetro.*

Criado, Hernan und Francisco Herreros (2007): Political Support Taking Into Account the Institutional Context, *Comparative Political Studies*, Volume 40, Nº12.

Cutright, Phillips (1963): National political development: Measurement and analysis, *American Sociological Review*, Vol. 28, Nº2.

Cutright, Phillips und James Wiley (1969): Modernization and political representation: 1927-1966, *Studies in Comparative International Development*, Vol. 5.

- Dahl, Robert (1971) *Polyarchy: Participation and Opposition*. New Haven C.T: Yale University Press.
- Dahl, Robert (1989): *Democracy and its critics*, New Haven and London: Yale University.
- Dahl, Robert A (1994): From Immigrants to Citizens: A New Yet Old Challenge to Democracies, *paper presented at International Conference on the 21st Century and Democracy, Seoul*.
- Dalton, Rusell (2004): *Democratic Challenges, Democratic Choices: The Erosion of Political Support in Advanced Industrial Democracias*, Oxford: Oxford University Press.
- Dankwart Rustow (1970): Transitions to Democracy: Toward a Dynamic Model, *Comparative Politics*, Vol. 2, N°3.
- De Schweinitz, Karl (1964): *Industrialization and Democracy: Economic Necessities and Political Possibilities*, New York: Free Press.
- Desai, Raj M., Anders Olofsgård und Tarik M. Yousef (2003): Democracy, Inequality, and Inflation, *American Political Science Review*, Vol. 97, N°3.
- Deutsch, Karl (1961): Social Mobilization and Political Development, *American Political Science Review*, Vol. 60, N°3.
- Di Palma, Giuseppe (1970): *Apathy and Participation. Mass Politics in Western Societies*, Nueva York: The Free Press.
- Di Tella (2001): Torcuato “Populismo”, William Outwaite (ed.) *Diccionario de ciencias sociales y política*, Buenos Aires: EMECÉ.

- Diamond, Larry (1999): *Developing Democracy: Toward Consolidation*, Baltimore, Md: Johns Hopkins University Press.
- Diamond, Larry (2002): Thinking about hybrid regimes, *Journal of Democracy*, Vol. 13, N°2.
- Diamond, Larry (1987): Class formation in the swollen African state, *Journal of Modern African Studies*, Vol. 25, N°4.
- Diamond, Larry (1992b): Economic Development and Democracy Reconsidered, Gary Marks und Larry Diamond (eds.) *Reexamining Democracy*, Newbury Park, Calif.: Sage.
- Diamond, Larry (1992a): Reconsideración del nexo entre desarrollo económico y democracia, *American Behavioral Scientist*, Vol. 35, N° 45.
- Diamond, Larry (1995): Introduction: What Makes for Democracy?, Larry Diamond, Juan J. Linz und Seymour Martin Lipset (eds). *Politics in Developing Countries*. Boulder, CO: Lynne Rienner.
- Diamond, Larry und Leonardo Morlino (2005): *Assessing the Quality of Democracy*, Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Diamond, Larry, Jonathan Hartlyn und Juan Linz (1999): *Introduction: Politics Society, and Democracy in Latin America*, Boulder, Col.: Lynne Reinner.
- Diamond, Larry, Juan J. Linz, und Seymour Martin Lipset (1989): Beyond authoritarianism and totalitarianism: Strategies for democratization, *Washington Quarterly*, Vol. 12, N°1.
- Diamond, Larry, Juan J. Linz, und Seymour Martin Lipset (1990): Introduction: Comparing experiences with democracy, L. Diamond, J. J. Linz und S. M. Lipset (eds.) *Politics in developing countries*, Boulder,Co: Lynne Rienner Publishers.

- Diskin, Abraham, Hanna Diskin und Reuven Y. Hazan (2005): Why Democracies Collapse : The Reasons for Democratic Failure and Success, *International Political Science Review*, Vol. 26, N° 3.
- Domínguez, Jorge und Michael Shifter (2003): *Constructing Democratic Governance in Latin America*. Baltimore, The Johns Hopkins University Press.
- Easton, David (1975): A Reassessment of the Concept of Political Support, *British Journal of Political Science*, Vol. 5, N° 4.
- Eckstein, Harryn (1991): *Rationality and frustration in political behaviour*, Nueva York: Harper Collin.
- Encuesta de Caracterización Socioeconómica Nacional CASEN (2001): *Encuestas 2001*.
- Encuesta GALLUP (2002): *Informe 2001 Latinoamérica*
- Encuesta GALLUP (2001): *Informe 2001 Argentina*
- Epstein, Edward (1984): Legitimacy, Institutionalization. and Opposition in Exclusionary Bureaucratic-Authoritarian Regimes, *Comparative Politics*, Vol. 17, N°1.
- Esquivel, Gerardo und Felipe Larraín (1999): América latina frente a la crisis asiática, *Estudios Públicos*, N° 73.
- Farah G., Barbara, Samuel Barnes H. und Felix Heunks (1979): Political Dissatisfaction, Samuel H. Barnes Max Kaase et al. (ed.) *Political Action. Mass Participation in "Five Western Democracies"*, Beverly Hills: Sage.

- Ferejohn, John (1999): *Accountability und Authority: Toward a Theory of Political Accountability*, Przeworski, Adam, Susan C. Stokes und Bertrand Manin (eds.) *Democracy, Accountability, and Representation*, Cambridge University Press.
- Ferreira Rubio, Delia (2000): *El presidente argentino: ¿de la decisión al consenso?*, *Contribuciones*, N°1.
- Fish, Steven (2006): *Stronger Legislatures, Stronger Democracy*, *Journal of Democracy*, Vol. 17, N°1.
- French Davis, Ricardo und Raúl Labán (1996): *Macroeconomic Performance and Achievements in Chile*, Crisótomo Pizarro, Dagmar Raczynski und Joaquín Vial (ed) *Social and Economic Policies in Chile's Transition to Democracy*, Santiago: CIEPLAN UNICEP.
- Fuchs, Dieter, Giovanna Guidorossi und Palle Svensson (1995): *Support for the democratic system*, Hans Dieter Klingemann und Dieter Fuchs (eds.) *Citizens and the State*. Oxford: Oxford University Press.
- Gasiorowski, Mark (1988): *Economic Dependence and Political Democracy: A Cross-national Study*, *Comparative Political Studies*, Vol. 20, N°4.
- Gasiorowski, Mark (1991): *U.S. Foreign Policy and the Shah: Building a Client State in Iran*, Ithaca: Cornell University Press.
- Gasiorowski, Mark (1995): *Economic Crisis and Political Regime Change: An Event History Analysis*, *American Political Science Review*, Vol. 89, N°4.
- Geddes, Barbara (1995): *Challenging the Conventional Wisdom*, Larry Diamond und Marc F. Plattner (eds) *Economic Reform and Democracy*, Baltimore, MD: Johns Hopkins University Press.

- Gonick, Lev S. und Robert M. Rosh (1988): The Structural Constraints of the World-Economy on National Political Development, *Comparative Political Studies*, Vol. 21, N°2.
- González, Sonia (2006): Desconfianza política: el colapso del sistema de partidos en Venezuela, Romer Cornejo (ed.) En los intersticios de la democracia y el autoritarismo. Algunos casos de Asia, África y América, Consejo Latinoamericano de Ciencias Sociales, Buenos Aires.
- Gourevitch, Peter (1978): The International System and Regime Formation, *Comparative Politics*, Vol. 10, N°3.
- Graham, Carol und Sandit Sukhtankar (2004): Does Economic Crisis Reduce Support for Markets and Democracy in Latin America?, *Journal of Latin American Studies*, Vol. 36, N°2.
- Graham, Carol und Stefano Pettinato (2000): Happiness, Markets, and Democracy: Latin America in Comparative Perspective, *Center on Social and Economic Dynamics - Working Paper*, N° 13.
- Grofman, Bernard und Arend Liphart (1984): *Choosing and Electoral System*, New York: Praeger.
- Groppi, Tania (2003): *La revisión constitucional en los Estados federales*, Mexiko: Fundap Querétaro.
- Grugel, Jean (2002): *Democratization: A Critical Introduction*, New York: Palgrave.
- Habermas, Jürgen (1985): *La modernidad, un proyecto incompleto*, Hal Foster (ed.) La postmodernidad. Barcelona: Kairós.

- Hadenius, Axel (1994): *The Duration of Democracy: Institutional vs. Socio-economic Factors*, David Beetham (ed.) *Defining and Measuring Democracy*, London: Sage.
- Haggard, Stephan und Robert Kaufman (1995): *The Political Economy of Democratic Transitions*, Princeton NJ: Princeton University Press.
- Haggard, Stephan und Robert Kaufman (1997): *The Political Economy of Democratic Transitions*, *Comparative Politics*, Vol. 29, N° 3.
- Hannan, Michael und Glenn Carroll (1981): Dynamics of formal political structure: An event-history analysis, *American Sociological Review*, Vol. 46, N°1.
- Harmel, Robert und John Robertson (1986): Government Stability and Regime Support: A Cross-National Analysis, *Journal of Politics*, Vol. 48
- Harold D. Clarke , Marianne C. Stewart, und Paul Whiteley (1998): New Models for New Labour: The Political Economy of Labour Party Support, January 1992-April 1997, *American Political Science Review*, Vol. 92, N°3.
- Hausmann, Ricardo, Francisco Rodríguez und Rodrigo Wagner (2006): Growth Collapses, *Harvard University, John F. Kennedy School of Government Working Paper Series*, N° rwp06-046.
- David, Held, Anthony G. McGrew, David Goldblatt und Jonathan Perraton (1999): *Global Transformations: Politics, Economics and Culture*, Stanford University Press.
- Hernández, Antonio María, Daniel Zovatto und Manuel Mora y Araujo (2005): *Argentina: una sociedad anómica*, Mexiko: Universidad Nacional Autónoma de México (UNAM); Asociación Argentina de Derecho Constitucional; International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA).

- Hinkelmann, Klaus (2004): Evaluating And Interpreting Interactions, *Virginia Polytechnic Institute and State University*, Technical Report Number 04-5.
- Hirst, Paul (1997): The Global Economy: Myth and Realities, *International Affairs*, Vol. 73.
- Hiskey, Jonathan und Mitchell Seligson (2003): Pitfalls of Power to the People: Decentralization, Local Government Performance, and System Support in Bolivia, *Studies in Comparative International Development*, Vol. 37, N°4.
- Horowitz, Donald L. (1990): Comparing Democratic Systems, *Journal of Democracy*, Vol. 1, N°4.
- Horowitz, Donald L. (1994): Democracy in Divided Societies, Larry Diamond und Mark F. Plattner (eds.) Nationalism, Ethnic Conflict, and Democracy. Baltimore, MD: Johns Hopkins University Press.
- Huang, Min-hua, Yu-tzung Chang und Yun-han Chu (2008): Identifying sources of democratic legitimacy: A multilevel analysis, *Electoral Studies*, Vol. 27.
- Huneus, Carlos (1998): Malestar y desencanto en Chile. Legados del autoritarismo y costos de la transición, *Corporación Tiempo 2000*, Vol. 63.
- Huneus, Carlos (1999): Las encuestas de opinión pública en las nuevas democracias de América Latina, *Contribuciones*, N°2.
- Huneus, Carlos (2001): La derecha en Chile después de Pinochet: el caso de la unión demócrata independiente, *Kellogg Institute de la Universidad de Notre Dame*, Working Paper Nr.285,

- Huneus, Carlos und Luis Maldonado (2003): Demócratas y nostálgicos del antiguo régimen. Los apoyos a la democracia en Chile, *Revista Española de Investigaciones Sociológicas (REIS)*, N° 103.
- Huneus, Carlos (2008): Lecciones a 60 años de la ley maldita, *Mensaje*, Vol. 57, N°572.
- Huntington, Samuel (1968): *Political Order in Changing Societies*, New Haven, CT: Yale University Press.
- Huntington, Samuel (1984): Will more countries become democratic?, *Political Science Quarterly*, Vol. 99, N°2.
- Huntington, Samuel (1991): *The third wave: democratization in the late twentieth century*, Norman: University of Oklahoma Press.
- Incisa di Camerana, Ludovico Fascismo (1999): *populismo, modernizzazione*, Roma: Antonio Pellicani.
- Inglehart, Ronald (1991): *El cambio cultural en las sociedades industriales avanzadas*. Madrid: Siglo XXI.
- Inglehart, Ronald (1997): *Modernization and Postmodernization. Cultural, Economic, and Political Change in 43 Societies*, Princeton: Princeton University Press.
- Inglehart, Ronald und Christian Welzel (2003): Political Culture and Democracy: Analyzing Cross-Level Linkages, *Comparative Politics*, Vol. 36, N°1.
- Jackman, Robert (1973): On Relation to Economic Development to Democratic Performance, *American Journal of Political Science*, Vol. 17, N°3.

- Jackson, Robert H. und Carl G. Rosberg (1982): Why Africa's Weak States Persist: The Empirical and Political in Statehood, *World Politics*, Vol. 35, N°1.
- Jong-Sung You (2005): Corruption and Inequality as Correlates of Social Trust: Fairness Matters More Than Similarity, The Hauser Center for Nonprofit Organizations and The John F. Kennedy School of Government Harvard University, Working Paper No.29
- Judith Torney-Purta und Jo-Ann Amadeo (2004): *Fortalecimiento de la democracia en las Américas a través de la educación cívica: Un análisis empírico que destaca las opiniones de los estudiantes y los maestros*, Organización de los Estados Americanos Unidad de Desarrollo Social y Educación, Washington, D.C.
- Kant, Immanuel (1986): Perpetual Peace and Other Essays on Politics, History, and Morals; L. Whitehead, International Aspects of Democratization, G. O'Donnell, P. Schmitter und L. Whitehead, (eds.) Transitions from Authoritarian Rule, Baltimore, Md: The John Hopkins University Press.
- Kaufman, Robert (1976): *Transition to Stable Authoritarian-Corporate Regimes: The Chilean Case?*, Beverly Hills: Sage.
- Keohane, Robert und H. V. Milner (1996): *Internationalization and Domestic Politics*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Kinder, Donald und David Sears (1985): Public Opinion and Political Action, Gardner Lindzey und Elliot Aronson (ed.) The Handbook of Social Psychology, Nueva York: Random House.
- King, Gary , James Honaker, Anne Joseph und Kenneth Scheve (2001): Analyzing Incomplete Political Science Data: An Alternative Algorithm for Multiple Imputation, *American Political Science Review*, Vol. 95, N°1.

- Kirchheimer, Otto (1966): The transformation of Western European Party Systems, La Palombara, J. und Weiner M. (eds.) *Political Parties and Political Development*, Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Klingemann, Hans-Dieter und Dieter Fuchs (1998): Citizens and the state: a relationship transformed, H.D. Klingemann und D. Fuchs (eds.) *Beliefs in government*. Vol. 1, Nueva York: Oxford University Press..
- Knutson, Jeanne Nickell (1973): *Handbook of political psychology*, San Francisco: Jossey-Bass Publishers.
- Kriekhaus, Jonathan (2006): *Democracy and Economic Growth: How Regional Context Influences Regime Effects*, Cambridge University Press.
- Kuechler, Manfred (1991): The Dynamics of Mass Political Support in Western Europe: Methodological Problems and Preliminary Findings, Karlheinz Reif und Ronald Inglehart (eds.) *Eurobarometer. The Dynamics of European Public Opinion*, London: Macmillan.
- Laffaye, Sebastián (2008): La crisis financiera: origen y perspectivas, *Revista del centro de economía internacional del ministerio de relaciones exteriores de Argentina*, N°13.
- Lagos, Marta (2001): How People View Democracy: Between Stability and Crisis in Latin American, *Journal of Democracy*, Vol. 12, N°1.
- Lagos, Marta (2003): World Opinion: Support for and Satisfaction with Democracy, *International Journal of Public Opinion Research*, Vol. 19, N°1.
- Lamounier, Bolivar (1989): *Brazil: Inequality Against Democracy*, Boulder, Col.: Lynne Rienner Publishers.

- Larraín, Felipe (2008): Cuatro millones de pobres en Chile: actualizando la línea de pobreza, *Estudios Públicos (CEPAL)*, N°109.
- Lerner, Daniel (1958): *The Passing of Traditional Society*, Glencoe, IL: Free Press.
- Levi, Margaret (1998): A State of Trust, V. Braithwaite und M. Levi (ed.) Trust and Governance, New York: Russell Sage Foundation.
- Levi, Margaret und Laura Stoker (2000): Political Trust and Trustworthiness, *Annual Review of Political Science*, Vol. 3, N° 1.
- Li Quan und Rafael Reuveny (2003): Economic Globalization and Democracy: An Empirical Analysis, *British Journal of Political Science*, Vol. 33.
- Lijphart, Arend (1977): *Democracy in Plural Societies: A Comparative Exploration*, New Haven: Yale University Press.
- Lijphart, Arend (1990): The Southern European Examples of Democratization: Six Lessons for Latin America, *Government and Opposition*, Vol. 25, N°1.
- Lijphart, Arend (1999): *Patterns of democracy. Government forms and performance in thirty-six countries*, New Haven: Yale University Press.
- Linz Juan und Arturo Valenzuela (1998): *Crisis del presidencialismo*, Madrid: Alianza Editorial.
- Linz, Juan (1988): *Legitimacy of Democracy and the Socioeconomic System*, Boulder: Westview Press.

- Linz, Juan und Alfred Stepan (1996): *The Problems of Democratic Transition and Consolidation: Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe*, Baltimore: The Johns Hopkins University Press.
- Linz, Juan (1990): The Perils of Presidentialism, *Journal of Democracy*, Vol. 1, N°4.
- Linz, Juan (1994): Presidential or Parliamentary Democracy: Does It Make a Difference?, Juan J. Linz und Arturo Valenzuela (eds.) *The Failure of Presidential Democracy*, Baltimore, MD: Johns Hopkins University Press.
- Linz, Juan und Arturo Valenzuela (1994): *The Crisis of Presidential Democracy: The Latin American Evidence*, Baltimore: The Johns Hopkins University Press.
- Lipset, Seymour Martin (1981): *Political Man: The Social Bases of Politics*, Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Lipset, Seymour und Stein Rokkan (1967): Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction, Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan (eds.) *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives*, New York: Free Press.
- Lipset, Seymour (1959): Some social requisites of democracy: Economic development and political legitimacy, *American Political Review*, Vol. 53, N°1.
- Lipset, Seymour Martin (1961): *Political Man: The Social Bases of Politics*, Baltimore, MD.: Johns Hopkins University Press.
- Lipset, Seymour, Martin Seong, Kyoung-Ryung und John Torres (1993): A comparative analysis of the social requisites of democracy, *International Social Science Journal*, Vol. 136, N°1.

- Lowi, Theodore (1993): *El presidente personal. Facultad otorgada, promesa no cumplida*, Mexiko: Fondo de Cultura Económica.
- Luhmann, Niklas (1983): *Fin y Racionalidad en los Sistemas. Sobre la función de los fines en los sistemas sociales*. Madrid: Editora Nacional.
- MacKuen, Michael B., Robert S. Erikson, James A. Stimson, Paul R. Abramson, and Charles W. Ostrom Jr. (1992): Controversy: Question Wording and Macropartisanship, *American Political Science Review*, Vol. 86, N°2.
- MacKuen, Michael B., Robert S. Erikson, and James A. Stimson (1989): Macropartisanship, *American Political Science Review*, Vol. 83, N°4.
- Mainwaring, Scott (1993): Presidentialism, Multipartyism, and Democracy: The Difficult Combination, *Comparative Political Studies*, Vol. 26, N°2.
- Mainwaring, Scott und Aníbal Pérez-Liñán (2003): Level of development and democracy. Latin American Exceptionalism, 1945-1996, *Comparative Political Studies*, Vol. 35, N°9.
- Markoff, John, und Silvio R. Duncan Baretta (1990): Economic Crisis and Regime Change in Brazil: The 1960s and the 1980s, *Comparative Politics*, Vol. 22, N°4.
- Marshall, Monty G. und Keith Jagers (2009): Political Regime Characteristics and Transitions, 1800-2007, *Polity IV Project*.
- Miller, Arthur H. und Ola Listhaug (1990): Political Parties and Confidence in Government: A Comparison of Norway, Sweden, and the United States, *British Journal of Political Science*, Vol. 20, N°3.
- Molina, José E., Valia Pereira und Henry Vaivads (1995): Puede superar la democracia venezolana su crisis? El papel de los partidos políticos, C. Perelli, S. Picado und D.

- Zovatto (eds), *Partidos y clase política en América Latina en los 90*, San José de Costa Rica: IIDH-CAPEL.
- Moncayo, Édgard Jiménez (2006): Relaciones entre democracia y desarrollo en los países andinos. Una reflexión desde la economía política. *Revista de Economía Institucional*, Vol. 8, N°14.
- Montero, José, Richard Gunther und Mariano Torcal (1999): Legitimidad, Descontento y Desafección, *Estudios Públicos*, N° 74.
- Monty G. Marshall und Keith Jagers (2002): Political Regime Characteristics and Transitions, 1800-2002. Dataset Users' Manual, *Polity IV Project*.
- Moore Jr. (1966): *Barrington Social Origins of Dictatorship and Democracy*, Boston MA: Beacon Press.
- Morales Quiroga, Mauricio (2009): Corrupción y democracia América Latina en perspectiva comparada, *Gestión y Política Pública*, Vol. 18.
- Morlino, Leonardo (2009): Legitimacy and the quality of Democracy, *International Social Science Journal*, Vol. 60.
- Muller, Edward N. (1985): Dependent Economic Development, Aid Dependence on the United States, and Democratic Breakdown in the Third World, *International Studies Quarterly*, Vol. 29, N°4.
- Muller, Edward N. (1995): Economic Determinants of Democracy, *American Sociological Review*, Vol. 60, N°4.
- Nahuel, Carlos (2004): *Mercados emergentes y crisis financiera internacional*, Málaga: Eumed.net.

Nino, Carlos (1992): *Un país al margen de la ley*, Buenos Aires: Emecé.

Nohlen, Dieter (1998): *Sistemas electorales y partidos políticos*, Fondo de Cultura Económica, 2ª Ed. Mexiko.

Nohlen, Dieter (2005): Percepciones sobre la democracia y el desarrollo político en América Latina, Dieter Nohlen (ed.) El contexto hace la diferencia: Reformas institucionales y el enfoque histórico empírico, Mexiko: Claudia Zilla.

Nolte, Detlef (2000): *Reform des Präsidentialismus und Stärkung der Parlamente*, <http://www1.uni-hamburg.de/IHK/volltxt/celam.pdf>

Nolte, Detlef (2002): Radiografía del Senado de Chile: informe de la encuesta 2002, Hamburgo: *Institut für Iberoamerika-Kunde (Arbeitspapier)*, N°8.

Nolte, Detlef (2003): El congreso chileno y su aporte a la consolidación democrática en perspectiva comparada, *Revista de Ciencia Política*, Vol. 23, N° 2.

Nolte, Detlef (2005): Lateinamerika: Politische Institutionen in der Krise?, *Brennpunkt Lateinamerika*, N°8.

Nordhaus, William (1975): The Political Business Cycle, *Review of Economic Studies*, Blackwell Publishing, Vol. 42, N°2.

Norris, Pippa (1999): *Criticalcitizens. Global support for democratic governance*, Oxford: Oxford University Press.

O'Connor James (1973): *The Fiscal Crisis of the State*, Nueva York: St. Martin's Press.

- O'Donnell, Guillermo (1973): *Modernization and Bureaucratic-Authoritarianism*, Berkeley: University of California, Institute for International Studies.
- O'Donnell, Guillermo (1993): The Browning of Latin America, *New Perspectives Quarterly*, Vol. 10.
- O'Donnell, Guillermo und Philippe C. Schmitter. (1986): *Transitions from Authoritarian Rule: Tentative Conclusions about Uncertain Democracies*, Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- O'Donnell, Guillermo, Jorge Vargas Cullell und Olvaldo M Iazzetta. (2004): *The Quality of democracy. Theory and Applications*, Notre Dame: University Of Notre Dame Press.
- Ocampo, José Antonio (2003): Educación: clave para el fortalecimiento de la democracia, Ricardo Díez Hochleitner (ed.) *Aprender para el futuro: educación para la convivencia democrática*, Madrid: Santillana, 2003.
- Offe, Claus (1972): *Strukturprobleme des kapitalistischen states*, Frankfur/M: Suhrkamp.
- Olsen, Marvin (1968): Multivariate Analysis of National Political Development, *American Sociological Review*, Vol. 33, N°5.
- Olson, Mancur (1965): *The logic of collective action*, Cambridge M.A.: Harvard University Press.
- Páez, Darío und M. Campos (2004): Cultura, evitación de la incertidumbre y confianza interpersonal, D. Páez, I. Fernández, S. Ubillós und E. Zubieta (eds.), *Psicología social, cultura y educación*, Madrid: Pearson/Prentice-Hall.
- Pakulski, Jan und Malcolm Waters (1996): The Reshaping and Dissolution of Social Class in Advanced Society, *Theory and Society*, Vol. 25, N°5.

Paramio, Ludolfo (2003): Inseguridad económica y frustración política, *Working Paper* ,
Departamento de Ciencia Política, Universidad Autónoma de Madrid, N°13.

Pei, Minxin und Ariel David Adesnik (2000): *Why Recessions Don't Start Revolutions*,
Foreign Policy.

Petermann, Franz (1999): *Psicología de la confianza*, Barcelona: Herder

Plumper, Thomas und Christian W. Martin (2003): Democracy, Government Spending, and
Economic Growth: A Political-Economic Explanation of the Barro-Effect, *Public Choice*,
Vol. 117, N° 1/2.

Pridham, Geoffrey (1991): International Influences and Democratic Transition: Problems of
Theory and Practice in Linkage of Politics, Geoffrey Pridham (ed.) *Encouraging
Democracy: The International Context of Regime Transition in Southern Europe*, New
York: St Martin's, 1991.

Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo (2003): *Informe anual 2003*.

Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo (2004): *Compendio 2004*.

Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo (2005): *Informe anual 2005*.

Programa de Naciones Unidas para el Desarrollo PNUD (2008): *Características de la lealtad
democrática uruguaya*.

Przeworski Adam y Fernando Limongi (1997): Modernization: Theories and Facts, *World
Politics*, Vol. 49, N°2.

- Przeworski, Adam, Michael E. Alvarez, Jose Antonio Cheibub und Fernando Limongi (2000): *Democracy and Development; Political Institutions and Well-Being in the World, 1950-1990*, New York: Cambridge University Press.
- Putnam, Robert (1993): *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*, Princeton: Princeton University Press.
- Putnam, Robert (1994): *Comunidade e Democracia: A Experiência da Itália Moderna*, Rio de Janeiro: Fundação Getúlio Vargas.
- Putnam, Robert (1995): Tuning In, Tuning Out: The Strange Disappearance of Social Capital in America, *PS Political Science & Politics*, Vol. 28, Nº 4.
- Quiroga, Hugo (1997): Democracia y legitimidad, elementos para una discusión sobre la estabilidad institucional en Argentina, *Revista Kairos*, Vol. 1.
- Remmer, Karen (1991): The Political Impact of Economic Crisis in Latin America in the 1980's, *American Political Science Review*, Vol. 85, Nº 3.
- Richards, Gordon (1986): Stabilization Crises and the Breakdown of Military Authoritarianism in Latin America, *Comparative Political Studies*, Vol. 18, Nº4.
- Rivas, José und José Araque Calderón (2004): Aventuras y desventuras del populismo latinoamericano, *Revista de Estudios Políticos (Nueva Época)*, Nº124.
- Rosende, Francisco und Manuel Bengolea (1984): Teoría de los ciclos y la crisis económica actual, *Cuadernos de Economía (Latin American Journal of Economics)*, Vol. 21, Nº 63.
- Rueschemeyer, Dietrich, E. H. Stephens und J. D. Stephen (1992): *Capitalist Development and Democracy*, Chicago: Chicago University Press.

- Rustow, Dankwart (1970): Transitions to Democracy: Toward a Dynamic Model, *Comparative Politics*, N° 2.
- San Francisco, Alejandro (2003): Political parties and democratic transition in Chile 1989-2001. The case of the Unión Demócrata Independiente (UDI), *Documento presentado en el Joint Session of Workshops ECPR*, Edinburgh.
- Sanders, David (1991): Government Popularity and the Next General Election, *Political Quarterly*, Vol. 62, N°3.
- Sanders, David (1993): Why the Conservatives Won-Again, Anthony King, Ivor Crewe, David Denver, Kenneth Newton, Philip Norton, David Sanders und Patrick Seyd Chatham (eds) Britain at the Polls 1992, NJ: Chatham House.
- Sanders, David (1995): The Economy and Support for the Conservative Party, 1979-96, *Presented at the annual conference of the Political Studies Association, University of York, York, England*.
- Sanders, David, David Marsh, und Hugh Ward (1993): The Electoral Impact of Press Coverage of the British Economy, 1979-87, *British Journal of Political Science*, Vol. 23, N°2.
- Santiso, Carlos (2001): Nuevos tiempos, viejas manías. Gobernabilidad democrática y reformas económicas en Argentina, *Pensar Hacer*, N° 2.
- Sarsfield, Rodolfo und Fabián Echegaray (2005): Opening the Black Box: How Satisfaction with Democracy and its Perceived Efficacy Affect Regime Preference in Latin América, *International journal of Public Opinión Research*, Vol. 18, N° 2.
- Sartori, Giovanni (1987): *Partidos y sistemas de partidos*, Madrid: Alianza Universidad.

- Sartori, Giovanni (1999): Democracia y sociedad de la información, *Claves de razón práctica*, Vol. 97.
- Scharpf, Fritz (1991): *Crisis and Choice in European Social Democracy*, New York: Cornell University Press.
- Schmitter, Philippe (1996): The Influence of the International Context upon the Choice of National Institutions and Policies in Neo-Democracies, L. Whitehead (ed.) *The International Dimensions of Democratization: Europe and the Americas*, Oxford: Oxford University Press.
- Schmitter, Philippe C. und Terry Lynn Karl (1993): What democracy is . . . and is not, Diamond, L. und Plattner, M. (eds.) *The global resurgence of democracy*, Baltimore, NJ: Johns Hopkins University Press.
- Schoultz, Lars (1987): *National Security and United States Policy Toward Latin America*, Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Schumpeter, Joseph A. (1935): The Analysis of Economic Change, *The Review of Economics Statistics*, Vol. 17, N° 4.
- Schumpeter, Joseph A. (1950): *Capitalism, Socialism and Democracy*, New York: Harper and Row.
- Seligson, Mitchell A. (2002): The Impact of Corruption on Regime Legitimacy: A Comparative Study of Four Latin American Countries, *The Journal of Politics*, Vol.. 64, N°2.
- Seligson, Mitchell A. und Edward N. Muller (1987): Democratic Stability and Economic Crisis: Costa Rica, 1978-1983, *International Studies Quarterly*, N° 31.

- Seligson, Mitchell A. und Abby Córdova (2009): Economic Crisis and Democracy in Latin America, *PS: Political Science & Politics*, Volume 42, N°4.
- Seligson, Mitchell A. (2005): Mejorando la calidad de la investigación por medio de encuestas en los países en democratización, *Revista Ciencia Sociales*, N°108, Vol.. 2.
- Seligson, Mitchell A., Edward Muller und Steve Finkel (1989): Economic Crisis, Incumbent Performance and Regime Support: A Comparison of Longitudinal Data from West Germany and Costa Rica, *British Journal of Political Science*, Vol. 19.
- Sepúlveda, Luis (2006): Quién nos salva de los jueces chilenos, *Le Monde Diplomatique*, N° 284.
- Shugart, Matthew und John Carey (1992): *Presidents and Assemblies: Constitutional Design and Electoral Dynamics*, New York: Cambridge University Press.
- Siavelis, Peter (2009): Elite-Mass Congruence, Partidocracia and the Quality of Chilean Democracy, *Journal of Politics in Latin America*, Vol. 3, N°1.
- Smith, Peter H. (2005): *Democracy in Latin America: Political Change in Comparative Perspective*, New York: Oxford University Press.
- Solimano, Andrés (2006): *Latin American Economic Growth in the Late 20th. Century: Evidence and Interpretation*, UK: Edward Elgar.
- Stark, Jeffrey (1998): Globalization and Democracy in Latin America, F. Agüero und J. Stark, (eds.) *Fault Lines of Democracy in Post Transition Latin America*, Miami: North-South Centre.
- Svetlozar A. Andreev (2008): Corruption, Legitimacy and the Quality of Democracy in Central and Eastern Europe and Latin America, *Review of Sociology*, Vol. 14.

- Swanson, David (1995): El campo de comunicación política. La democracia centrada en los medios, Alejandro Muñoz-Alonso und Juan Ignacio Rospir (ed.) Comunicación Política. Madrid: Universitas.
- Teorell, Jan, Nicholas Charron, Marcus Samanni, Sören Holmberg und Bo Rothstein (2009.): The Quality of Government Dataset (version 17June09), *University of Gothenburg: The Quality of Government Institute*.
- Torcal, Mariano und Scott Mainwaring (2003): The Political Recrafting of Social Bases of Party Competition: Chile, 1973-95, *British Journal of Political Science*, Vol. 33, No. 1.
- Torney-Purta, Judith und Jo-Ann Amadeo (2004): *Fortalecimiento de la democracia en las Américas a través de la educación cívica: un análisis empírico que destaca las opiniones de los estudiantes y los maestros*, Washington, D.C.: Organización de los Estados Americanos, Unidad de Desarrollo Social y Educación.
- Torrico, Mario A. (2009): Factores explicativos y dimensiones de la estabilidad política: Un estudio mundial, *Tesis Doctoral, Flacso*, Mexiko.
- Turner, Frederick C. und Marita Carballo (2009): Cycles of legitimacy and delegitimation across regimes in Argentina, 1900–2008, *International Social Science Journal*, Vol. 60.
- Valenzuela, Arturo (2008): Los partidos políticos y los desafíos de la gobernabilidad democrática en América Latina, Arturo Fontaine, Cristián Larroulet, Jorge Navarrete und Ignacio Walker (ed.) *Reforma de los partidos políticos en Chile*, Santiago: PNUD.
- Weffort, Francisco (1993): Nuevas democracias. ¿Qué democracias?, *Revista Sociedad*, N° 2.

- Weil, Frederick (1989): The Sources and Structure of Legitimation in Western Democracies: A Consolidated Model Tested with Time-Series Data in Six Countries Since World War II, *American Sociological Review*, Vol. 54, N°5.
- Weiner, Myron (1971): Political Participation: Crisis of the Political Process, Leonard Binder, James S. Coleman, Joseph LaPalombara, Lucian Pye, und Myron Weiner (eds) Crises and Sequences in Political Development Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Weiner, Myron (1987): Empirical Democratic Theory, Myron Weiner und Ergun Ozbun Durham (ed.) Competitive Elections in Developing Countries, NC: Duke University Press.
- Whitehead, Laurence (1986): International Aspects of Democratization, Guillermo A. O'Donnell, Philippe C. Schmitter, und Laurence Whitehead (ed.) Transitions from Authoritarian Rule Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Wu, Chin-en (2004): *Regime Type, Structural Factors, and Economic Performance*, PhD Thesis, University of Michigan.
- Zak, Paul und Stephen Knack (2001): Trust and Growth, *Economic Journal*, Vol. 111, N° 470.
- Zimmermann, Ekkart und Thomas Saalfeld (1988): Economic and political reactions to the world economic crisis of the 1930s in six European countries, *International Studies Quarterly*, Vol. 32, N° 3.
- Zovatto, Daniel (2002): Valores, percepciones y actitudes hacia la democracia. Una visión comparada latinoamericana: 1996-2002, *América Latina Hoy*, Vol. 32.
- Zovatto, Daniel (2005): La reforma político electoral en América Latina evolución, situación actual y tendencias 1978-2005, *Elecciones*, N°5.

Zovatto, Daniel (2007): Balance electoral latinoamericano Noviembre 2005-Diciembre 2006, *International IDEA (Institute for democracy and electoral assistance)*.

Elektronische Dokumente

Bartolomé, Edurne, *El apoyo político y sus condicionantes en perspectiva comparada*, Asociación Española de Ciencia Política y Administración, <[http://www.aecpa.es/congreso_07/archivos/area4/GT-11/BARTOLOME-Edurne\(UDE\).pdf](http://www.aecpa.es/congreso_07/archivos/area4/GT-11/BARTOLOME-Edurne(UDE).pdf)>

Cambio Cultural (2001): *Encuesta 2001*, <<http://www.cambiocultural.com.ar>>

Campione, Daniel, *Representación política, democracia y movimiento social. Algunas reflexiones críticas a través del caso argentino*, <<http://www.fisyp.org.ar/DCampione.htm>>

Dirección General de Estadística, Encuestas y Censos (2010): <<http://www.dgeec.gov.py/>>.

El Prisma, Portal para Investigadores y Profesionales, *Ciclo Económico*, <<http://www.elprisma.com/apuntes/economia/cicloeconomico/>>

Freedom House (2010): <<http://www.freedomhouse.org>>

Fondo Monetario Internacional, *Cómo ayuda el FMI a resolver las Crisis Económicas*, <<http://www.imf.org/external/np/exr/facts/spa/crisess.htm>>

Galetovic, Alexander und Raphael Bergoeing (2006): *Crónica de un estancamiento negado*. Centro de Estudios Públicos, <http://www.cepchile.cl/dms/lang_1/doc_3850.html>

Governance Indicators Database (2010): <<http://www.iadb.org/DataGob/>> .

Hanke, Steve (2001): *Salvemos a Argentina y Turquía*. CATO Institute, <<http://www.elcato.org/node/1028>>

Hasperué, Gustavo (2002): *Valores y cultura política argentina, una comparación 60/90*. Universidad Católica de Argentina, <<http://www.uca.edu.ar/esp/sec-investigacion/esp/subs-observatorio/docs-informes/docs2002/01/valores-cultura-politica.pdf>>

IBERTUR – Red de Patrimonio, Turismo y Desarrollo Sostenible (2005): *Turismo cultural en América Latina y Europa: investigación, formación y desarrollo regional*, <<http://fama2.us.es:8080/turismo/turismonet1/economia%20del%20turismo/turismo%20cultural/Turismo%20cultural%20en%20America%20Latina%20y%20Europa.pdf>>

KOF Index of Globalization (2010): *Definitions and Sources*, <<http://globalization.kof.ethz.ch/>>

Marshall, Monty G und Keith Jagers (2008): *Country Reports 2008: Paraguay, Polity IV*, <<http://www.systemicpeace.org/polity/Paraguay2008.pdf>>

Organización Internacional del Trabajo (2002): *Panorama Laboral 2001 América Latina y el Caribe*, <<http://www.bvsde.paho.org/bvsast/e/fulltext/laboral/laboral.pdf>>

Saxton, Jim (2003): *Crisis económica de Argentina: causas y cura*. Congreso de los Estados Unidos, <<http://www.house.gov/jec/imf/06-13-03long.pdf>>

Spiller, Pablo und Mariano Tommasi (2000): *Los determinantes institucionales del desarrollo argentino: una aproximación desde la nueva economía institucional*. Paper. Fundación Gobierno y Sociedad, <<http://www.fgys.org/pdf/DT%2033.pdf>>

The PRS Group (2010): *International Country Risk Guide (ICRG)*,

< <http://www.prsgroup.com/ICRG.aspx> >

Yaffee, Robert A. (2003): *A Primer for Panel Data Analysis*,
<<http://www.nyu.edu/its/statistics/Docs/pda.pdf>>

Unión Demócrata Independiente (1989): *Comparación y Gratitud*. La Tercera,
<http://www.udi.cl/documentos/t_comparacion1989.htm>

Unión Demócrata Independiente. (1991): *Declaración de principios*,
<<http://www.udi.cl/sitio/udi/declaracion-de-principios>>

Unión Demócrata Independiente (2010): *Juan Antonio Coloma envía carta abierta a la UDI*,
<<http://www.udi.cl/sitio/juan-antonio-coloma-envia-carta-abierta-a-la-udi/>>

Universidad Complutense de Madrid, *Diccionario Crítico de las Ciencias Sociales*,
<http://www.ucm.es/info/eurotheo/diccionario/C/crisis_economica.htm>

Vermeersch, Christel (2006): *Sesión VII Muestreo y Poder*. The World Bank. 2006,
<http://siteresources.worldbank.org/INTLACREGTOPLABSOCPRO/Resources/BuenosAires_Tecnica4_Veermersch.pdf>

Weil, Frederick (2000): *The effects of difusión, nostalgia, and performance on democratic legitimation in unified germany: An analisis using structural equations models*.
Universidad Estatal de Louisiana,
<<http://www.lsu.edu/faculty/fweil/Weil-Frankfurt-Oder.pdf>>

Lebenslauf

PEDRO ARAVENA LAVÍN

Persönliche Daten

Adresse: Alsterdorfer Straße 497, 22337 Hamburg
Handy: 0160-4861944
Email: aravena.pedro@gmail.com
Staatsangehörigkeit: Chilenisch
Geburtsort: Santiago de Chile
Geburtsdatum: 18.09.1979
Familienstand: ledig

Berufserfahrung

2002 bis 2008 Beratungsgesellschaft
Lavicomput/Lavimundo Ltda.
(Buchhandlung / Finanz)

2004 Assistent des Kurses “Internationale
Wirtschaft” der Universität La Republica
(Prof. Álvaro Acuña)

Berufsausbildung

Seit 2008 Doktorand am GIGA Institut und
Universität Hamburg (Politikwissenschaft)

2008 Nachhaltigkeitsmanagement-Diplom an
der Universität Lüneburg (InWent
Stipendium)

2004 bis 2006 Magister in Internationalen Studien an der
„Universidad de Chile“.

1997 bis 2004 Studium der Betriebs- und Volkswirtschaft
an der Universität La República (Chile).
Abschluss als „Ingeniero Comercial“
(Diplomkaufmann) mit höchster
Auszeichnung.

Schulbildung

1993 bis 1996

Titel: Diplomierter Buchhalter, Lehrstätte
Joaquín Edwards Bello.

Mitgliedschaften

2011

Vorstandsmitglied in „Evaluation“ in der
Agentur "Qualitas Chile", um die Qualität
der beruflichen und technischen Bildung in
Chile zu akkreditieren.

2008

Alumni “Inwent“ Internationale
Weiterbildung und Entwicklung gGmbH
und “GIZ” Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit

Publikationen/Präsentationen

2011

¿Es el crecimiento económico suficiente
para apoyar la democracia? Lecciones del
caso chileno, Estudios Internacionales,
Universidad de Chile No 170, Diciembre
2011.

2010

REPLA - Red Europea de Política
Latinoamericana (European Network on
Latin American Politics). V Annual
Academic Workshop. Presentation:
Genügt ökonomisches Wachstum, um eine
Unterstützung der Demokratie zu erreichen.

2010

Is economic growth sufficient to support
democracy? Lessons from the Chilean's
case. GIGA Working Paper No 143, August
2010, Hamburg.

2008

Factores condicionantes de la legitimidad
democrática durante períodos de crisis
económicas en Latinoamérica, Zona
económica, México.

Sonstige Kenntnisse und Interessen

EDV-Kenntnisse:

MS-Office (Word, Excel, Power Point, Outlook), STATA, SPSS.

Sprachkenntnisse:

Spanisch (Muttersprache), Deutsch (Fortgeschritten), Englisch (Fortgeschritten)

Hobbies:

Schach, Gitarre, Fitnessstraining

Hamburg, den 02.01.2012

Ich versichere an Eides Statt durch meine eigene Unterschrift, dass ich die vorstehende Arbeit selbstständig und ohne fremde Hilfe angefertigt und alle Stellen, die wörtlich oder annähernd wörtlich aus Veröffentlichungen entnommen sind, als solche kenntlich gemacht und mich auch keiner anderen als der angegebenen Literatur bedient habe. Diese Versicherung bezieht sich auch auf die in der Arbeit gelieferten Zeichnungen, Skizzen, bildlichen Darstellungen und dergleichen.

Pedro Aravena Lavín (Hamburg, 02.01.2012)